

BasisGEDANKEN

Zeitschrift für *dieBasis*-Mitglieder

August
2021

INHALT

A. Schweiz: Covid-19-Gesetz

Zwei Referenden.....	1
Schweizer Echokammer.....	4
Interviews Schweiz	6
Interviews Frankreich.....	37

B. Corona-Massnahmen:

Betroffene	41
Lüül, Musiker	42
Fünf Schüler.....	45
Andrej Keiper, Lehrer.....	50
Pastorin Daniela, Blindendienst	52
Antje, Hand-OP	55
Jens, Intensivpfleger	56
Armut auf Mallorca	61

C. dieBasis spricht&schreibt

Interviews

Uwe Fleischer, Schleswig-Holstein.....	63
Susanne Moritz, Schleswig-Holstein ..	66
Jörg Huckenbeck, Niedersachsen	69

Texte

Kreisverband Ammersee	73
Mehr Basisdemokratie wagen	75
Friedensgespräche	76
Leserbrief an Norbert Häring	77

Nur bedingt konsensierbar

„Corona-Ausschuss“ und „Bundesvorstand“	79
Rote Linien.....	85

D. Essays

Red Zone	89
Banalisierung Europas	95
Maskenhandel 2020.....	98
Sehnsucht nach der Katastrophe	103
Impressum	112

SCHWEIZ: COVID-19-GESETZ

Dem ersten Referendum folgt ein zweites

- Schweizer Echokammer «Weder Gesslerhut noch Impfpflicht !»

INTERVIEWS

- Michael Bubendorf, Pressesprecher »Freunde der Verfassung«
- Christoph Pfluger, Verleger und Journalist
- Wolfgang Wolfsgruber, »Eltern für Freiheit«
- Prisca Wuergler, Lehrerin
- Marco Caimi, Arzt
- Marco Rima, Kabarettist
- Stefan Millius, Chefredaktor »Die Ostschweiz«
- Daniel Stricker, »Stricker TV«



Sie schaffen eigene Worte und Redewendungen, formulieren Glaubenssätze, folgen den Lehren ihrer Führer und distanzieren sich – teilweise durch äußerliche Merkmale – als kleinere Gruppe von einer Mehrheit: Meist glauben sie den einzig richtigen Weg zur Erlösung gefunden zu haben. Üblicherweise sind dies Merkmale, mit denen die Abgrenzung kleiner Gruppen von einer (religiösen) größeren Gemeinschaft beschrieben wird. Umgangssprachlich als »Sekte« bezeichnet, kommen derartige Abspaltungen in der Geschichte häufig vor. Deutlich seltener ist das Phänomen, wenn sich die Mehrheit einer Gesellschaft zu einer »Sekte« formiert und die Normalbleibenden zur Minderheit werden.

Seit März 2020 zog eine Vielzahl bis dahin kaum bekannter Worte in die Umgangssprache ein: Mund-Nasen-Schutz, Maske, Inzidenz, R-Wert, PCR-Test, Long-Covid, Fatigue, etc. Die Anhänger prägten, teilweise aggressiv, mit ihrem Brauch das halbe Gesicht zu verschleiern, das Strassenbild europäischer Städte. Geschäfte durften nur von Bekennenden betreten werden, die ihre Zugehörigkeit durch »Maske-Tragen« offenbaren mussten. Was Spaß machte, war verboten: Musik, Tanz, Gesang, Theater, Essen gehen, Karten spielen, usw. Ihre Propheten und Anführer hießen Drosten, Lauterbach, Merkel, Scholz, usw. und nur deren Worte galten als die einzig wahre Botschaft. Sie wussten, was gut für alle ist und im Wochen- bzw. Monatstakt gab es neue Regeln, die für die Gemeinde der Gläubigen galten. Durch die Injektion einer Flüssigkeit wurden sie erlöst und – da niemand die mittel- und langfristigen Folgen kannte – auch zu Mitschuldigen, sollte etwas schiefgehen.

Ähnliche Konstellationen führten in der Vergangenheit zu Zwangsmaßnahmen und Gewalt gegen sowie Vertreibung von Minderheiten, die sich nicht beugten. Wir werden nächstes Jahr wissen, wie weit die Zeugen Coronas gegangen sein werden.

Die Massnahmen seit März 2020 und deren Folgen trafen und betreffen einzelne Menschen. Dieses Heft enthält 25 Interviews mit Personen, die in Deutschland, Frankreich und der Schweiz leben. Sie berichten über unterschiedliche Aspekte ihrer Erlebnisse und geben so u. a.

Antworten auf die Fragen: Wie gingen Normalbleibende als Minderheit mit der Situation um, dass die Mehrheit sich als Glaubensgemeinschaft neu formierte? Welche Auswirkungen hatten die Verbote und Beschränkungen? Welche Verhaltensstrategien wurden im Umgang mit unsinnigen Gesellschaftsregeln gewählt?

Kurz nach dem Referendum über das »Covid-19-Gesetz« am 13. Juni 2021 wurden in der Schweiz acht Interviews geführt und zwei im angrenzenden französischen Department Savoie. Eines ist den Personen gemeinsam: Sie bezweifelten von Anfang den Sinn und die Wirksamkeit der Massnahmen und waren dadurch Teil des Widerstandes. Weiterhin schildern zehn Betroffene in Deutschland ihre Erlebnisse seit März 2020: Ein Musiker, zwei Kinder und drei Jugendliche, zwei Mütter, ein Intensivkrankenpfleger und eine stark sehbehinderte Pastorin. Außerdem äußern sich drei Mitglieder der *Basis* in Interviews und vier weitere kommen mit Texten zu Wort. Thema ist auch die Auseinandersetzung zwischen zwei Mitgliedern des Corona-Ausschusses und Teilen des *dieBasis*-Bundesvorstandes im Juni/Juli 2021. Nicht nur hier wurden rote Linien überschritten, auch die Impf- und Testökonomie verursacht schwer vorhersehbare Konflikte. Beschrieben sind in einem Artikel die Erlebnisse einer Reise in der »Red Zone« Brüssel bzw. Paris im September 2020 sowie in einem Interview eine Reise von Schweden nach Dänemark im August 2021. Wie sich aus dem Interview mit einer Maskenhändlerin ergibt, kostete eine Regelungslücke die Steuerzahler Deutschlands in den Monaten Februar bis Juli 2020 eine erhebliche Summe: Zwischenhändler verdienten unnötigerweise etliche Milliarden Euro. In bislang unbekanntem Ausmaß wurden weiterhin Masken und zugehörige Zertifikate gefälscht. Für die einen ist es eine Pandemie, für andere eine Plandemie. Was aber, wenn eine Sehnsucht nach der Katastrophe die Bevölkerung Europas und Amerikas erfasste? Der Rückblick aus der Zukunft zeigt, dass die Interpretation der Gegenwart stets erweiterbar ist.

Berlin, den 2. September 2021

Andreas Schlothauer



SCHWEIZ: COVID-19-GESETZ – DEM ERSTEN REFERENDUM FOLGT EIN ZWEITES

Am 9. Juni 2006 erteilte der Bundesrat dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) den Auftrag zur »Totalrevision« des **Epidemiengesetzes** »vom 18. Dezember 1970«.¹ (S. 312) Daraufhin wurden die Auswirkungen »auf Bund, Kantone und auf die Volkswirtschaft in den Jahren 2007–2009 vom BAG [Bundesamt für Gesundheit] gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) untersucht.« (S. 330) Auf den 3. Dezember 2010 datiert die »Botschaft an den Bundesrat zur Revision« und am 28. September 2012 beschloß das Parlament das »Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG)«. Bundespräsidentin war damals Doris Leuthard und Corina Casanova die Bundeskanzlerin; beide von der Christlichen Volkspartei (CVP). Im überarbeiteten Epidemiengesetz heißt es unter Art. 6 Abs. 1 b: »Eine besondere Lage liegt vor, wenn die Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgestellt hat, dass eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite besteht und durch diese in der Schweiz eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit droht.« Damit schuf die Schweizer Demokratie einen Automatismus, der sich im Jahr 2020 als grandioses Eigentor erwiesen haben könnte: Nationales Recht wurde in internationale Hände gelegt.

Der Arzt Marco Caimi schreibt in diesem Heft: »Sichtbar wurde die pandemische Ernstfallübung in der Schweiz »als Ende Februar 2020 die Basler Fasnacht abgesagt wurde, letztmals so bei den Weltkriegern geschehen.« (S. 4) Der Bundesrat, gemäß Bundesverfassung »die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes«, also die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, stellte am 16. März 2020 fest, dass »eine ausserordentliche Lage gemäss Artikel 7 des Epidemiengesetzes vorliegt«²; und regierte seitdem mit »**Notrecht**«. Bald lernte die Schweizer Bevölkerung zwei Taskforce zu unterscheiden, diejenige des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und die »Swiss National COVID-19 Science Task Force«. Erstere, im Jahr 2020 von der Ethnologin Christine Kopp geleitet, wurde als »Taskforce BAG Covid-19« bezeichnet und »legte die Massnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie in der Schweiz fest«.³ Be-

raten wurden die Behörden von der »Swiss National COVID-19 Science Task Force« unter der Leitung des Mikrobiologen Martin Ackermann, die »keine Entscheidungen zu Massnahmen oder Handlungen« traf.⁴ Daniel Koch, Arzt mit Zusatzausbildung an der Johns-Hopkins-Universität (1996/97), war ab 1. April 2020 »Delegierter des BAG für COVID-19« und übernahm die Rolle der volksaufklärenden Cassandra – aus deutscher Sicht eine Art Schweizer Christian Drostens. Gesundheitsminister war in dieser Zeit der Bundesrat Alain Berset, der seinen lieben Schülern aller Altersgruppen nach den Osterferien 2021 in einem unverwechselbaren Akzent sinngemäß mitteilte: »Ich bin mit dem Benehmen von die Schweizer sehr zufrieden.« (S. 20) Wer daraufhin nicht stolz und glücklich lächelte, kann als wahres Kind Wilhelm Tells bezeichnet werden, denn – so die Zusammenfassung des Journalisten Stefan Millius (S. 32) – das »Covid-19-Gesetz ermöglicht eine Machtballung beim Bundesrat und bedeutet einen Machtverlust für das Parlament und für die Bürger«.

Für eine auf Verordnungen basierende Alleinherrschaft der Exekutive musste »spätestens nach sechs Monaten Geltungsdauer das Verfahren zu deren Überführung in einen Erlass des Parlaments eingeleitet sein«, andernfalls »treten die betreffenden Notverordnungen ausser Kraft und können nicht verlängert werden.«⁵ Der Bundesrat unter der damaligen Bundespräsidentin, Simonetta Sommaruga (Sozialdemokratische Partei, SP), befürchtete oder ahnte also schon im April 2020, dass die Notlage über den September 2020 hinaus bestehen würde und beschloß »in seiner Sitzung vom 29. April 2020 die Eckwerte für die Überführung der Notverordnungen [...] in ein Bundesgesetz«⁶. Im September 2020 wurde dem Parlament das »Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)« vorgelegt und beschlossen.

Daraufhin ergriffen die »**Freunde der Verfassung**«, ein am 23. Juli 2020 von 24 Personen gegründeter Verein, die sich bei den ersten Demonstrationen und Mahnwachen gegen die Corona-Massnahmen der Regierung im

April und Mai kennengelernt hatten, am 25. September 2020 das **Referendum** und begannen mit dem Sammeln von Unterschriften. (Bei der Initialzündung ist die wichtige Rolle der Zeitschrift »Zeitpunkt« sowie des Verlegers und Journalisten Christoph Pfluger nicht zu unterschätzen.) Während es in der Phase des Unterschriftensammelns erst wenige Hundert Mitglieder waren, lag die Zahl im Januar 2021 bereits bei etwa Tausend und im Juni waren es mehr als 10.000. (Da Deutschland etwa die zehnfache Bevölkerung der Schweiz hat, würde dies einer Zahl von etwa 100.000 Mitgliedern entsprechen.) Das Einholen der mehr als 50.000 beglaubigten Unterschriften von in der Schweiz wahlberechtigten Bürgern geschah von Oktober 2020 bis Januar 2021 und fiel in die Zeit des zweiten Lockdown. »Das Wetter und die Lockdown-Massnahmen erschwerten das Sammeln von Unterschriften sehr«, berichtet Wolfgang Wolfsgruber, Vereinsmitglied seit Juli 2020. (S. 12) Die notwendige Unterschriftenanzahl wurde erreicht und als Abstimmungstermin der 13. Juni 2021 festgesetzt. Wichtig ist an dieser Stelle, zu erwähnen, dass die Gesetzesvorlage am 19. März 2021 noch einmal ergänzt und verändert wurde.

Die Kritik der Verfassungsfreunde richtete sich nicht nur auf die inhaltlichen Regelungen des Covid-19-Gesetzes, sondern auch auf eine Formalie: In der Schweizer Verfassung ist die »**Einheit der Materie**« definiert. Dies bedeutet, dass ein Gesetz bzw. eine Verordnung nur ein Thema behandeln darf: Es können nicht zwei verschiedene Anliegen in die gleiche Gesetzesvorlage gepackt werden. Der Journalist Daniel Stricker kommt zu dem Ergebnis: »Der Bundesrat hat beim Covid-19-Gesetz die Unterdrückung mit der Unterstützung kombiniert. Er hat all diese Massnahmen [...] und die finanzielle Unterstützung für die Geschädigten in das gleiche Gesetz gepackt.« (S. 36) Die Angst, bei Ablehnung gäbe es keine Entschädigungszahlungen, wird daher etliche Abstimmende beeinflusst haben, meint Marco Caimi: »Wenn ihr nicht brav mit Ja stimmt, dann stirbt eure Lieblingskneipe und die Quartierbuchhandlung wird geschlossen.« (S. 23)

Enthalten sind in dem Gesetz auch verschiedene **Medienförderungen**. Davon profitieren im wesentlichen drei große Verlagshäuser – zwei davon gehören reichen Familien. Da ist zum einen »Ringier«, seit 2015 von der Familie als Gemeinschaftsunternehmen »Ringier Axel Springer Schweiz AG« betrieben, und zum anderen »Tamedia«, kürzlich in »TX Group« umfirmiert, sowie als drittes die CH Media, die 2018 als Joint Venture der NZZ-

Mediengruppe und der AZ Medien entstand. Letztere ein weiteres Familienunternehmen, das mehrheitlich im Besitz der Familie Wanner ist. Zu diesen drei Konglomeraten gesellen sich dann noch die faktisch staatlichen Medien im Bereich TV und Rundfunk (SRF).

Zeitgleich wurde in einem weiteren **Referendum** über das »Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (**PMT**)« abgestimmt, bei welchem die schwammige Definition von Terrorismus kritisiert wurde. Als »terroristische Aktivität« gelten »Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung«, unter anderem die »Verbreitung von Furcht und Schrecken«. Vorausgesetzt wird weder ein Strafdelikt noch die Anwendung oder Androhung von Gewalt, was bei Anwendung internationaler Standards erforderlich wäre. Das PMT hat laut Stefan Millius das Potential friedlichen politischen Protest zu kriminalisieren: »Dieses Gesetz soll angeblich gegen Terrorismus wirken, aber es erlaubt reine Willkür: Menschen können mit dem Entscheid eines Richters aufgrund von Mutmaßungen und Annahmen mit Fussfesseln in Hausarrest gesetzt werden. Ich befürchte, dass das früher oder später als Instrument gegen die Massnahmen-Kritiker, gegen kritische Bürger im eigenen Land eingesetzt wird.« (S. 32) Die Nein-Stimmen summierten sich am 13. Juni 2021 auf 43 %, somit ist auch dieses Gesetz gültig.

Obwohl das Covid-19-Gesetz angenommen wurde, war das Referendum laut Michael Bubendorfer, dem Pressesprecher der Verfassungsfreunde, ein **Erfolg**: »Die Regierung war für das Gesetz, das Parlament war für das Gesetz, alle Parteien – außer der SVP – waren dafür, alle großen Verbände, alle Massenmedien. Die Verfassungsfreunde haben gegen das gesamte Establishment gekämpft und 40 % der Stimmen hinter sich gebracht. Nein, es sind nicht ein paar Verwirrte und ein paar komische Antisemiten gegen dieses Gesetz: 1,27 Millionen Menschen lehnen dieses ab.« (S. 9) Interessant ist ein Blick auf die Landkarte: In der Ostschweiz haben etliche Gemeinden und die Ur-Kantone der Zentralschweiz mehrheitlich gegen das Gesetz gestimmt. In den ländlichen Gebieten mit traditioneller Verwurzelung wurde eher mit NEIN gestimmt und in den Städten wie Basel, Bern, Genf und Zürich lag die Zustimmung bei 60 bis 70 %. Es gibt also ein erkennbares Stadt-Land Gefälle. »Die Urschweizer Regionen hatten diesen Abwehrreflex und die urbanen Zonen nicht«, schreibt der Journalist Stefan Millius. (S. 32)

Gravierende Anteile wurden dem Covid-19-Gesetz, wie oben erwähnt, am 19. März 2021 hinzugefügt, also nachdem das erste Referendum bereits eingereicht war.



Jedes Mal, wenn ein Gesetz geändert oder ergänzt wird, unterliegen diese Anteile erneut der Volksabstimmung. Daher haben die »Freunde der Verfassung« ein **zweites Mal das Referendum ergriffen**. Bis zum 8. Juli wurden innerhalb von etwa vier Wochen 187.000 Unterschriften gesammelt und das nächste Abstimmungsdatum ist der 28. November 2021.

Wer es seit März 2020 wagte den Regierenden Fragen zu stellen, war bestenfalls ein Narr. Auch in der Schweiz werden die **Dissidenten**, also die Anders- oder Querdenkenden, mit den gleichen Vokabeln wie in Deutschland und Österreich diffamiert. Das Spektrum reicht – meist unkorrekt gegendert – von der »Verschwörungstheoretikerin«, der »Covidiotin«, dem »Corona-Leugner«, der »Aluhütin«, dem »Impfgegner« bis zum »Rechtsextremen« und der »Antisemitin«. In der Skala medialer Verunglimpfung fehlt nur noch die »Kinderschänderin«. Diese inflationäre Verwendung falscher Begriffe fällt immer mehr Menschen als unglaublich auf und verweist darüberhinaus auf diejenigen, welche diese Kampfbegriffe länderübergreifend im Frühsommer 2020 einführten. Daniel Stricker stellt fest: *»Das war immer sehr schlau formuliert. Die strafrechtlich relevanten Beleidigungen wurden an die Masse gerichtet, niemals an einzelne Personen. Heute haben wir acht Kantone, die das Covid-19-Gesetz ablehnen. Mein Heimatkanton Thurgau ist jetzt ganz offiziell ein antisemitischer, rechtsradikaler, Verschwörungschwurblerkanton.«* (S. ?)

ANMERKUNGEN

- 1 Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 3. Dezember 2010, Nr. 10.107
[/www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2011/43/de](http://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2011/43/de)
- 2 Coronavirus: Bundesrat erklärt die «ausserordentliche Lage» und verschärft die Massnahmen vom 17. März 2020
www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78454.html
- 3 Taskforce BAG Covid-19
www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/organisation/direktionsbereiche-abteilungen/krisenorganisation-covid-19.html
- 4 www.sciencetaskforce.ch
- 5,6 Coronavirus: Überführung der Notverordnungen des Bundesrates in ein dringliches Bundesgesetz vom 29. April 2020
www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78929.html

DIE INTERVIEWPARTNER

Michael **Bubendorf** ist Pressesprecher des im Juli 2020 gegründeten Vereins »Freunde der Verfassung«. Der freie Journalist und Verleger (»Zeitpunkt«, »Corona-Transition«) Christoph **Pfluger** war eine Art Geburtshelfer der Verfassungsfreunde, seitdem begleitet er die Schweizer Demokratiebewegung auf ihrem Weg zur »offenen Parallelgesellschaft«. Der selbstständige Finanzberater Wolfgang **Wolfsgruber**, »Zeitpunkt«-Leser seit Jahrzehnten und Verfassungsfreund der Anfangszeit, ist Mitgründer des Vereins »Eltern für Freiheit – wir wollen den Kindern eine Stimme geben«. Prisca **Wuergler** war Primarschullehrerin und wurde Anfang November 2020 ein Opfer der »Maskentragpflicht« in ihrer Schule. Ihre Kollegin **Aline** im zur Schweiz angrenzenden französischen Department Savoie hat als Lehrerin ähnliche Erfahrungen gemacht und ist seither krank geschrieben. Sie und ihr Lebenspartner Klaus **Lief** fassen die Situation in Frankreich seit März 2020 zusammen. Marco **Caimi**, Arzt für Psychiatrie und Rehabilitation, äussert sich auf seinem Youtube-Kanal »Caimi Report« von Beginn an zu den manipulativen Begleitmassnahmen der Medien und den psychischen Auswirkungen für die Menschen. Der Kabarettist Marco **Rima** ist einer der wenigen seiner Zunft, der es seit März 2020 wagt die medial-politische und mentale Krise seiner Zeitgenossen mit scharfer Zunge zu begleiten. Für eine kritische Berichterstattung sorgen – auf unterschiedliche Art – mit wenigen anderen die beiden Journalisten Stefan **Millius** (»Die Ostschweiz«) und Daniel **Stricker** (»Stricker TV«).

ZUR METHODIK

Vom 16. bis zum 26. Juni war der Autor in der Schweiz und im französischen Department Savoie. Es wurden mit insgesamt neun Personen etwa einstündige Interviews (und längere Gespräche) geführt. Die Auswahl der Interviewpartner und die Koordination der Termine in der Schweiz sind meinem langjährigen Freund Wolfgang zu verdanken.

Die abgetippten Texte konnten von den Interviewten bis zum 24. Juli korrigiert bzw. ergänzt werden und sind von diesen autorisiert. Das Interview mit Christoph Pfluger führte Prisca Wuergler. Im einleitenden Kommentar von Caimi finden sich die Eigenheiten der Schweizer Rechtschreibung, während in den folgenden Interviews der hochdeutschen Schreibweise gefolgt wird.

Termine der Interviews

Michael Bubendorf	16. Juni 2021
Christoph Pfluger	28. Juni 2021
Wolfgang Wolfsgruber	17. Juni 2021
Prisca Wuergler	17. Juni 2021
Marco Caimi	16. Juni 2021
Marco Rima	26. Juni 2021
Steffan Millius	15. Juni 2021
Daniel Stricker	16. Juni 2021
Klaus Lief und Aline Maily	21. Juni 2021

DIE SCHWEIZER ECHOKAMMER: «WEDER GESSLERHUT NOCH IMPFPFLICHT !»

«Bei Abstimmungsergebnissen klaffen oft grosse Klüfte zwischen den einzelnen Regionen.»

Was verbindet den Basler mit dem Rheinländer? Da wäre natürlich der Rhein als wirtschaftliche Lebensader und (teilweise) freizeitorientierte Flanier- und Aufenthaltszone. Ein grosses Rinnsal, mit dem sich der Basler gegen die überheblich-arroganten Zürcher zu helfen weiss, wenn er von Letzteren an den Kopf geworfen bekommt: «Ihr habt ja nicht einmal einen See!» Stimmt, aber dafür das internationale und multikulturelle Dreiländereck mit unseren deutschen und französischen Freunden. Was dieses für eine Bedeutung hat, wurde allen Bewohnern der Regio Basiliensis erst bewusst, als es im Rahmen der gedownshooteten, plandemischen Massnahmen gegen retrovirale RNA-Bruchstücke zu Grenzschiessungen kam.

Die grösste Gemeinsamkeit zwischen Rheinländern und Baslern dürfte aber das jährlich wiederkehrende närrische Treiben sein, im Rheinland Karneval, bei uns Basler Fasnacht oder auch die «drei scheenste Däg» genannt. Wenn an einem Wintermontag im Februar oder März in der Früh um vier in Basel alle Lichter in der Innenstadt ausgehen und der «Morgestraich» (ein Marsch mit Pfeifern und Trommlern) angestimmt wird, geht der regionale Puls hoch.

Obschon nicht aktiver Fasnächtler zuckte ich zusammen, als Ende Februar 2020 die Basler Fasnacht abgesagt wurde, letztmals so bei den Weltkriegern geschehen. Unterdessen sind beinahe eineinhalb Jahre vergangen, auch im 2021 keine Fasnacht, Unvorstellbares hat sich in diesen Zeiten ereignet, haben die Menschen auch in der Schweiz über sich ergehen lassen (müssen). Aber was heisst die Menschen in der Schweiz? Es gibt sie nicht, bei aller Bescheidenheit von ca. 41.000 Quadratkilometern Staatsgebiet, diese *eine* Schweiz, was alleine durch vier offizielle Landessprachen dokumentiert wird. Auch bei Abstimmungsergebnissen (wir stimmen in der Schweiz als – zumindest noch auf dem Papier – direkte Demokratie sehr oft ab!) klaffen oft grosse Klüfte zwischen den einzelnen Regionen.

Nicht anders verhält es sich bei der Akzeptanz oder

Bekämpfung der antiviralen, coronaren Massnahmen: Während stark industrialisierte und urbanisierte Regionen wie Zürich, Bern oder Basel brav und unterwürfig auf dem vom Bundesrat und seinen Kettenhunden von der *National Science Task Force* ausgelegten Angstpornotepich kriechen und demütig sabbern, werden sie vom rural-urchigen Teil der innerschweizer Urkantone (Uri, Schwyz, Nidwalden und Obwalden) und ihren in ihrem Freiheitsgedanken zumindest partiell Seelenverwandten im Wallis und beiden Appenzell, teilweise auch in den Ostschweizer Kantonen Thurgau, St.Gallen und Schaffhausen, bekämpft. Der französisch sprechende Teil der Schweiz, les Romands (auch les Welsch genannt), spricht etwas diffamierend über diese Kantone als *la Suisse primitive*. Aber es ist genau dieser Teil der Schweiz, der sich schon immer gegen fremde, aber auch einheimische Vögte gewehrt hat, auch wenn es darum ging, Gessler- und andere Hüte oder Insignien unilateraler Macht zu grüssen. Darum wollen grössere Teile der Schweiz und ihrer Bevölkerung keinen EU-Beitritt. Als das Schweizer EU-Rahmenabkommen, das u.a. auch EU-Recht in der Schweiz institutionalisiert hätte, vom Schweizer Bundesrat am 26. Mai 2021 als für gescheitert erklärt wurde, wurden in allen Kantonen zur Feier Höhenfeuer entfacht. Jetzt im 21. Jahrhundert, nicht im dunklen Mittelalter...

Am 13. Juni 2021 durften wir über das Covid-19-Gesetz abstimmen, welches unter anderem vorsieht, zwischen Geimpften und Ungeimpften zu unterscheiden, respektive die beiden «Gruppen» unterschiedlich im gesellschaftlichen Leben zu behandeln: Eine Textpassage, die nachträglich im März 2021 ins Gesetz, gegen das am 25. September 2020 das Referendum (dazu braucht es in der Schweiz 50'000 beglaubigte Unterschriften von in der Schweiz wahlberechtigten Bürgern und Bürgerinnen) ergriffen wurde, eingefügt wurde – nota bene von der Schweizer Regierung! Ein Gesetz, das dem Bundesrat wesentlich mehr Macht geben würde. Parallelen zum 18. November 2020 in Deutschland sind unverkennbar ...



Das Gesetz wurde mit 60 % Ja-Stimmen angenommen, weil der Bundesrat die Angst verbreitete, bei Ablehnung gäbe es keine Entschädigungszahlungen mehr, was eine Vorspielung falscher Tatsachen war. Aber auch in der Schweiz geht's erst ums Fressen, dann um die Moral.

Sofort nach der Abstimmung wurde das Referendum II gegen das nun vollständig in den Abstimmungsunterlagen abgedruckte Gesetz ergriffen und es kam in der Rekordzeit von nicht einmal 4 Wochen mit doppelt so vielen Unterschriften zustande wie das erste Referendum. Nächstes Abstimmungsdatum: der 28. November 2021.

Trotzdem: Auch wenn die Schweiz nie die gleichen Massnahmen erdulden musste wie die deutsche, aber auch die französische, italienische, spanische oder auch österreichische Bevölkerung (beispielsweise wäre eine Ausgangssperre in der Schweiz erst bei pestähnlichen Zuständen mit hunderttausenden von Toten denkbar) leisten auch in der Eidgenossenschaft noch viel zu wenige wirklich Widerstand gegen den staatlich aufoktroierten Gesundheitstotalitarismus, insbesondere gegen diese schleichend implementierte Impfperversion, die nicht einmal vor Schwangeren, Stillenden, Jugendlichen, Kindern und in Bälde auch Neugeborenen halt macht. Es darf nie, nie, nie eine Impfpflicht geben – nirgendwo auf der Welt! Eine Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz hat sich in den letzten Monaten aber zur willenslosen Erfüllungsgehilfin einer verfehlten «Gesundheitspolitik» erniedrigen lassen. Aber: Die Verzweiflung des Staates wächst, die Impfmotivation lässt nach, so dass derselbe Staat die schärfsten Waffen auspacken muss. Drohen, Ausschliessen, Spalten. Wer eine Impfung mit Argumenten wie Reisen, Restaurantbesuch oder generell Ausgang begründet, sollte aus jeglichen Ämtern getrieben werden. Das hat nichts mit Sorge um des Volkes Gesundheit zu tun, sondern dient ausschliesslich Partialinteressen, welcher Couleur sie auch sein mögen. Das Positive aus dem Fallenlassen wenigstens dieser Regierungsmaske ist der

folgende Umkehrschluss: Selten war es so einfach zu manifestieren, dass man sich nicht einfach entarteter Staatsgewalt beugen will. Man muss nicht einmal etwas tun, ganz im Gegenteil: Man muss es *nicht* tun um zu zeigen: Wir wollen keine Regierung, die sich auf Kosten der Bürger Big Pharma, Big Tech, Big Money und Big Control unterwirft.

Der bestehende Widerstand in der Schweiz, insbesondere die Abstimmungskampagnen, werden federführend von einer ausserparlamentarischen Oppositionsgruppierung Namens «Freunde der Verfassung» orchestriert. Die Gruppierung hat in kurzer Zeit mehr als 10'000 Mitglieder gewonnen, der Schreibende darin inkludiert.

In Deutschland wünsche ich der Partei «*dieBasis*» von Herzen den gleichen Erfolg, mein erster kleiner Beitrag dazu soll – neben dem vorliegenden Artikel – mein Antrag auf die Parteimitgliedschaft sein, denn meine Frau und ich haben Zweitwohnsitz im Hochschwarzwald am Schluchsee und das Schicksal und damit die demokratische Zukunft Deutschlands liegen uns nicht nur aus altruistisch-cosmopolitischen Gründen sehr am Herzen!

Bleiben wir alle wach mit geschärften und nicht mainstreammedial vernebelten Sinnen: Nicht das Virus, der behördlich-institutionell manipulierte Mensch ist des Menschen Wolf auf dem Weg in eine abgrundtief verabscheuungswürdige Gesundheitsapartheid. «Amandla awethu – alle Macht dem Volk!» riefen einst die Anti-Apartheidskämpfer in Südafrika. Lasst uns zusammen wachsen in diesem Kampf mit bisher ungleichen Waffen oder wie einst Willy Brandt gesagt hat:

«Es wächst zusammen, was zusammen gehört!»

Aber: Es gibt auch einen zweiten Umkehrschluss: Die Konsequenz daraus wäre eine offene, alternative Parallelgesellschaft. Das ist zu akzeptieren. Das Ende der Welt wäre es nicht.

MICHAEL BUBENDORF, PRESSESPRECHER DER »FREUNDE DER VERFASSUNG«

»Wir müssen das Medienproblem lösen.
Das ist meine Priorität.«

MICHAEL BUBENDORF

(* 1982), ist Unternehmer in der Hochseeschifffahrt und lebte mit seiner Familie fünf Jahre in Uganda, wo er für ein Schweizer Logistikunternehmen arbeitete. Seit Januar 2021 ist er Pressesprecher des Vereins »Freunde der Verfassung«.
www.verfassungsfreunde.ch

Wann, warum und von wem wurde der Verein »Freunde der Verfassung« gegründet?

Michael: Gegründet wurde der Verein am 23. Juli 2020 von 24 Gründungsmitgliedern, die sich bei den ersten Demonstrationen und Mahnwachen gegen die Corona-Maßnahmen der Schweizer Regierung im April und Mai kennengelernt hatten. Wir steckten viele Monate in einer Machtlosigkeit und wurden von der Regierung wie Objekte behandelt, die beliebig herumgeschoben werden können. Unsere Antwort war die Gründung eines Vereins, um auf politischem Weg etwas zu organisieren und uns zu wehren.

Wie viele Mitglieder habt ihr? Sind diese regional organisiert?

Michael: Wir haben gerade vor ein paar Tagen die 10.000er-Marke überschritten und täglich kommen neue Beitritte hinzu. Im Januar 2021 waren wir noch etwa 1.000 Mitglieder. Mit dem Referendum und dem erwachenden Medieninteresse hat das dann rapide zugenommen. Die Regierung propagierte, dass sich möglichst niemand mehr treffen sollte, jeder solle am besten zuhause bleiben bei Chips, Cola und Tagesschau. Wir haben uns auch regional organisiert, damit die Menschen wieder in Kontakt miteinander kommen und hatten Regiogruppenleiter, die trotz aller Einschränkungen das Lokale pflegten. Die Leute haben sich vor Ort massiv eingesetzt. Auf der Straße Unterschriften sammeln, Flyer verteilen, Plakate aufhängen: Das war das Erfolgsgeheimnis dieses Abstimmungserfolgs – ich nenne das so, auch wenn wir verloren haben.

Mit welchen Partnerorganisationen arbeitet ihr zusammen?

Michael: Immer da, wo es Sinn macht, z. B. mit dem »Aktionsbündnis Urkantone« (www.ur-kantone.ch) und dem »Aktionsbündnis Aargau-Zürich« (www.aargau-zuerich.ch), mit »Stiller Protest« (www.stillerprotest.ch), die haben einen Teil der Demonstrationen organisiert, und mit der Jugendbewegung »Mass-Voll« (www.massvoll.ch). Aktuell legt sich die junge SVP (Schweizer Volkspartei) stark ins Zeug.

Welche Hürden waren zu nehmen, um die Volksabstimmung über das Covid-19-Gesetz zu erreichen?

Michael: Grundsätzlich werden bei einer Abstimmung über ein Gesetz 50.000 Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern der Schweiz benötigt. Die größte Hürde war damals, dass gerade die Corona-Maßnahmen galten: Die Leute sollten zuhause bleiben und Abstand halten. Da haben einige entsetzt reagiert, dass wir gerade jetzt Unterschriften sammelten: »Wir sind mitten in einer weltweiten Pandemie.« Das war sicher das größte Hindernis. Außerdem war Winter, es war kalt und das Wetter während der drei Monate sehr schlecht. Das Klima unter den Menschen wurde immer frostiger, wir hatten sogar tätliche Angriffe auf Unterschriftensammler.

Wie wurden eure Anliegen von den Medien aufgenommen, wie ist die Berichterstattung?

Michael: Anfangs wurden wir in den Medien als die verwirrten Typen dargestellt. Es gibt da ein Foto, das immer benutzt wurde, wenn es um die Verfassungsfreunde



ging. Da steht ein Mensch auf dem Bundesplatz in Bern und hält ein Plakat mit der Aufschrift: »Der Bundesrat hat mehr Leid verursacht als verhindert.« Da ist ein »h« zu viel. Ich kenne den Mann gar nicht und habe den noch nie gesehen, aber dutzende Male, wenn über die Freunde der Verfassung berichtet wurde, stand da »verursacht«. Damit wurde transportiert: Das sind verwirrte, etwas ungebildete Menschen, die dieses Corona-Ding nicht verstehen. Beim Staatsfernsehen wurde mir die ganze Zeit so ein Strohmännchen-Argument untergeschoben: »Ich würde behaupten, dass mit dem Covid-19-Gesetz über die Massnahmen abgestimmt werden könne.« Das hatten wir nie behauptet. Eine banaler Taschenspielertrick: Die Gegenseite unterstellt ein Argument und widerlegt das dann. Damit ist schwer umzugehen, denn du musst erst mal begreiflich machen: »Das habe ich nie gesagt.«

Bei uns in der Schweiz ist die angesehenste Zeitung die »Neue Zürcher Zeitung« (NZZ). Die Artikel waren anfangs alle in dem oben beschriebenen Rahmen. Dann gab es im Mai 2021 die Anfrage einer NZZ-Journalistin und wir haben zwei Stunden miteinander geplaudert. Ihr Artikel war zwar nicht unkritisch, aber ausgewogen und fair. Nach diesem Artikel drehte der Wind etwas und man hat uns respektabler behandelt. In meinem beruflichen Umfeld habe ich das als Wendepunkt erlebt. Zu Beginn gingen viele auf Distanz. »Willst du dich wirklich so exponieren? Ich habe von jemandem gehört, der findet nicht so gut, was du da machst.« Dann kam dieser NZZ-Artikel und plötzlich hieß: »Toll, was ihr da macht.« Da habe ich die Macht dieser Leitmedien gesehen.

Nach dem Referendum konnten uns die Massenmedien nicht mehr länger ignorieren und wir wurden ins Rampenlicht katapultiert. Ich war schon vorher ein sehr medienkritischer Mensch: »Wenn es in der Zeitung steht, ist es entweder gelogen oder irrelevant.« Zwei Beispiele: »Basel hat gegen Zürich 3:0 gespielt.« Das ist wahr, aber nicht relevant. »Die USA haben den Irak befreit.« Das ist relevant, aber nicht wahr. Obwohl ich den Medien gegenüber sehr kritisch war, bin ich entsetzt über den minimalen Wahrheitsgehalt mit dem gearbeitet wird. Das gilt auch für unsere Politiker in Regierung und Parlament.

Wurdet ihr auch als »Rechtsextreme« verunglimpft?

Michael: Nein. Es wurde immer mal wieder gesagt, dass wir eine sehr heterogene Gruppe sind und dass es einen Rechtsdrall bei uns geben würde. Aber rechtsextrem,

nein, so wurden wir nie bezeichnet. Es wird uns nachgesagt, dass wir »Libertäre« seien. Bei mir kann das durchaus richtig sein, ich bin sehr staatskritisch eingestellt. Bei uns sind zwar auch viele Liberale, aber ich hätte deswegen nicht gesagt, dass wir ein liberaler Verein sind.

Wie ging es nach dem Einsammeln der Unterschriften weiter?

Michael: Die Unterschriften sind nach dem Sammeln von den Gemeindeverwaltungen zu beglaubigen. Diese prüfen, ob der Mensch in dieser Gemeinde lebt und ob es dessen Unterschrift ist. Dann geht das Referendumskomitee zur Bundeskanzlei und reicht alles ein. Allerdings gab es durch das Covid-19-Gesetz eine Ausnahme, d. h. in dem von uns bekämpften Gesetz war eine Erleichterung enthalten: Wir konnten nicht-beglaubigte Unterschriften einreichen. Die Bundeskanzlei hat die Beglaubigungen selbst veranlasst und gemeldet: »Das Referendum ist zustande gekommen.« Als Abstimmungstermin wurde der 13. Juni 2021 festgesetzt und die Bundeskanzlei fragte nach unserem Text für das Abstimmungsbüchlein. So werden in der Schweiz die von der öffentlichen Verwaltung (Gemeinde, Kanton, Bund) herausgegebenen Informationsbroschüren zu bevorstehenden Volksabstimmungen bezeichnet, die sich an die Stimmberechtigten richten. Das war auch eine interessante Erfahrung. Wir durften den Text nicht so schreiben wie wir wollten und waren kurz davor denen zu sagen: »Wir geben euch gar nichts und dann könnt ihr den Leuten erklären, warum das leer bleibt.« Obwohl die Abstimmung erst im Juni war, sollten wir unseren Text Ende Januar 2021 abgeben. Wir hatten damals keine Ahnung, wie es zum Abstimmungszeitpunkt aussehen würde und mussten ins Blaue hinein argumentieren. Entsprechend schwach war unser Text. Das Gesetz wurde sogar danach, am 19. März, noch mal massiv verschärft. Die Regierung hatte für ihren Text mehr Platz und mehr Zeit. Natürlich konnten sie auch lesen, was wir schreiben und darauf in ihrem Text reagieren. Das ganze Ding mit den Abstimmungsbüchlein ist höchst undemokratisch. Wenn man etwas zur Information beilegen möchte, dann von mir aus den Gesetzestext. Punkt. Warum hat die Regierung den Vorteil ihren Standpunkt auf diese Art und Weise noch einmal zu verdeutlichen?

Ich lese gern die deutschen alternativen Medien, die sind von hoher Qualität. Was mir immer wieder auffällt, ist der Satz: »Wir wollen direkte Demokratie wie in der Schweiz.« Aber unsere Demokratie ist bei weitem nicht so

direkt, wie man das in Deutschland glaubt. Das Referendum ist ein mächtiges Mittel, aber mit mächtigen Einschränkungen. Und viele wichtige Dinge werden gar nicht über Gesetze gelöst, daher sind keine Referenden möglich.

Am 13. Juni wurde über zwei Gesetze abgestimmt, worum geht es im »Covid-19-Gesetz« und im »PMT-Gesetz«?

Michael: PMT ist das Kürzel für »Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus«. Hier wünschte sich die Polizei zusätzliche Regeln, um Terrorismus präventiv zu bekämpfen. Der Stein des Anstosses lag für uns in der Definition von Terrorismus. Als »terroristische Aktivität« gelten im Gesetz »Bestrebungen zur Beeinflussung oder Veränderung der staatlichen Ordnung«, unter anderem durch die »Verbreitung von Furcht und Schrecken«. Bei dieser Definition wird weder ein Strafdelikt vorausgesetzt noch die Anwendung oder Androhung von Gewalt, was die internationalen Standards verlangen. Bei einigen war die erste Reaktion: »Ok, Super-Gesetz, da können wir gleich die Regierung verhaften.« Wir haben relativ spät gemerkt, dass es ein brandgefährliches Gesetz ist, aus meiner Sicht das gefährlichere, weil es das Potential hat, den friedlichen politischen Protest zu kriminalisieren. Das wäre bei jedem Thema anwendbar, wenn der Regierung die Richtung gerade nicht passt.

Beim Covid-19-Gesetz muss ich zunächst den Begriff »Einheit der Materie« erklären. Der steht bei uns in der Verfassung und bedeutet, dass ein Gesetz bzw. eine Verordnung nur ein Thema behandeln darf. Du kannst nicht zwei verschiedene Dinge in die gleiche Vorlage packen. Beim Covid-19-Gesetz hat man genau das gemacht: Die Entschädigungen für Betriebe, die von den Covid-19-Massnahmen der Politik stark geschädigt wurden, sind mit den Pandemiemaßnahmen im selben Gesetz geregelt. Völlig unverständlich ist dort auch eine Medienförderung enthalten – den Medien werden die verschiedensten Kosten gezahlt. Experten haben nachgerechnet und kamen auf die Summe von 98 bis 120 Millionen Schweizer Franken. Dabei haben die Medienkonzerne im Corona-Jahr 2020 riesige Gewinne geschrieben. Alle anderen Betriebe müssen Auflagen erfüllen, wie den Nachweis von mindestens X % Umsatzeinbruch, um Gelder zu erhalten. Bei den Medien: Nichts dergleichen. Es wurden verschiedenste Maßnahmen in ein Gesetzespaket gepackt und die Abstimmung wurde gewonnen, weil die Leute glaubten,

dass im Fall einer Ablehnung die Betriebe kaputt gehen.

Sind diese Gesetze jetzt endgültig und können nur noch vom Parlament wieder aufgehoben oder verändert werden?

Michael: Diese Frage berührt das Thema, dass unsere Demokratie überhaupt nicht so direkt ist, wie gern erzählt wird. Wenn ein Gesetz einmal in Kraft getreten ist, dann hat der Souverän keine Möglichkeit mehr dieses zu verändern oder darauf Einfluss zu nehmen. Wir haben in der Schweiz keine Möglichkeit eine Initiative zu starten, um ein Gesetz zu schaffen, eines zu ändern oder abzuschaffen. Das können wir nicht. Wir können auf Bundesebene nur Änderungen der Verfassung anstreben. Das ist ein großes Manko unserer sogenannten direkten Demokratie und ein Problem, das wir in den nächsten Monaten angehen werden.

Jedes Gesetz sollte ein Ablaufdatum haben. Das ist eines der wenigen, guten Momente des Covid-19-Gesetzes, es läuft 2031 aus. Die meisten Artikel sind bis Ende 2021 gültig, aber das Parlament hat die Möglichkeit Jahr für Jahr neue Änderungen am Gesetz vorzunehmen – und das haben die Abgeordneten seit 2020 ja auch getan.

Welche weiteren Schritte habt ihr als Verein ergriffen?

Michael: Die schlimmsten Anteile am Covid-19-Gesetz wurden am 19. März 2021 hinzugefügt, also nachdem wir unser erstes Referendum eingereicht hatten. Jedes Mal, wenn ein Gesetz geändert wird, unterliegen diese Änderungen erneut dem Referendum. Wir haben uns entschieden, dieses zu unterstützen. Bis zum 8. Juli können wir sammeln, das ist eine sehr sportliche Vorgabe. [Nachtrag: Es wurden über 187.000 Unterschriften eingesammelt.] Über diese Änderungen wird noch einmal separat abgestimmt. Das könnte schon spannend werden. Das finanzielle Argument ist dieses Mal viel schwächer und die Negativpunkte sind viel stärker. Von daher könnte es sein, dass wir diese Änderungen zu Fall bringen können.

Bist du bzw. seid ihr mit dem Ergebnis vom 13. Juni zufrieden?

Michael: Nein, wir wollten gewinnen. Trotzdem war es ein Riesenerfolg, auch wenn dieser von den Medien kleingeredet oder ignoriert wird. Die Regierung war für das Gesetz, das Parlament war für das Gesetz, alle Parteien – außer der SVP – waren dafür, alle großen Verbände,



alle Massenmedien. Die Verfassungsfreunde haben gegen das gesamte Establishment gekämpft und 40 % der Stimmen hinter sich gebracht. Nein, es sind nicht ein paar Verwirrte und ein paar komische Antisemiten gegen dieses Gesetz: 1,27 Millionen Menschen lehnen dieses ab. Und viele haben mit JA gestimmt, weil sie die Entschädigungen wollten. Hätte es diese Verletzung der »Einheit der Materie« nicht gegeben, dann – so behaupte ich – hätte es ein wichtiges NEIN gegeben.

Gibt es Überlegungen zusätzlich zum Verein eine Partei zu gründen?

Michael: Ja, es wird diskutiert und wir werden auch von vielen Mitgliedern unter Druck gesetzt, das zu tun oder das zu lassen. Wir sind dabei, über die ganze Bewegung hinweg, Gespräche zu führen. Die verschiedenen Vereine und Organisationen stecken jetzt mal die Köpfe zusammen. Wir werden uns in irgendeiner Art am parlamentarischen Betrieb beteiligen und ein internationaler Austausch über die Erfahrungen wäre gut. Ich fände es spannend, wenn wir über Themen, aber vor allem Techniken sprechen würden. Welche Techniken können wir einsetzen, um nicht so zu werden wie die anderen?

Ich persönlich denke, es könnte interessant sein, aber dann müsste man es anders machen, als die etablierten Parteien. Es bringt nichts, wenn man nach einem Jahr nicht mehr von den anderen Parteien unterscheidbar ist: Das kann es nicht sein. Den Medien- und den Politikbetrieb habe ich ein bisschen kennengelernt und als extrem abstoßend erlebt; seither spreche ich von einem staatlich-medialen Komplex.

Haben dich Deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Michael: Ja, sie haben mich sehr überrascht. Ich war Covidiot der ersten Stunde und hatte etwa zwei Stunden Angst vor Corona. Da gab es so Bilder, jemand geht auf der Strasse und kollabiert an Corona. Da habe ich angefangen, bei allen verfügbaren Medien zu recherchieren. Das Ergebnis war ein mehrseitiger Text, den ich am 4. April 2020 bei Rubikon veröffentlicht habe. Zu dem Text stehe ich immer noch, der hält auch heute jeder Überprüfung stand. Wenn das doch auch unsere Covid-19-Task Force von sich behaupten könnte. Ich dachte damals: *»Hier passiert etwas, das mit dem Infektionsschutz nichts zu tun hat und wir müssen sicher stellen, dass das nicht funktioniert.«* Deswegen habe ich mich so gegen das Tragen einer Maske gewehrt, denn du strahlst damit aus, dass das alles stimmt, dass du dich dieser Politik unterwirfst. Unter meinen Freunden gab es einige, die sich dagegen verwehrt haben, aber die große Masse folgte brav. Das hat mich überrascht und enttäuscht. Ich muss da wirklich noch einen Weg finden und aufpassen, dass ich nicht abschätzig über die Menschen denke. Ich muss mir meinen Humanismus, meine Achtung vor meinen Mitmenschen, jeden Tag neu erkämpfen. Wenn die Leute ihre Kinder in die Schule schicken und diese acht Stunden am Tag nicht richtig atmen können, weil sie einen dummen Lappen vor dem Gesicht tragen. Es entsetzt mich, dass die Eltern dieser Kinder das einfach hinnehmen und ich habe große Mühe mit denjenigen Eltern in meinem vor-pandemischen Freundeskreis, die diese Maßnahmen gegen ihre Kinder widerspruchslos akzeptierten. Da habe ich wirklich große Mühe. Meine rote Linie ist: Wer sein Kind gegen SARS-CoV-2 impfen lässt, mit dem will ich nichts mehr zu tun haben.

CHRISTOPH PFLUGER, VERLEGER UND JOURNALIST

(die Fragen stellte Prisca Wuergler)

»Man trifft Freunde, die man noch nicht gekannt hat.«

Gibt es einen roten Faden, den du durch deine Aktivitäten seit März 2020 ziehen kannst?

Christoph: Mir war anfangs März schon nach wenigen Tagen klar, dass die Pandemie gewollt und auf langfristige Wirkung ausgelegt ist und deshalb auch eine langfristige strategische Antwort erfordert. Im Februar war ich allerdings noch der Ansicht, Corona sei einfach eine Neuauflage der Schweinegrippe, also der Versuch, mit einer aufgeblähten Gefahr, ein profitables Pharma-Geschäft zu generieren. Corona könnte aber auch wesentlich mehr sein: Der Versuch mit einem schockartigen Handstreich die Bildung einer neuen Weltordnung einzuleiten.

Du beschäftigst dich schon lange mit globalen Entwicklungen. Das Eine ist, was die Globalisten tun, und das Andere, wie die Menschen darauf reagieren. Entspricht das Zeitgeschehen deinen Erwartungen?

Christoph: Wir leben in einem Geld- und Wirtschaftssystem mit einer unsichtbaren Umverteilung von den Arbeitenden zu den Vermögenden. Rund 30 % des Bruttoinlandprodukts werden jährlich so verschoben. Darum werden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Das muss früher oder später zu einem Zusammenbruch oder einer revolutionären Umwälzung führen. Das ist natürlich auch der globalen Teppichetage bewusst. Sie ist einer Revolution von unten zugekommen – das Jahr 2019 war ja bereits ein Jahr der Revolten¹ – und hat eine veritable Revolution von oben eingeleitet. Natürlich wurden wir alle überrascht. In einem Durcheinander, von den Regierungen mit dauernden Regeländerungen noch gefördert, kann man nicht zielgerichtet handeln. Wir müssen

CHRISTOPH PFLUGER

(* 1954), studierte zunächst zwei Semester Medizin und dann vier Semester Jura, bevor er ab 1979 als freier Journalist arbeitete. Seit 1988 ist er auch als Verleger tätig und seit 1992 Herausgeber der Zweimonatszeitschrift »Zeitpunkt« bzw. seit 2020 der Informationsplattform »Corona-Transition«. Er ist Initiant [hochdeutsch: Initiator] des Referendums gegen das Covid-19-Gesetz und der Verfassungsfreunde. www.zeitpunkt.ch ; www.corona-transition.org

nun eine konsistente, langfristige Strategie entwickeln und die Auseinandersetzung auf die Felder ziehen, in denen wir stark sind.

Wo liegen deiner Ansicht nach unsere Stärken?

Christoph: Was wir ziemlich schnell gemerkt haben: Auf unserer Seite des Corona-Grabens ist eine Menschlichkeit erwacht, die es so vorher nicht gegeben hat. »Man trifft Freunde, die man noch nicht gekannt hat«, ist meine Zusammenfassung dazu. Wir können nur darüber spekulieren, warum das so ist. Meine Erklärung geht in etwa so: Um in dieser verrückten Welt geistig gesund zu bleiben, musst du Vertrauen in dich selbst gewinnen. Das betrifft nicht nur die Auswertung von Informationen von außen, sondern auch die Beziehung zu unserer inneren Wahrheit. Wer sich selbst vertraut, kann auch sehr schnell Vertrauen zu anderen Menschen entwickeln, die den gleichen Schritt gemacht haben. Das ist unsere ganz große Stärke, auf die wir unsere Antwort auf die Revolution von oben aufbauen.

Und wie soll das konkret gehen?

Christoph: Viele Menschen stehen vor der Frage: Soll ich mir und meiner inneren Wahrheit vertrauen oder der Regierung mit ihrer Angst einflössenden Kampagne und den ständig wechselnden, willkürlichen Massnahmen? Diese Menschen müssen wir dabei unterstützen, zu sich selber zu finden und den Mut zu fassen, auch danach zu leben. Das hat nicht nur mit Information zu tun, sondern auch damit, dass die meisten von uns mehrere Per-



sönlichkeitsanteile in sich tragen, die zum Teil in Konflikt miteinander stehen. Wir haben einen Anteil, der sich der Mehrheit anpasst, weil dort – historisch gesehen – die bessere Wahrheit und damit auch die grössere Sicherheit liegt. Und wir haben einen Anteil, der dem höheren Selbst oder der inneren Stimme vertrauen will. Davon gibt es je nach Biographie und Erziehung viele Spielarten. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen zu helfen, ihrer inneren Wahrheit zu vertrauen. Das geht zusammen natürlich viel leichter. Deshalb sollten wir auch die Vernetzung fördern, nicht nur für politische Aktivitäten, sondern auch von Mensch zu Mensch.

Wohin soll das führen?

Christoph: Ich glaube, wir müssen erkennen, dass es uns wohl nicht gelingen wird, die Regierungen zu Vernunft und Wahrheit zu motivieren. Wer so viel gelogen hat, macht einen solchen Schritt nicht freiwillig. Wir müssen auch akzeptieren, dass sich ein substanzieller Teil der Bevölkerung infolge der Angstkampagne entschieden hat, der illusionären Sicherheit der Regierung zu vertrauen und deren Maßnahmen zu folgen. Diese Menschen lassen sich nur sehr schwer überzeugen. Eine gewisse Spaltung der Gesellschaft ist also nicht zu vermeiden. Das ist bedauerlich.

Um als Kritiker der Maßnahmen – oder genauer: als freier Mensch – nicht in ein gesellschaftliches Vakuum zu fallen, müssen wir uns verbinden und all das erschaffen, was eine funktionierende Gesellschaft bietet: Geselligkeit, Kultur, eine ökonomische Basis und einiges mehr. Mein Arbeitstitel dafür ist die »offene Parallelgesellschaft«. Das wird vor allem im kleinen Maßstab, in der Nachbarschaft, beginnen und so kann schon sehr viel kollektive Geborgenheit entstehen.

Was kannst du zum Thema Angst sagen? Wie gehst du mit ihr um?

Christoph: Angst ist ein relativ unspezifisches Gefühl, dessen Kraft auf der Aktivierung vergangener Erfahrungen von Hilflosigkeit beruht. Einen Schritt zurücktreten und die Sache gewissermassen von außen zu betrachten, kann schon viel helfen. Im Konkreten stellen wir zudem fest, dass vieles, was uns Angst macht, gar nicht so schlimm ist. Ich habe mich anzeigen lassen, wurde von der Polizei gefesselt, stand schon vor Gericht – aber das hat mich alles eher stärker gemacht. Aber natürlich sind wir nicht unverwundbar.

Was bedeutet für dich Freiheit?

Christoph: Die Freiheit, sich das Glück nach den eigenen Vorstellungen zu erschaffen, ist nur in einer gerechten Gesellschaft möglich, in der die unvermeidlichen Grenzen der Freiheit für alle gleich sind. Wir leben leider in einer Welt voller offensichtlicher und – noch schlimmer – unsichtbarer Ungerechtigkeit. Es ist noch ein weiter Weg. Aber die ersten Schritte, die jetzt durch die »Pandemie« angestossen wurden, stimmen mich sehr zuversichtlich.

Was hinterlässt bei dir das Ergebnis vom 13. Juni?

Christoph: Die Abstimmung hat gezeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen das Pandemie-Management des Bundesrates ist. Trotzdem haben wir an der Urne verloren.

Wir lernen aus dem Resultat, dass wir nicht naiv sein dürfen. In der Politik sind wir gezwungen, das Spiel des Gegners zu spielen. Wir tun gut daran, in Zukunft das Feld der Auseinandersetzung nach Möglichkeit selber zu bestimmen.

Welches sind deine nächsten Projekte; worin siehst du Lösungen für Politik und Gesellschaft?

Christoph: Viele Menschen stehen an einer kritischen Schwelle: Wagen sie es, sich selber zu vertrauen und entsprechend zu handeln? Ich suche jetzt Wege, ihnen dabei zu helfen. Da spielen Gemeinschaft und Bildung eine zentrale Rolle. Im weiteren braucht die offene Parallelgesellschaft Infrastruktur: Medien, Vernetzung und irgendwann auch ein eigenes Tauschmittel. Da bin ich intensiv an der Arbeit. Ich bin jetzt 67 Jahre alt und ich sage mir seit 30 Jahren: Ich will das Neue noch erleben. Aber nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre kann ich sagen: Es ist möglich.

ANMERKUNGEN

1 www.newyorker.com/news/our-columnists/the-story-of-2019-protests-in-every-corner-of-the-globe

BÜCHER VON CHRISTOPH PFLUGER:

Das nächste Geld – die zehn Fallgruben des Geldsystems und wie wir sie überwinden, edition Zeitpunkt 2015

Die Strategie der friedlichen Umwälzung – eine Antwort auf die Machtfrage, edition Zeitpunkt 2019

www.edition.zeitpunkt.ch

WOLFGANG WOLFSGRUBER, MITGLIED VON »FREUNDE DER VERFASSUNG« UND »ELTERN FÜR FREIHEIT – WIR WOLLEN DEN KINDERN EINE STIMME GEBEN«

»Wer anordnet, trägt auch die Verantwortung und haftet.«

WOLFGANG WOLFSGRUBER

(* 1958) ist seit 2003 als selbstständiger Finanzberater tätig. Der geborene Österreicher lebt seit 1985 in der Schweiz und hat zwei Kinder, eines davon im schulpflichtigen Alter. Seit 2011 ist er Schweizer Doppel-Bürger. www.elternfuerfreiheit.ch

Kannst du etwas zur Entstehung der »Freunde der Verfassung« sagen?

Wolfgang: Ein erstes Treffen fand am 17. Juli 2020 in Olten statt. Es waren vor allem Leser der Zeitschrift »Zeitpunkt«, die seit 30 Jahren die Entwicklungen der alternativen Szenen zusammenfasst und einen spannenden Überblick zu den verschiedensten Themen liefert. Ich war von Anfang ein begeisterter Leser dieser Zeitschrift. Dann gab es ein weiteres Treffen am 23. Juli 2020 in Solothurn, in der Redaktion vom »Zeitpunkt«. Wir waren etwa 30 Personen. Der Vorstand war schnell gewählt. Von da an kam es zügig zum Referendum, obwohl das in der Schweiz eine anspruchsvolle Sache ist.

Wie war das Sammeln der Unterschriften?

Wolfgang: Das Referendum fiel Winter 2020/21 in die Zeit des zweiten Lockdown. Das Wetter und die Lockdown-Massnahmen erschwerten das Sammeln von Unterschriften. Ich muss zugeben, dass ich mir damals nicht vorstellen konnte, dass das Referendum zustande kommt.

Die »Freunde der Verfassung« haben dann auch noch für das Referendum gegen das PMT, das »Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus«, gesammelt. Dieses erlaubt, dass z. B. schon gegen 12-jährige Kinder ein Kontaktverbot erlassen werden kann, falls sie als terroristische Gefährder in Verdacht geraten. Die Definition im Gesetz ist so schwam-

mig, dass jeder verdächtigt werden könnte. Das Hauptübel ist aber, dass das Gesetz keine juristischen Mittel zur Verteidigung zulässt.

Beide Referenden mit einem derart respektablen Ergebnis zu realisieren, war eine unglaubliche, ja historische Leistung eines gerade erst gegründeten Vereins, der zum Jahreswechsel 2020/21 etwa 1.000 Mitglieder hatte.

Du bist außerdem in einem weiteren Verein aktiv?

Wolfgang: Richtig. Ein Verein, der Kindern eine Stimme geben will und sie vor den überrissenen Corona-Massnahmen schützen soll. Im Mai 2021 berichtete mir ein Nachbar, dass es mehrere ähnlich denkende Eltern gäbe, die meine Briefe an die verschiedenen Schulbehörden, die ich auf Telegram veröffentlicht hatte, sehr gut fanden. Wir haben uns dann kurzfristig getroffen und einige Tage später mit 14 Mitgliedern den Verein »Eltern für Freiheit« gegründet, mit dem Motto – »wir wollen den Kindern eine Stimme geben«. Aktuell sind wir etwa 40 Mitglieder.

Welche Erfahrungen habt ihr bislang gemacht?

Wolfgang: Wir wollten unsere Vereinsgründung dafür nützen, um die Öffentlichkeit für Themen wie Maskenpflicht/Testen/drohender Impfzwang in der Schule zu sensibilisieren. Die regionale Bezirkszeitung, der »Afoltern Anzeiger« hat uns dabei richtiggehend sabotiert. Unser eingereichter Text wurde am 7. Mai ohne Kontakt-





**Freiheit für
unsere Kinder**

Stopp

- **Maskenpflicht**
- **Massentests**
- **drohender Impfzwang**



www.elternfuerfreiheit.ch



Plane des Vereins »Eltern für Freiheit – wir wollen den Kindern eine Stimme geben«

adresse, Website, Foto und Telefonnummer veröffentlicht, sodass eine Kontaktaufnahme mit unserem Verein nicht möglich war. Außerdem hat die Zeitungsredaktion die lokale Schulpflege über unsere Vereinsgründung informiert und deren Text, eine Art Entgegnung, an unseren ohnehin schon verstümmelten Text gehängt. So gar unseren darauffolgenden Leserbrief hat die Redaktion massiv gekürzt. Also entschlossen wir uns zwanzig 1 x 2 Meter große Blachen (Planen) mit dem Namen des Vereins, der Webadresse und der Telefonnummer bedrucken lassen und haben diese mit der jeweiligen Eigentümergenehmigung an gut sichtbaren Orten in der Umgebung aufgehängt.

Konntet ihr bereits mit Amtspersonen sprechen?

Wolfgang: Heute werden wir erstmals die Schulpflege treffen. Wir nehmen einen Rechtsanwalt und einen Arzt mit, um den Einschätzungen des Bundesamts für Gesundheit und der Corona-Task Force etwas entgegen zu setzen. Seit 15 Monaten reden sich alle auf diese beiden Institutionen raus. Der Bundesrat, die Schulpflege und die Bildungsdirektion des Kantons beziehen sich auf deren Anweisungen, die jedoch nicht auf empirischen Studien bzw. wissenschaftlicher Evidenz beruhen. Das gilt für die Maskenpflicht, für das Abstand halten und für das Testen. Es fehlen Vergleichsstudien über das Infektionsgeschehen zwischen Klassen, die Masken tragen und sol-

chen, die keine tragen. Wir haben also keine empirischen Grundlagen für den Nutzen dieser Corona-Maßnahmen in den Schulen. Es gibt auch keine Studien, die nachweisen, dass Kinder SARS-CoV-2 verbreiten würden und sich die Eltern und Großeltern bei ihnen angesteckt hätten. Das sind Annahmen, Fiktionen, Vermutungen und Befürchtungen: Alles basiert auf Glauben. Der Staat versucht nicht einmal solche Studien zu initiieren. Warum nicht? Der Staat ist in der Beweispflicht.

Wie empfindest du die aktuelle Situation als Vater eines 12-Jährigen Kindes?

Wolfgang: Im Namen einer geheuchelten Solidarität mit den Alten findet in den Schulen ein Krieg gegen die Kinder statt. Die Kinder müssen bis zu acht Stunden am Tag diese völlig ungeeigneten und gesundheitsgefährdenden Halbgesichtsabdeckungen tragen. Die Schulpflege, die für das Wohl der Kinder verantwortlich wäre, wird ihrer Verantwortung mit der Begründung nicht gerecht: »Wir müssen tun, was uns die Bildungsdirektorin sagt«. Eigenes Nachdenken und Mitgefühl mit den Kindern braucht es offenbar nicht mehr, wenn es eine Empfehlung oder Anweisung von oben gibt! Die Schulleitungen versagen reihenweise und viele Eltern heißen diese Verirrungen auch noch gut. Was fühlen Menschen, die das befürworten? Im Namen von Vermutungen werden unsere Kinder täglich gequält: Die Praxen von Kinderpsychologen sind

überfüllt und die Wartezeiten für einen Behandlungs-Termin sind enorm angestiegen. Auch hat nach Auskunft von offiziellen Beratungsstellen die Anzahl der Suizidgefährdeten Kinder enorm zugenommen. Ich empfinde es als einen Skandal, dass die Selbstmordrate des Jahres 2020 erst im 2023 veröffentlicht werden soll.^{1, 2} Warum? Ist diese Zahl so erschreckend?

Was habt ihr für Ziele?

Wolfgang: Die Schulpfleger und die Schuldirektorinnen werden wir in Gesprächen darauf hinweisen, dass, wer anordnet, auch die Verantwortung trägt und haftet. Sie werden sich bei negativen Folgen für die Kinder nicht auf die Ausrede »Befehl bzw. Empfehlung von oben« berufen können. Darüber möchten wir sie informieren. Außerdem kann nicht sein, dass Kinder ab 12 Jahren – gemäß dem neuen Covid-19-Gesetz – allein, ohne Einbeziehung

der Eltern, womöglich gegen den Willen der Eltern, entscheiden können, ob sie sich impfen lassen. Wie sollen Kinder die möglichen Folgen einer Impfung verstehen können, wenn sich schon die Experten uneinig sind?

ANMERKUNGEN

1 Zur Problematik und Methodik der Suizid-Erfassung in der Schweiz, siehe die Übersicht des BAG.

www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/aktionsplan-suizidpraevention/Datenlage-Suizide-Suizidversuche-Schweiz.html

2 Schäfer, Fabian: Die Zahl der Corona-Toten wird täglich aufdatiert – über die Suizide weiss man aber erst 2022 Bescheid, NZZ vom 6. Februar 2021

PRISCA WUERGLER, LEHRERIN

»Wenn die wüssten, wie viel Freiheit auf unserer Seite ist.«

Kannst du schildern, was dir als Lehrerin seit März 2020 widerfahren ist?

Prisca: Angefangen hat es mit gewissen Empfehlungen zur Hygiene, die mit den Kindern in der Schule umgesetzt werden sollten: Händewaschen und Abstand halten. Dazu wurden erklärende Plakate aufgehängt. Es war eine komische Stimmung, die Schüler waren verunsichert. Die Abfalleimer sollten zugedeckt werden, denn einige Kinder wollten nicht mehr zum Waschbecken, weil sie Angst hatten, dass dort Viren rausspringen könnten. Ich fand es damals schwierig mit dieser Paranoia umzugehen und sah meine Aufgabe darin die Kinder zu beruhigen und sie von ihrer Angst weg zu bringen. Ich empfand das als ständiges Feuerlöschen. Dann kam der Lockdown und die Schulen wurden geschlossen. Ich hatte das Glück, dass ich die Schüler

PRISCA WUERGLER

(* 1981) war Primarschullehrerin für die 5. und 6. Klasse in einer Schule des Kantons Nidwalden. Nach ihrem Studium hat sie eine Ausbildung in bildender Kunst absolviert und dann viele Jahre im Sommer auf der Alm Kühe gemolken, Geissen gehütet und Käse hergestellt. Während dieser Zeit hat sie sich mit Permakultur und biodynamischer Landwirtschaft auseinandergesetzt. Sie ist Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern und lebt im Herzen der Schweiz, im Kanton Uri.

jede Woche ein Mal sehen und ihnen Material übergeben konnte. Für jeden Schüler hatte ich 10-15 Minuten Zeit. Da habe ich gemerkt wie Woche für Woche die Schere auseinander ging. Vor allem die schwachen Schüler, die in der Schule permanent Beziehung und Betreuung sowie den Rahmen der anderen brauchen, sind enorm zurückgefallen. Diejenigen, die zuhause Unterstützung hatten oder pfiffiger sind, die haben zum Teil auch profitiert, weil sie freier lernen konnten. Wir haben auch über digitale Medien unterrichtet, aber ich habe das nie gerne gemacht. Der direkte Kontakt zu den Kindern hat



mir enorm gefehlt und ich war froh als die Schule wieder stattfinden konnte.

Und dann kam ab Anfang November 2020 die Maskenpflicht für uns Lehrer in der Schule. Die war vorher schon im ÖV, in Bus und Bahn, eingeführt worden und anlässlich einer Schulreise wurde das zum Thema. Ich meldete mich beim Schulleiter, dass ich keine Maske trage und ein ärztliches Attest habe. Darauf sagte er, dass ich nicht mit den Schülern im Bus mitfahren kann. Ich musste das anders organisieren, konnte aber teilnehmen. Das nächste war, dass bei einer Lehrerfortbildung die Maskenpflicht eingefordert wurde. Da war ich dann ausgeschlossen. Schließlich sollte die Maske ab November auch in der Unterrichtszeit getragen werden. Die Schulbehörde hat für mich spezielle Bedingungen ausgearbeitet: ein »Sondersetting«. Ich bekam am 30. Oktober 2020 einen langen Brief der Schulgemeinde, was ich jetzt alles einzuhalten hätte. Ich durfte nicht mehr ins Lehrerzimmer und sollte mein Schulzimmer möglichst nicht mehr verlassen; Pause und Mittagessen musste ich dort bleiben. Auf's Klo konnte ich nur, wenn niemand auf dem Korridor war. Ich durfte nur noch hinter einer Plexiglasscheibe unterrichten und durfte nicht mehr nah zu den Schülern hin. Damit wurde das Unterrichten unmöglich. Es ist nicht realistisch mit 10- bis 12-Jährigen Kindern so zu arbeiten. Diese kamen wie immer zu mir und sind um das Plexiglas herumgegangen.

Ich habe in Gesprächen mit Kollegen geäußert, dass ich das alles schrecklich und die Maßnahmen nicht gerechtfertigt finde. Daraufhin hat der Schulleiter angefangen, mich zu kontrollieren. Plötzlich stand er während meines Unterrichts im Schulzimmer: »Geht's?« Er hat mir nicht getraut, dass ich dieses »Sondersetting« einhalte. Einmal hat er mich ermahnt, als ich im Nebenzimmer einen Laptop holen musste, den ich für den Unterricht brauchte. Einige Wochen vorher hatte er mir nicht genehmigt diesen im Schulzimmer zu lagern. Er hat mich gerügt, weil ich den Klassenraum verlassen habe, was ich ja nicht dürfe.

Dazu kam, dass ich mich bei einer Kundgebung in meinem Wohnkanton, Altdorf (Kanton Uri), öffentlich zu den Maßnahmen geäußert habe. Ich wollte einer anderen Meinung in der Öffentlichkeit mehr Platz geben und interessierten Menschen eine Gelegenheit bieten, einen Arzt, einen Rechtsanwalt oder von den Maßnahmen Betroffene anzuhören. Ich wollte das Meinungsspektrum erweitern. Es gab Schlagzeilen in Lokalzeitungen wie:

»Coronaskeptiker demonstrieren, ohne sich an die Maskenpflicht zu halten«. Die Schule wurde unruhig, obwohl die Kundgebung nicht im Kanton meiner Arbeitsstätte war. Ich wurde gebeten, keine Leserbriefe mehr zu schreiben und mich nicht mehr öffentlich zu äussern: »Den Ball flach halten und jetzt bitte ruhig sein.« Das fand ich sehr erschreckend.

Als die Schule am 3. November 2020 wegen mir einen Brief zum Thema »Umgang mit Schutzmaskenpflicht an der Schule und im Unterricht« an die gesamte Elternschaft schickte, war das ein Eklat. Der wurde auf die Post gegeben, bevor ich ihn lesen konnte. Die Schulpräsidentin und der Schulleiter kamen zu mir ins Schulzimmer, hielten mir diesen Brief hin und sagten, dass der jetzt an alle Eltern gegangen sei. Ich wurde zwar nicht namentlich genannt, aber für jeden nachvollziehbar beschrieben: »Eine Lehrerin von uns. Sie äussert sich öffentlich gegen die Masken-tragpflicht und sie trägt keine Maske. Sie kann ein ärztliches Zeugnis vorweisen, deshalb müssen wir das tolerieren.« Mit diesem Brief wusste ich: »Jetzt ist Feuer im Dach«. Das Schlimmste für mich war, dass in dem Brief stand, dass die Eltern sich bei der Schulleitung melden können, wenn sie wollen, dass die Kinder bei mir im Unterricht eine »von der Schule zur Verfügung gestellte Maske« tragen. Damals gab es keine Maskenpflicht für Schüler und so wäre ich verantwortlich gewesen, dass sie Maske tragen müssen. Sie wussten, dass ich mich für die Kinder einsetze – gegen die übertriebene Hygiene und gegen die Masken. Abstand zu halten ist für Kinder ohnehin absurd. »Ok, du trägst keine Maske, da können wir nichts gegen machen, dann tragen halt die Kinder eine.« Das hat mir wirklich das Herz gebrochen. Als ich diesen Brief erhalten hatte, war ich das letzte Mal in der Schule. Sie wollten mich dann freistellen und ich erlitt einen Zusammenbruch. In der folgenden schlaflosen Nacht habe ich realisiert, dass es für mich keinen Weg mehr gibt den Unterricht dort aufrechtzuerhalten. Daher habe ich an dem Tag, dem 4. November 2020, in die Freistellung eingewilligt.

Nachher gab es wieder eine Kundgebung im Kanton Schwyz und ich wurde als Rednerin angefragt. Die zuständige Behörde verordnete für die Redner eine Maskenpflicht. Unsere Rechtsanwälte waren anderer Meinung, denn die Kundgebung war im Freien. Wir haben das angefochten und später auch Recht bekommen. In einem Bericht behauptete die Lokalzeitung am Tag nach der Kundgebung, dass alle Redner angezeigt wurden, weil sie die Maske nicht getragen haben. Daraufhin kam

bei mir die Kündigung mit der Begründung, dass in der Zeitung gestanden habe, ich hätte eine Anzeige erhalten: Das sei nicht mehr tragbar. Daraufhin habe ich rechtliche Schritte eingeleitet und es wurde behauptet, dass die Gesamtheit meines Verhaltens zur Kündigung geführt hätte. Bei öffentlich-rechtlichen Angestellten braucht es in der Schweiz für eine Kündigung eine grobe Pflichtverletzung, die dir nachgewiesen werden muss. Der Prozess läuft noch, ich habe eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde gestellt.

Wie sind deine Empfindungen den Menschen gegenüber, die an diesem Hergang beteiligt waren?

Prisca: Ich bin durch verschiedene Stadien gegangen. Anfangs habe ich mich denen gegenüber ohnmächtig gefühlt und habe versucht, dass sie sich mir gegenüber in Gesprächen erklären. Irgendwann kam dann auch Wut. Es waren schmerzliche Erfahrungen, dies alles von Kolleginnen zu erleben, mit denen ich gut zusammengearbeitet hatte. Den Schulleiter hatte ich damals motiviert, sich zu bewerben. Ich fühlte mich im Stich gelassen und betrogen. Ich bin ein geselliger Mensch und habe immer sehr viel von Teamarbeit gehalten und mich für die anderen eingesetzt. Und dann kommt so etwas. Mit einer Kollegin habe ich gestern telefoniert, die sagte mir, es erschrecke sie, dass, wenn meine Name falle, so gehässig über mich geredet wird. Es hat einen ganz starken Bruch gegeben, ganz übel. Ich habe schon Einzelne, die mir den Rücken stärken und denen es auch sehr leid tut.

Mittlerweile bin ich etwas gelassener geworden. Ich finde es traurig, aber es ist ja deren Angst und ihre Gram. Es tut mir nicht gut, wenn ich in dieser Wut und Enttäuschung verharre. Das schadet mir, also lasse ich das. Es tut mir leid für die Kollegen, dass sie mit diesen Gefühlen leben müssen.

Am Anfang war die Ohnmacht, dann kam die Wut und heute bin ich unabhängig.

Immer wieder habe ich anonyme Post erhalten, das waren etwa zehn Briefe voller Hass, darin wird mir ein qualvolles Leiden gewünscht. Was sind das für Menschen, wie kann man so grausam sein? Ich kann anderen Menschen gegenüber gar nicht so viel Wut und Hass empfinden. Ich kenne dieses Gefühl nicht. Niemals würde ich jemand anderem etwas schlechtes wünschen. Was müssen die für ein grausames Leben haben?

Wie sind die Reaktionen, wenn du deine Erfahrungen schilderst?

Prisca: Das ist sehr unterschiedlich. Wer kritisch ist, der fragt nach, ist bestürzt und schockiert. Andere weichen dem aus. Fast meine gesamte Nachbarschaft spricht mich nicht darauf an. Eine Nachbarin hat mal nachgefragt und ich habe gesagt: *»Jetzt haben sie mir gekündigt.«* Darauf sagte sie: *»Ja, hast du etwas anderes erwartet?«*

Wie erklärst du dir diese Bereitschaft zu autoritärem Verhalten?

Prisca: Das ist der Druck von oben. Ich hatte nie das Gefühl, dass mir der Schulleiter etwas böses will. Der hat auch nicht gewollt, dass es so weit kommt und wäre dem Konflikt lieber ausgewichen. Doch er wusste, wenn er mich schützt, dann bekommt er selbst das Messer an den Hals gehalten. Deshalb hat er sich dem Druck von oben gebeugt. Wenn ich den Druck weitergegeben hätte, dann wären es die Kinder gewesen, die es trifft. Es ist in der staatlichen Maschine immer wieder feststellbar: *»Das Rädchen, das sich widersetzt, wird ausgelesen.«* Wer sich querstellt, wird aus dem Weg geräumt oder muss schmerzhaft Erfahrungen machen. Vielen fehlt die Kraft, sich dem zu widersetzen, was die Mehrheit beschließt und durchsetzt. Man muss viel aushalten an Widerstand und sozialer Ächtung. Daniele Ganser spricht in einem Vortrag 2020 von den menschlichen Grundängsten in diesen Zeiten: Ein Teil der Menschen hat Angst vor dem Virus, vor Ansteckung und Krankheit, und der andere Teil hat Angst vor der Diktatur, vor dem Machtmissbrauch. Aber ich glaube, die größte Angst, die unter den Menschen sichtbar wird, ist die vor der sozialen Ächtung. *»Was sagt mein Nachbar? Was denken die anderen? Was sagt meine Familie?«* Dass man seinen eigenen Weg geht, seine Meinung äußert und dann auch danach handelt, das trauen sich viele Menschen nicht. Sie fürchten, die anderen könnten dann etwas schlechtes von dir denken.

Haben dich deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Prisca: Ja, schon. Ich habe mich schon lange kritisch mit der Gesellschaft auseinandergesetzt, aber dass es wirklich so schlimm kommen könnte. Ich hätte nicht gedacht, dass so wenig Widerstandskraft in der Gesellschaft ist und ihr ein Immunsystem fehlt. Es ist fast nicht zu glauben, dass sich die Menschen von der eigenen Wahrnehmung so weit abbringen lassen. Wir haben keine Toten



und Kranken auf der Strasse gesehen, niemand ist vor deinen Augen umgefallen. Du erlebst es selbst nicht und trotzdem lassen sich die Menschen in diese Angst hinein treiben? Dass die über Fernsehen, Radio und Internet so leicht manipulierbar sind, das erschreckt mich. Nicht, dass ich damit gar nicht gerechnet hätte, aber in diesem Ausmaß hätte ich es nicht erwartet. Enttäuscht bin ich weniger über die Regierungen, denen habe ich das durchaus zugetraut, aber über die Mehrheit der Bevölkerung. Ich verstehe nicht, dass die Leute so alternativlos denken. Ich selber zweifle ja permanent, täglich: *»Vielleicht ist es gar nicht so schlimm. Spinn ich oder spinnen die anderen?«* Ich hinterfrage permanent. Machen das die anderen nicht?

Du hast auch ein Buch herausgegeben? Was war dein Ziel?

Prisca: Das Buch entstand intuitiv. Nach meiner Freistellung im November 2020 habe ich angefangen Tagebuch zu schreiben. Geschichte konnte ich früher schon am besten lernen, wenn Menschen ihre Lebensgeschichten erzählt haben. Ich habe angefangen Freunde und Bekannte anzusprechen: *»Schreibst du auch was? Du musst erzählen, was mit dir passiert ist. Du musst in der Ich-Form schreiben.«* So habe ich angefangen ihre Texte zu sammeln. Mein Ziel ist, dass auch in 30, 40, 50 Jahren unsere Kinder und Enkel etwas in der Hand haben. Ich sehe das als historische Dokumente. In den Medien finden diese Geschichten gar nicht statt und ich wollte ein Gegengewicht schaffen. Ein Anliegen war mir, dass es nicht zu politisch wird, denn es kann dir niemand absprechen, wenn du von deinen Gefühlen und persönlichen Erlebnissen schreibst. Da kann niemand kommen und sagen, das stimmt nicht. Eine Meinung kann man dementieren oder diffamieren, aber nicht ein Gefühl. Deshalb war mir dieser Ansatz wichtig.

Was sagst du zu dem Ergebnis vom 13. Juni?

Prisca: Ich hatte bei dem Referendum nicht viel Hoffnung. Für mich war klar: Das ist David gegen Goliath. Mit der veröffentlichten Meinung kann die Meinung der Menschen gebildet werden. Es gab wenige, die sich in das Thema vertieft haben. Wenn in der Zeitung stand *»Das Gesetz braucht man für die Finanzhilfen an die Unternehmer«*, dann war das für viele abgehakt. Gefreut habe ich mich über den hohen Anteil an NEIN-Stimmen bei der Stimmbevölkerung und vor allem darüber, dass die Urkantone geschlossen mit NEIN gestimmt haben. Etwa 40 % ist

nicht wenig, das sind schon viele Leute, die nicht damit einverstanden sind, aber es hilft nicht, man hat trotzdem verloren. Nach der Abstimmung habe ich ausgerechnet, wie viele Menschen gar nicht abgestimmt haben: Das sind etwa zwei Millionen Menschen, die in der Schweiz stimmberechtigt wären. Das ist ein interessantes Thema, denn das Covid-19-Gesetz trifft ja jeden. Alle Schweizer sind mit den Maßnahmen in den letzten 15 Monaten konfrontiert worden und trotzdem gibt es mehr als zwei Millionen, die nicht bereit sind Ja oder Nein zu sagen. Wer ist das? Sind die gleichgültig oder sind die so verzweifelt, dass sie gar nicht mehr an die Politik glauben?

Politisch hat es schon immer einen langen Schnauf gebraucht, bevor sich etwas veränderte, bevor man als Bürgerbewegung, nicht als Partei, etwas erreicht hat. Die Regierung kann ein Gesetz nach dem anderen machen und sagt jedes Mal: *»Ihr könnt ja ein Referendum machen.«* Dafür brauchst du als Stimmvolk große Ressourcen und Energie, Zeit und Geld. Die Regierung kann uns mit diesen Referenden ins Leere laufen lassen und als Bewegung wirst du als Nein-Sager, als Bremser, wahrgenommen. Daher frage ich mich: Wie kann die Energie auf das gelenkt werden, was wir wollen? Wie können wir zu denen werden, die für neue Ideen stehen? Wie kommen wir vom aktiven Widerstand ins Konstruktive? Ich suche nach Ansätzen, die sofort etwas verändern, damit die Leute wegen unserer guten Ideen zu uns kommen und nicht, weil wir mit Nein stimmen.

Was möchtest du jetzt machen?

Prisca: Ich bin allein wirtschaftende Mutter zweier Kinder und kann nicht einfach so in den Tag hinein leben. Das letzte Jahr war existenzbedrohend für mich. Von anderen habe ich gehört: *»Ich könnte mir das nicht leisten.«* Da dachte ich mir: *»Aha, aber ich soll mir das leisten können?«* In meinem Umfeld haben wir uns immer getroffen, auch in den härtesten Lockdown-Zeiten. Meistens waren wir am Berg in einem Stall. Nur einmal sind wir aufgefliegen, da stand die Polizei schon an dem Ort, wo wir uns mit ca. 60 Personen treffen wollten. Ich bin nicht ängstlich und hatte immer das Vertrauen, dass es eine Lösung geben wird, ohne dass ich auf das Sozialamt muss. Ich bin dem nachgegangen, was sich für mich richtig angefühlt hat. Da war erst das Buch und dann habe ich angefangen mit *»Corona-Transition«* (www.corona-transition.ch) enger zusammenzuarbeiten. Hier gibt es etwa 35.000 Abonnenten und wir laden seit Mai 2021 die Leser zu Vernet-

zungstreffen ein. Es ist wichtig, dass sich die untereinander kennenlernen, dass lokale Gemeinschaften entstehen. Das Projekt heißt »Graswurzle« und fördert die Bewegung von unten nach oben. Heute findet das vierte Vernetzungstreffen statt. Eine Webseite (www.graswurzle.ch) gibt es und ich bin dabei erste Texte zu schreiben. Im Kanton Uri haben wir einen gemeinnützigen Verein gegründet und eine Geschäftsstelle eingerichtet. Selbstverständlich können sich unsere Vereinsmit-

glieder dort treffen. Wir gehen nicht auf Konflikt mit dem bestehenden System, sondern bauen eine Alternative auf, mit eigener Schule, eigenem Permakulturgarten, eigenem Laden.

BUCH

Wuergler, Prisca (Hrsg.): Unser Jahr unter Corona. Ein Blick in 32 Tagebücher, edition Zeitpunkt Solothurn 2021

MARCO CAIMI, ARZT

»Alles geht derzeit gegen die Kinder. Das ist dramatisch.«

Was hat die Corona-Krise über den (seelischen) Zustand der Politiker in der Schweiz offenbart?

Marco: Laut dem Psychologen Stanley Milgram (1933-1984) gibt es grundsätzlich zwei menschliche Zustände. Das ist der autonome Zustand, wo man – mit aller sozialer Verantwortung – so handelt und redet wie man das für sich gut findet. Und dann gibt es den »Agens-Zustand«, wo der Einzelne in einem Autoritätssystem nicht mehr die Verantwortung für seine Handlungen übernimmt, sondern sich als Instrument zur Durchführung der Wünsche Anderer sieht. Die Politiker befinden sich, in den unterschiedlichsten Schattierungen, zwischen diesen beiden Zuständen. Mir ist im letzten Jahr aufgefallen, dass sehr schnell eine unglaubliche *unité de doctrine*, eine Übereinstimmung, bei der Härte und Konsequenz der »Corona-Maßnahmen« bestand. Es gab noch nie so viel Einigkeit zwischen den Ganz-Linken und den Fast-Ganz-Rechten. Auch die Schweizer Wirtschaftspartei für den Mittel- und Kleinstand, die FDP, hat sich plötzlich in den Windschatten völlig antiliberaler, wirtschafts- und unternehmensfeindlicher Maßnahmen gestellt. Resultierte diese Machtbesessenheit aus der Angst

MARCO CAIMI

(* 1962) ist Arzt für Psychiatrie und Rehabilitation. Er war zunächst als selbstständiger Mediziner im Bereich Rehabilitation tätig und konzentriert sich seit 2013 auf die medizinische »Randgruppe Mann« sowie dessen Arbeitswelt; seit 1994 ist er Key-Note-Speaker medizinisch-gesellschaftspolitischer Themen. Auf seinem 2019 gegründeten Youtube-Kanal »Caimi Report« äußert er sich seit Februar 2020 kritisch zu den Maßnahmen des Schweizer Bundesrates, mit welchen die Verbreitung von SARS-CoV-2 eingedämmt werden sollten.
www.youtube.com/c/CaimiReport/featured
www.caimi-health.ch

vor dem Virus, also aus einer Wohlfahrtshaltung für die Wählenden, oder war das aufoktroiert, sagen wir mal verschwörungstheorie-frei, von der WHO plus den entsprechenden Zahlern, Beratern und Einflüsterern? Wir haben die Politiker aller Schattierungen sehr autoritär erlebt.

Ein gewisser Narzissmus und eine starke Profilierungsneurose ist mitzubringen, wenn man z. B. Ministerpräsident, Bundesrat, Kanzleramtsminister oder Bundeskanzlerin werden möchte. Diese Charakterzüge waren seit März 2020 sehr verstärkt und die handelnden Politiker hatten kaum noch Verbindung zur Wählerbasis, zu den Bürgern. Ich habe den Eindruck, dass die Banden zum Teil gerissen und gebrochen sind. Begründet wurde das Handeln durch die nicht ganz ehrliche Prämisse des Schutzes vor SARS-CoV-2. Man muss nicht Arzt, Bioche-



miker, Biologe oder derartiges sein, wenn man ein bißchen wach geblieben ist, dann hat man nach ein bis zwei Monaten gesehen, irgendwas ist da nicht ganz so schlimm, wie das medial transportiert wird.

Vielleicht ist der seelische Zustand dieser Politiker von einer Karriereabbruchsanxiety genährt gewesen? Aber wo wäre die bei Frau Merkel zu suchen? Die ist nur noch drei Monate im Amt – außer man sagt die Wahl ab. Waren die Politiker so machthungrig oder waren das Befehle von noch weiter oben?

Wie erklärst du dir diesen Hang autoritäre Strategien zu bevorzugen?

Marco: Das liegt wohl in der Natur des Menschen. Der Psychoanalytiker Erich Fromm (1900-1980) hat sich damit in seinem Buch »Anatomie der menschlichen Destruktivität« auseinandergesetzt. Sobald der Mensch in eine übergeordnete Rolle bzw. eine Machtposition kommt, dann nutzt er diese in der Regel aus. Es gibt die beiden berühmten Experimente, die interessanterweise in den letzten 50 Jahren nicht wiederholt oder weiterentwickelt wurden, das Milgram-Experiment (1961) und das Stanford-Experiment (1971).

DAS MILGRAM-EXPERIMENT

wurde 1961 von dem Psychologen Stanley Milgram durchgeführt, um die Bereitschaft von Personen zu testen, autoritären Anweisungen auch dann Folge zu leisten, wenn sie in direktem Widerspruch zu ihrem Gewissen stehen. Der Versuch bestand darin, dass ein »Lehrer« nach Anweisungen eines »Versuchsleiters« einem »Schüler« bei Fehlern elektrische Schläge versetzen und deren Intensität nach jedem weiteren Fehler erhöhen sollte. Sowohl die »Versuchsleiter« als auch die »Schüler« waren Schauspieler, und die Stromschläge erfolgten nicht real. Dies blieb den eigentlichen Versuchspersonen, den »Lehrern«, jedoch verborgen, sodass sie davon ausgehen mussten, den »Schülern« echte Schmerzen zuzufügen.

DAS STANFORD-PRISON-EXPERIMENT

war ein psychologischer Versuch zur Erforschung menschlichen Verhaltens unter den Bedingungen der Gefangenschaft und wurde 1971 an der Stanford University durchgeführt. Studenten wurden zufällig in zwei Gruppen aufgeteilt: Wärter und Gefangene. Bereits am zweiten Tag eskalierte der Versuch und wurde nach wenigen Tagen vorzeitig abgebrochen.

Der Psychologe Rainer Mausfeld, beschreibt in seinem Buch »Warum schweigen die Lämmer?« die »weiße Folter«; das sind Methoden, die vorrangig die Psyche des Opfers angreifen und zeitweise bzw. dauerhaft schädi-

gen oder zerstören. Gesehen haben wir das z. B. in Guantanamo und in Abu-Ghuraib. Das wurde von meinen Kollegen entwickelt, verfeinert und ausgebaut: Das waren Psychiater und Psychologen der American Psychological Association (APA).

Im Corona-Fall entdeckten die Regierenden eine moralische Legitimation: Wir schützen euch bzw. die alten Menschen. Das fand ich hypokritisch, heuchlerisch. Ich muss dir nicht erklären wie die Rentensituation in Deutschland ist? Das ist eine Schande. Wenn jemand sein ganzes Leben einen Malocherjob hatte, dann hat er Anspruch auf Grundsicherung: GruSi – die Abkürzung sagt alles. Das ist eine Schande für den Exportweltmeister. Bei uns ist es nicht so viel besser, aber immerhin. Viele Alte in Deutschland haben die Wahl zwischen Wohnen und Essen, und wenn Essen, dann von der Tafel oder durch Pfandflaschen sammeln. Aber plötzlich musste man solidarisch mit »den Alten« sein: Erstaunlich diese doppelte Moral. Das ist nur deswegen nicht so vielen aufgefallen, weil es sehr gut vermarktet wurde, bis hinunter zu den Kindern: »Passt auf, sonst stirbt Oma oder Opa.«

Autoritäres Verhalten und Gehorsam war immer schon Teil der menschlichen Geschichte und deswegen braucht es Gegensteuerung. Die Schweiz hat den 2. Weltkrieg eher am Rande miterlebt und diesen weitgehend schadlos überstanden. Damals galt bei uns Notrecht, das erst im Jahr 1949 beendet wurde. Nicht weil die hohen Herren im Bundesrat dies wünschten, sondern weil das Stimmvolk die Volksinitiative »Rückkehr zur direkten Demokratie« startete und diese mit einer sehr knappen Mehrheit von 50,7% gewonnen wurde. Bis die Notstandsgesetze außer Kraft gesetzt waren, dauerte es dann noch bis 1952. Sieben Jahre wurde alle Macht beim Bundesrat gelassen. Das Ergebnis zeigt, dass fast die Hälfte der Schweizer mit den autoritären Einschränkungen einverstanden war. Deutschland befand sich damals längst auf dem Weg zu einer Demokratie und war keine Gefahr mehr.

Sind in dem Vorgehen in der Schweiz Elemente psychologischer Kriegsführung erkennbar? Wenn ja, welche?

Marco: Mit wenigen Ausnahmen, z. B. von Schweden und Weissrussland, sind diese weltweit feststellbar. Das seit März 2020 umgesetzte Vorgehen ist bereits bei dem Psychologen Albert D. Bidermann beschrieben, der 1959/60 sein »Diagramm des Zwangs« vorgelegt hat. Dieses be-

steht aus sieben Schritten. Der erste Schritt ist die **Isolation** der Menschen. Im zweiten Schritt wird die **Meinung monopolisiert** – die alte Geschichte aus dem Sportpalast. Was immer wiederholt wird, erhebt sich irgendwann zur Meinungsreligion.

Dann kommt die **Erniedrigung und Entwürdigung**. Wer Fragen stellt, wird diffamiert. Wir sind ja kürzlich verbessert worden: Von den Covidioten, Corona-Leugnern oder Corona-Ignoranten zu Corona-Skeptikern. Letztes Jahr hat unsere Bundesrätin, Frau Sommaruga, zuerst die Medien mit vielen Millionen unterstützt und was hat der Bürger bekommen? »Wir schenken euch einen Monat Fernseh- und Rundfunkbeitrag.« So hast du deine Kinder nicht erzogen, aber so werden erwachsene Steuerzahler behandelt. Das ist erniedrigend. Nach Ostern 2021 sagte unser Schweizer Bundesrat Alain Berset in seinem Akzent: »Ich bin mit dem Benehmen von die Schweizer sehr zufrieden.« Das hat der wirklich gesagt. Wie in der Schule, da hieß das Betragen. Da fragt man sich, was hat der geraucht? Ok, ich habe bis jetzt keine Vorstrafen und er ist zufrieden mit meinem Benehmen. Der Tag war gelaufen und ich habe geschlafen wie ein Murmeltier. Das ist übrigens mein oberster Chef, der Herr Gesundheitsminister. Das ist unglaublich.

Dann kam die vierte Stufe, die war massiv: Das **Drohen**. Wenn du das alles nicht einhältst, dann bist du unsolidarisch und für Tote verantwortlich. Du wirst gebüsst und bestraft. Du bekommst ein Verfahren. Anfangs stand da ein protestierendes Häufchen der aufrechten Sieben auf dem Bundesplatz in Bern herum, die hatten Vierecke um sich gemalt. Der Abstand war optisch sichtbar und sie wurden trotzdem, nach zweimaliger Aufforderung weg-zugehen, abgeführt. Sie bekamen ein Verfahren mit der Strafandrohung von 1.000 Schweizer Franken. »Bestrafe einen und erziehe tausend.« Meinem Berufskollegen Andreas Heisler hat man wegen Verstößen gegen die Maskenverordnung auf Lebenszeit die Berufsbewilligung entzogen, weil er Atteste zur Maskenbefreiung ausgestellt hat. Laut ärztlicher Standesordnung muss der Patient zu einem Gespräch in die Praxis kommen. Danach kann ich sagen, das war meine Entscheidung. Fernatteste sind nicht vorgesehen. Allerdings hat der Heisler schon recht. Niemand muss da kommen. Da kann mich jemand aus Australien anrufen: Das Tragen eine Maske ist nicht gesund, das ist schädlich und für junge Menschen gilt das ganz besonders. Ich muss die Person nicht sehen. Auch in Deutschland gab es mehrere Fälle, z. B. Heiko Schöning,

Bodo Schiffmann. In Österreich waren es Peer Eifler und Christian Schubert. Hier in der Schweiz wurde an Andreas Heisler ein Exempel statuiert. Mal zum Vergleich: Im Kanton Aargau hat ein Berufskollege von der psychologisch-psychiatrischen Fakultät ein weibliches Trauma-Opfer immer wieder in der Praxis mißbraucht. Den hat man nicht einmal aus der kantonalen Ärztegemeinschaft geschmissen. Der Mann müsste ins Gefängnis.

Auf der fünften Stufe gibt es **gelegentliche Zugeständnisse und Lockerungen**. Momentan ist es wie im letzten Sommer, da wurde auch kurz gelockert. Und im Juli haben sie dann begonnen die zweite Welle herbei zu schreiben: »hammer and dance«, Zuckerbrot und Peitsche. Wir erleben seit März 2020 psychologische Kriegsführung, vom feinsten, aber nicht neu, das Konzept ist etwa 60 Jahre alt. Das ist entstanden als damals erste GI's aus der Gefangenschaft im Korea-Krieg zurück kamen. Die hat man so wieder auf Linie gebracht.

Stufe sechs ist das **Erzeugen einer dauernden Erschöpfung** und Demotivation durch das Rauben jeglicher Perspektiven. Die siebte Stufe ist, wenn die Opfer von den Tätern **vollständig abhängig** sind, ob durch finanzielle Leistungen wie Entschädigungen, Hilfen, Kurzarbeitergeld oder psychisch durch die Gnade der Lockerungen.

Gibt es Erklärungen der Psychologie, warum autoritäre Botschaften so leicht akzeptiert werden? Warum schweigen die Lämmer?

Marco: Es gibt die These der Problem-Reaktions Lösung. Man stilisiert ein Riesenproblem hoch oder einen bedrohlichen Feind und dann generiert man einen Angstteppich. Heute hat es hier in Basel über 30 Grad und ich habe ältere, Fahrrad fahrende Damen mit FFP2-Masken gesehen und eine war ganz allein im Auto. Die sind durchtränkt von Angst. Diese Bilder aus Bergamo oder New York, das war beängstigend. Wenn du da nicht eingetaucht bist bzw. angefangen hast das zu durchschauen und stattdessen immer wieder diese Bilder gesehen hast, in einem Endlos-Loop, dann kommst du in eine Art Hypnosezustand. Der ist über die Gehirnwellen messbar, da ist das Unterbewusstsein sperrangelweit offen. Und wenn du abends mit diesen Nachrichten einschliffst und morgens damit aufwachst, dann geht dieser ganze Mist noch viel tiefer rein. Du hörst fast nur Katastrophen aus der ganzen Welt, die neueste Autobombe in Bagdad, die neuen Corona-Zahlen usw. – die positivste Meldung ist dann die Wettervorhersage: »Morgen auch etwas Sonnenschein.«



Selbst Klaus Schwab schreibt: »Die Leute haben nur negative Botschaften bekommen und das wird die Psyche von vielen auf Jahre traumatisieren.« Diese Leute sind froh über jede Autorität: »Der Daniel Koch hat gesagt ..., die Frau Sommaruga hat gesagt ...« In der Schweiz kam z. B. von den Grünen: »Wir brauchen eine harte Führung.« Ich verurteile diese verängstigten Menschen nicht, sie tun mir leid. Und dann kommt vom Bundesrat: »Die Schweiz ist sehr gut durchgekommen.« Auf welchem Planet leben die?

Und was hat das Parlament gemacht? Unsere Nationalräte [Bundestagsabgeordneten] sind monatelang nicht mehr dorthin gegangen. Die haben freudig die Verantwortung an die Regierung abgegeben. Das muss man sich mal vorstellen.

In Deutschland war ein Drang zur Denunziation und Erziehung feststellbar, gilt das auch für die Schweiz?

Marco: Denunziation ist eine menschliche Eigenart. In Baden-Württemberg hat der Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) gesagt: »Bitte rufen Sie an. Die Polizei kann nicht alles sehen.« Gerade heute morgen habe ich mit einem Chef mehrerer Altenheime gesprochen. Der erzählte mir: »Ich habe sogar Familienmitglieder heimlich durch den Hintereingang eingelassen. Denunziert haben uns die Angehörigen anderer Heimbewohner. Die sagten: ‚Ich habe Angst um meinen Vater, ihr seid viel zu locker.‘« Natürlich gab es auch in der Schweiz Denunziation. Vielleicht nicht so in diesem Hausmeister Krause-Stil. Doch der Satz – »Der Schweizer guckt für sich und nicht zum Nachbarn.« – stimmt nicht, das ist Heidi-Romantik. In Deutschland habt ihr die Tendenz voreilig gehorsam zu sein: vorauseilender Gehorsam. In Baden-Württemberg musstest du bis vor kurzem noch einen Schnelltest haben, um in einem Biergarten ein Bier zu trinken. Das ist unvorstellbar bei uns.

Im August 2020 waren wir zu viert in Hamburg. Das war ein Tag, so heiß wie heute. Als wir durchgeschwitzt im Hotel »Hamburg Hafen« angekommen waren, hatten wir die Maske unterhalb von Nase und Mund. Der Mann am Empfang ranzte uns an: »Maske hoch. Wir wollen doch nicht gleich wieder dicht machen.« Unglaublich diese Unhöflichkeit. Und bei den Stadtrundfahrten mit den oben offenen Bussen kam die Durchsage: »Es ist Maskenpflicht, bitte aufsetzen.« Das ist sinnlos, das ist demütigend und das ist autoritär.

Welche Folgen haben die letzten 15 Monate für die Menschen? Welche Symptome treten besonders häufig auf?

Marco: In unserer Praxis sind es Angststörungen, allerdings fast keine Virusangst. Nur ganz wenige haben hier eine Maske aufbehalten. Sie haben sich dafür entschuldigt, sie hätten Eltern im Altersheim. Aber wir haben hier kein Maskenverbot, das sind unsere Kunden, die dürfen das so machen, wie sie sich gut fühlen. Es sind vor allem existenzielle Ängste oder die Angst, wo das alles noch hinführt. Dann schläfst du nicht mehr gut und so kommen an zweiter Stelle die Schlafstörungen. Das ist natürlich ein Problem, wenn du dein schwankendes und schaukelndes Kleinunternehmen über Wasser halten musst. Wenn du nicht mehr gut schläfst, dann denkst du nicht mehr klar und regenerierst nicht mehr. Du wirst dünnhäutiger und sensibler. So werden wohl auf breiter Front Schlafmittel verschrieben und wenn die Plandemie vorbei ist, dann haben wir ein Suchtproblem und füllen die Kliniken mit Entzugspatienten.

Es ist vielleicht noch etwas früh dies zu sagen, aber ich glaube nicht an Long-Covid. Das ist wie bei der Grippe. Wir gehen viel zu inflationär mit dem Wort um und verwenden es für jede Erkältung mit Fieber im Winter. Nein, man hatte eher eine Bronchitis und eine Erkältung. Wer eine Grippe hatte, da fühlst du dich – ich bin über 30 Jahre Arzt – als ob ein Panzer über dich gefahren ist und noch Wochen später sind fünf Treppenstufen eine Eiger-Nordwand. Das geht dermaßen in die Muskeln rein. Wer wirklich eine Influenza hatte, der braucht Wochen und Monate um wieder zur Tagesform aufzulaufen. Dieses Long-Covid ist nach meiner Meinung ein medizinisches Machtinstrument, das ist eigentlich ein chronisches Müdigkeitssymptom ohne organische Äquivalente.

Erinnerst du dich, wann und warum du die ersten Zweifel hattest?

Marco: Es gab zwei Schlüsselerlebnisse, bei denen ich stutzig geworden bin. Das eine war das Kreuzfahrtschiff Diamond Princess im Januar/Februar 2020. Auf so einem Schiff ist es eng, etwa 3.700 Menschen nutzten die gleichen Küchen, Ess-, Sport- und Gesellschaftsräume. Die meisten Reisenden waren nicht mehr ganz jung und es verstarben sechs Personen, das sind 0,16 %. Wäre SARS-CoV-2 ein Killervirus gewesen, dann wären 10 oder 20 oder 30 % verstorben. Das zweite Ereignis war als das Robert Koch-Institut die Empfehlung aussprach nicht zu

obduzieren. Das hatte ich noch nie zuvor gehört, auch nicht bei Ebola oder HIV. »Von den Toten für die Lebenden lernen« – dieser Grundsatz wurde komplett mißachtet.

Warum lassen sich so viele Ärzte impfen?

Marco: Ich erlebe in meinem Umfeld, dass viele fast noch Freude daran haben. Um so mehr Würdenträger und um so mehr Ehrendokortitel, um so blinder. Die Medizin ist, im Gegensatz zur Mathematik oder Physik, optimistisch gesagt eine halb exakte Wissenschaft. Betrachten wir den üblichen Zeitraum einer Impfstoffeinführung, dann waren das in der Vergangenheit zwischen sieben und zehn Jahren. Bei SARS-CoV-2 wurde alles über den Haufen geworfen, da reichte ein knappes Jahr.

Meine Frau hat 28 Jahre in der Uni-Klinik gearbeitet, dort hat man heute Masken- und Maulkorbpflicht. Wer sich, ob Arzt oder Pfleger, kritisch äußerte, hatte zunächst die dunkelgelbe Karte und dann gleich eine rote. Der schon vorher vorhandene Pflegenotstand hat plötzlich niemand mehr interessiert. Wer als Arzt kritisch war, wird entweder entlassen oder ist akademisch auf einer Sackgassenposition. Das ist trichterförmig gesteuert, auch mit Geld, also über Forschungszuschüsse und über Investitionen in Geräte. Über die *unité de doctrine* bin ich, nebst den Medien, bei meinen Kollegen am meisten erschüttert. Da gab es frisch an der Nase operierte, die haben keinen Masken-Dispens bekommen, selbst Krebskranke mit einer schlechten Sauerstoffsättigung bekamen diese nicht. In Deutschland haben sie Razzien bei zwei Kollegen gemacht, einer war Onkologe, dem haben sie privat und in der Praxis die Räume durchsucht. Ich bewundere diese Leute, die den ganzen Tag Krebskranke betreuen. Du sprichst hier über fünf Jahre durchschnittliche Überlebensrate. Wenn du den Kranken ein paar Monate freies Atmen attestierst, ist das Mitgefühl. Und dafür holt dich morgens um 6:00 Uhr die Polizei aus den Federn und durchsucht deine Privaträume. Wie nennt man so was?

Bei uns in der Schweiz gab es Hausärzte, die ihren Patienten, die sie jahrelang kannten, sagten: »Sie können nur mit negativem PCR-Test kommen.« Dann standen diese Leute mit 39 Grad Fieber zwei bis drei Stunden irgendwo an, um einen Test zu machen. Andere Kollegen haben ihre Patienten im Treppenhaus warten lassen. Ich habe einen Kollegen, der hat seine Praxis in einem Ort auf tausend Meter Höhe. Vor dem Haus hat er eine Überdachung aus Plastik machen lassen und dort haben im Winter die Leu-

te im Freien gewartet. Das ist nicht zum Aushalten.

Wie waren die Reaktionen auf deine öffentlichen Auftritte?

Marco: Das war auch eine Riesenerfahrung. Ich hätte das nicht gedacht. Der Großteil der Reaktionen war positiv bis sehr positiv. Ich habe sogar Spenden erhalten. Das hatte ich nicht erwartet, dass einem Arzt, der Youtube-Videos macht, etwas gespendet wird. Ich habe mich überwinden müssen, das anzunehmen. Einfacher war es bei Wein, Salami, etc. Das gab es seit langem nicht mehr, vor vielen Jahren habe ich als Arzt im Spital häufiger Wein, Essen, etc. erhalten. Es gab auch ein paar Todesdrohungen, zum Teil durchaus kreativ. Eine ebenfalls kritisch engagierte Freundin bekam sogar einen Brief mit Kot. Meine Mandate außerhalb der Praxis habe ich fast alle verloren. In den letzten Jahren habe ich Kabarett an einer Basler Kleinkunsthöhne gespielt. Das Engagement wurde Knall auf Fall gecancelt. Außerdem war ich sechs Jahre medizinischer Leiter von Pensionsvorbereitungsseminaren bei Novartis. Das waren immer wunderbare, sehr lustige und unterhaltsame Tage und ich hatte supergute Bewertungen: Bis zu meiner Demo-Rede im März 2021 in Liestal vor mehr als 10.000 Teilnehmern – was für die Schweiz sehr viel ist.

In einem Briefing bei dem Pharmaunternehmen Novartis HR nach der Demo hieß es: »Können Sie nicht beim nächsten Seminar (das fand natürlich virtuell statt) zwei Dinge empfehlen: Extensives Testen und Impfung.« Da meinte ich, dass ich das nicht machen würde und wir das Thema gern auslassen könnten. Drei Bemerkungen wurden mir danach vorgeworfen. Es hieß, ich hätte mich während der Demo über Gen-Therapie geäußert, wie ich mich dazu stelle. Meine Antwort war: »Ich habe nichts gegen Gen-Therapie. Wenn ihr das in der Onkologie erforscht, ist das richtig, wir haben da keine Lösungen. Also forscht da weiter. Aber ich habe etwas dagegen, wenn ich einen Rotwein bestelle und einen Rosé bekomme: Das ist Etikettenschwindel. Das ist keine Impfung, das ist eine genetische Maßnahme.«

Im Seminar aber sagte ich lediglich, wer zur Impfung konkret etwas wissen möchte, der könne zu mir in die Praxis kommen. Außerdem hätte ich – gemäss Novartis HR – geäußert, dass Home-Office und Lockdown auf lange Sicht nicht gut sei für die Menschen. (Wie viele Novartis-Mitarbeitende hocken nach 18 Monaten immer noch zu Hause?). Bei der dritten Bemerkung, die ich gemacht habe, ging es um die Frage »Wie funktioniert das Immun-



system?«. Sie hatten mich selbst gebeten, das in mein Seminar einzubauen. Dort hatte ich mich zu sagen ‚erdreistet‘: *»Ich verstehe nicht, warum wir vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) immer nur Abstand halten, Hände waschen, Desinfektion und Maske hören. Neuerdings natürlich Impfen, Impfen, Impfen! Es gibt doch auch Vitamin C und D, Zink, Schlaf, Erholung, Sport, gute und nährnde soziale Kontakte.«*

Zehn Tage nach diesem Seminar kam wieder ein Anruf: *»Wir müssen reden. Ihre Bemerkungen zu den Corona-Maßnahmen.«* Dann haben wir uns getroffen und die haben alles herunterbetet. Dann habe ich gesagt: *»Ok, diese drei Punkte, ihr habt ja offenbar alles aufgenommen. Allerdings hätte ich es anständig gefunden, wenn ihr dies vorher gesagt hättet. Ich wusste das nicht.«* Und dann gab es noch Sexismus-Vorwürfe wegen eines Schmähs von mir. Den habe ich aber schon jahrelang so gebracht: *»Altern ist auch eine Chance, man ist ein bißchen weise.«* Dann habe ich Johannes Heesters zitiert: *»Ich möchte nicht noch einmal 30 sein.«* Und dann Udo Jürgens. Und schließlich habe ich ein Bild von Angela Merkel in Oslo anlässlich eines Opernbesuches im Jahr 2008 gezeigt, mit *ihrerseits* etwas falsch gewähltem, zu tiefen Dekolleté. Auf das Bild hatte ich geschrieben: *»Altern kann auch sexy sein.«* Das ergab bei den früheren Live-Seminaren immer ein Riesengelächter der Leute im Saal. Aber dieses Mal ging das bis nach ganz oben und von dort kam der Vorwurf, ich hätte die Entwicklung der Firma Novartis zu *»diversity and inclusion«* verpasst. Meine Tätigkeit für Novartis endete fristlos, der Vertrag wäre eigentlich noch bis Ende 2021 gelaufen. Als erste Maßnahme habe ich meine Novartis-Aktien verkauft. Mit einer solchen Firma möchte ich nichts mehr zu tun haben.

Viele Menschen verstehen solche Mechanismen nicht: *»Ihr könnt ja demonstrieren und ihr könnt sagen was ihr wollt, was redet ihr da von Diktatur?«* Das stimmt, ich wurde nicht von der Bühne verhaftet, aber es gab danach Konsequenzen. Du kannst nicht mehr sagen, was du willst. Du kannst das schon, but you are no longer welcome. Das hätte ich nie gedacht, dass das so passiert. Die soziale Fallhöhe ist immens!

Haben Dich Deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Marco: Ja, sie haben mich überrascht, positiv und negativ. Man sollte zwar keine sozialromantischen Züge entwickeln, was Corona alles gutes hatte, aber ich habe tolle Leute kennengelernt. Allerdings hat auch unser Freun-

deskreis eine ziemliche Erfrischungskur erfahren. Die Corona-Krise ist ein Thema, das kannst du nicht ausklammern, das kannst du bei Gesprächen nicht dauernd krampfhaft umschiffen.

Sehr interessant war, dass ich in dieser Zeit nie einen blue-collar worker, einen Handwerker, egal welcher Tätigkeit oder Nation getroffen habe, der diesen totalitären Gesundheitsnarrativ glaubt. Je weiter du in den universitären Elfenbeinturm eindringst, desto mehr Corona-Gläubige findest du. Das ist ein Phänomen. Die Handwerker kamen zu uns zu privaten Arbeiten, noch etwas verunsichert und dann sagten wir: *»Maske kann weg.«* *»Ah, super«* – dann war das Eis gebrochen. Wir leben in einer politischen Zweiklassengesellschaft. Die Studierenden und Studierenden sind die Gläubigen und die real erschaffenden Arbeitenden sind die Zweifler. Das ist traurig und großartig zugleich. Ich habe dafür keine Erklärung. Für viele meiner medizinischen Kollegen und Kolleginnen schäme ich mich aber.

Was sagst Du zu dem Ergebnis vom 13. Juni?

Marco: Ich habe mir damals um 14:30 Uhr die Hochrechnung angesehen und musste dann meine Wunden lecken: Brot & Spiele. Ich habe mir drei EM-Fußballspiele hintereinander angesehen, so hochkarätige wie Österreich gegen Nord-Mazedonien. Das muss man gesehen haben. Da war jede Berührung des Balles eine Liebeserklärung ans runde Leder. Aber das hat mir gut getan und ich habe danach gut geschlafen. Beim Duschen am nächsten Morgen habe ich dann gedacht: *»Hej, wie ist das Referendum überhaupt zustande gekommen?«* Wir wurden bei der Unterschriftensammlung mit Distanz halten und Maskenpflicht behindert. Sogar bei deren Übergabe, das ist ja immer ein heiliger, demokratischer Akt, wenn man da in das Bundesarchiv die genehmigten Unterschriften bringt, gab es noch Masken- und Abstandsgeschichten. Fast 40 % haben mit Nein gestimmt. Wir sind nicht mehr die zehn Prozent, die als Schwurbler diffamiert werden konnten. Das ist ein Achtungserfolg, davon kann man sich nichts kaufen, aber es ist ein Schuss vor den Bug der Herrschenden. Erreicht wurde die Mehrheit von 60 % mit einem miesen Trick: *»Wenn du nicht brav mit Ja stimmst, dann stirbt deine Lieblingskneipe und die Quartierbuchhandlung, in der du so viel Gutes erlebt hast, wird geschlossen. Die bekommen keine Entschädigung.«* Die haben plump gelogen, denn die Entschädigung geht bis Ende September und wenn wir dann wieder Lockdown machen, dann spielt

eh alles keine Rolle mehr. Aber wir haben ein zweites Referendum in Rekordzeit durchbekommen, abgestimmt wird erneut am 28. November.

Was mich durch und durch erschüttert hat, dass die Schweiz ein Gesetz wie das Polizeigesetz (PMT-Gesetz) annimmt. Jetzt dürfen 15-jährige Kinder ein halbes Jahr mit Fussfesseln eingesperrt werden. Gleichzeitig kann ein Kind bald ab zwölf, vielleicht sogar schon mit zehn Jahren selbst entscheiden, dass es sich impfen lässt. Um das einzuordnen: Wenn dein Sohn mit etwas mehr als 19 Jahren mit einem Mädchen, das 15 Jahre und 11 Monate alt ist, Sex hat, dann hat dein Sohn ein Leben lang eine Vorstrafe, weil das Mädchen noch nicht 16 Jahre alt ist. Ein fast 16 Jahre altes Mädchen darf nicht über seinen Körper entscheiden bzw. darüber, mit wem sie intim ist, aber sie darf sich impfen lassen, ohne die Eltern zu fragen? Und man darf sie ein halbes Jahr einsperren aufgrund lediglich von Vermutungen und Verdachtsmomenten? Was sind das für Menschen, die sich so etwas ausdenken? Da mag ich auch nicht mehr mit deren Befürwortern diskutieren. Für die finde ich faschistisch als Bezeichnung noch untertrieben. Als Grund wurde Terrorismus genannt. Das ist unglaublich. In der Schweiz Terrorismus? Hallo. Attentate mit Kuhglocken und Emmentaler? Wir

haben schon so viele Gesetze und setzen die nicht einmal ansatzweise um. Wir brauchen nicht noch mehr Gesetze, schon gar nicht gegen unsere Kinder. Alles geht derzeit gegen die Kinder. Das ist dramatisch.

BUCH

Caimi, Marco: Mann Macht Mannzipation. Der Mann im Spannungsfeld zwischen Beruf, Beziehung und Bedürfnissen, Pro Business 2014

GENANNT LITERATUR

Bidermann, Albert D.: Social-psychological needs and «involuntary» behavior as illustrated by compliance in interrogation, Reprint from Sociometry 23, Bureau of Social Science Research Incorporated, Washington D. C., 2. Juni 1960

Bidermann, Albert D., Zimmer, H. (Hrsg.): The Manipulation of Human Behavior, New York 1960

Fromm, Erich: Anatomie der menschlichen Destruktivität, Erstveröffentlichung 1973

Mausfeld, Rainer: Warum schweigen die Lämmer?: Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Frankfurt am Main 2018

— Angst und Macht: Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien, Frankfurt am Main 2019

Milgram, Stanley: Das Milgram-Experiment: Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Hamburg 1982

MARCO RIMA, KABARETTIST

»Ich möchte ganz einfach wieder mit dieser Leichtigkeit durchs Leben gehen und reisen wie früher.«

MARCO RIMA

(* 1961), war zunächst Grundschullehrer und arbeitet seit 1983 als Kabarettist. Auch wegen seiner vier Kinder äußert er sich seit Mai 2020 kritisch zu den Maßnahmen des Schweizer Bundesrates, mit welchen die Verbreitung von SARS-CoV-2 eingedämmt werden sollten.

www.marcorima.ch

Was hat die Corona-Krise über den Zustand der Politik in der Schweiz offenbart?

Marco: Wir leben in einer Zeit, in der wir uns als Gesellschaft der Frage stellen müssen: Wollen wir weiter in einer freien Gesellschaft leben, wo jeder als selbstständig denkender Bürger gefordert ist Verantwortung zu über-

nehmen und wir uns gegenseitig Vertrauen schenken, oder wollen wir eine Gesellschaft, wo der Staat lenkt und denkt? Momentan ist nicht ganz klar, in welche Richtung die Politik denkt, denn in dieser Krise – ich benutze das Wort ganz bewusst – versagen ja viele politische Institutionen. Bei uns in der Schweiz ist es vor allem das



Parlament. Der Bundesrat, also unsere Exekutive, beruft sich bei seinen Entscheidungen auf ein Epidemiegesetz. Da ist es logisch, dass die einfach mal anfangen zu lenken. Aber dass sich das Parlament so ausschalten lässt, das gibt mir schon zu denken. Da stelle ich mir die Frage, welches Herz schlägt in der Brust dieser Politiker? Sie bezeichnen sich selbst als Gestalter. Aber ich spüre hier von gestalten gar nichts, vor allem weil der Diskurs komplett fehlt und ausgeschaltet wurde.

In Deutschland war und ist ein Drang zur Denunziation und zur Alltagserziehung feststellbar, kannst du das auch in der Schweiz beobachten?

Marco: Ich frage mich, ob das als grundsätzliches Thema auf der ganzen Welt zu finden ist. Es hat vielleicht historische Wurzeln, dass in Deutschland, Österreich und auch in der Schweiz eine Blockwartmentalität besonders auffällt: Ein sich gegenseitig überwachen, überprüfen, anzeigen, denunzieren. Wenn du so eine Geschichte wie Deutschland hast, dann fällt das einfach doppelt auf. Das Problem beginnt schon in der Schule: Wir werden zu Gesellschaftssoldaten erzogen. Das Gehorchen spürst du in allen Bereichen und du hörst immer wieder so Sprüche wie: *»Ich würde ja schon wollen, aber ich muss.«* Oder: *»Ich kann ja nichts dafür, dass ...«*

Wer mit dem Finger auf die Großeltern zeigt, den frage ich immer: Wie hätten wir reagiert? Im November 1932 erreichte die NSDAP 33,1 % bei einer Wahlbeteiligung von 80,6 % und im März 1933 dann 43,9 % bei einer Wahlbeteiligung von 88,7 %. Etwa 60 % der Deutschen waren also keine Nazis. Mit der Machtergreifung begann der Zwang zum Mitmachen: Hand heben und diese eigenartigen Grußworte waren die äußeren Zeichen der Zugehörigkeit. Wer da nicht mitmachte, war ein Gegner. Gegen diese wurden dann die Schlägertrupps eingesetzt. Natürlich fanden nicht alle gut, dass der Nachbar verprügelt wurde, aber er hätte ja auch die Hand heben und *»Heil Hitler«* sagen können. Die Schlägertrupps, die wir heute haben, sind nicht die, die durch die Strassen marschieren, sondern es sind die Medien: Sie radikalisieren die Menschen. Das ist eine ganz gefährliche Kiste. Und dann kommen noch die *»Sozialen Medien«* dazu. Wenn du eine konträre Meinung fährst, dann hast du – auch in der Schweiz – ein kleines Problem an der Backe.

Wie wurdest du von den »Leitmedien« bezeichnet?

Marco: Das Spektrum reichte vom *»Corona-Leugner«*,

über den *»Aluhut«* bis hin zu *»rechtsextrem«* und *»Antisemit«*. Es fehlte nur noch der Kinderschänder. Nehmen wir mal *»Corona-Leugner«*, eine ganz heftige Kiste. Das rückt dich in die Ecke von *»Holocaust-Leugner«*. Daraus wurde dann später *»Corona-Skeptiker«*. Und was war der Auslöser: Ich wagte es der Politik Fragen zu stellen und wurde deswegen als Blödmann hingestellt. Meine Konsequenz aus diesen Erfahrungen: Mit gewissen Medien rede ich nicht mehr. Die sind für mich unten durch. Aber wer weiß: *»Was man heute sagt, kann der Irrtum von morgen sein.«* Ich werde bestimmt in zehn Jahren über vieles anders denken und reden.

Worauf reagierten die Medien?

Marco: Meine drei ersten Posts im Frühjahr 2020 auf Facebook hießen: *»Ich kann nicht schlafen.«* Damit habe ich echt viele Leute – im positiven Sinne – erreicht, weil meine Fragen auch sie umtrieben. In meinem vierten Post habe ich mich darüber lustig gemacht, dass im Restaurant auf dem Weg zum Platz eine Maske zu tragen ist, aber dann im Sitzen nicht mehr: *»Weil sich ja das Virus ausruhen muss«*. Da habe ich richtig böse Kommentare erhalten. Wenn du mit Menschen zu tun hast, die Angst haben und fühlen – deshalb tragen sie auch Masken im Freien – da ist irgendwas in der Luft: Das bespringt dich und dann bist du morgen tot. Mit denen kannst du nicht mehr reden. Die sehen dich nicht nur als Virenschleuder an, da bist du auch ein Leugner, ein ganz schlechter Mensch und nicht solidarisch. Doch wer die Maßnahmen der Politiker in Frage stellt, der ist kein Leugner: Viren kannst du nicht leugnen, die sind vorhanden. Und Solidarität habe ich in meinem ganzen Leben hochgehalten und diese gelebt.

Konntest du seit März 2020 auftreten?

Marco: Was viele Leute nicht begreifen: Ich darf seit 16 Monaten nicht mehr arbeiten und ich weiß nicht wie es weiter geht. Das betrifft nicht nur mich, sondern auch die zwölf Menschen, die ich mitschleppe. In Deutschland hat der gesamte Kultur- und Veranstaltungsbetrieb im Jahr 2019 geschätzte 174 Milliarden Euro umgesetzt.

Und plötzlich heißt es: *»Ihr seid nicht systemrelevant.«* Das ist eine ganz bittere Erfahrung für die Kultur und hat für die Gesellschaft erhebliche Folgen. Das waren alles mal Steuerzahler. Wer zahlt seit März 2020 das Gesundheitssystem und die sozialen Einrichtungen? Und dann kommen einige Leute und reden irgendwas von Solidari-

DER KULTUR- UND VERANSTALTUNGSBETRIEB IN DEUTSCHLAND

»Die Branche erzielte im Jahr 2019 eine Bruttowertschöpfung von schätzungsweise 106,4 Milliarden € (+3,5 % gegenüber 2018) und einen Umsatz von 174,1 Milliarden € (+1,77 % gegenüber 2018). Über 258.790 Unternehmen und über 1,2 Millionen Kern-erwerbstätige sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Die Quote der Selbständigen ist mit 20,9 Prozent außergewöhnlich hoch.«¹

tät. Aber ich sage: »Nein, ich will keine Almosen vom Staat, ich will selbst arbeiten, ich will beitragen, ich will mitgestalten.«

Warum ist gutes und bissiges Kabarett seit März 2020 so selten?

Marco: Kabarett und Satire sind eine Frage von Erziehung und Persönlichkeit. Bei Schönwetter kannst du ein brillanter Satiriker sein, aber in dem Moment, wo du selbst ein Betroffener wirst, verändert sich vieles. Das hat mit Angst zu tun. Wenn es – gefühlt – um dein Leben geht, dann versiegen die Worte und die Kreativität stockt. In Deutschland gibt es mindestens zwei Kabarettistinnen, die den Mund aufmachen: Lisa Fitz und Monika Gruber. Bei einigen, bekannten Fernsehsatirikern bin ich mir nicht ganz sicher, die machen eher einen auf Slalomlauf. Vielleicht ist das bei den Männern Eitelkeit und die Befürchtung einen Teil des Publikums zu verlieren. Da sagt dann der Manager: »Hei, wir müssen uns schon mal auf die Zeit danach vorbereiten.«

Ich kann mich nicht zurücknehmen, das ist eine Frage des Naturells. Ich bin einfach gestrickt, ich hatte noch nie Angst vor dem Leben, geschweige denn vor dem Sterben. Natürlich möchte ich nicht verrecken, das finde ich auch nicht lässig. Wie mein Großvater schon sagte: »Dinge kommen, Dinge gehen. Dazu zählt auch der Tod. Wenn der Wecker gestellt ist, dann klingelt es irgendwann.« Ich gehe mit Freude durchs Leben. Wenn es schwierig wird, dann muss man halt mal schauen. Ich lasse mir den Mund nicht verbieten und rede weiter, wo andere Angst haben. Ich kenne viele Kabarettisten, die haben wirklich Angst. Dafür habe ich Verständnis und bin denen nicht böse, aber die greifen mich an: »Was ist denn das für eine Idiot. Am besten soll er mal angesteckt werden und intubiert.« Das ist böseartig. Wieso wünschen die mir das an den Hals? Das verstehe ich überhaupt nicht.

Über welche Themen möchte die Gesellschaft derzeit nicht lachen?

Marco: Kabarett ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Du musst so vieles beachten. »Ich fahre nicht gern im Aufzug, das Seil könnte reißen.« Da musst du aufpassen. »Seil reißen«, könnte in Verbindung mit dem aktuellen Gondel-Unglück gebracht werden. Ok, geht also nicht, machen wir etwas ganz anderes. »Meine Frau ...« Oh, auch schwierig, jetzt sind ja viele junge Frauen in der Politik, das Gender-Thema ... auch schwierig. Ich könnte einen Witz über die Zeit machen, als wir noch schwul gesagt haben. Aber das geht auch nicht mehr.

Meine Kabarettstücke befassen sich mit diesen Unzulänglichkeiten: Eigentlich sollte man, darf man aber nicht. Für mich gibt es dann einen Punkt, da sage ich mir, ist mir völlig egal und haue einen raus. Vielleicht muss ich damit rechnen, das jemand aufsteht und den Saal verlässt. Das war ja im 20. Jahrhundert noch die größte Auszeichnung eines gelungenen Theaterstücks. Aber bitte rede nicht über den Alltag. Das Problem ist: Du redest als Kabarettist fast immer über den Alltag. Wenn ich – dann irgendwann mal – wieder auftreten darf, würde ich Corona relativ großräumig umschiffen. Aber ich habe da eine Figur, mit der werde ich das Thema noch einmal beleuchten. Gisele ist eine Person, die alles verdreht. Für sie ist ein Corona-Leugner, ein Typ, der seine Freundin leugnet: »Corona ..., aber nein das war Corinna.« Und: »In den Zeitungen steht, der hat Dünnpfiff. Nein, nicht Dünnpfiff, sondern shitstorm. Sag ich doch, aber auf englisch.«

Du hattest SARS-CoV-2, wie würdest du die Symptome und den Verlauf beschreiben?

Marco: Ja, das wird behauptet. Genauer gesagt: Ich wurde positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Dabei bin ich nicht etwa ins Spital gegangen, weil ich die bekannten, klassischen Symptome hatte. Vielmehr war mir übel, ich hatte 38 Grad Fieber, konnte nichts mehr essen und habe erbrochen. Ich bin davon ausgegangen, dass dies wieder die Symptome waren, die ich schon vor Jahren bei einem gutartigen Dünndarmtumor hatte. Deswegen sollte ich zweimal im Jahr eine Routineuntersuchung machen und bin deshalb ins Spital. Dort wurde ich positiv getestet und sofort auf eine Covid-Abteilung verlegt: Das war ein ganz normales Doppelzimmer im Spital. Die Leute mit Raumanzügen gab es nicht und ich wurde ganz normal wie immer versorgt. Am zweiten Tag habe ich gefragt, ob ich jetzt vielleicht nach Hause dürfte, und sie haben mich gehen las-



sen. So einfach war das. Insgesamt war ich etwas mehr als zwei Wochen krank und das wars dann auch. Für die Presse war das damals ein gefundenes Fressen und es gab in den asozialen Medien Kommentare wie: *»Dieses Arschloch nutzt unser Gesundheitssystem aus. Verrecken soll er.«*

Haben dich deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Marco: Nicht überrascht haben mich meine Familie und mein Freundeskreis. Da gibt es ein paar wenige Regierungsgläubige, aber wir haben uns nicht zerstritten. Insgesamt habe ich niemanden verloren und in dieser Zeit unglaublich viele spannende Leute kennengelernt. Das ist das positive an dieser Kiste. Was mich überrascht sind diejenigen Schweizer, die früher sagten: *»Die da oben in Bern, wir sagen denen dann schon wie es läuft.«* Ausgerechnet jetzt, da ihnen ihre Freiheiten und Bürgerrechte genommen werden, sind die mit denen zufrieden: *»Es ist toll was die machen.«* Das hat mich schon erstaunt. Plötzlich bin ich der konservative Urschweizer und wenn ich über Demokratie spreche, wollen mich diese Leute nach Nordkorea schicken. Nein, da versteht ihr was falsch. Nicht ich muss nach Nordkorea, ihr müsst dahin, denn ihr wollt gelenkt werden und nicht ich.

Die Politik hat im Jahr 2020 herausgefunden: Mit Krankheit und Angst kannst du die ganze Welt lenken. Da hat die Politik ein super Tool in Händen. Ich plädiere aber immer wieder für den gesunden Menschenverstand. Wir brauchen Anstand, Respekt und Liebenswürdigkeit. Unser Ziel muss sein, dass die Leute Empathie entwickeln. Unsere Gesellschaft ist krank und müde.

Was waren für dich die schlimmsten Auswüchse?

Marco: Der Schulbetrieb war – bis auf einen paar Wochen – bei uns immer normal und wurde weitergeführt, aber dass die Kinder den ganzen Tag – selbst beim Sport – eine Maske tragen mussten, ist unerträglich. Was Deutschland gemacht hat, mehrere Monate kein Präsenzunterricht, Kontakt- und Spielverbote sowie das Einsperren der Kinder in den elterlichen Wohnungen, ist ein Verbrechen und ich hoffe, dass diese Leute irgendwann einmal zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Triage fand übrigens nie in den Spitälern statt, sondern in den psychiatrischen Kliniken. Da standen und stehen ganz viele an, die unter den Maßnahmen leiden oder sie springen von der Brücke. Wenn man von Todeszahlen spricht, sollte man auch von denen sprechen, die

starben, weil sie zu spät oder nicht behandelt wurden.

Es ist erstaunlich, was da stattgefunden hat. Das war für mich keine Pandemie. Die Spitäler waren nie überlastet. An ihre Grenzen kommen sie im Winter immer wieder. Als Politiker würde ich heute sagen: *»Genießt den Sommer und wir bereiten alles vor, dass ihr im Herbst oder Winter krank werden dürft. Es wird euch geholfen. Wir haben neben der Impfung auch hervorragende Medikamente.«*

Was mich traurig stimmt, ist, dass ich jeden Tag aufwache und diese Leichtigkeit des Lebens nicht mehr habe. Ich fühle immer eine leichte Beklemmung.

Was sagst du zu dem Ergebnis vom 13. Juni?

Marco: Ich war immer stolz auf die Schweiz mit den Abstimmungen und den Mitentscheidungsmöglichkeiten. Manchmal bist du bei den Gewinnern und manchmal bei den Verlierern. Das gehört zum demokratischen Prozess. Auch jetzt. Ich war im ersten Moment riesig enttäuscht, denn das Covid-19-Gesetz verleiht dem Bundesrat uneingeschränkte Macht. Doch ich akzeptiere die Mehrheitsentscheidung und freue mich, dass 40 % klar mit Nein gestimmt haben. In meinem Umfeld kenne ich niemand der dafür war. (Kurzes Nachdenken ...) Das stimmt nicht, einen kenne ich. Der ist Besitzer von einem Schweizer Eishockey-Verein. Der hat natürlich die staatlichen Zahlungen gesehen.

Von den 60 % Befürwortern hat wohl die Hälfte wegen des Geldes mit Ja gestimmt. Denn es wurde vom Bundesrat so getan, als gebe es die finanziellen Beihilfen für Kurzarbeit, Selbstständige, Firmen, etc. nur mit dem Gesetz. Da kann ich nur sagen: *»Hej, das entscheidet nicht ihr, sondern entweder das Parlament oder das Volk.«*

Neben dem Covid-Massnahmengesetz haben wir jetzt auch das härteste Polizei-Gesetz auf der ganzen Welt. Du kannst einfach unter Verdacht ab 12 Jahren einkassiert werden.

Wie geht es nun weiter?

Marco: Die Leute sollten den Sommer genießen, denn im Herbst wird es viele Enttäuschungen geben. Die Politik dachte, dass sie über die Impfung aus der Schose herauskommen wird, aber auch das klappt jetzt nicht. Politiker richten sich ja immer nach Mehrheiten und jetzt gibt es schon einige, die überlegen sich, ob sie sich auf der falschen Seite befinden. Es läuft nichts mehr rund, denn sie haben etwas in Gang gesetzt und bekommen es nicht mehr in die Flasche zurück. Wir stehen vor einer Spal-

TIP: »RIMA-SPALTER« MIT MARCO RIMA (NEBELSPALTER)

- Folge 1:** Corona Unser www.youtube.com/watch?v=JsayE28KVz8
Folge 2: Verfassungsquiz www.youtube.com/watch?v=JXtr4RhsKV0
Folge 3: Ein Prost auf Corona www.youtube.com/watch?v=eSLzly-rEzo
Folge 4: Wie geht es Dir? www.youtube.com/watch?v=ehWjgmRoEYI
Folge 5: ALT! www.youtube.com/watch?v=cnp_ooFr-K4
Folge 6: Früher war alles besser www.youtube.com/watch?v=TdTLirNE93E
Folge 7: Verhältnismässigkeit <https://www.youtube.com/watch?v=xb4jLUF007g>
Folge 8: Es lebe der Chip <https://www.youtube.com/watch?v=fKYxOYVKxdo>

Der Rima-Spalter kommt jeden Sonntag, ab 9:00 Uhr, mit einem neuen Beitrag.

tung der Gesellschaft, aber wie willst du mit einer gespaltenen Gesellschaft arbeiten? Ich gehe davon aus, dass für den Herbst die nächste Welle mit allen möglichen Mutationen vorbereitet wird. Am Schluss sind dann die Nicht-Geimpften Schuld an allem. Dann wird man in Sektoren aufteilen, nicht 3-G, sondern 4-G: Genesen – Geimpft – Getestet und Gefickt.

Es zeigt sich, dass die falschen Leute in der Politik sind. Da muss etwas geschehen und ich habe da so meine Ideen. Ich glaube, wir könnten das gesamte politische System in der Schweiz revolutionieren. In Deutschland ist das schwieriger und wird wohl länger dauern. Immerhin waren es 40 % die ganz klar NEIN zu dem Covid-19-Gesetz gesagt haben. Wenn du die erreichst, nicht als Partei, sondern als Bewegung, wenn wir Vertreter für den Stände- und den Nationalrat aufstellen, dann bekommen die etablierten Parteien das Muffensausen. Die Menschen stimmen für gute Ideen und nicht für eine Partei mit ei-

ner Linie. In einer Bewegung vereinen sich Menschen aller sozialen Schichten mit den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitserfahrungen. Sie haben eine gemeinsame Ausrichtung: Die Verfassung ist ihnen wichtig, der Respekt und die Eigenständigkeit, eben eine freie Gesellschaft. Eine starke Bewegung kann auch politisch etwas verändern.

ANMERKUNGEN

1 www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Branchenfokus/Wirtschaft/branchenfokus-kultur-und-kreativwirtschaft.html, 24. Juli 2021

Corona unser ...

Corona unser im Lockdown
Infektiös werde dein Name.
Dein PCR-Test komme
Deine positiven Fallzahlen geschehen,
wie im R-Wert,
so auf Intensivstationen
Unser tägliches «Pickslein» gib` uns heute.
Und vergib` uns unsere «skeptischen Fragen»,
wie auch wir vergeben unserem Bundesrat.
Und führe uns nicht ins Covid-19-Massnahmen-Gesetz,
sondern erlöse uns von dem Great Reset.
Denn dein ist das Testen
und die Medien
und die Masken in Ewigkeit.
Berset... äh... Merkel... äh... Amen!

STEFAN MILLIUS, CHEFREDAKTOR »DIE OSTSCHWEIZ«

Wie würdest du rückblickend die Diskussion zu den Corona-Maßnahmen der Regierung in den Schweizer Medien seit März 2020 zusammenfassen?

Stefan: Welche Diskussion? Debattiert wurde nicht oder kaum. Wir hatten mehrere Phasen, wahrscheinlich ähnlich wie in Deutschland. In der ersten Phase konnte niemand recht abschätzen, was passieren würde. Damals haben auch wir uns darauf beschränkt die Verlautbarungen der Behörden ziemlich 1:1 zu bringen und waren noch sehr zurückhaltend, weil wir nicht wussten, wie dramatisch die ganze Geschichte wirklich ist. Das war während

STEFAN MILLIUS

(* 1972) ist Mitbegründer und Chefredaktor von »Die Ostschweiz«. Im April 2018 wurde die altbekannte Medienmarke als online-Publikation wiederbelebt, um die Medienlandschaft vielfältiger zu gestalten. Ergänzend erscheint sechs Mal jährlich ein Print-Magazin. www.dieostschweiz.ch



» Für mich war nicht nur drastisch, was geschrieben wurde, sondern auch das, was unterlassen wurde.«

des ersten Lockdown im März und April 2020. Danach beschränkte sich bei den meisten Medien die Debatte darauf, dass der Diskurs der Regierung wiedergegeben und höchstens kritisiert wurde, dass die Maßnahmen noch zu wenig scharf seien, es müsse viel mehr passieren. Die Maßnahmenkritiker wurden entweder nicht zur Kenntnis genommen oder massiv diffamiert. Diskussionen, bei denen sich Kritiker und Befürworter begegnen und Fragen stellen oder Dinge in Frage stellen konnten, das hat es bestenfalls mal vereinzelt gegeben.

Wie erklärst du dir den weitgehenden Gleichklang in den Leitmedien der Schweiz?

Stefan: Ich werde natürlich sehr oft gefragt, warum meine Kollegen das getan haben oder tun, und sage dann immer: *»Ihr fragt den falschen, denn ich versuche genau das nicht zu tun.«* Möglicherweise hat die Diskussion über staatliche Medienförderung in der Schweiz einen Einfluss. Diese hat parallel zur Corona-Krise im letzten Jahr begonnen und die Entscheidung steht unmittelbar bevor. Hier geht es um Hunderte Millionen Schweizer Franken für die Medien. Ich gehe davon aus, dass die großen Verlage sehr begierig darauf warten und wenig Anlass haben, genau in diesem Moment der Regierung oder den Behörden ans Bein zu pinkeln. Vielleicht ist das falsch, aber ich kann mir die erstaunliche Demut der Medienlandschaft in der Schweiz gegenüber den Verlautbarungen offizieller Stellen nicht anders erklären. In der Anfangszeit von Corona war es auch das normale Sensationsschema: Von überlasteten Intensivstationen zu sprechen ist sexy, von halb leeren dagegen nicht. Angst und Panik steigern die Auflage, das ist nicht neu und ein bekannter Reflex bei den Boulevard-Medien. Aber wieso derart konsequent kritische Stimmen ausgeblendet werden und bei den Medienkonferenzen alle lammfromm da sitzen und nichts hinterfragen, das ist mir auch ein Rätsel.

Welche Medien sind besonders stark als Sprachrohr der Regierung aufgefallen?

Stefan: Die Schweizer Medien sind im wesentlichen drei großen Verlagshäusern zuzuordnen. Zwei davon gehören reichen Familien. Da ist zum einen »Ringier« (www.ringier.ch), das den »Blick« (www.blick.ch) herausgibt und seit 2015 von der Familie als Gemeinschaftsunternehmen »Ringier Axel Springer Schweiz AG« betrieben wird. Zum anderen »Tamedia« (www.tamedia.ch), kürzlich in »TX Group« umfirmiert, mit der »Basler Zeitung«, der »Berner Zeitung«, »Der Bund«, »20 Minuten« und dem »Tages Anzeiger«. Dieser Medienkonzern gehört der Coninx-Familie, das sind drei Familienzweige mit insgesamt 50 Personen, die in Hamburg, München, Vaduz, Bern, Luzern und Zürich leben. Als drittes haben wir die CH Media (www.chmedia.ch), die 2018 als Joint Venture der NZZ-Mediengruppe und der AZ Medien entstand. Die NZZ, eine Aktiengesellschaft, ist Herausgeber der »Neuen Zürcher Zeitung« (www.unternehmen.nzz.ch) und die AZ Medien (www.azmedien.ch), ein weiteres Familienunternehmen, das mehrheitlich im Besitz der Familie Wanner ist, betreibt z. B. Regionalmedien wie das »St. Galler Tagblatt« und die »Luzerner Zeitung«. Zu diesen drei Konglomeraten gesellen sich dann noch die faktisch staatlichen Medien im Bereich TV und Rundfunk (SRF). Alle vier sind wohl für 90 % der Informationsdichte in der Schweiz verantwortlich und haben seit März 2020 die gleiche Linie gefahren. Im Output sind alle etwa im gleichen Boot. Vielleicht hat der »Blick« besonders enge Drähte zur Regierung. Die veröffentlichten teilweise die Lockerungen bzw. Verschärfungen schon einen Tag vor der entsprechenden Medienkonferenz der Regierung. Die haben uns quasi mitgeteilt, was gleich entschieden und morgen verkündet wird. Nach meinem Gefühl war Ringier mit »Blick« und »Blick online« der größte Scharfmacher in dieser Zeit. Das liegt natürlich auch im Charakter des Blattes mit den großen Buchstaben und den farbigen Bildern: Blut, Schweiß und Tränen. Auch auf der Kommentator-Ebene haben die sich hervorgetan und alles ausgeblendet, was gegen den Narrativ der Regierung sprach.

Gab es einzelne Beiträge und Versuche differenzierter Berichterstattung?

Stefan: Bei der NZZ gab es hin und wieder Ausreißer, das waren meist interessante Gastautoren. Es hat auch eine unschöne Geschichte gegeben. Milosz Matuschek, der

stellvertretende Chefredaktor des Magazins »Schweizer Monat« war auch sechs Jahre Kolumnist der Neuen Zürcher Zeitung. Am 1. September 2020 erschien sein Artikel »Was, wenn die Covidioten recht haben?« Das war es dann für ihn.

Außerdem erschienen im St. Galler Tagblatt Beiträge von Pietro Vernazza, Chefarzt der Infektiologie und seit 1985 beim Kantonsspital St. Gallen tätig. Dem hat man hin und wieder eine Plattform gegeben. Es ist auffällig, wie man auf Gastautoren als Feigenblätter ausgewichen ist und dann kam wieder das übliche Programm. Aus meiner Sicht kann man nicht behaupten, dass eine der größeren Zeitungen in der Schweiz versucht hat das ganze Bild zu zeigen oder auch die Panik zu relativieren. Die Auslastungsquote auf den Intensivstationen ist dafür ein gutes Beispiel: Das wurde über Wochen und Monate gespielt wie verrückt. Kam dann mal eine Grafik, die zeigte, dass die Belegung normal war, wurde das kaum erwähnt. Für mich war nicht nur drastisch, was geschrieben wurde, sondern auch das, was unterlassen wurde. Diese gleich geschaltete Achse aus Medien und Behörden ist mir in der Corona-Zeit richtig aufgefallen, rückblickend stelle ich aber fest, dass die nicht neu ist. Auch bei anderen politischen Themen stand Objektivität und Ausgewogenheit nicht an oberster Stelle.

Mit welchen Schlagworten und Mustern wurden Kritiker diffamiert?

Stefan: Es begann mit den Corona-Leugnern. Irgendwann muss es in den Verlagshäusern Anweisungen gegeben haben, dass man das lässt, vielleicht wegen der Assoziation zum Holocaust-Leugner. Dann kam der Corona-Skeptiker. Beide Begriffe sind natürlich völlig absurd, denn ich kenne nicht viele Leute, die eine Existenz des Virus leugnen, sondern es ging immer um die Maßnahmen. In deutschen Medien liest man auch vom Corona-Verharmloser. Das ist ja alles Brechstange. Sehr viel subtiler sind die Worte, die bei Wissenschaftlern gebraucht werden. Wer sich kritisch äußert, ist auf jeden Fall »umstritten«. Vorher war er das natürlich nie, aber ab 2020 war das die Folge.

Umstritten ist sehr vieles in der Wissenschaft. Diese lebt ja von Thesen und Diskussionen. Wenn sich in schwierigen Fragen alle einig sind, dann ist das etwas anderes, aber keine Wissenschaft mehr.

Stefan: Ein inflationär verwendetes Wort ist bis heute »Verschwörungstheoretiker«. Auffällig war auch das manipulative Herstellen von Zusammenhängen durch Text und Bild. Ein Beispiel: Es werden Fallzahlen rapportiert und daneben ist das Foto einer sterbenden Frau im Krankenhaus zu sehen. Das Bild setzt sich fest bei den Leuten und für die sind dann Fallzahlen gleich Sterbende. Das haben wir über ein Jahr so erlebt und das mache ich meinen Kollegen zum Vorwurf. Ein anderes Beispiel: Auf einer Versammlung mit 8.000 Menschen bewegt sich irgendwo am Rand eine Person mit Glatze und Bierdose, dann war die Demonstration ein Neonazi-Aufmarsch. Ich war Mitte Juni in Zug bei einer großen Kundgebung, da waren vor allem – bei uns sagt man Körnchenpicker – Menschen aus der Homöopathie-Ecke, aus dem Soft-Bereich, Heilpraktiker, also Leute, die früher die Grünen gewählt haben. Die haben mit rechtem Gedanken-gut überhaupt nichts zu tun und werden in den Medien dann als rechts oder rechtsextrem bezeichnet. Dann gab es noch den »Aluhut« und den »Impfgegner«. Die sprachliche Abgrenzung wäre eigentlich eine Aufgabe der Medien. Wer sich derzeit gegen den Impfpass wehrt, gegen ein Reiseverbot und den Veranstaltungsausschluss von Nicht-Geimpften, wird pauschal als »Impfgegner« bezeichnet. Meine Kinder sind gegen die üblichen Krankheiten geimpft, ich auch, aber diese neuen Substanzen haben mit Impfstoffen nur den Namen gemein. Ein gesundes Mißtrauen gegenüber dieser Injektion und deren Verknüpfung mit Grundrechten, das hat nichts mit einer Impfgegnerschaft, Wissenschafts- oder Schulmedizinfeindlichkeit zu tun. Wenn mir das jemand auf der Strasse sagt, dann muss ich sagen, ok, du bist nicht informiert. Wenn die Medien diese Begriffe pauschal verwenden, dann ist das Desinformation erster Güte.

Hat sich das in den 15 Monaten gesteigert?

Stefan: Ich würde sagen, das war zyklisch. Im Sommer 2020 war das nicht mehr so ein Thema, aber ab Herbst hat es wieder angezogen. Jetzt haben wir ein neues Hoch aufgrund der Impfkampagne und der Einführung des Covid-Zertifikates. Da nehmen die Gehässigkeiten wieder zu. Wer sich nicht spritzen lässt, ist auf der moralisch bösen Seite. Ich merke das auch als Schreibender: Mir wird vorgeworfen, dass mir das Schicksal von alten Menschen egal sei. Das müssen sich wohl alle Maßnahmenkritiker anhören, das wird bei euch nicht anders sein. Die vielen Kollateralschäden – die Suizidrate, die psy-



chischen Erkrankungen – sind in den Medien kaum ein Thema. Wir hatten nie volle Intensivstationen an der Kapazitätsgrenze. Was wir aber haben, sind überfüllte Kinder- und Jugendpsychiatrien. Das ist hin und wieder mal ein Thema, aber dann heißt es: *»Das ist bedauerlich, aber nötig war es halt. Wir konnten ja nicht anders, wir mussten die Menschen schützen.«*

Wie ist die Situation für euch?

Stefan: Wir sind sozusagen Corona-Profiteure: Unsere Leserschaft ist in den letzten zwölf Monaten regelrecht explodiert, weil wir plötzlich Schweiz-weit gelesen werden. Vorher waren wir eine klassische Regionalzeitung, die sich jemand in Basel, Bern oder Zürich nicht anschauen musste, außer die Ostschweizer mit Heimweh. Und jetzt kommt die Leserschaft aus der ganzen Schweiz. Das sehen wir erstens aus der Statistik, aus den Zugriffszahlen, und zum anderen haben wir einen »Gönner-Club«, wo man ein freiwilliges Abonnement lösen kann. Die kommen jetzt wirklich aus der ganzen Schweiz. Wir erhalten unglaubliche Mengen an Rückmeldungen, die Anzahl der Mails ist im dreistelligen Bereich pro Tag. Geschätzte 5 % davon sind negativ und eher selten argumentativ unterfüttert. Wir kämpfen nicht mit Zensur oder Erschwernissen, wie z. B. Kontokündigungen, vielleicht sind wir einfach zu unwichtig für die Landesregierung. Abgesehen von persönlichen Angriffen, mit denen man als Journalist leben muss, können wir uns da nicht beklagen. Die Mission unserer Zeitung ist aber auch, dass wir uns mit dem Naheliegenden befassen. Manche Leute schreiben uns: *»Recherchiert doch mal was zu den Verstrickungen von Bill Gates.«* Da antworte ich: *»Wir sind zu klein und zu regional, um uns damit kompetent befassen zu können.«* Auch geht es mir nicht um die Leute, die schon ähnlich argumentieren und denken, sondern darum, diejenigen zu erreichen, die sich auch mit unseren Argumenten auseinandersetzen wollen. Also die große schweigende Mitte, die sich nicht wohl fühlt in der Situation, die aber gleichzeitig dem Bundesrat glauben möchte.

Für uns in der Schweiz ist Deutschland eine riesiges Erschwernis. Bei euch ist es wirklich noch mal eine Stufe drastischer. Das hat dem Bundesrat und unseren Behörden massiv geholfen. Die Leute sagen gern: *»In Deutschland ist ja alles noch viel schlimmer.«* Meine Standardantwort ist: *»Ein bißchen weniger falsch, ist immer noch nicht richtig.«*

Haben dich deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Stefan: Corona hat unglaublich viel über die Schweiz enthüllt. Wir Schweizer sind so stolz auf unsere direkte Demokratie und belächeln z. B. die Deutschen, die alle vier Jahre ein Kreuzchen machen dürfen. Wir werden vier mal pro Jahr zu nationalen Themen zur Urne gerufen. Wir können wirklich mitentscheiden. Ich dachte bislang, daraus sei ein großes Potential an Eigenverantwortung entstanden, eine Form der Zivilcourage und das Bewusstsein: *»Ich bin der Chef in diesem Land und da oben im Bundesrat sitzen meine Angestellten.«* Corona hat gezeigt, dass das nicht so ist. Die Leute sind lethargisch und lassen alles mit sich geschehen. Wir haben auch gespürt, wie egoistisch die Bevölkerung ist: *»Wenn ich gemipft bin und in Urlaub kann, dann ist alles gut.«* Wir hatten im Herbst diese Reisequarantäne mit Risikoländern, wo man nicht hinreisen sollte bzw. wenn man dort war, musste bei der Rückkehr Quarantäne gemacht werden. Im Herbst haben viele ihre Ferien abgesagt und sehr viele mussten ihren Urlaub abbrechen, weil ihr Ferienland plötzlich auf die Risikoliste kam. Es sind dann interne Papiere aufgetaucht, die gezeigt haben, dass die Regierung und die Gesundheitsbehörden sehr früh wussten, dass die Ferienheimkehrer keinerlei Auswirkung auf die Ansteckungszahlen hatten. Das wussten die schon vor den Herbstferien und sie haben trotzdem an dieser Quarantänegeschichte festgehalten: *»Wir wollen generell nicht, dass die Leute herumreisen.«* Ich habe damals geschrieben: *»Wenn so etwas bekannt wird, müsste das zu einem Aufschrei führen.«* Bei uns hat das keinen Menschen interessiert, solange die Versicherung die Stornokosten gezahlt hat. Das hat mich schon fasziniert oder besser beelendet, wie passiv dieses Volk ist. Wie sehr den Schweizern ins Gesicht gelogen wird, ohne dass dies Folgen hat. Das fand ich erstaunlich. Der Stolz auf mein Land ist damit nicht unbedingt gewachsen. Aber es gibt auch die Gegenbewegung, die sichtbar wird. Es sind schon sehr viele Menschen, die aufstehen. Das Highlight dieser Zeit sind die Leute, die man sonst nie kennengelernt hätte.

Bist du mit dem Ergebnis vom 13. Juni zufrieden?

Stefan: Das Gesamtergebnis hat mich nicht erstaunt. Im Covid-19-Gesetz ist eine schlichte Erpressung enthalten. Die Unterstützung der Not leidenden Betriebe, die ohne Not in die Not getrieben wurden, und die Medienförderung sind ein fester Bestandteil des Gesetzes. Die Regie-

rung hat argumentiert: »Wenn ihr nein zu dem Gesetz sagt, dann gibt es ab September kein Geld mehr für diese Unternehmen.« Das war Unsinn. Es hätte im Sommer 2021 ein eigenes Gesetz nur für die Wirtschaftshilfe verabschiedet werden können. Wir haben in der Schweiz den Grundsatz: »Die Einheit der Materie muss gewahrt sein.« Das bedeutet, das in einer Initiative oder in einem Gesetzestext verschiedene Dinge nicht vermischt werden. Ein Beispiel: Wenn du mit einer Initiative die Armee abschaffen möchtest und es soll gleichzeitig abgestimmt werden, dass auch die Feuerwehr weg soll. Wie kannst du dann als Armee-Gegner Ja sagen? Diese Erpressung hat funktioniert. Interessant ist ein Blick auf die Schweizer Landkarte. In der Ostschweiz haben etliche Gemeinden und die Ur-Kantone der Zentralschweiz mehrheitlich das Gesetz abgelehnt. In den ländlichen Gebieten mit traditioneller Verwurzelung wurde mit Nein gestimmt und in den Städten wie Basel, Bern, Genf und Zürich lag die Zustimmung bei 60 bis 70 %. Es gibt also ein starkes Stadt-Land Gefälle. Die Urschweizer Regionen hatten diesen Abwehrreflex und die urbanen Zonen nicht.

Wie kam es zu dem Covid-19-Gesetz?

Stefan: Das Gesetz war notwendig, weil der Bundesrat letztes Jahr Notrecht ausgerufen hatte, das nur ein halbes Jahr in Kraft sein kann. Für die Fortführung des Notrechts und der Maßnahmen war ein Gesetz nötig. Theoretisch ist das befristet, aber wenn die Regierenden einmal ihre Macht ausgedehnt haben, wird das nicht so schnell wieder aufgegeben und mit Verlängerung von Fristen ganz bestimmt ausgereizt. Das Covid-19-Gesetz ermöglicht eine Machtballung beim Bundesrat und bedeutet einen Machtverlust für das Parlament und für die Bürger. Wie man dazu Ja sagen kann, ist mir ein Rätsel.

Dann entstand die seltsame Situation, das am gleichen Wochenende über das PMT-, das polizeiliche Maßnahmen Gesetz, abgestimmt werden sollte. Beides miteinander ist für mich der Supergau. Dieses Gesetz soll angeblich gegen Terrorismus wirken, aber es erlaubt reine Willkür: Menschen können mit dem Entscheid eines Richters aufgrund von Mutmaßungen und Annahmen mit Fussfesseln in Hausarrest gesetzt werden. Vor einem Jahr hätte ich jemanden, der das voraussagt als Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Ich befürchte, dass das früher oder später als Instrument gegen die Maßnahmen-Kritiker, gegen kritische Bürger im eigenen Land eingesetzt wird. Da kann die Regierung lange verspre-

chen, dass das Gesetz mit Augenmaß gebraucht wird. Augenmaß sollte bei Gesetzen und bei der Justiz so weit wie möglich vermieden werden, weil dies der Willkür Tür und Tor öffnet. Das Instrument haben sie jetzt in den Fingern und deswegen bin ich, bei allem was wir in den letzten 15 Monaten gesehen haben, überzeugt, dass auch dieses Gesetz nicht dafür verwendet wird, wofür es angeblich gebraucht wurde. Dass das alles Zufall sein soll, ist langsam schwer zu glauben. Mir ist ein Rätsel wie ein Land so etwas absegnen konnte.

Wie siehst du die Entwicklung in den nächsten Monaten?

Stefan: Es ist schön, dass es bei euch in Deutschland jetzt auf Parteiebene zumindest etwas auslöst. Corona ist sicher nicht das einzige Thema von *dieBasis*, aber zumindest der Anstoss. Wir haben in der Schweiz eine Unzahl von Vereinen, Verbänden und Gruppierungen, die in den letzten 15 Monaten entstanden sind, aber keine Partei. Die arrivierten Schweizer Parteien spielten seit März 2020 eine ziemlich traurige Rolle. Im Verein »Freunde der Verfassung«, der das Referendum gegen Covid-19-Gesetz ergriffen hat, sind es jetzt über 10.000 Mitglieder, die sind so groß wie die Grüne Partei. Da wächst etwas, was sehr heilsam in der Zukunft sein könnte.

Auf welcher rechtlichen Grundlage waren die staatlichen Corona-Maßnahmen ab März 2020 möglich?

Stefan: Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus stützen sich auf ein älteres Gesetz aus dem Jahr 2012, das Epidemien-Gesetz (EpG). Auch hier wurde das Referendum ergriffen und am 23. September 2013 mehrheitlich zugestimmt. Das Gesetz sieht u. a. vor, dass der Staat die Vollmacht erhält eine Impfpflicht einzuführen. Damals habe ich dem Gesetz zugestimmt, die Gegner des Gesetzes waren mir nicht besonders sympathisch. Ich wollte zwar keinen Impfwang, aber es klang doch nicht verkehrt, dass es in einem dramatischen Fall eine staatliche Handhabe gibt. Ich bin davon ausgegangen, dass ich nicht erleben würde, dass dieses Gesetz genützt bzw. ausgenützt würde. Nicht mal zehn Jahre später ist das zur Blüte gekommen, und wurde zur Grundlage der Maßnahmen. Heute muss ich sagen, dass die Leute, die damals davor gewarnt haben, dass der Staat zu viel Macht erhalten würde, recht hatten. Ich habe das damals nicht begriffen. Dadurch bin ich heute noch mißtrauischer und kritischer.



DANIEL STRICKER, »STRICKER TV«

»Zuerst ignorieren sie dich,
dann lachen sie über dich,
dann bekämpfen sie dich
und dann gewinnst du.«
Mahatma Gandhi

DANIEL STRICKER

(* 1970) ist Journalist und Bürgerrechtler.
Stricker TV ist mit über 800 Live-Sendungen
seit Februar 2020 der größte Politkanal in der
Schweiz.

www.stricker.tv

www.strickertv.locals.com

Wie würdest du rückblickend die Diskussion in den Schweizer Medien zu den Corona-Maßnahmen der Regierung seit Februar 2020 zusammenfassen?

Daniel: Das ist ganz einfach: Es gab keine Diskussion.

Wie erklärst du dir den weitgehenden Gleichklang in den Leitmedien?

Daniel: Das lässt sich teilweise durch finanzielle Transfers erklären: Die Leitmedien in der Schweiz werden vom Staat jedes Jahr mit Hunderten Millionen Franken subventioniert. Trotzdem ist mir dieser Grad an Willfährigkeit bei einem Thema, das jeden Menschen auf der Welt betrifft und so viel Leid verursacht, bis heute unerklärlich. In der Schweiz haben wir nur eine Handvoll Medienkonzerne und die berichten alle mehr oder weniger gleich. Es gibt die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), die ein bißchen versucht, seriöser zu wirken. In ihren Inhalten sind die zu 97 % auch auf der Spur und dann gibt es hin und wieder mal ein seltenes Interview mit Pietro Vernazza, Chefarzt der Infektiologie im Kantonsspital St. Gallen. Weil er mit Engelszungen redet, findet das Niederschlag beim Staatsfernsehen und bei der NZZ. Meine Vermutung: Vernazza hätte eine wesentlich pointiertere Meinung, ist aber schlau genug sie nicht zu äußern.

Welche Medien sind besonders stark als Sprachrohr der Regierenden aufgefallen?

Daniel: Alle: SRF, Ringier, Tamedia bzw. TX Group und CH Media. Was die Zeitungen betrifft, sind das der »Blick«, »Tages Anzeiger«, »20 Minuten«, »St. Galler Tagblatt«, »Der Bund«, »Berner Zeitung«. Das ist alles daselbe. Die »Weltwoche« ist eine Ausnahme. Ich zähle die

aber nicht zum Mainstream, weil sie zu wenig Reichweite hat und nur einmal die Woche erscheint.

Gab es einzelne Beiträge und Versuche differenzierter Berichterstattung?

Daniel: Es gab Beiträge von Pietro Vernazza und dem Immunologen Beda M. Stadler sowie von dem Journalisten Milosz Matuschek. Aber von differenziert würde ich nicht reden. Man hatte ab und zu Gegenmeinungen. Kann das als ausgewogen bezeichnet werden? Das genügt meinen Ansprüchen von Ausgewogenheit nicht. Es gab einzelne Beiträge, aber die kamen mir wie Feigenblätter vor. Jeder 100. Beitrag durfte ein bißchen kritisch sein, damit sie in fünf Jahren behaupten können: »Wir haben darüber berichtet.«

Mit welchen Schlagworten und Mustern wurden Kritiker diffamiert?

Daniel: Die Bezeichnungen waren spätestens seit Juli 2020 universell. Da ist der Verschwörungstheoretiker oder -schwurbler, der Antisemit, der Rechtsextreme, der Nazi, aber auch der Aluhut und der Impfgegner. Außerdem hieß es: »Ihr lauft mit Nazis.« Das war immer sehr schlau formuliert. Die strafrechtlich relevanten Beleidigungen wurden immer an die Masse gerichtet, niemals an einzelne Personen. Dann wäre das beweispflichtig und folglich strafbar. Weiterhin gab es die Legende einer Kontaktschuld, die z. B. von der »NZZ am Sonntag« (NZZaS) in dem Artikel »Wer hinter dem Protest steckt« am 17. Mai 2020 verbreitet wurde. Christoph Pfluger hatte vor vielen Jahren Interviews bei KenFM. Die NZZ behauptete, Ken Jebsen sei 2011 beschuldigt worden Anti-

semit zu sein; dass er freigesprochen wurde, verschwiegen sie aber. Die NZZ-Logik war nun, weil Pfluger Ken Jebsen ein Interview gegeben habe, wäre er »in der Nähe von Rechtsradikalen«. Dabei sind aus meiner Sicht Christoph Pfluger und auch Ken Jebsen als links einzuordnen – wobei beide eigenständig denken und sich sowieso schlecht in das Links/Rechts-Schema pressen lassen.

Wenn keine der bisher üblichen Definitionsversuche von antisemitisch und rechtsextrem mehr verwendet werden, dann haben wir Schlag-Worte – sie dienen als Waffe. Was ich nicht verstehe, ist, dass sich die jüdische Gemeinde nicht wehrt, wenn diese Leute den Antisemitismus-Begriff so inflationär verwenden. Es gibt gesellschaftlich gesehen keine größere Diffamierung als Antisemit oder Kinderschänder. Diese Medien machen sich schuldig, wenn sie den Begriff Antisemitismus verharmlosen, indem sie diesen als Label für jeden Kritiker und Bürgerrechtler verwenden. Nein: Antisemitismus ist nicht, wenn man eine andere Meinung hat. Wenn ein Schimpfwort so inflationär verklärt und beinahe zum Kompliment wird, halte ich das für sehr gefährlich.

Was ist dir in dieser Zeit passiert?

Daniel: Ende Februar 2020 habe ich das erste Video gemacht und ab Ende März jeden Tag eines, ohne Ausnahme. Was ist mir widerfahren? Das Übliche. Ich möchte nicht jammern, aber ein Vergnügen war es nicht. Nach Gandhi bin ich kurz vor dem Sieg. Zuerst ignorieren sie dich, dann zensurieren sie dich, dann verleumden sie dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du. Dieser Logik zufolge bin ich kurz vor dem Triumph. Sind wir ja eigentlich auch, wenn ich sehe, dass wir bei dem Referendum aus dem Stand 40 % erreicht haben.

Zuerst wurde ich nicht beachtet, weil ich nicht wichtig war. Darauf haben sie versucht mich auszulachen. Jetzt sind wir beim Diffamieren angekommen. Journalisten von der »Rundschau« (SRF), in etwa das Schweizer Pendant zu WiSo (ZDF), haben mich knapp zwei Stunden interviewt und anschließend keine Sekunde verwendet, weil ich offenbar zu gut geantwortet habe. Sie konnten nicht einmal etwas für sie Brauchbares aus dem Zusammenhang reissen. Das war auch bei der NZZ so. Das wurde wiederholt versucht. Das Schlimmste, was ich über mich gelesen habe, waren »Schwurblerkanal Stricker TV« und der – obligate – »Corona-Leugner«. Außerdem hieß es, dass ich »mit eigenen Fakten arbeiten« würde.

Aktuell werde ich mit Ordnungsgeldern drangsaliert:

Ich habe mehrere laufende Verfahren, unter anderem weil ich gegen das Straßengesetz verstossen haben soll. Die Begründung: Bei der Demonstration in Rapperswil am 24. April 2021 hätte ich »den Platz ohne Bewilligung über Gebühr beansprucht«. So schwer bin ich gar nicht. Der einvernehmende Polizist sagte mir, dass er dieses Gesetz vorher selber auch nicht kannte. Es wird auch versucht mich zum Organisator von Demos zu machen, was ich definitiv nicht bin. Würde ich andere aufrufen dorthin zu gehen, dann ist das eine Straftat. Aber wenn ich sage – »Ich gehe mal dahin um zu schauen, vielleicht kommen da noch andere« – ist es keine. Zumindest war das vor Corona so. Alles was man mir vorwirft, sind Ordnungsbusen wegen des Maskentraggebotes und der Wegweisungen von Plätzen. Die werde ich wohl bezahlen, das kostet weniger Zeit und Energie. In Sachen Covid hat sich der Rechtsstaat in eine eigenartige Richtung entwickelt. Wir haben Gerichtsurteile, die sich auf Einschätzungen und Merkblätter des BAG, des Bundesamtes für Gesundheit, stützen. Das sind keine Primärquellen von Wissenschaftlern, sondern politisch-administrative Rechtfertigungspapiere. Nach meinem Gefühl herrscht reine Willkür, aber da müssen die Juristen aufräumen. Ich mache das im medialen Bereich.

Hast du noch andere Medien, mit denen du dich austauschst?

Daniel: Zu Roger Bittel, Stefan Millius und Marco Caimi habe ich ein freundschaftliches Verhältnis, aber ich glaube, wir haben alle nicht die Zeit die jeweils Anderen intensiv zu verfolgen. Wenn es wichtig wäre, dann stehen diese Kanäle offen. Am Anfang habe ich bereut, dass wir nicht so etwas wie die Querdenker haben, eine prägende Instanz des Widerstandes. Jetzt merke ich aber, dass das Föderalistische innerhalb einer Bewegung eine wahn-sinnige Stärke ist. Es ist ganz schwer uns zu fassen und man kann uns nicht mal eben so kaputt machen. Der Verein »Freunde der Verfassung« schwimmt durch die Referenden oben auf. Die haben einen wunderbaren Namen: Wer möchte schon Feind oder Gegner der Verfassung sein? Die haben das sehr gut gemacht und sich auch in der Öffentlichkeit präzise geäußert. Da ist z. B. der Pressesprecher Michael Bubendorf mein Held.

Haben dich deine Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Daniel: Bei mir waren das Entwicklungsstadien der Wut und Enttäuschung. Zuerst war ich auf die Regierung wü-



tend und enttäuscht von denen. Dann war ich auf die Medien wütend und von den Medien enttäuscht. Am Ende habe ich gemerkt: Es ist das Volk, es ist die Bevölkerung. Heute bin ich auf die wütend und von denen enttäuscht. Und zwar bodenlos enttäuscht: Mein Menschenbild hat sich geändert. Früher habe ich gedacht, ja im Mittelalter, da waren sie nicht so aufgeklärt und ein bisschen dämlich. Später kamen die Nazis und die Menschen waren ein bisschen zu naiv. Ich glaubte, das hätten wir heute überwunden. Das habe ich wirklich geglaubt. Dann erfindet man den nächsten Faschismus und der heißt nicht Nazi, der heißt Hyzi – das ist der Hygiene-Sozialismus – und es fängt einfach wieder von vorne an. Jeder meint, er sei schlau und mache das Richtige. Wenn er das nicht glaubt, dann macht er das trotzdem, weil es ihm nützt. Diese Willfährigkeit, dieser Opportunismus, das hat mich grenzenlos enttäuscht. Auch wenn der ganze Mist vorbei sein sollte, das wird sich nicht mehr reparieren lassen. Diese Welt ist krank und sie wird es bleiben. Früher hatten wir die Priester, die sich angemäht haben, im Namen Gottes zu sprechen, heute haben wir irgendwelche Professoren oder Politiker, die sich anmaßen im Namen der Wissenschaft zu sprechen, als wäre das eine geschlossene Wesenheit wie Gott. Die Europäer spinnen.

Man sollte heute eine Botschaft aufsetzen, mit der wir zukünftige Generationen warnen: »Glaube nicht, dass ein solcher Blödsinn, wie wir um SARS-CoV-2 veranstaltet haben, in deiner Zeit nicht möglich sei. Diese Arroganz hatten wir auch.« Der größte Skeptiker oder Menschenfeind hätte dieses Ausmaß an Idiotie und Boshaftigkeit, man weiß ja nie, ist es böse oder blöde, erwartet. Dieses Ausmaß konnten nur ganz wenige voraussehen: Gegen alle eigenen Interessen, gegen die Interessen der Alten, gegen die Interessen der Kinder, gegen die Interessen fast aller Branchen – außer der Pharma. Wobei die Großunternehmen auszuschließen sind, denn die profitieren von dieser Beseitigung der kleinen und mittleren Betriebe. Traurig.

Hast du auch positive Erkenntnisse oder Erlebnisse in dieser Zeit?

Daniel: Ich hatte keine Erkenntnisse, aber ich habe ein ganz tolles Umfeld dazu gewonnen. Ich bin vielleicht intellektuell und seelisch der allergrößte Krisengewinnler dieser (räuspert sich) Pandemie. Ich räuspere mich immer vor diesem Wort aus Zensurgründen, oft nenne ich sie auch Zombie-Apokalypse. So kann die YouTube-Zen-

sur nicht sagen, ich hätte etwas verharmlost. Ich habe sehr viele aufrechte Menschen kennengelernt und erfahren, dass es etwa 10 % Menschen mit Hirn, Herz und Mut gibt. Man muss Hirn haben, um das zu durchschauen, genug Herz haben, dass es einem nicht egal ist, was mit den Anderen passiert und man muss den Mut und das Rückgrat haben, dagegen anzukämpfen. Dieses Triptychon an Qualitäten braucht man und diese Leute hat die Corona-Krise hervor gespült. Die Demonstrationen in der Schweiz waren wie Openair oder Weihnachtsmarkt, das waren Volksfeste. Natürlich gibt es in der Bewegung auch ein paar komplette Spinner in allen Schattierungen. Nicht nur die Mainstream-Medien lügen, du findest die gleiche Scheiße auf beiden Seiten. Die unabhängigen Medien sind nicht per se in ihrer Recherchequalität besser wie die Massenmedien. Aber es gibt auch sehr viel Seriöses, von Rubikon (www.rubikon.news), Multipolar (www.multipolar-magazin.de), NachDenkSeiten (www.nachdenkseiten.de), Reitschuster (www.reitschuster.de). Ansonsten wird mir oft zu viel gemutmaßt. Das mag legitim sein, aber es ist nicht förderlich. Es schürt Ängste und das ist mir grundsätzlich zuwider – ganz egal von welcher Seite es kommt.

Was sagst du zu den Ergebnissen vom 13. Juni?

Daniel: Das war grandios positiv. Wir sind aus dem Stand 2,20 Meter hoch gesprungen. Es hat nicht für eine Medaille gereicht, aber wenn wir jetzt anfangen zu trainieren und richtig Anlauf nehmen, schaffen wir eine Mehrheit beim zweiten Covid-19-Referendum, denn es kann nicht mehr mit staatlichen Unterstützungsgeldern argumentiert werden. Es geht nur noch um die Impf-Apartheid, die Segregation oder Marginalisation. Da sehe ich im Moment große Chancen und einen Exit der Schweiz aus diesem ganzen Mist nach zwei bis drei Jahren. Politik ist grundsätzlich langsam. Landes- oder Bundespolitik ist noch langsamer und wir reden hier von internationaler Politik. Wenn wir es schaffen diese internationale Politik, die mit aller Macht eingefallen ist, mit jeder Gewalt die möglich war, außer Tötung und Krieg, innerhalb von zwei Jahren zu blockieren, dann ist das historisch immer noch ein unglaublicher Erfolg. Das habe ich am Anfang nicht so gesehen und habe gedacht, es kommt auf jeden Tag an, denn jeder Tag kostete Hunderte Millionen Schweizer Franken und brachte großes Leid für die Schwächsten. Gut, das Geld wurde veruntreut, abgehakt, dann sind wir halt der Pleite näher, aber unsere Men-

schen- und Bürgerrechte, die konnten wir retten. Viele sind enttäuscht, aber was haben sie erwartet? Gehofft hatte ich vor dem Referendum auf 30 %. Vor einem Jahr waren wir bei vielleicht 10 %, die Widerstand leisteten. Wir waren damals regelmässig etwa 50 Leute auf dem Sechseläuten-Platz in Zürich, wurden abgeführt, weg- gewiesen, denunziert, diffamiert. Heute haben wir acht Kantone, die das Covid-19-Gesetz ablehnen. Mein Heimatkanton Thurgau ist jetzt ganz offiziell ein antisemitischer, rechtsradikaler, Verschwörungswurblekanton. Und das, obwohl die Regierung gesagt hat, wenn wir das Gesetz ablehnen, fließen keine Unterstützungsgelder mehr. Trotz dieser Angstmacherei hat eine Mehrheit in meinem Heimatkanton NEIN gesagt.

Wieso ist ein zweites Referendum möglich?

Daniel: Der Bundesrat hat es ganz schlaue gemacht und hat beim Covid-19-Gesetz die Unterdrückung mit der Unterstützung kombiniert. Er hat all diese Maßnahmen, die uns kaputt machen, und die finanzielle Unterstützung für die Geschädigten in das gleiche Gesetz gepackt. Und nicht nur das. Statt immer wieder neue Gesetze zu verabschieden, hat der Bundesrat das alte Gesetz mehrmals aktualisiert und ergänzt. Darum haben wir jetzt beim ersten Referendum bis zu diesem Stichtag des Gesetzes, ich glaube Ende 2020, abstimmen können. Alle Teile, die danach hinein kamen, waren nicht Teil des ersten Referendums. Das hat den Vorteil, dass wir jetzt in einem zweiten Anlauf über die später hinzugefügten Passagen abstimmen können. Die Linken und die Grünen sagen, das sei eine Zwängerei [eigensinniges, unnachgiebiges Beharren auf einer Forderung]. Das ist es natürlich nicht, es ist nur die logische Fortführung.

Beobachtest du eine gesellschaftliche Spaltung?

Daniel: Am Anfang gab es keine Spaltung, da waren wir ganz einsam. Keine Partei, kein Verein, kein Verband, nichts war hinter uns. Mittlerweile hat man in der Schweiz mehrere klare Gräben: links gegen rechts, Stadt gegen Land, Mediengläubige gegen Medienskeptiker und die Pseudo-Intellektuellen gegen den Rest. An den Universitäten findest du zu vielen Themen jeweils eine grün-linke Hauptströmung und kaum noch kritische Stimmen. Ich bin ja im Herzen links, ich finde Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht super, aber das Pendel muss jetzt wieder nach rechts schwingen, auch an den Universitäten. Diese vier Spaltungen sind heute deutlich

zu sehen und das ist ein Riesenvorteil für die Demokratiebewegung: Die unsichtbaren Gegner sind nicht mehr im Schatten.

Wie geht es weiter?

Daniel: Wir haben acht Kantone von 26, die mehrheitlich gegen das Covid-19-Gesetz gestimmt haben: Appenzell Ausserrhodens, Appenzell Innerrhodens, Glarus, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Thurgau, Uri. Wir werden uns jetzt durchs Land fressen. In St. Gallen war das Ergebnis sehr knapp 51 % (ja) : 49 % (Nein), sonst hätten wir eine schöne Schneise durch die ganze Schweiz.

Zuerst habe ich die Lösung, die Erlösung, in der Wahrheit gesehen. In den letzten Monaten war sichtbar, dass die Lösung Föderalismus wie in den USA heißt. Dort zeigen Bundesstaaten wie z. B. Florida, Texas, South Dakota, die es seit vielen Monaten anders machen, kein Lockdown, keine Maskenpflicht, keine Impfpflicht, dass sie gleich oder besser durch diese Pandemie gehen. Das hat Ausstrahlung auf alle anderen Bundesstaaten. In den USA sind die Leute extrem beweglich, die ziehen dorthin, wo die Situation besser ist. In der Schweiz ist das gar nicht nötig, die ist so klein, die Leute müssen nicht einmal umziehen. Da fährt der Zürcher einfach ins Thurgauer Bordell, in die Thurgauer Bar oder Disco. Dann kotzt das die Zürcher so richtig an. (Man muss wissen, die Thurgauer und Zürcher haben traditionell ein gespanntes Verhältnis. Die finden uns lächerlich und wir finden sie arrogant.) Mit unterschiedlichen kantonalen Ansätzen wird dieser Mechanismus ins Spiel kommen. Sobald der Bundesrat die Macht wieder abgibt und je mehr die Kantone dafür sind, dass er Macht abgeben muss, desto größer wird der Druck der Bevölkerung für mehr Föderalismus in den einzelnen Kantonen sein. Darum sehe ich uns schon auf der Siegerstraße, wenn auch zu einem unglaublichen Preis: Wir wurden entrechtet, entmündigt, diffamiert, denunziert und verklagt. Viele haben ihre berufliche Existenz eingebüsst. Wenn wir einmal steinalt sind, werden die Generationen nach uns beurteilen, wer auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden hat.



KLAUS LIEF UND ALINE MAILLY, FRANKREICH DÉPARTEMENT SAVOIE

»Im Namen der Solidarität stirbt das Mitgefühl.«

KLAUS LIEF

(* 1969) ist Biograf und Ziegenhüter und **ALINE** (* 1972) Grundschullehrerin. Klaus hat einen 13-jährigen Sohn und Aline drei erwachsene Kinder.

Könntet ihr rückblickend die Corona-Maßnahmen in Frankreich seit Februar 2020 zusammenfassen?

Klaus und Aline: Noch im Januar 2020 schien alles weit weg sein. Es war schon faszinierend, dass eine Stadt in China mit zehn Millionen Einwohnern fast drei Monate lahm gelegt wird. Im Februar gab es angeblich den ersten Fall in Frankreich und ab März gab es Gerüchte, dass es eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit geben wird. Präsident Emmanuel Macron hat uns dann in einer Ansprache am 16. März 2020 erklärt, dass wir uns im Krieg befinden: »*Nous sommes en guerre.*«

Ab Ende März bis Mitte Mai durfte man seine Wohnung nur eine Stunde täglich verlassen, sich nicht weiter als einen Kilometer vom Wohnort entfernen und man musste ein Formular (frz. attestation) bei sich haben, auf dem Zeit und Grund zu vermerken waren. Auch in den Wäldern und in den Bergen rund um Aix durfte man damals nicht wandern. Zufällig war die ganze Zeit wunderschönes Wetter. Dann wurde etwas gelockert. Alle zwei Wochen hielt Macron eine Ansprache und die Regeln änderten sich. Eine Maskenpflicht gab es damals noch nicht, denn Frankreich hatte kaum Masken. Wer Symptome hatte oder krank war, sollte seinen Arzt nicht aufsuchen. Wem es richtig schlecht ging, der sollte den Notarzt rufen und ins Krankenhaus.

Didier Raoult, Arzt und Leiter des Instituts IHU Méditerranée Infection in Marseille, das auf Infektionskrankheiten spezialisiert ist, empfahl zur Behandlung ein seit vielen Jahrzehnten u. a. gegen Malaria tropica und zur Therapie der rheumatoiden Arthritis eingesetztes Medikament, Hydroxychloroquine. Macron besuchte Raoult in Marseille, folgte dann aber nicht dessen Expertise.

Ab Mai 2020 durfte wieder 100 Kilometer um den

Wohnort gereist werden, auch über die Grenzen des eigenen Départements [Bundeslandes/Landkreises] hinweg, aber es gab verschiedene Einschränkungen. Im Sommer war dann alles relativ frei, aber es wurde eine Maskenpflicht eingeführt. In Geschäften, Bus und Bahn sowie auf einigen öffentlichen Plätzen mussten diese Halbgesichtsabdeckungen getragen werden. Es war erlaubt, selbst geschneiderte »Alltagsmasken« zu verwenden. Die sehr grosse Mehrheit trug industriell gefertigte Masken. Ab 1. September musste die Maske am Arbeitsplatz und im Büro getragen werden. In den Medien wurde täglich verkündet, wie gefährlich die Krankheit sei, dass man verantwortlich und solidarisch handeln solle. Ab Oktober 2020 durften wir uns dann nur maximal 30 Kilometer um unseren Wohnort bewegen und mussten wieder die ausgefüllten Formulare dabei haben; die gab es jetzt auch als App aufs Smartphone. Die Restaurants hatten noch auf, dort musste Namen und Telefon notiert werden. Im November 2020 wurden alle Restaurants geschlossen und durften nur noch außer Haus verkaufen. Im Dezember durfte man auch bei privaten Treffen nicht mehr als sechs Personen sein.

Klaus: Es gab immer wieder Ansprachen des Präsidenten, aber ich habe mir nur die erste angehört. Ich bin kein Machtgegner, ich finde Macron oder Merkel persönlich eher sympathisch und verstehe die schwierige Lage, in der jeder ist, der eine Machtposition hat. Ich habe weiterhin auf die Maßnahmen verzichtet. In ganz seltenen Fällen komme ich dem Wunsch auch nach, wenn es nicht anders geht, und man mich in einem Laden oder im Zug dazu auffordert, die Maske zu tragen. Oft genügt es, die Maske kurz um den Hals zu tragen. Ich erkläre, dann immer mein Bekenntnis zu einem natürlichen Lebensstil

ohne Maske. Wenn ich mit Verkäufern oder Zugschaffnern diskutiere, sagen viele: »Ich bin mit Ihnen einverstanden, aber wir müssen es machen.« Dann sage ich: »Nein, das müssen Sie nicht.« Wenn ich mit dem Gegenüber zu keinem Einvernehmen komme, gehe ich weg. In ganz seltenen Fällen komme ich dem Wunsch auch nach. Auf meinen Masken, die ich seit März 2020 verwende, steht oft so etwas wie: »Absurde kontraproduktive Diktatur«. Ich meide Orte mit Maskenpflicht.

Klaus und Aline: Wir waren im November 2020 in einer sehr ländlichen Gegend, in den Hügeln des Départements Drôme. Auch dort gab es Ausgangssperre. Aber da ist sowieso nichts los. Erstaunlich war: Die meisten Leute haben das eingehalten. Ab November galt im Département Savoie überall im öffentlichen Raum Maskenpflicht, sogar wer allein im Wald spazieren ging, sollte eine tragen. In der ersten Welle im März und April 2020 wurden Strafzettel wegen Verstößen ausgestellt, aber im Herbst waren es weniger. Im Wald wurde, wer keine Maske trug, meist toleriert, aber in den Läden, in Fußgängerzonen und auf Plätzen in der Stadt gab es Strafen. Von Dezember 2020 bis Februar 2021 galt sogar eine nächtliche Ausgangssperre ab 18:00 Uhr. Die wurde nach und nach gelockert und die jeweils neu geltenden Zeiten vorher angekündigt.

Wie ist euer Gefühl, haben sich die meisten Menschen an die Maßnahmen gehalten?

Klaus und Aline: Ja, anfangs schon, aber es wurden über die Monate weniger. Wir haben in unserer Familie auch Personen, die von der Polizei Strafzettel erhalten haben, z. B. Alines Sohn, ein sehr braver Junge, hatte sich abends

mit Freunden getroffen. Die Polizei hat ihn angehalten, seine Identität festgestellt, aber nicht gesagt, dass er einen Strafzettel bekommt. Das Gerichtsverfahren läuft derzeit.

Wie ist es es euch in dieser Zeit ergangen?

Klaus: Als die Maskenpflicht eingeführt wurde, endete für mich das Arbeitsverhältnis. Mein Arbeitgeber meinte, dass ich, selbst wenn ich allein in meinem Büro sitze, eine Maske tragen solle. Ich habe damals mehrmals meine Verweigerung begründet und Alternativen, z. B. Homeoffice, vorgeschlagen. Für mich ist die Maske das sichtbare Zeichen einer verrückten Hysterie, daher lehne ich sie als freier Bürger prinzipiell ab. Die Maske war der Auslöser, aber ich war schon vorher mit der Arbeit unzufrieden.

Aline: Ich bin Grundschullehrerin und musste ab September 2020 in der Schule eine Maske tragen, was ich allerdings nur selten gemacht habe. Dann mussten auch die Kinder ab sechs Jahren während der gesamten Schulzeit eine Maske tragen: im Unterricht, auf den Gängen, im Hof, nur nicht beim Sport. Jeden Tag von etwa 9:00 bis 16:00 Uhr. Das wollte ich den Kindern nicht aufzwingen und habe versucht, das so locker wie möglich zu handhaben. Ich wurde dann von meinen Kolleginnen denunziert und musste zum Schulinspektor, von dem ich eine Abmahnung erhielt. Anschließend habe mich krank schreiben lassen.

Klaus: Wir schlagen uns so durch, sehen es aber auch als Gelegenheit die Sachen zu machen, die wir schon lange machen wollten und sind dabei Projekte aufzubauen. Wir haben uns mit anderen zusammengetan und so ist eine kleine Widerstandsbewegung entstanden. Und heute, am 17. Juli 2021, gibt es erstmals massive Widerstandsdemos überall im Lande! Ich habe etwa zehn gute Bekannte verloren, weil die mit meiner kritischen Sicht nicht einverstanden waren. Auch ein paar Familienmitglieder reden nicht mehr mit mir. Dabei sage ich nur, es kann eine schwere Krankheit sein, aber Influenza ist das auch. Es wird viel mehr daraus gemacht als verhältnismäßig wäre.

Unsere 85-jährige Nachbarin hatte Corona. Ihre Familie ist abgehauen, die hatten Angst. Ins Krankenhaus wollte sie nicht, denn dort und im Altersheim hätte sie niemand besuchen dürfen. Das war und ist wie Einzelhaft. Wir haben uns um sie gekümmert, sie versorgt, gepflegt und gefüttert – alles ohne Maske. Sie hat uns angehustet und wir haben uns wohl mit SARS-CoV-2 infiziert.

TIPS&TRICKS – KREATIV DURCH DEN LOCKDOWN

(von Andreas)

Einige meiner französischen Freunde hatten die gute Idee mehrere Formulare auszufüllen und bei sich zu tragen. Das eine galt z. B. von 10:00 bis 11:00, das zweite 11:00 bis 12:00 und das dritte von 12:00 bis 13:00 Uhr. So war es möglich beliebig viele Stunden unterwegs zu sein. Wer in großen Wohnhäusern lebte, hatte den Vorteil, dass das soziale Leben in diesem geradezu aufblühte. Nachbarn luden sich zum Abendessen ein und in kleinen Gruppen wurde auch gefeiert. Wer Eltern in einem Nachbarort oder -département hatte oder berufliche Gründe angeben konnte, dem war es vergönnt, sich an mehreren Orten aufhalten zu dürfen. Ähnlich wie in Deutschland wurden in die Listen der Restaurants falsche Namen eingetragen. Vielleicht war der Widerstand in Frankreich nicht so stark da – laut Klaus – Franzosen staatliche Maßnahmen eher blind ausführen, und vom aufsässigen Teil der Bevölkerung wurden diese kreativ ausgehebelt.



Ich war zwei Tage krank und hatte Fieber: Es war wie eine schlechte Erkältung. Aline hatte nur kurz etwas Halsweh. Sicher, man kann auch Pech haben. Wir kennen auch ein paar jüngere, gesunde Leute, die Geschmack- und Geruchsstörungen hatten oder noch haben. Allerdings passen die außerordentlich strengen Maßnahmen nicht zur Krankheit. Es zählt ja nicht nur die Länge, sondern auch die Qualität des Lebens und die war in den letzten Monaten für viel zu viele Menschen mies.

Wie war und ist der Widerstand seit März 2020 in Annecy und Umgebung?

Klaus: Ich habe ab dem ersten Tag die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen öffentlich angezweifelt – zunächst auf Facebook. Wir fühlten uns anfangs sehr allein und hatten beide im Lauf des Jahres unsere Arbeit verloren. Ende März 2021 haben wir dann einen gut organisierten Widerstandsverein in Annecy, einer sehr bürgerlichen Stadt etwa 30 Kilometer von hier Richtung Genf, kennengelernt. Das hätte ich in der jungen, grün-linken, alternativen Universitätsstadt Grenoble eher erwartet, aber dort gab und gibt es so gut wie keinen organisierten Widerstand. Wir haben uns in der Nähe von Annecy an einem sehr symbolträchtigen Ort getroffen, dem Plateau von Thorens-Glières, dort wurden im 2. Weltkrieg Widerstandskämpfer von den deutschen Besatzern massakriert. Natürlich ist es dieses Mal nicht so schlimm wie unter den Nazis, aber die Parallele ist, dass sich lediglich ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung gegen die Maßnahmen und damit gegen das autoritäre Diktat von Medien und Regierung stellt. Meine größte Kritik ist, dass unsere Weltgemeinschaft in eine Hysterie gerät und eine totalitäre, ängstliche, künstliche unmenschliche Richtung einschlägt, anstatt eine gesellige und natürliche. Aus Perspektive unserer früheren Demokratie ist sehr traurig was passiert.

Klaus und Aline: In Annecy (ca. 128.000 Einwohner) haben sich Privatpersonen zusammengetan, die sich nicht gegen Sachen gestellt haben, sondern ihre Anliegen immer sehr positiv formulierten. Der Verein heißt: »Gardons le sourire« (lächeln wir weiter). Die haben ihre acht oder neun Demonstrationen sehr festlich organisiert, als Karneval. Anders als in Deutschland wird hier in Frankreich Fasching unabhängig vom Datum gefeiert. Es kamen jedes Mal zwischen 1.000 und 2.000 Leute zusammen. Diese Versammlungen wurden später verboten, unglücklicherweise zu dem Zeitpunkt als wir anfangen

uns dort zu engagieren. Das letzte Mal wurde abgesagt, wir haben Widerspruch eingereicht, vor Gericht gewonnen und durften die Veranstaltung dann doch machen. Durch das hin und her waren nur 500 Personen anwesend. Die Polizei hat uns begleitet und es gab die Auflage, dass wir Masken tragen sollten. Die Polizei bildete einen Kreis um die Teilnehmer und wer hinein wollte, sollte eine Maske aufsetzen. Ich habe »ja, ja« gesagt und bin durchgegangen, hatte aber gar keine Maske dabei. Die Polizei sagte: »Wir werden durchgreifen. Jeder, der keine Maske trägt, erhält einen Strafzettel.« Das haben sie dann doch nicht so konsequent gemacht, aber immerhin 22 Teilnehmer haben einen bekommen. Das sind pro Person 135 €. Während der Demonstration war ein paar Sekunden eine gewisse Aggressivität gegen die Polizei spürbar, aber als einige riefen »Die Polizei mit uns« (frz. „La police avec nous!“), hat die positive Stimmung wieder überhand bekommen. Seitens der Passanten war in Annecy eher eine unterstützende, als eine feindliche Stimmung. Nur ein paar Leute sagten: »Ihr solltet mal in die Krankenhäuser gehen und sehen wie es da aussieht.«

Klaus: Ich habe hier in Krankenhäusern und bei einem Bestatter nachgefragt. Viele Krankenhäuser in der Region waren leer und eine Zunahme von Toten gab es auch nicht. Private Kliniken durften übrigens keine an SARSCoV-2-Erkrankten aufnehmen, auch wenn sie dazu bereit waren.¹

Klaus und Aline: Die Widerstandsbewegung im Département Savoie war bis zum 14. Juli 2021 sehr klein, gefühlt sind es 1 bis 2 % der Bevölkerung. Wir konzentrieren uns auf unseren Ort und haben hier versucht uns mit den Kommunisten zusammenzutun, die sind ja auch im Widerstand. Aber leider ist die Schnittmenge nicht ausreichend groß.

Nach den positiven Erfahrungen in Annecy, haben wir hier eine Art Chor (wir bevorzugen den Begriff „singernde Bürger“ bzw. „citoyens enchantants“ um die Souveränität jedes Mitglieds zu unterstreichen) gegründet und proben einmal die Woche. Gemeinsam mit etwa einem Dutzend Leuten singen wir jeden Samstag auf dem Markt Widerstandslieder, darunter einige des Musikers HK, Kaddour Hadadi, wie z. B. »Danser encore«. Einmal im Monat gibt es außerdem am Seeufer eine kleine Demonstration.

Aline: Bei den Demos waren auch Leute vom Verfassungsschutz (Renseignements généraux, RG), das könnte auch als »allgemeiner Informationsdienst« übersetzt

werden. Die haben das ganz offen gesagt. Einen habe ich zufällig gefragt: »Und von welchem Verein bist du?« Er sagte: »Von der Polizei.«

Klaus: Das war ein Supertyp, ganz locker, wirklich nett. Trotzdem etwas beunruhigend.

Wie waren die Reaktionen auf eure öffentlichen Chorauftritte?

Klaus und Aline: Unterschiedlich, aber meistens eher verhalten. Ein paar Leute kamen auf uns zu und sagten: »Ich habe auf euch gewartet.« Die meisten gehen ohne zu schauen vorbei und tun so, als würden wir nicht existieren. Kinder mögen unsere Musik und hören gern zu. Die Leute sind jetzt gewöhnt, dass wir da singen.

Mit welchen Schlagworten und Mustern wurden Kritiker in den Medien diffamiert?

Klaus und Aline: »La media mainstream« nennen uns »complotistes« (Verschwörungstheoretiker). Wir werden auch als rechtsextrem (»extrême droite«, »fascistes«) bezeichnet oder lächerlich gemacht. Wir kommen beide aus der links-grünen Alternativszene. Selten gibt es neutrale Berichte, die finden sich in kleineren Medien, wie Lokalzeitungen. Außerdem wird die Anzahl der Teilnehmer gern nach unten phantasiert. Aber für die heutige Demo in Chambéry am 17. Juli schrieben sogar große Zeitungen von 4.000 bis 5.000 Teilnehmern. Die Stadtautobahn wurde schon letzten Mittwoch, dem Nationalfeiertag, einen Tag nach der Ankündigung der Einführung eines Gesundheitspasses durch den Präsidenten, für etwa zwei Stunden von einer Demo blockiert. Die Polizei hat nicht eingegriffen. Jetzt sind auch etliche Impfbefürworter auf der Strasse, auch die wollen keine Impfpflicht.

Haben euch eure Zeitgenossen in den letzten 15 Monaten überrascht?

Klaus und Aline: Ja. Mit so viel Dummheit und Fügsamkeit (»docilité«) haben wir nicht gerechnet. Die Menschen sind blind und sehen die Folgen für ihre Mitmenschen nicht. Im Namen der Solidarität stirbt das Mitgefühl: Die Kinder werden nicht geschützt, die Alten sterben allein, die Jugendlichen haben kein Leben mehr und die wirtschaftlichen Folgen für die Kleinunternehmer bzw. Selbstständigen werden ignoriert.

Nachträge zwischen 5. und 9. August 2021

Ich habe die Demo in Chambéry letzten Samstag [31. Juli]

von Anfang bis Ende gefilmt und die Teilnehmer gezählt: Es waren rund 4.800. In Annecy waren es wesentlich mehr. Und das, obwohl in unserer Gegend die Menschen nicht besonders aktiv sind. Werden diese Zahlen auf andere Städte und Landesteile übertragen, komme ich zu der Schätzung, dass wöchentlich – seit Mittwoch dem 14. Juli – jeden Samstag über eine Million Demonstranten auf den Strassen Frankreichs waren. Die Regierung spricht von ca. 161.000 für Samstag, den 24. Juli, für Paris wurden 15.000 Teilnehmer genannt. Hätten »die Behörden« bei den Covid-Todesfällen ähnlich gezählt, hätte es keine Hysterie gegeben.

Gemäß dem gerade beschlossenen Gesetz ist nur noch sehr wenig ohne »Pass sanitaire« (Impfnachweis) oder Negativtest möglich:: Kein Restaurant-Besuch, kein Einkauf in großen Läden, kein Schwimmbad, kein Besuch einer Bibliothek oder der Universität, keine Fahrt in Bus oder Bahn, kein Aufenthalt im Krankenhaus.

Millionen Menschen an Arbeitsorten mit Publikumsverkehr verlieren ab Ende des Monats ihre Stelle, wenn sie sich nicht impfen lassen, und sollen nicht einmal ein Recht auf Arbeitslosengeld haben. Allerdings hat der Verfassungsrat (frz. Conseil constitutionnel) am 8. August dieses Anrecht für diejenigen, welche wegen Nicht-Impfung ihre Stelle de facto verlieren, leicht revidiert. Die Berichterstattung hierzu kann nur als ungenau bezeichnet werden. Der beste, aber nicht sehr klare Artikel, findet sich auf »Ouest France«.² Am Montag, den 9. August, soll es die ersten Änderungen am taufrischen Gesetz geben: Die Tests gelten 72 Stunden, d. h. mit zwei Tests pro Woche kann jeder arbeiten gehen. Mal sehen, was noch kommt. Vielleicht melden sich auch alle Betroffenen krank, dann müsste das Arbeitslosengeld bezahlt werden.

ANMERKUNGEN

¹ www.marianne.net/societe/sante/covid-comment-les-cliniques-privées-sorganisent-pour-eviter-les-couacs-de-la-premiere-vague, 24. Juli 2021

² www.ouest-france.fr/economie/emploi/droit-du-travail/passe-sanitaire-les-sages-n-excluent-pas-totalement-le-licenciement-b843obca-f609-11eb-96e9-289foc185b6d, 9. August 2021

BÜCHER

Raoult, Didier: Epidémies : vrais dangers et fausses alertes. De la grippe aviaire au Covid-19, Neuilly-sur-Seine 2020

Raoult, Didier (mit Yanis Roussel): Carnets de guerre – Covid-19. Le plus grande scandale sanitaire du XXIe siècle, Neuilly-sur-Seine 2021



DIE BETROFFENEN DER MASSNAHMEN *Betroffene*

In den Medien kommen ihre Erfahrungen kaum vor. Von der Politik werden sie anonymisiert und wurden mit Durchhalteparolen aufgemuntert. Die Maßnahmen und ihre Folgen trafen und betreffen einzelne Menschen. Auf den folgenden Seiten kommen zehn Betroffene der politisch-medialen und mentalen Gesellschaftskrise der Jahre 2020/21 zu Wort.¹ Welche Auswirkungen hatten die Verbote und Beschränkungen für sie? Welche Verhaltensstrategien werden im Umgang mit unsinnigen, weil nicht wissenschaftlich zweifelsfrei bewiesenen, Gesellschaftsregeln, z. B. Gesichtslappen tragen, Abstand halten, massenweises testen Gesunder, impfen als Endlösung, gewählt? Wie gehen Normalbleibende mit der Situation um, dass eine Mehrheit ihrer Mitmenschen ängstlich, ja teilweise hysterisch reagiert?

Die Berichte sind sachlich und schildern das Erlebte, ohne Schuld zuzuweisen oder verursachende Personen in den Vordergrund zu stellen. Die meisten Interviewten zeigten die Bereitschaft eigene Wege zu gehen, wo eine Mehrheit in eine andere Richtung stürmte. Die innere Haltung der Befragten, mit Ausnahme der Kinder, könnte so formuliert werden: Wir haben keine Feinde oder Gegner, die wir bekämpfen. Wer blind der Obrigkeit folgen möchte, der möge das tun. Denken und Handeln liegt in der Verantwortung des Einzelnen – das ist das Wesen einer Demokratie und berechtigt mich entspannt meinen Lebensweg so weiterzugehen, wie ich dies seit Langem tue. Da es keine Macht über mir gibt – gegen wen sollte ich aufbegehren?

Das Interview mit dem Berliner **Berufsmusiker, Lüül**, zeigt, dass der Lockdown einem Berufsausübungsverbot gleichkam. Viele Monate gab es für die überwiegende Zahl der Menschen in der Veranstaltungsbranche keine Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Eine klare zeitliche Perspektive wurde ihnen nie geboten und ein Ende ist auch heute nicht absehbar.

Besonders einschneidend und gleichzeitig selten in Einzelfällen dargestellt, sind die Folgen für die **Kinder und Jugendlichen**. Aus den fünf Interviews lässt sich das Erlebte ein wenig erahnen. Ergänzend wurde mindestens ein Elternteil befragt. Wie gehen sie im Schulalltag mit der Maskenpflicht um? Es fällt auf, dass Ausnahmeregeln für diejenigen Kinder fehlen, die aus medizinischen

Gründen keine Gesichtsabdeckung tragen dürfen. Wie empfinden die Kinder die Situation? Tauschen sie sich untereinander über Sinn und Zweck der Maßnahmen aus? Was passiert mit Kindern und Jugendlichen, die nun schon im zweiten Jahr Regeln einhalten sollen, die ein Kind- bzw. Jugendlichsein unmöglich machen? Entsteht gerade die nächste Generation folgsamer Bürger?

Der **Gymnasial- und Grundschullehrer Andrej** musste seinen Arbeitsplatz nach 12 Jahren aufgeben, weil er nicht bereit war, die wöchentlichen Tests der Kinder zu beaufsichtigen und das Tragen von Halbgemischtungsabdeckungen durchzusetzen. Das Wohl der Kinder stand für ihn an erster Stelle, doch dieses spielte gegenüber den Anweisungen der Obrigkeit nun eine untergeordnete Rolle. Sein Mitgefühl mit den Kindern und die daraus folgende Weigerung wurde von der zuständigen Behörde als »Verletzung der Treuepflicht« bezeichnet und ein »Betretungsverbot« der beiden Schulen ausgesprochen.

Pastorin Daniela, selbst stark sehbehindert, berichtet über die Arbeit des **Berliner Evangelischen Blindendienstes** und die Auswirkungen des Lockdown. Blinde und Sehbehinderte sind, um sich zu orientieren, neben ihrem Hörsinn besonders auf ihren Tastsinn und Berührungen angewiesen. Dazu kamen Einsamkeit und Bewegungsmangel, wenn den Begleitpersonen zeitweise ein Kontakt untersagt war. In der evangelischen Kirche gab es nicht nur die große Angst, Schwache zu gefährden, sondern auch die Angst, negativ als »Superspreader« aufzufallen. Vieles mag ja online möglich sein, Seelsorge ist es nicht. Nichts kann das vertrauensvolle Gespräch von Mensch zu Mensch ersetzen.

Anekdotenhaft skurril wirkt teilweise das Interview mit **Antje**, die wegen einer Handverletzung im April 2020 operiert werden musste. Da sie aus medizinischen Gründen keine FFP2-Maske tragen kann, war der Zugang zu einigen Ärzten unmöglich. Es erstaunt, wenn in der Medizininfrastruktur das Wohl des Patienten geringer bewertet wird als die ‚Angst vor dem Virus‘. Oder war es auch hier nur Obrigkeitshörigkeit?

Der **Intensivkrankenschwester Jens**, der auch Covid-19 Patienten betreute, schildert Aspekte seines Alltags auf den Intensivstationen verschiedener Krankenhäuser. Nach seinen Erfahrungen war das Personal nicht wegen

der Covid-19 Patienten überlastet, vielmehr ist dies vor allem im Winter ein wiederkehrender Zustand, der auf einem seit vielen Jahren bestehenden Mangel an Pflegepersonal beruht. Im April und Juni 2021 hat er insgesamt drei Wochen in einem Bonner Impfzentrum gearbeitet.

Das Ende der Reisen bedingte in den Tourismus-Regionen dieser Welt einen brutalen Stopp, der bei den dort Arbeitenden zu Armut und Hunger führte. Persönliche Berichte zweier Freunde im März 2021 und der Brief einer Bekannten sind in dem Beitrag zur Situation auf **Malorca** eingeflossen.

Wer weitere Fälle dokumentiert sehen oder selbst interviewt werden möchte, der kann sich sehr gern melden.

ANMERKUNGEN

1 Alle Interviews wurden aufgezeichnet, abgetippt, vom Autor vorbereitet und von den Interviewten korrigiert, ergänzt und freigegeben. Sie geben damit das wieder, was die Gesprächspartner öffentlich mitteilen wollen.

LÜÜL, MUSIKER BERLIN

INTERVIEW AM 2. MAI 2021

Wie war dein Leben bis zum März 2020?

Lüül: Mein Leben war vor allem davon geprägt, dass ich viel live gespielt habe. Das waren zum einen Konzerte mit den 17 Hippies, aber auch mit meiner eigenen kleinen Band. Für letztere war im März 2020 eine Deutschland-Tour mit zehn Auftritten geplant, die am 17. losgehen sollte. Ab Anfang März kamen vereinzelt Absagen der Veranstalter und der erste Lockdown war der Knockout. Anfangs war ich sehr betroffen – ich manage meine Touren meist selber und es steckte viel Zeit in der Vorbereitung. Dann habe ich realisiert, dass es die ganze Branche betrifft. Mit den 17 Hippies spielten wir in Hallen vor etwa 1.000 bis 5.000 Zuhörern, das war alles abgesagt. Wir haben nicht ein Konzert gespielt. Unsere Deutschland-Tour im Februar 2021 und unser – seit 20 Jahren – jährliches Hippie-Hauskonzert in der Kulturbrauerei fanden nicht statt.

Gab es damals Hilfsangebote?

Lüül: Geholfen hat mir die sogenannte erste »Berlin-Hilfe«. Als freier Künstler konnte ich einen Betrag von 5.000 € beantragen. Das ging per Internet und war zunächst entmutigend. Da waren Hunderttausende vor mir und ich habe erstmal ein Wochenende abgewartet. Am Montag morgen hatte ich auf der Warteliste etwa Nummer 173.000. Wer die Internetseite verließ, wurde wieder ganz unten eingereiht, daher blieb ich den ganzen Tag und die folgende Nacht auf der Seite. Am nächsten Morgen konnte ich den Antrag stellen. Der war unkompliziert und am

LÜÜL

(*1952) arbeitet seit 1967 als Musiker mit Stationen über Agitation Free, Ash Ra Tempel, Nico, Rocktheater Reineke Fuchs, 17 Hippies.
www.luul.de/biografie

nächsten Tag hatte ich 5.000 € auf dem Konto.

Wie ging es dann weiter?

Lüül: Im Sommer 2020 habe ich verschiedene Veranstalter angeschrieben, dass ich Auftritte im Freien und mit verkleinerter Besetzung (Duo) machen kann. Das klappte und wir hatten bis zum 2. November Auftritte, z. B. in Bayern eine Biergarten-Tour im September. Aber es war anders als früher, wir merkten, dass die Leute Angst haben.

Kommt noch Stimmung auf bei den Konzerten?

Lüül: Kaum. Konzerte bedeuten, dass zusammen getanzt, gelacht, geschrien und mitgesungen wird. Wegen der staatlichen Vorgaben (»Hygienekonzept«) durften z. B. in einem Raum für etwa 100 Zuhörer nur noch 20 sein: Da sitzen alle mit großem Abstand. Eine Maske war während des Sitzens nicht erforderlich, aber wer aufstand um zur Bar oder aufs Klo zu gehen, der musste diese aufsetzen. Konzerte unter solchen Bedingungen ... (er denkt nach) ... als Konsument hätte ich dazu keine Lust.

Wie viele waren bei den Auftritten?

Lüül: Zwischen 50 bis 100 Personen. Teilweise war es auch nur Livestream. In der Ufa-Fabrik in Berlin haben wir im Juni 2020 ein Liedermacher-Festival organisiert. Dort gibt es eine wunderschöne Openair-Bühne für etwa 400 Leute. Wir hatten Gelder beantragt und eine Zusage über 5.000 €. Dann kam die Absage des Senats für Live-Auftritte. Das Ufa-Gelände hat mehrere Bühnen und die Musiker hatten Zeit. Da hat der Geschäftsführer gesagt: »Lasst uns das ohne Zuschauer machen. Das ist zwar nicht so schön, aber wir können das als Livestream machen und dürfen 70 % der Gage auszahlen.« Das haben wir dann gemacht und alle Künstler waren froh, dass sie wenigstens etwas verdienten. Aber die Auftritte hatten schon was Beklemmendes.

Was war ab November 2021?

Lüül: Dann war endgültig Schicht. Vom November 2020 bis heute habe ich nur ein Konzert gespielt und das war Livestream. Es gab die sogenannte November- und Dezember-Hilfe, die wurde mittels des Verdienstes vom September 2019 oder als Durchschnitt des Jahres 2019 berechnet. Das lief alles über meine Steuerberaterin. Da ich in dem Jahr ganz gut verdient hatte, bekam ich mehrere tausend Euro. Zusammen mit meinen Einnahmen aus der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) kam ich zu recht. Aber dieser Zustand ist entwürdigend. Wenn wir Künstler wirtschaftlich überleben wollen, dann müssen wir den Staat um Hilfe anbetteln, obwohl dieser uns verboten hat, dass wir wie bisher unseren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Wir können nicht mehr arbeiten, obwohl wir gern wollen. Ich stelle mir auch die Frage, wie lange das noch so weitergehen soll?

Wie ist die Situation bei deinen Kollegen?

Lüül: Wir freien Musiker sind Überlebenskünstler. Wer diesen Beruf ergreift, wollte anfangs vielleicht berühmt werden, erkennt dann aber meist schnell, dass er nie ein sicheres Einkommen haben wird. Daher sind wir furchtlos und gewohnt uns durchzuwursteln. Viele Kollegen haben einen zweiten Job oder geben Unterricht, einige machen Strassenmusik. Und es gibt auch welche, die noch was auf dem Konto haben. Aber es trifft ja nicht nur die Künstler, sondern die ganze Branche: Veranstalter, Organisatoren, Ton- und Beleuchtungstechniker, Caterer usw. Hier wurde eine ganze Branche flachgelegt.

Sind die betroffenen Künstler in deiner Umgebung kritisch gegen die sogenannten Corona-Maßnahmen der Regierung?

Lüül: Ich würde sagen die Spaltung liegt bei 20:80, wenn es überhaupt 20 % Kritiker sind – fragende Stimmen sind deutlich in der Minderheit. Auf meiner Facebook-Seite hatte ich im Sommer 2020 gepostet, dass ich die Maßnahmen und deren Begründung etwas seltsam finde. Es folgte ein erheblicher Shitstorm. Zusammengefasst waren die Reaktionen: »Der Typ denkt anders über die Maßnahmen, mit dem will ich nichts mehr zu tun haben.« Das ist schon irritierend. Ich habe zwar von den staatlichen Mitteln – eine Art Schweigegeld – profitiert, aber ich schweige nicht.

Gibt es Musiker, die sich kritisch positioniert haben?

Lüül: Es sind viel zu wenige. Xavier Naidoo war, glaube ich, einer der ersten kritischen Stimmen. Von den großen Namen, z. B. Marius Müller-Westernhagen, Udo Lindenberg, Herbert Grönemeyer, Wolfgang Niedecken, kam nichts. Die sind wohl für Masken, Abstand und Injektion. Peter Maffay ist möglicherweise etwas skeptischer. Nena und Jule Neigel haben sich richtig aufgelehnt. Das gilt auch für Alex Olivari, der im Sommer 2020 öffentlich die Frage stellte: »Wo sind unsere alte Helden?«. Das war für mich der Auslöser ein eigenes Lied zu schreiben: »Ich bin die Freie Rede«. Auch der Sänger Michael Wendler hat sich offen positioniert und wird seitdem als »Verschwörungstheoretiker« verunglimpft. Der Musiker und Komponist Jens Fischer-Rodrian, der z. B. mit Konstantin Wecker gearbeitet hat, versucht auch die Leute aufzurütteln.

Wie war die Reaktion auf dein Lied »Ich bin die Freie Rede«?

Lüül: Weil alles so wahnsinnig und extrem war, ist diese Zeit für Künstler eine interessante Zeit mit viel Inspiration. Während des ersten Lockdown, als alles so ruhig war, entstand mein Lied: »Die Welt hält an«. Wir waren alle unter Schock und es war eine Momentaufnahme, die weitgehend im Homeoffice mit eigenem Equipment entstand. Auf das Lied hatte ich etliche positive Reaktionen, auch von öffentlich-rechtlichen Medien.

Als »Freie Rede« fertig war, habe ich die gleichen Medien angeschrieben. Dieses Mal gab es kaum Reaktionen. Nur von Radio 1 wurde ich eingeladen und konnte kurz über das Lied sprechen. Die spielten dann auch die aktu-

ellen kritischen Lieder von Eric Clapton und Van Morrison. Von den anderen kam bestenfalls eine Reaktion nach dem Schema: »Lieber Lüül, ich habe deinen Song angehört, der passt gerade nicht ins Programm.« oder »Den können wir hier nicht im Programm spielen.« Und das obwohl mein Song sehr neutral gehalten ist. Selbst das ist zu viel. (www.youtube.com/watch?v=7_7_HQnX5Oo)

Ich hatte auch die alternativen Medien angeschrieben und erhielt eine Anfrage von KenFM. Gemeinsam mit Jens Fischer-Rodrian wurde ich im April 2021 in einem Berliner Club von Uli Gellermann interviewt.¹

gut zu gehen. Klar, die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren und versorgt die Menschen seit einem Jahr mit Desinformationen. Die Regierenden reden nur noch über Zahlen, aber es muss doch um die einzelnen Menschen mit ihren Schicksalen gehen.

Nachtrag im Juni 2021

Lüül: Nach unserem Interview gab es eine neue Regelung für Konzertveranstaltungen: Musiker müssen einen negativen Test vorweisen. Ich habe Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit der PCR Tests und der Schnelltests

und teile nicht den medial verbreiteten Optimismus. Hier wird viel Abfall erzeugt und es werden Steuergelder ausgegeben. Ich halte das für fragwürdig und bin nicht bereit mich daran zu beteiligen. Deshalb habe ich diverse Konzerte aus diesem Grund abgesagt. Anfangs waren auch die Veranstalter sehr überrascht und konnten es nicht nachvollziehen: »Wo wir doch eh bald alle geimpft sind.«

Sie rieten, dass ich es mir noch mal überlegen sollte, da sonst meine Karriere dem sicheren Ende entgegen gehen würde. Ich blieb bei meiner Position. Inzwischen mehrten sich Veranstalter, die das unterstützen, eine ähnliche Meinung haben oder aber diese wenigstens tolerieren können und mich trotzdem buchen. Das ist eine schöne Entwicklung die

zeigt, dass es sich lohnt, Rückgrat zu zeigen.

FREIE REDE

Ich bin die Freie Rede

Wie hat man mich geliebt
Wie hat man mich gefeiert
War stolz, dass es mich gibt
Ich kam groß raus - weltweit
Auf Youtube - meiner Bleibe
Facebook, Twitter, Instagram
Für Texte die ich schreibe
Peu á peu klaute man
Mir die schönsten Worte
Reden ging dann immer mehr
Nur noch mit Eskorte
Freunde blieben weg
Kehrten mir den Rücken
Sagten mir ich rede Dreck
Ich solle mich verdrücken

Ich bin die Freie Rede

Reden werden vorgesagt
Münder geknebelt
Lügen nicht hinterfragt
Wahrheit wird vernebelt
Kommt mir alles spanisch vor
Man sagt ich würde hetzen
Dabei hab ich nichts getan
Stehe in Gesetzen
Speakers Corner - mein Zuhause
Dort war ich geboren
Da hat man mich festgenommen
Und ich hab's verloren
Bin aus allem rausgefallen
Lebe auf der Straße
Auch da will man mich nicht mehr
Nicht mal so zum Späße
Ich geb nicht auf ich mache weiter
Stelle mich der Fehde
Ich gehe nicht ich bleibe hier

Ich bin die Freie Rede

Wie lange hält die Branche das noch aus?

Lüül: Es ist eigenartig zu sehen, wie aus Veranstaltungsräumen Impfzentren wurden. Möglicherweise wird dadurch verhindert, dass sie zumachen müssen. Werden wir im Jahr 2022 noch Auftrittsorte für Konzerte haben? Wie lange wird es dauern um die vernichteten Strukturen wieder aufzubauen? Momentan richtet sich die Hoffnung auf den Sommer 2021 und die Openair-Konzerte.

Ich kann mir nicht erklären, warum der Widerstand bei all den offenen Fragen und Widersprüchen nicht breiter ist. Den meisten Menschen scheint es immer noch zu

ANMERKUNGEN

¹ www.kenfm.de/kenfm-am-set-kuenstler-in-der-krise-der-versuch-einer-bestandsaufnahme/, 24. Juli 2021

SCHULE UND LOCKDOWN ZWISCHEN MÄRZ 2020 UND MAI 2021 AUS SICHT VON DREI KINDERN UND ZWEI JUGENDLICHEN

INTERVIEWS IM MAI 2021

(Die Namen der Kinder wurden geändert, da teilweise persönliche Details wie Suizid-Gedanken und psychologische Probleme genannt sind.)

Es wurden etwa 10- bis 15-minütige Einzelinterviews mit fünf in Hamburg lebenden Kindern bzw. Jugendlichen und anschließend mit einem Elternteil geführt. Elke ist 18 Jahre alt und in der 12. Klasse eines Gymnasiums. Anja, Sven und Andrea gehen auf eine Gemeinschaftsschule: Anja ist 14 Jahre und in der 9. Klasse, Sven ist 12 Jahre und in der 7. Klasse, Andrea ist 10 Jahre und in der 5. Die jüngste, Edith, ist 8 Jahre und in der 3. Klasse einer Grundschule. Das Gespräch mit ihr wurde gemeinsam mit der Mutter geführt. Teilweise vertreten die Eltern kritische Positionen bezüglich Schulschließung, Maske tragen und Kinder zweimal die Woche testen und teilweise nicht.

Den ersten Lockdown verbrachten zwei der Kinder gemeinsam mit einer befreundeten Familie und deren zwei Kindern auf dem Land. Neben der Stadtwohnung hat die Familie dort ein Haus. Die Mutter meinte: *»Wir hatten also von Anfang Menschen in unserem Umfeld, mit denen unsere Kinder weiterhin ganz normalen Kontakt hatten.«* In dieser Umgebung hatten die Regierungsmaßnahmen weniger einschneidende Folgen. Interessant sind die Abweichungen der Erinnerungen zwischen den betroffenen Kindern und der Mütter. Das Gespräch mit letzteren erbrachte einige Korrekturen und Ergänzungen, die bei

dem jeweiligen Interview eingefügt sind.

Der online-Unterricht hat im ersten Lockdown gar nicht funktioniert, denn es gab zu wenig technische Endgeräte und auch die Lehrer waren unvorbereitet. Gravierende negative Folgen wurden weder hinsichtlich der eigenen Schulfreundinnen thematisiert, noch bei sich selbst genannt: *»Wir haben nicht darüber geredet.«* Das war zu erwarten, denn der Autor kannte die Kinder und Jugendlichen vorher nicht. Auch die zeitliche Unterscheidung der einzelnen Maßnahmen in der Schule war nicht immer genau. Wen die Erfahrungen von Kindern interessieren, der sollte also bald fragen. Dabei sind nicht nur ihre Erinnerungen, sondern unbedingt auch die der Eltern zu dokumentieren.

Eine gesamtgesellschaftliche Prognose der Auswirkungen des Jahres 2020/21 wird mit diesen Interviews nicht angestrebt; der Ausschnitt ist nicht repräsentativ. Aber es ist eines von sehr vielen Puzzleteilen, das in der Zukunft möglicherweise ein größeres Bild ergeben kann.

Bei der Bewältigung des Erlebten hängt vieles vom Charakter der Person ab und vom Schutz, den die Eltern gewährten. Ein Ergebnis ist, dass neue Strukturen entstehen. Die Eltern würden *»am liebsten ein neues Lernsystem schaffen.«*

EDITH, 8 Jahre, 3. Klasse - Grundschule
(gemeinsam mit der Mutter)

Wie war die Schule für dich vor März 2020?

Edith: Toll. Da konnten wir alle ohne Maske und ohne Test hin und wir bekamen dort Mittagessen. Jetzt können das nur noch die Notbetreuungskinder. Da gab es noch zwei Pausen und Angebote, z. B. Programmieren.

Wie war es ab März 2020?

Edith: Einen Laptop habe ich mir mit Anja geteilt.

Die Mutter: Wir hatten am Anfang einen Laptop für vier Kinder und der war gleichzeitig auch noch mein Arbeitsrechner. Dann hat uns im Mai 2020 ein kinderloser Freund zwei Computer geschenkt.

Wie war das für dich, dass du die Lehrer nur noch auf dem Bildschirm gesehen hast?

Edith: Ich habe auch meine Klassenkameraden auf dem Bildschirm gesehen. Das war nicht so toll, weil das Bild manchmal eingefroren ist.

Die Mutter: Beim ersten Lockdown haben die Lehrer erst mal gar keinen Unterricht gemacht. Der hat dann erst als Präsenzunterricht wieder im Mai angefangen. Mit dem online-Unterricht waren die Lehrer noch zu unbeholfen.

Wie war es nach den Sommerferien?

Edith: Ich brauchte keine Maske tragen, ich hatte ein Attest. Ein Junge aus der Schule hat einmal gebrüllt: »Maske auf«. Da habe ich gesagt: »Ich hab ein Attest.« und dann ist der weggegangen. Irgendwann hat er noch mal gegrölt: »Maske auf«. Ich hab den gar nicht ernst genommen.

Die Mutter: In der Grundschule musste man nach dem Eingang nur ein paar Treppen hoch eine Maske tragen. Sonst nicht. Dann ist bei euch noch was passiert. Eine Lehrerin kam im November 2020 zu dir und wollte, dass du trotzdem eine Maske trägst: »Dein Attest gilt nicht, du musst eine Maske aufsetzen.« Sie hat dein Attest angezweifelt, weil auf dem Maskenattest keine Diagnose draufstand. Ich fand es ein Unding, dass die Lehrerin zu meiner Tochter sagt: »Bei dir fehlt die Diagnose, bitte setz dir eine Maske auf.« Mich hat sie nicht angesprochen.

Edith: Ich habe gesagt: »Nö, mach ich aber nicht. Ich hatte gestern auch keine auf. Meine Klassenlehrerin erlaubt mir das.«

Die Mutter: Und dann kam der Plexiglaswürfel.

Edith: Mama, ich war da nicht in einem Käfig eingesperrt.

Die Mutter: Das war im November. Da haben sie sich in der Schule einfallen lassen, dass die Kinder, die keine Maske trugen, auf drei Seiten von Wänden aus Plexiglas umgeben waren. Bei den betroffenen Kindern ging dann die Motivationskurve in die Schule zu gehen richtig nach unten.

Edith: Zwei oder drei Tage war ich hinter der Plexiglas-scheibe und dann bin ich nicht mehr in die Schule gegangen. (Sie ruft laut:) »Nie wieder Schule.« Seitdem machen wir zuhause Unterricht. Und jetzt haben wir auch eine geheime Gruppe, da machen wir gemeinsam Musik, In-line-Skaten und Parcours.

Die Mutter: Als diese Plexiglaswürfel kamen, hat sich kurz darauf eine Lehrerin krank schreiben lassen und ist das bis heute. Vorher hat sie im Kollegium noch mal zu erklären versucht, warum sie das nicht gut findet. Es gab nur noch eine weitere Kollegin, die darin auch einen »diskriminierenden Aspekt« gesehen hat. Wenn die am-

bitionierten Lehrer, die Verständnis haben und die beide Seiten sehen, ausfallen, dann ist das doppelt schwer für die Schüler. Die verbliebene fast 60-jährige Lehrerin hat Angst sich bei den Kindern anzustecken.

ANDREA, 10 Jahre, 5. Klasse
- Gemeinschaftsschule

Wie war die Schule für dich vor März 2020?

Andrea: Da war es nicht so gut. Ich war noch auf meiner alten Schule und die mochte ich nicht so. Dann habe ich auf meine jetzige Schule gewechselt und die mag ich sehr.

Wie war es im März 2020?

Andrea: Ich dachte erst mal: »Oh, cool keine Schule«. Aber dann war es nicht so gut, weil man sich gar nicht mehr so auf seine Schulaufgaben konzentrieren konnte. Wir haben extra noch einen Laptop gekauft, weil es klar war, dass das ein bißchen länger geht mit Corona. Jetzt teile ich mir mit meinem Bruder den Computer. Wir wechseln uns ab und benutzen auch die Handys für Meetings. Wir hatten nicht bei allen Fächern online-Präsenzunterricht. Die Lehrer haben auf der »Lernraum«-Website Aufgaben raufgestellt, die wir dann ausgedruckt und bearbeitet haben.

Wie ging es nach dem ersten Lockdown weiter?

Andrea: Erst mal war das ungewohnt. Im Klassenraum mussten wir keine Maske tragen, aber auf den Gängen. Das waren noch diese selbst gemachten Alltagsmasken. Weil ich Asthma habe, hatte ich ein ärztliches Attest und bin ohne Maske gegangen.

Wurdest du angesprochen, weil du keine Masken getragen hast?

Andrea: Ja, schon manchmal. Dann hab ich gesagt: »Ich hab ein Attest, weil ich Atemprobleme habe.« Die haben das dann alle akzeptiert.

Wie ging es dann ab Sommer 2020 weiter?

Andrea: Ich fand es ziemlich blöd, weil es immer so gewechselt hat. Ich fand es nicht toll. Da kam dieser Wechselunterricht und unsere Klasse wurde in zwei Gruppen aufgeteilt. Ich war dann nur jeden zweiten Tag in der Schule. Die meisten meiner Freunde waren in der anderen Gruppe, das fand ich nicht so gut. Wir hatten so

Briefumschläge in der Klasse, dass wir den jeweils anderen Briefe schreiben konnten. Das war sehr cool, fand ich.

Jetzt sind die meisten meiner Freunde in der Schule und ich bin zuhause. Alle müssen den ganzen Tag Maske tragen und zweimal die Woche einen Schnelltest machen. Ich glaube sie finden das nicht toll. Ganz schlimm ist es aber auch nicht, denn sonst würden sie mit ihren Eltern reden und auch wieder ins Homeschooling gehen. Ich habe einmal die Woche ein online-Meeting mit meiner Lehrerin und dann besprechen wir die Pläne und Aufgaben. Da kann man ziemlich gut zuhause arbeiten, find ich. Ich mache das eigentlich allein. Wenn ich was nicht verstehe, dann frag ich meistens Papa, der ist auch hier im Homeoffice. Aber wenn Schule gewesen wäre, hätte ich wahrscheinlich mehr gelernt.

War dir klar, was erlaubt ist und was nicht?

Andrea: Ich treffe mich ziemlich oft mit meiner besten Freundin und auch noch anderen, aber ich treffe mich nicht mehr mit richtig vielen. Das finde ich sehr blöd. Singen ist jetzt nur noch per Videokonferenz möglich. Tanzen habe ich früher gemacht, aber da muss man jetzt Maske tragen. Ich zwar nicht, aber ich finde das trotzdem blöd. Das mache ich jetzt nicht mehr.

Wie geht es deinen Klassenkameradinnen damit, dass sie die ganze Zeit in der Schule Masken tragen müssen?

Andrea: Ich glaube nicht, dass es welche gibt, die ganz doll darunter leiden.

SVEN, 12 Jahre, 7. Klasse
- Gemeinschaftsschule

Wie war die Schule für dich vor dem März 2020?

Sven: Es war eher blöd. Damals war ich noch in meiner alten Schule. Zwischen den beiden Lockdown kam ich dann in die neue Schule.

Wie war es ab März 2020?

Sven: Wir waren nicht in Hamburg, sondern mit Freunden in unserem Haus auf dem Land. Das war eigentlich ganz ok, weil mein bester Freund dabei war. Gelernt haben wir aber nicht so viel.

Gab es dort Internet?

Sven: Ja. Die Lehrer haben Aufgaben für zwei Wochen geschickt und die konnte man in der Zeit bearbeiten.

Hast du alles allein gekonnt?

Sven: Ja, zusammen mit meinem besten Freund.

Wie war das für dich, als die Schule wieder angefangen hatte?

Sven: Das war immer noch blöd, wegen den Masken. Ich kann damit schwer atmen. Erst mussten wir auf dem Sitzplatz keine Maske tragen, nur auf dem Gang. Nach den Sommerferien [ab November 2020] dann überall. Durchgehend Maske tragen zu müssen, das war nicht ok. Ich kann mich dann schwer konzentrieren. Manchmal wurde mir ein bißchen schwindelig. Weil ich die Maske abnehmen musste, ging ich dann aus dem Klassenzimmer. Das ist zwar komisch, aber ich finde es besser als wenn ich da mit Maske sitzen bleiben würde.

Wie finden es deine Freunde, dass sie den ganzen Tag Maske tragen müssen?

Sven: Weiß ich nicht. Wir reden darüber nicht.

Hast du dir mal die Frage gestellt, ob das Maske tragen etwas bringt?

Sven: Ja, es bringt ein bißchen was.

Wurdet ihr darüber informiert, dass diese Masken nur ca. 1,5 Stunden getragen werden dürfen und dann eine Pause ohne Maske gemacht werden muss?

Sven: Nein.

Was würde passieren, wenn du die Maske nicht tragen würdest?

Sven: Dann komme ich mir immer ein bißchen komisch vor.

Gibt es Kinder in der Schule, die keine Maske tragen?

Sven: Nicht in meiner Klasse.

Wie war das während des zweiten Lockdown mit dem Unterricht?

Sven: Bis November [2020] waren wir in der Schule und dann war wieder ein Lockdown. Damals hatte ich gera-

de die Schule gewechselt. Da habe ich für jedes Fach einzeln Material bekommen und meine Ergebnisse musste ich dann auch online reinstellen.

Konnten deine Lehrer täglich sehen, ob du am online-Unterricht teilnimmst?

Sven: Ja.

Hast du in dieser Zeit deine Schulfreunde getroffen?

Sven: Am Anfang nach den Sommerferien schon, aber dann nicht mehr. Ich hatte irgendwie nicht mehr so Lust. Wir sehen uns höchstens bei Videokonferenzen, aber dann haben die meisten die Kamera nicht an.

Gehst du momentan zur Schule?

Sven: Nein, Das kann ich nicht. Früher durfte ich noch eine Stoffmaske tragen, da konnte ich wenigstens halbwegs atmen, aber jetzt muss jeder so eine FFP2-Maske tragen. Das kann ich nicht. Die Schule erlaubt, dass man zuhause bleiben darf.

Bleiben in deiner Klasse noch mehr zu Hause?

Sven: Nee, ich glaube, die meisten gehen hin.

Hast du früher Sport gemacht?

Sven: Ich habe mal Breakdance gemacht, aber das wurde dann wegen Corona abgebrochen. Ich würde das dann gern wieder machen. Gerade mache ich so ein bisschen Parcours im Freien, dass wir über Sachen springen, hin und her springen.

Würdest du gern wieder in die Schule gehen, wenn alles normal ist?

Sven: Ja. Zur Zeit machen wir privat so eine Art kleine Schule, wo es dann so verschiedene Angebote gibt. Das ist gut.

Was glaubst du, wie du in zehn Jahren darüber denkst, was jetzt passiert ist?

Sven: War halt blöd.

ANJA, 14 Jahre, 9. Klasse
- Gemeinschaftsschule

Wie war die Schule für dich vor März 2020?

Anja: Es ging. Also es war jetzt nicht so wirklich toll. Es war halt normal.

Wie war es ab März 2020?

Anja: Ich war damals in der 8. Klasse. Da sind wir nicht mehr zur Schule gegangen und am Anfang war das toll: »Woa, geil, keine Schule.« Aber dann kam diese Home-schooling-Geschichte. Das war ziemlich stressig, sich zu Hause zu konzentrieren. Das Umfeld ist halt nicht für Schule geschaffen und es gab viele Ablenkungen. Später fand der Unterricht online statt. Wir hatten nicht jede Schulstunde ein Meeting und teilweise sollten wir dann die Videokamera anhaben. Aber jetzt ist das nicht mehr so streng.

Wie ging es dann weiter?

Anja: Nach dem ersten Lockdown sind wir [ab Mai 2020] wieder zur Schule gegangen, aber die Schultage waren kürzer. Man konnte nicht mehr so lange und nur alle zwei Tage in der Schule sein. Unsere Klasse war in zwei Gruppen aufgeteilt und diese wechselten sich ab. Es hat eine Weile gedauert bis man sich da wieder eingefunden hat. Eine Zeitlang ging das ganz gut, weil man wieder die Unterstützung von den Lehrern hatte und so. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber nach dem ersten Lockdown mussten wir keine Masken tragen. Da gab es keine Maskenpflicht.

Wie ging es dann ab Sommer 2020 weiter?

Anja: Nach den Sommerferien haben wir angefangen in den Fluren der Schule Masken zu tragen und dann kam ab November der nächste Lockdown. Da waren wir wieder zuhause und man musste sich wieder umstellen. Als der zweite Lockdown dann vorbei war, bin ich nicht wieder zur Schule gegangen. Bei mir wurde die Präsenzpflicht ausgesetzt. Von meinen Klassenkameraden habe ich gehört, dass die auch im Unterricht eine Maske tragen und sich jede Woche testen lassen müssen. Die machen den Test bei sich selbst, aber unter Aufsicht. Über einen Klassen-Chat habe ich Kontakt zu allen Klassenkameraden, aber eigentlich habe ich nur zu meinen Freundinnen richtig Kontakt, dass wir uns treffen oder so. Manche Freunde durften sich nicht treffen, aber die meisten schon.

War dir klar, was erlaubt ist und was nicht?

Anja: Am Anfang waren wir, glaube ich, noch jung genug,

dass wir uns treffen durften. Dann ging das nicht mehr, aber es waren für uns trotzdem normale Treffen, weil man auch auf der Straße sehr viele Leute gesehen hat: Die haben sich alle getroffen. Da sieht man dann, das wird eigentlich von den wenigsten eingehalten. Daher war für mich ziemlich unnötig, dass es überhaupt diese Verordnung gab. Es gab Eltern, die haben gesagt: »Mein Kind darf nur den engsten Freundeskreis treffen und alle anderen nicht.« Das fand ich auch ok, weil es deren Entscheidung ist, aber ... naja.

Wurden in deiner Schulklasse die Regeln sehr ernst genommen?

Anja: Nach den Sommerferien, als man Maske tragen musste und so, gab es immer Pausen, wo man keine Masken tragen musste, weil man rausgegangen ist. Viele haben die Regeln selbst nicht eingehalten, aber dann bei anderen gesagt: »Du musst die einhalten.« Den Abstand von mindestens 1,50 Meter konnten wir eh nicht umsetzen, weil die Tische zu nah beieinander standen. Meine Lehrerin hat gesagt: »Wir werden es nicht schaffen alles einzuhalten.« Deshalb hat sie die Priorität darauf gelegt, dass man sich nach den Pausen die Hände wäscht. Sie sagte: »Bei den anderen Regeln passen wir noch auf, aber nicht so doll.«

Wie geht es deinen Klassenkameradinnen heute damit, dass sie die ganze Zeit in der Schule Masken tragen müssen?

Anja: Ich glaube, sie finden das ok, aber viele beschwerten sich auch. Wenn sie zu lange Maske tragen müssen, kriegen sie keine Luft mehr. Aber trotzdem machen sie es. Wir reden nicht allzuoft darüber. Momentan dreht sich ja alles um das Thema und da will man mit seinen Freunden nicht auch noch darüber reden.

Die Mutter: Anja hat ein medizinisches Attest, dass sie keine Maske tragen soll, aber das würde sie nie benutzen. Sie hat uns gesagt: »Mischt euch da nicht ein.« Die Lehrer wissen das gar nicht, dass sie ein Attest hat. Wegen suizidaler Gedanken war Anja vor ein paar Wochen bei einer Beratungsstelle. Sie geht jede Woche einmal dahin.

Konntest du unter diesen Bedingungen gut lernen?

Anja: Ich hatte nicht das Gefühl, dass man genau gleich viel gelernt hat und dass das gut war. Ich finde, es ist ganz ok die Erfahrung zu machen. Weil ich früher keine Lust hatte in die Schule zu gehen, habe ich auch immer gesagt: »Ich möchte Homeschooling machen.« Jetzt weiß ich wie das

ist und möchte das nicht mehr. Ich habe auf jeden Fall nicht so viel geschafft wie in der Schule, weil man da sehr viel mehr Unterstützung von den Lehrern hat.

Wurde in der Schule darüber gesprochen, dass es auch Kritik an den Maßnahmen und Regeln gab?

Anja: Ja kurz. Meine Eltern sind da ja auch sehr kritisch, aber ich finde das nicht so schlimm, denn das ist deren Meinung. Ich finde es besser, als wenn die ganz klar alle Regeln einhalten würden und wir uns nicht mehr mit Freunden treffen dürften. Ich teile zwar nicht die Meinung meiner Eltern, aber ich kann denen ja nicht verbieten so zu denken.

ELKE, 18 Jahre, 12. Klasse
- Gymnasium

Wie war die Schule für dich vor März 2020?

Elke: Da war alles ganz normal und ich war in der 11. Klasse.

Wie war es ab März 2020?

Elke: Schwieriger natürlich. Unsere Schule hat sich ziemlich viel Mühe gegeben. Aber es ist jetzt schon klar, dass viel Wissen fehlt, das für das Abitur nötig ist. Es wird nicht möglich sein, den gesamten Lehrstoff zu behandeln – das betrifft vor allem Mathematik, Physik und Deutsch. Wenn sich Schüler beschwert haben, dann wurde gesagt: »Ihr lernt jetzt allein zu arbeiten. Das bereitet euch aufs Studium vor.« Ich habe Leistungskurs Biologie. Da lerne ich fast alles selbst.

Wie ging es dann ab Sommer 2020 weiter?

Elke: Im Mai und Juni hatten wir zweimal in der Woche Präsenzunterricht, und drei Tage online. Wir haben hauptsächlich Aufgaben gemacht. Auf dem Gang musste man Masken tragen und auf dem Platz nicht. Extrem anders war dann das Schuljahr 2020/21. Nach den Herbstferien ab November mussten wir die ganze Zeit Masken tragen. Sport ist entweder ausgefallen oder war ohne Masken draußen in ganz kleinen Gruppen möglich.

Haben alle Masken getragen?

Elke: Ja. Bei uns gab es niemanden, der keine Masken getragen hat. Am Anfang war das komisch, aber jetzt ist es relativ normal. Meine Schule ist ziemlich klein, wir sind

etwa 200 Schüler.

Die Mutter: Elke hat mir erzählt, dass sehr viele Mitschüler bei den teilweise dreistündigen Klausuren [auch in dieser Zeit mussten die FFP2-Masken getragen werden] Kopfschmerzen hatten und dass sie sich nicht konzentrieren konnten.

Gab es Anweisungen der Lehrer, wie die Masken aufzusetzen, zu entsorgen und wie lange die Masken zu tragen sind?

Elke: Nee, das jetzt nicht. Vielleicht habe ich das verpasst.

Waren dir die Regeln, was erlaubt war und was nicht, klar?

Elke: Zwischendurch durfte man sich nur mit einer Person treffen. Am Anfang des zweiten Lockdown haben viele Freunde von mir versucht das durchzuhalten, aber das ging nicht lange. Viele hatten so Ausreden wie: »Wir treffen uns nur in dieser Gruppe.« Auf Dauer funktioniert das auf jeden Fall nicht.

Habt ihr die Regeln angezweifelt?

Elke: Für die meisten meiner Freunde ist Maske-Tragen selbstverständlich. Wenn, dann beschwerten sie sich darüber, dass es so ist. Keiner hinterfragt: »Muss das wirklich sein?« Es wird so akzeptiert und einige ärgern sich darüber. Wenn ich mich jetzt entscheiden würde, keine Maske mehr zu tragen, dann würden sich sehr viele meiner Mitschüler extrem aufregen.

Wurdet ihr mal von einem Nachbarn denunziert?

Elke: Nein, das ist uns nicht passiert. (Sie denkt nach.) Doch, hier in der Wohnung bei meiner Mutter ist mir das passiert. Wir waren zu viert. Die haben sich nicht direkt beschwert, sondern danach bei meiner Mutter.

Wie stellst du es dir ab Herbst 2021 vor?

Elke: Schwer zu sagen. Letztes Jahr war es im Sommer auch lockerer. Ich hoffe, dass es etwas weniger Regeln geben wird.

Wie sehen deine Eltern die Situation?

Elke: Jetzt sind sie einfach etwas müde. Die waren schon immer eher dafür, dass ich mich an die Regeln halte. Aber wir waren trotzdem bei den Großeltern und jetzt im Sommer fahren wir in den Urlaub.

Die Mutter: Wir befolgen alle Maßnahmen und werden uns sobald wie möglich impfen lassen. Eine Freundin von Elke ist 16 Jahre und schon geimpft, eine andere Freundin auch. Elke hat im Februar 2021 ihren 18. Geburtstag gefeiert: Sie durfte nur vier Freunde einladen und alle mussten sich testen lassen. Meine Tochter hat mir erzählt, dass ein Teil der Klasse in Therapie ist. Elke hat selbst auch eine angefangen, weil sie Depressionen hatte. Es war sehr schwer einen Termin für eine Therapie zu bekommen. Jetzt nimmt sie Medikamente und es geht ihr besser.

ANDREJ KEIPER, LEHRER

INTERVIEW AM 29. JUNI 2021

Wie heißt eure Initiative?

Andrej: Sie hat noch keinen endgültigen Namen, aber der aktuelle ist »Lebendiges Lernen«.

Wann ist die Initiative entstanden?

Andrej: Etwa im Februar 2021 hat bei Beginn des zweiten Schulhalbjahres eine Gruppe von Eltern aus der Gegend um Niebüll Interessenten zum Thema eingeladen: »Wie kann es weitergehen mit unseren Kindern?« Einige wollen nicht mehr in die Schule gehen, weil es ihnen da überhaupt nicht mehr gefällt und bei

ANDREJ KEIPER

(* 1965), geboren in Ost-Berlin, war zwölf Jahre Lehrer für Mathematik, Physik und Philosophie an einem Gymnasium und an einer Grundschule in Nordfriesland (Schleswig-Holstein). Er ist Vater von vier Kindern, von denen noch drei die Schule besuchen, und an einer Initiative beteiligt, welche die Gründung einer Schule anstrebt. Er hat durch seine Kinder und durch eigene Erfahrung ein profundes Wissen über die aktuellen Zustände an den Schulen.

anderen sind die Eltern nicht mit den Bedingungen einverstanden, die dort eingeführt wurden. Das war im Februar 2021 die Frage der verpflichtenden Halbgesichtsabdeckung und dann kamen nach Ostern die Tests dazu. Der erste Impuls war Empörung: In diese Schule sollen unsere Kinder nicht mehr gehen.

Mussten die Kinder die ganze Zeit in der Schule eine Halbgesichtsabdeckung tragen?

Andrej: Ja, das war so üblich. Seit den Herbstferien, also etwa Anfang November 2020, gab es diese »Maskenpflicht«. Sogar beim Sport und während der Pausen auf dem Hof. Das Schlimme war, dass die Kinder schon so dran gewöhnt waren. Ich habe ihnen oft gesagt: *»Du kannst die Maske abnehmen.«* Und die antworteten: *»Nö, das mach ich nicht.«*

Was für ein Typ von Halbgesichtsabdeckung ist es in Schleswig-Holstein?

Andrej: Das sind diese OP-Masken und die FFP2-Masken.

Wie wirkt sich die Pflicht zur Halbgesichtsabdeckung in den Schulen aus?

Andrej: Viele Kinder klagten über Kopfschmerzen und Konzentrationsschwierigkeiten. Außerdem ging es in der Schule ständig um die verschiedensten Maßnahmen. Die Kinder wurden ermahnt, diese richtig zu tragen. Dazu kam im Herbst und Winter das ständige Lüften. Es gab Lüftungskonzepte und alle 15 Minuten musste gelüftet werden. Über Monate war kein richtiger Unterricht mehr möglich. Dann kam der Lockdown, die Kinder mussten zuhause bleiben – das hieß dann Distanzunterricht. Dann kam der Wechselunterricht, d. h. an einem Tag durfte nur eine Hälfte der Klasse anwesend sein und am nächsten Tag dann die andere Hälfte. Für die Kinder war das keine Zeit des normalen Lernens. Wenn der Staat versagt, dann ziehen wir als Eltern die Konsequenzen, denn der Schutz der eigenen Kinder ist ein zutiefst menschlicher Reflex.

Wieviel Kinder sind es derzeit?

Andrej: Wir sind über 60 Eltern und haben uns auf einer eigenen Plattform registriert, über die wir uns austauschen. In unserem ersten Bildungsort bei Leck sind es mehr als 20 Kinder und hier – im Raum Husum fangen wir gerade an – sind es etwa 10. Aber das Interesse ist groß, wir rechnen mit starkem Wachstum nach den Ferien.

Wie alt sind die Kinder?

Andrej: Vom Kindergartenalter bis 15 Jahre.

Welche Ziele habt ihr?

Andrej: Wir sind dabei, Ziele und Konzepte gemeinsam zu erarbeiten. Aber das erste Ziel war, dass die Kinder, die teilweise seit Monaten allein zuhause waren, weil sie auf eigenen Wunsch nicht mehr in die Schule gingen oder weil Lockdown war, ganz normal mit anderen Kindern zusammen sind und spielen. Mit normal meine ich: Ohne Maske.

Durch einen glücklichen Zufall haben wir einen ersten Bildungsort bei Leck, im Norden von Nordfriesland, gefunden: Ein großes Grundstück und eine Lehrerin, die das unterstützt. Sie betreut dort gemeinsam mit etlichen Eltern seit neun Wochen etwa 20 Kinder. Für die war das wie ein Aufatmen, draußen spielen und herumrennen, mit anderen Kindern zusammensein. Das erste Ziel ist also sofort erreicht worden: Eine glückliche Zeit für die Kinder, jeden Vormittag.

Welches sind die nächsten Schritte?

Andrej: Wir wollen ein Netz von Bildungsorten aufbauen. Das kann eine Werkstatt, ein Wohnzimmer oder ein Garten sein. Die Kinder sollen es nicht weit haben. Dort lernen sie ihre eigenen Interessen in beliebige Richtungen zu entwickeln und zu entfalten. Sie bekommen die Unterstützung, die zu ihnen passt. Wie wir das organisieren und planen, ist noch zu klären, aber wir sind entschlossen diesen Weg zu gehen.

Was hast du als Lehrer in den letzten 15 Monaten erlebt?

Andrej: Etwas ganz Schlimmes. Die Kinder wurden in dieser Zeit in einer massiven Weise psychisch drangsaliert. Die Angst war ihnen anzumerken: Die Angst vor dem Virus, die Angst, dass sie ihre Großeltern anstecken könnten und die dann sterben. Das Aufsetzen dieser Masken, um sich vor etwas zu schützen, ist ein ständiger Angstquell. Sie werden gezwungen, diese ständig zu tragen. Ich habe meine Kolleginnen dabei beobachtet, dass sie die einfachsten mitmenschlichen Regungen zugunsten einer pünktlichen und hundertprozentig zuverlässigen Pflichterfüllung zurückstellten. Ein Kind, bei dem die Maske unter die Nase rutschte, wurde sofort ermahnt. Ich habe erlebt, dass das Wohl der Kinder keine Rolle mehr gegenüber den Anweisungen der Obrigkeit

spielte. Das hat mir gezeigt, dass in punkto Empathie ein ganz dramatischer Zustand an unseren Schulen institutionalisiert ist: Die treue Pflichterfüllung. Ich nenne das Kadavergehorsam und bin erschüttert über das Ausmaß, das ich in den letzten Monaten erlebt habe.

Wie hat die Schulleitung auf deine Kritik reagiert?

Andrej: Eine rationale Diskussion war nicht möglich, es ging nicht um Fakten oder um wissenschaftliche Aussagen. Ich hatte bereits eine Abmahnung bekommen und die zweite war gerade in Arbeit, dort heißt es »Verletzung der Treuepflicht«. Der Ausgangspunkt war, dass ich nach den Osterferien 2021 meinem Schulleiter mitgeteilt habe, dass ich mich als gesunder Mensch nicht wöchentlich testen lassen werde. Ich bestimme über meinen Körper und nicht etwa eine Bildungsministerin. Ich habe mich auf mein Recht auf körperliche Unversehrtheit berufen. Weiterhin habe ich mich geweigert Kinder dabei zu beaufsichtigen, wie sie selbstständig medizinische Handlungen an sich vornehmen, die sonst von medizinischem Personal durchgeführt werden. Außerdem sind die Tests dafür weder zugelassen noch geeignet. Aufgrund dieser Ankündigung wurde mir für beide Schulen ein Betretungsverbot erteilt. Mir war lediglich noch Distanzunterricht möglich und ich durfte die Schulen nicht mehr betreten. Wenige Tage später hatte ich einen Brief vom Ministerium mit der Ankündigung einer ersten Abmahnung wegen »Verletzung der Treuepflicht« im Briefkasten, die dann auch ausgesprochen wurde. Eine zweite Abmahnung, die sich auf eine Äußerung von mir zur ak-

tuellen politischen Lage gegenüber meiner Klasse bezog, war in Vorbereitung. Ich wurde ausspioniert und denunziert. Da habe ich mich entschieden, dass ich in diesem kranken Bildungswesen nicht weiter unterrichten werde. Ich habe gekündigt und die Schule nach 12 Jahren verlassen.

War dieser Schritt für dich überraschend?

Andrej: Die Corona-Zeit war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Überlegungen, dass ich das System Schule nicht mittragen kann, sind schon viel älter. Ich habe mich von Jahr zu Jahr gefragt, ob und wie lange ich das noch mitmachen soll. Denn Schule ist ein System, welches im wesentlichen auf Zwang beruht. Unter Zwang kann man aber nicht lernen. Schule beruht auf Bedrohung durch schlechte Noten. Kinder haben Angst vor schlechten Noten und wenn diese in Aussicht gestellt werden, dann ist das eine Bedrohung. Ich möchte aber, dass die Kinder frei und ausgehend von ihren Interessen, ohne Zwang und Bedrohung durch Noten, ihre Bildung erleben können. Die in Lehrplänen niedergelegten Vorstellungen, was ein Kind können und wissen sollte, sind für mich so lebensfern, veraltet, willkürlich und unsystematisch, dass ich nicht daran glaube, dass diese irgendetwas im Sinne einer Bildung bewirken. Kurz gesagt: *»Alles, was man im Leben wirklich braucht, findet in der Schule nicht statt und nichts von dem, was man in der Schule lernt, braucht man wirklich.«*

DIE ARBEIT DES BERLINER EVANGELISCHEN BLINDENDIENSTES WÄHREND DER CORONA-KRISE

INTERVIEW MIT PASTORIN DANIELA, BERLIN (FEBRUAR UND MAI 2021)

Seit wann arbeitest du im Evangelischen Blindendienst und welches sind deine Aufgaben?

Daniela: Ich leite seit Sommer 2000 den Evangelischen Blindendienst in Berlin. Dieser ist eine Kooperation zwischen der evangelischen Landeskirche und der Berliner Stadtmission. Die Arbeit geschieht für und mit sehbehinderten und blinden Menschen in Berlin und im Umland.

Blinde Menschen und ihre Angehörigen sollen seelsorgerlich begleitet, zu einem selbstbewussten Leben im Alltag ermutigt werden und wir zeigen Wege auf, sich auch nach Sehverlust oder gesundheitlichen Einschränkungen Freude am Leben zu erhalten bzw. wieder zu gewinnen. Hierzu dienen Begegnung und Austausch in Bibelkreisen und Gesprächsgruppen, die über das Stadtgebiet

verteilt monatlich angeboten werden, mehrere Fahrten und Freizeitangebote im Jahr sowie ein Hörmagazin auf CD, das gegenwärtig an etwa 130 Haushalte viermal im Jahr verschickt wird. Seit vielen Jahren haben wir auch einen Gospel-Workshop in Zusammenarbeit mit einer afrikanischen Gemeinde in Berlin (Akebulan-Gemeinde Reinickendorf) angeboten. Ich koordiniere die Arbeit gemeinsam mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiterkreis und gestalte die meisten Angebote auch inhaltlich. Da ich selbst stark sehbehindert bin, steht mir seit 2014 eine Arbeitsassistenz mit einer halben Stelle zur Seite.

Wie wirkte sich die Situation seit März 2020 auf deine Arbeit aus?

Daniela: Da die Arbeit des Blindendienstes in der Hauptsache in Begegnung geschieht, trafen uns die Corona-Krise und die verhängten Maßnahmen besonders hart. Wie können wir die Arbeit fortführen für Menschen, die neben ihrem Hörsinn besonders auf ihren Tastsinn und Berührungen angewiesen sind, um sich zu orientieren, die Welt und die Dinge zu begreifen und zu verstehen? Mit welchen Ängsten und Unsicherheiten sind sie und ihre begleitenden Helfer jetzt konfrontiert? Hinzu kommt, dass viele Blinde in Berlin allein und ohne Angehörige in ihrem Haushalt leben. Bisher kamen viele dabei recht gut zurecht, gingen sogar allein einkaufen und brachten Selbstgekochtes und -gebackenes mit zum Brunch im Blindendienst.

Zunächst war es im ersten Lockdown meine Sorge, ob alle Alleinlebenden auch an Lebensmittel herankamen? So begann ich, die Menschen anzurufen. Zum Glück merkte ich bald, dass die meisten ihre Helferinnen noch hatten. Nur gingen sie jetzt nicht mehr mit zum Supermarkt, sondern sie ließen sich die Einkäufe nach Hause bringen. Auch der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin (ABSV) gab per E-Mail-Verteiler und CD sowie telefonisch Infos zu Lieferdiensten und Hilfsangeboten heraus. Besonders schmerzlich war, dass wir uns Ostern 2020 gar nicht treffen konnten. Nach Ostern gab ich das Home-Office auf und wir begannen im Büro eine Hör-CD mit ermutigenden Andachten und Musik zu erstellen. Mitte Mai 2020 fand der erste kleine Gottesdienst unter Hygiene-Regeln statt. Wir waren so froh, uns endlich wieder zu treffen. Statt selbst Lieder zu singen, spielten wir sie nun als Konserve ein.

Ein Highlight war Mitte Juni unsere erste kleine Freizeit mit 14 Teilnehmenden (Blinde und Begleiter) in Sachsen-

Anhalt. An den Abenden trafen wir uns zum Singen auf der Terrasse. Im weiteren Verlauf des Jahres hing es von den jeweiligen gastgebenden Gemeinden und Blindeneinrichtungen ab, inwiefern wir Gruppentreffen bzw. Gottesdienste durchführen konnten. Solange es sommerlich warm war, versuchten wir auch, draußen Treffen durchzuführen, wobei es hierzu verstärkter Begleitung bedurfte. Unter den Teilnehmenden sind ja viele ältere Personen und nicht für alle ist ein Treffen auf der grünen Wiese machbar. Einmal traf sich unser Gospelchor mit Mitgliedern der afrikanischen Gemeinde im Britzer Garten. Das war eine Freude, aus vollem Hals bei 30 Grad unter schattigen Bäumen zu singen! Aber leider ging der Sommer viel zu schnell vorbei.

Was hat sich für blinde Menschen verändert und wie reagieren sie darauf?

Daniela: Die Mitmenschen halten Abstand. Aus der Distanz hört man sie schlechter. Seit der Maskenpflicht spricht auch kaum noch jemand in Bus oder Bahn. Wen soll man nach dem Weg fragen? Woher soll man wissen, wo der nächste Mensch ist, den man fragen könnte? Die Maske behindert auch zusätzlich die Orientierung (akustische Ortung, Windrichtung auf der Haut spüren). Hat der andere Mensch Mut mich zu begleiten, mir über die Straße zu helfen, oder hat er Angst vor Nähe bzw. Ansteckung? Andererseits begegnen einem viele Menschen mit mehr Aufmerksamkeit. Bauarbeiter machen den Weg frei, wenn ich mit meinem Langstock komme. Eltern sagen zu Kindern auf dem Tretroller oder Fahrrad: »*Warte mal, lass die Frau erst durch!*« Das ist mir vor Corona so nicht aufgefallen.

Schwierigkeiten gibt es in alltäglichen Situationen für Brillenträger und Sehbehinderte, z. B. beim mit Maske Kleingeld zählen an der Kasse. Ich zum Beispiel kann am deutlichsten sehen, wenn ich von oben nach unten schaue. Dabei rutscht mir jetzt ständig die Maske an die Augen. Viele Betroffene sagen, dass ihre Augen vom Maske tragen brennen und jucken (trockene Augen). Im Herbst verteilte ich daher für einige durchsichtige Visiere. Die wiederum spiegeln, aber man kann besser atmen und schont die Augen. Inzwischen müssen wir FFP2-Masken tragen!

Ältere blinde Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen reagieren oft ängstlich. Sie wollen alle Regeln genau befolgen um sich zu schützen. Andererseits ist für sie oft das Tragen einer Maske belastend. Viele von

ihnen können ohne Begleitung auch nicht spazieren gehen. Besonders Einsamkeit und Bewegungsmangel macht ihnen zu schaffen. Andere begehren auf oder nutzen kreativ jede Möglichkeit, um mit Begleitung aus dem Haus zu kommen.

Die, die an »Präsenz-Gottesdiensten« teilnehmen können, sind außerordentlich dankbar und man spürt ihre Sehnsucht nach Gemeinschaft. Das erlebten wir besonders bei den drei kleinen angebotenen Adventsgottesdiensten. Andere Menschen freuen sich auch über die Möglichkeit von Telefonkonferenzen. Dafür brauchen sie keine Begleitung zu suchen und keinen langen Anfahrtsweg auf sich zu nehmen. Unser Hörmagazin erfreut sich in dieser Zeit großer Beliebtheit. Daher erstellten wir 2020 sogar fünf Ausgaben.

Wie werden blinde Menschen über die Verordnungen informiert?

Daniela: Viele werden von der Blindenselbsthilfe (ABSV Berlin und DBSV Deutschland) per E-Mail-Verteiler oder CD über die wechselnden Verordnungen informiert. Andere informieren sich über Radio und Fernsehen (Nachrichten). Dadurch werden aber auch manche in fort-dauernder Angst gehalten, weil sie Panikmache und Propaganda wehrlos ausgesetzt sind.

Gibt es Unterschiede zwischen den Blindeneinrichtungen?

Daniela: Ja, die gibt es. Es liegt sicherlich daran, wie groß die Einrichtungen sind und wie vorsichtig die Leitung der Einrichtung ist. Bei kleineren Einrichtungen achtet man außer auf den Gesundheitsschutz vielleicht eher etwas mehr auch auf die nötigen sozialen und seelsorgerlichen Bedürfnisse. Natürlich spielt es auch eine Rolle, ob die Bewohner besonders gefährdeten Gruppen angehören, inwiefern Außenkontakte ermöglicht werden. Die Mitarbeitenden spüren bei den Bewohner/innen oft sehr sensibel die seelische Not der Vereinsamung und die physische des Bewegungsmangels. So wurde ich teilweise direkt zur Wiederaufnahme von Besuchen oder kleinen Gruppen ermuntert oder merke Mitarbeitenden zumindest die Freude an, wenn ich Kontakt halte.

Gab es Diskussionen in der Kirche zu den seelsorgerischen Folgen?

Daniela: Ich kann hier natürlich nicht für »die Kirche« sprechen, da das Arbeits- und Aufgabenfeld in evangeli-

scher Kirche, Diakonie und Gemeinden sehr breit gefährdet ist. Ich arbeite in meinem kleinen Bereich. Aus der evangelischen Presse weiß ich, dass es Anfragen an den Umgang mit Kranken und Sterbenden während des ersten Lockdown gab (Besuchsverbote in Pflegeheimen und Krankenhäusern sowie Hinweise auf dringende Notwendigkeit seelsorgerlicher Begleitung).

Ich selbst habe das so erlebt, dass ich in einem Heim ab Juni 2020 wieder Besuche machen und ab Juli Andachten durchführen durfte, in einem anderem nur einen »Garten-Gottesdienst« im Sommer. Dort konnte ich erst ab April 2021 wieder Bibelstunde im Haus halten (mit vorherigem Test). Beides sind keine konfessionellen Häuser. In manchen evangelischen Heimen werden Andachten und Gottesdienste auch über Lautsprecher in die Zimmer übertragen.

Insgesamt habe ich persönlich im Gemeindebereich viel Besorgnis um die strikte Einhaltung von Hygienekonzepten erlebt um ja nichts falsch zu machen. Da ist die große Angst, Schwache zu gefährden – und auch die Angst, als Kirche »negativ aufzufallen« (»Superspreading«).

Wie sind deine Vorstellungen?

Daniela: Ich hatte im Sommer 2020 das Gespräch gesucht und um »offene Diskussionsräume und Runde Tische« gebeten. Ich hätte mir Kirche als Gesprächsvermittlerin und Moderatorin in einem gesellschaftlichen Diskurs zum Thema »Umgang mit Corona« gewünscht. Leider fand ich für dieses Anliegen bei meiner Gesprächspartnerin, einer leitenden Mitarbeiterin unserer Landeskirche, kein Verständnis.

In meinem Arbeitsbereich bemühte und bemühe ich mich unter der Parole »mit Vorsicht und Umsicht – aber ohne Panik« um Ermutigung der Menschen zum Leben, damit sie ihre Hoffnung, Zuversicht und Lebensfreude nicht ganz verlieren. Immer wieder biete ich auch das persönliche Gespräch an. Mit Gottes Hilfe konnten wir im Oktober in Thüringen eine erholsame Wanderfreizeit und im Dezember in Berlin drei kleine Adventsgottesdienste durchführen.

Ich sehe es so, dass wir alle Gäste sind auf Gottes Erde und dass jeder neue Tag ein Geschenk an uns ist. Die Schönheit des Lebens möchte ich den Menschen bewusst machen, damit uns Angst nicht lähmt und Dummheit uns den Humor nicht nimmt!

Auf digitale Formate umzusteigen – wie in vielen Ge-

meinden geschehen – ist in der Arbeit mit blinden Menschen nicht wirklich zielführend, jedenfalls nicht bei Seniorinnen. Möglich sind Telefonkonferenzen.

Nichts jedoch kann das vertrauensvolle Gespräch von

Mensch zu Mensch ersetzen. Im Frühling und Sommer hoffen wir wieder auf viele Aktivitäten im Freien und auf Selber-Singen!

EINE HANDOPERATION IM FRÜHJAHR 2021

INTERVIEW MIT ANTJE, 45 JAHRE ALT, WOHNHAFT IN BERLIN

Antje hat wegen Panikattacken ein ärztliches Attest, das sie vom Tragen einer Halbgesichtsabdeckung befreit. Das Tragen derselben, insbesondere von FFP2-Masken, führt zur Hyperventilation und zu Ohnmacht: *»Es fängt mit Herzrasen an, dann werden die Gliedmaßen weich und schließlich wird mir schwarz vor Augen. Das ist mir in Geschäften zweimal passiert.«*

Im April 2021 verletzte sich Antje beim Bockspringen, es kam zu einem *»Riss des ulnaren Seitenbandes am Daumengrundgelenk und einem Kapselriss«*.

Du hattest eine Verletzung an der Hand und musstest zum Arzt, was hast du erlebt?

Antje: Wegen der zu erwartenden Schwierigkeiten bin ich erst mal tagelang nicht zum Arzt gegangen und habe mir eingeredet, das sei nur eine Verstauchung. Nach ein paar privaten Gesprächen mit medizinisch vorgebildeten Personen war klar, dass eine ärztliche Untersuchung nötig ist, da ich meinen Daumen nicht mehr in alle Richtungen bewegen konnte und die Schmerzen nicht nachließen. Ich versuchte einen Termin mit meinem Orthopäden zu vereinbaren, rief an und fragte, ob mein Attest akzeptiert würde oder wir eine Regelung finden könnten, z. B. dass ich in einem separaten Raum warte. Das war unmöglich, da das gesamte Gebäude mit mehreren Arztpraxen und Büros nur mit FFP2-Maske betretbar war. Auch war das medizinische Personal nicht gewillt, eine ‚Sonderlösung‘ zu finden. Daraufhin habe ich erfolglos mit anderen Orthopäden telefoniert. Da ich nicht weiter kam, habe ich es bei Handchirurgen versucht und schließlich einen gefunden. Das waren dann vier Termine: beim Arzt, beim Röntgen und beim MRT (Magnetresonanztomographie). Da ich unter Vollnarkose operiert werden musste, endlich noch zu einem Narkosearzt.

Haben sich alle Ärzte das Attest zeigen lassen?

Antje: Nein, die Ärzte nie, immer nur die Empfangsdamen. Die wollten es sehen und haben unterschiedliche Dinge angemerkt. Die meisten sagten: *»Atteste werden nicht akzeptiert.«* Auf meine Anfrage per Mail habe ich in einem Fall folgende Antwort erhalten: *»Grundsätzlich steht natürlich neben unserem eigenen Schutz die Sicherheit unserer Patienten im Vordergrund. Wir alle halten uns in unseren Räumlichkeiten an die Maskenpflicht. Dass jemand seine Maske nicht trägt, ist den anderen Patienten gegenüber schwer zu vermitteln. Wir wären bereit, Sie ohne Maske zu behandeln, wenn Sie uns jeweils einen von einem Testzentrum ausgestellten tagesaktuellen negativen Antigentest vorlegen.«* Die Logik verstehe ich so: Die Regierung hat eine Maskenpflicht für alle verordnet. Die anderen Patienten würden nicht verstehen, wenn einzelne diese nicht tragen. Was für alle gilt, müssen auch alle machen.

Wie waren die Reaktionen – höflich und nett?

Antje: Bei allen vier Stationen habe ich mein Attest vorgelegt. Die Reaktionen waren unterschiedlich und wechselte mit den Damen am Empfang. Diese waren eher bissig, während die Ärzte sehr nett waren. Mal wurde mehr auf mich eingegangen, mal weniger. Einmal konnte ich allein in einem Raum warten, war also nicht im Wartezimmer. Ich habe alles erlebt vom akzeptierten Attest über *»OP-Maske reicht«* bis *»es muss eine FFP2 sein«*. Den Narkosearzt habe ich informiert, warum ich letztere nicht tragen kann und er meinte, dass er dieses Risiko nicht eingehen möchte: Ich solle mir eine dünne OP-Maske aufsetzen. Für den medizinisch begründeten Fall, dass keine FFP2-Maske getragen werden kann, gab es offensichtlich keine Anweisung oder Regelung von oben.

Hat die Operation ohne FFP2-Maske stattgefunden?

Antje: Das weiß ich nicht, da ich unter Vollnarkose operiert wurde. Vor der Operation musste ich dieses dünne OP-Hemdchen anziehen und hatte vergessen eine medizinische Halbgesichtsabdeckung aufzusetzen. Ich wurde sofort ermahnt diese wieder anzulegen und auch als ich aus der Narkose erwachte, waren Mund und Nase bedeckt.

Was war am unangenehmsten für dich?

Antje: Das Schlimmste war der Test. Mein erster Test. Der durfte nicht älter als 24 Stunden sein. Ich war in einem dieser Testläden im Prenzlauer Berg. Beim Warten hör-

te ich eigenartige Geräusche, mehrfaches schmerzhaftes Stöhnen, und ich dachte: »Scheiße, was ist das denn.« Dann war ich dran und da stand so ein Mann vor mir, der war groß und stämmig. Ich fragte mich kurz, was er wohl von Beruf ist. Der Abstrich wurde in der Nase gemacht. Der Typ fuhr mit dem Stab immer tiefer in meine Nasenhöhle rein und kam dabei nicht richtig weiter. Er ist immer irgendwo hängengeblieben. Das war derart schmerzhaft, dass mir die Tränen nur so runterliefen. Dabei sagte er die ganze Zeit: »Ich muss tiefer rein. Ich muss tiefer rein. Sonst ist der Test ungültig.« Die ganze Situation war irre. Dem Kerl war nicht klar, wie sich dieser Satz für eine Frau anhört. In den nächsten zwei Wochen kam bei jedem Naseputzen auch Blut.

JENS, RECHTSANWALT UND INTENSIVKRANKENPFLEGER

INTERVIEW AM 2. AUGUST 2021

»Der Behandelnde ist verpflichtet, den Patienten über sämtliche für die Einwilligung wesentlichen Umstände aufzuklären.«

JENS

(* 1964), ist Rechtsanwalt und Intensivkrankenpfleger und arbeitet seit 1989 auf Intensivstationen. Seit 2000 lebt er, mit einer Unterbrechung von vier Jahren, in denen er in Augsburg war, in Berlin und hat dort seit März 2021 in mehreren Krankenhäusern auf 17 verschiedenen Intensivstationen gearbeitet und dabei einige Patienten mit Covid-19 betreut. Im April und im Juni 2021 hat er insgesamt etwa drei Wochen in einem Impfzentrum gearbeitet.

Du hast zwei Berufe, Rechtsanwalt und Intensivpfleger, wie kam es dazu?

Jens: Ich möchte etwas weiter ausholen. 1984 bin ich zum Wehrdienst einberufen worden. Während meines Wehrdienstes habe ich erkannt, dass dies die falsche Entscheidung war und verweigerte nachträglich. Beim Kreiswehrrersatzamt musste ich mich einer Gewissensprüfung unterziehen und die Verweigerung des Kriegsdienstes begründen. Mein Zivildienst dauerte im Anschluss nicht 15 Monate, was der Dauer des Wehrdienstes entsprach, sondern 20, also fünf Monate länger. Den habe ich in Lör-

rach auf einer chirurgischen Frauenstation mit 40 Betten abgeleistet. Danach habe ich drei Jahre eine Ausbildung zum Krankenpfleger in Köln gemacht. Nach meiner Ausbildung habe ich ausschließlich auf Intensivstationen gearbeitet. Im Laufe der Ausbildung erlebte ich, wie stark Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden können und bemerkte, dass ich viel zu wenig Ahnung von diesen hatte. Meine Mutter hat keine Ausbildung und keinen Schulabschluss und mein Vater mittlere Reife, insofern habe ich von meinen Eltern wenig mit auf den Weg bekommen. Ich habe damals gemerkt, dass ich ziemlich

plan- und orientierungslos war. Das hat mich veranlasst noch ein Studium zu beginnen, wobei ein Medizinstudium naheliegend gewesen wäre. Da ich mit Schreiben von Behörden wenig anfangen konnte oder mich häufig aufgeregt habe und es mir wichtig war, meinen Horizont zu erweitern, habe ich mich für ein Jurastudium entschieden. Ich wollte diese rechtlichen Dinge wie Verwaltungsakte, behördliche Schreiben, rechtliche Hintergründe verstehen, um die Struktur des Staates zu erkennen. In Teilzeit arbeitete ich auf einer Intensivstation, um mein Studium zu finanzieren. Das Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften in Köln war anspruchsvoll und eine große Herausforderung für mich. Nach Abschluss des ersten juristischen Staatsexamens in Köln hatte ich zwei Jahre Wartezeit, bevor ich einen Referendariatsplatz in Berlin bekam. In diesen zwei Jahren arbeitete ich im Krankenhaus Köln-Kalk und ein Jahr in Genf auf einer interdisziplinären Intensivstation mit englisch- und französischsprachigen Kollegen. Mein zweijähriges Rechtsreferendariat in Berlin habe ich dann mit dem 2. juristischen Staatsexamen abgeschlossen. Mit diesem habe ich zwar das Recht und die Befähigung zum Richteramt, erreichte aber nicht die notwendige Note um als Richter oder Staatsanwalt arbeiten zu können.

Warum arbeitest du als Intensivpfleger in verschiedenen Berliner Krankenhäusern?

Jens: Seit März 2021 arbeite ich bei einer Leasingfirma, also einer Zeitarbeitsfirma. Ich wollte in vielen Intensivstationen in Berliner Krankenhäusern eingesetzt werden und mir einen Überblick verschaffen, um dann das Team und das Krankenhaus auszusuchen, das mir hinsichtlich Organisation und Umgang am besten gefällt. Außerdem wollte ich mir selber einen Überblick darüber verschaffen, wie weit die Intensivstationen in Berlin tatsächlich mit Covid-19 Patienten überlastet sind, was ja die Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der epidemischen Notlage nationaler Tragweite ist. Derzeit bin ich fast jeden Tag auf einer anderen Station, mit anderem Pflegepersonal, mit anderer Organisation, mit anderen Ärzten. Ich muss mich jeden Tag auf neue Situationen einstellen und trotzdem das Arbeitspensum bewältigen. Ich stehe derzeit morgens um 4:00 auf, um rechtzeitig auf der Arbeit zu sein.

Hattest du als Intensivpfleger mit Covid-19 Fällen zu tun?

Jens: Auf einigen Intensivstationen hatte ich mit Covid-19 Fällen zu tun und habe Patienten versorgt. In Friedrichshain gibt es drei Intensivstationen, die eine war ursprünglich eine IMC (»Immediate Care«), also eine Intensivstation mit nicht lebensgefährdeten Patienten, und wurde zur Intensivstation umgebaut, um Covid-19 Fälle zu versorgen. Als ich Ende April 2021 für zwei Einsätze dort war, gab es zwanzig Betten, von denen zehn mit Patienten belegt waren, die anderen zehn Betten waren leer. Auch in Neukölln habe ich mehrere Dienste auf einer Covid-19 Station gearbeitet. Nach meinen Erfahrungen war das Personal auf den Intensivstationen nicht wegen der vielen Covid-19 Patienten überlastet, vielmehr ist dies seit vielen Jahren vor allem im Winter ein wiederkehrender Zustand, der auf einem seit Jahrzehnten bestehenden Mangel an Pflegepersonal beruht.

Was sind nach deiner Meinung die Gründe?

Jens: Das Personal ist ein sehr wichtiger Kostenfaktor und es wird daher aus wirtschaftlichen Gründen auf eine, mittlerweile gesetzlich vorgeschriebene, Minimalbesetzung reduziert. Und auch diese Untergrenze wird – nach meiner Kenntnis – nicht immer eingehalten. Aus diesem Grund gibt es Leasingfirmen, die Zeitarbeitskräfte anbieten. Das ist für die Kliniken finanziell günstiger, denn einige Kosten, die angestellte Arbeitnehmer verursachen, fallen dann weg: Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und verschiedene Sozialabgaben. Die Kliniken kalkulieren als Arbeitgeber sehr scharf. Zwar ist der Stundensatz einer Leasingkraft um etwa 30 % höher, trotzdem scheint das lukrativer zu sein, als die Vollzeitkräfte besser zu bezahlen. Die Krankenhäuser zahlen 21 € pro Stunde brutto, darin sind dann alle Zuschläge enthalten, z. B. auch die Wechselschichtzulagen, wenn man Früh-, Spät- und Nachtschicht absolviert. Man muss eine gewisse Anzahl von Nächten im Monat machen, um diese Zulage zu erhalten. Hast du in einem Monat eine Nacht zu wenig gearbeitet, dann reduziert sich diese beträchtlich.

Ich hatte mit einer Klinik ein Gespräch und habe mich erkundigt, was ich dort als Festangestellter verdienen würde. Der genannte Stundensatz lag etwa 30 % unterhalb meines Stundenlohnes als Leasingkraft. Dieses Missverhältnis habe ich angesprochen und die zuständige stellvertretende Pflegedienstleitung antwortete: »Das

ist ein Unding mit den Leasingfirmen.« Darauf erwiderte ich: »Wenn die Krankenpflegekräfte angemessen bezahlt würden, dann gibt es keine Leasingfirmen.« Meine Offenheit führte dazu, dass ich in dieser Klinik keinen Einsatz mehr bekam.

Gab es auf den Stationen auch schwere Fälle von Covid-19?

Jens: Ich hatte insgesamt etwa 12 Patienten mit Covid-19 intensivmedizinisch zu betreuen. Diese waren meist intubiert und wurden mechanisch beatmet. Zum Teil kam auch eine nicht-invasive Beatmung mit einer, auf das Gesicht geschnallten, Maske zum Einsatz, über welche der Patient ein Sauerstoff-Gemisch erhält. Die meisten Patienten waren weit über 60 Jahre alt bzw. über 80. Mit einer Ausnahme, das war eine etwa 45-jährige Frau. Bei dem Zeitdruck, der auf den Stationen jeweils herrscht, kenne ich die Krankengeschichte bzw. Vorerkrankungen der Patienten häufig nicht. Die bislang bekannten Risikofaktoren für Covid-19 sind Vorerkrankungen wie Adipositas, Herz-/Kreislauferkrankungen und Diabetes. Die von mir behandelten Patienten waren schwer krank und als Erkrankungsursache im Vordergrund standen aus meiner Sicht die genannten Risikofaktoren.

Erinnerst du dich an besondere Situationen?

Jens: Ein über 80-jähriger Patient mit Covid 19 erhielt über die Maske ein Gemisch mit 80 % Sauerstoff. Als ich morgens um sechs Uhr mit Schutzkleidung und Atemschutzgerät sein Zimmer betrat, sah ich, dass er am Gerät kämpfte, weil er von diesem »nicht genug Luft« bekam. Ich habe während meiner Zeit auf der Intensivstation in Augsburg mehrere Jahre mit solchen Maschinen gearbeitet und kenne mich daher mit diesen aus. Ich erklärte ihm, dass ich die Maschine anders einstellen werde, habe den Druck erhöht und den Sauerstoffanteil auf 40 bis 50 % verringert. Ihm ging es klinisch sofort besser. Ich habe dann ein Blutgas abgenommen und die Werte waren gut. Darauf bin ich von dem Stationsarzt auf eine Art und Weise zurechtgewiesen worden, die ich in meinem ganzen Berufsleben noch nicht erlebt hatte. Es folgte ein gemeinsames Gespräch mit der leitenden Stationschwester. Der Arzt sagte auf Nachfrage, warum er sich so aufrege, ich hätte eigenmächtig gehandelt.

Darauf erwiderte ich: »Das ist mein täglich Brot, wenn die Leute an der Beatmungsmaschine über Luftnot klagen oder ich eine andere Notfallmaßnahme durchführen muss.« Weiterhin

sagte ich dem Arzt, dass ich die Art und Weise seiner Zurechtweisung nicht in Ordnung fand.

Seine Antwort: »Der Oberarzt hätte Sie noch ganz anders behandelt.«

Meine Erwiderung: »Ich spreche aber nicht mit dem Oberarzt, sondern mit Ihnen.«

Der Arzt: »Ich kenne Sie ja gar nicht.«

Darauf ich: »Das ist ein Grund mehr, um so nicht mit jemand umzugehen. Dem Patient geht es besser und der Blutgaswert ist gut.«

Der Arzt: »Normalerweise würde ich Sie sofort rausschmeißen.«

Meine Antwort: »Dann sagen Sie mir jetzt ins Gesicht: Nehmen Sie Ihre Sachen und gehen Sie.«

Das hat er nicht getan gesagt und ich habe ihn noch einmal aufgefordert, worauf er gar nicht reagierte. Der leitenden Stationschwester sagte ich dann: »Ich werde hier nicht mehr arbeiten.«

Im April 2021 hast du in einem Impfzentrum bei Bonn gearbeitet, welche Arbeiten hast du dort ausgeführt?

Jens: Das Impfzentrum war im Bonner Konferenzzentrum und wurde von der kassenärztlichen Vereinigung organisiert. Die einzelnen Impfdosen wurden von der Apotheke vorbereitet und es gab vor Ort ein Team von fünf bis sechs Personen, die den Impfstoff aufgezogen haben. Die zehn Kabinen waren mit je einem Arzt und einer Pflegeperson besetzt. Jeweils einer der beiden hat geimpft und der andere hat die Formulare und den Impfausweis ausgefüllt. Es gab auch Aufklärungsbögen, in welchen die Anamnese (Krankengeschichte) auszufüllen war, die sich der Arzt dann vor der Impfung ansah. Dort standen z. B. Unverträglichkeiten wie Allergien, die Einnahme von Medikamenten. Auf diesem Formular war das Feld – »Ich verzichte auf ein ausführliches ärztliches Aufklärungsgespräch« – häufig nicht angekreuzt. Ich habe dann die jeweilige Person gefragt, ob das angekreuzt werden soll, d. h. ob sie auf das ausführliche ärztliche Aufklärungsgespräch verzichten oder nicht. Denn darauf haben sie nach § 630e BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) einen Rechtsanspruch bzw. der Arzt hat eine Aufklärungspflicht, dem dann die Einwilligung des Patienten in die medizinische Behandlung nachfolgt:

»(1) 1. Der Behandelnde ist verpflichtet, den Patienten über sämtliche für die Einwilligung wesentlichen Umstände aufzuklären.«

2. Dazu gehören insbesondere Art, Umfang, Durchführung, zu erwartende Folgen und Risiken der Maßnahme sowie ihre Notwendigkeit, Dringlichkeit, Eignung und Erfolgsaussichten im Hinblick auf die Diagnose oder die Therapie.
3. Bei der Aufklärung ist auch auf Alternativen zur Maßnahme hinzuweisen, wenn mehrere medizinisch gleichermaßen indizierte und übliche Methoden zu wesentlich unterschiedlichen Belastungen, Risiken oder Heilungschancen führen können.«

Die Patienten müssen also vom Arzt aufgeklärt werden. Die sagten dann: »Ja, ja, ich verzichte auf dieses Aufklärungsgespräch, ich bin ja durch die Medien aufgeklärt« oder »Ich weiß bzw. wir wissen ja schon Bescheid«. Ich war bei diesen Aufklärungsgesprächen dabei und habe erlebt, wie diese abliefen. Aus meiner Sicht waren das keine fachgerechten Aufklärungsgespräche.

Pro Schicht wurden zwischen 1.100 und 1.300 Personen geimpft. Es gab eine Früh- und eine Spätschicht. Vor Schichtbeginn wurden wir durch den leitenden Mediziner informiert, welcher Impfstoff verwendet wird und welcher nicht mehr. Die Anordnungen kamen wohl vom RKI (Robert Koch Institut) und es änderte sich quasi jeden Tag irgendetwas. Die sogenannten Impflinge wurden über die Stadt Bonn eingeladen. Sie erhielten ein Anschreiben, in dem ihnen ein Termin mitgeteilt wurde. Diese Menschen waren froh geimpft zu werden. Sie sagten zu mir: »Ich bin total glücklich, dass ich endlich meine Impfung bekomme.« Viele Impflinge erzählten, dass sie keinerlei Probleme bei der ersten Impfung gehabt haben. Andere haben von heftigen Nebenwirkungen nach der ersten Spritze erzählt: Fieber, Kopf- und Gliederschmerzen, Erschöpfung über mehrere Tage – also da ist alles dabei gewesen. Die Reaktionen auf den Impfstoff waren völlig unterschiedlich. Mir ist keine Kategorisierung nach Alter, Geschlecht, Vorerkrankungen möglich. Am meisten hat mich die Erzählung einer jungen Frau beeindruckt, die 41 Grad Fieber gehabt hatte. Trotzdem wollten die alle geimpft werden! Und waren froh darüber! Für die war das völlig in Ordnung. Zwar sagten sie – »wir sind aufgeklärt« – aber eine den detaillierten Gefahren und Nebenwirkungen entsprechende Aufklärung durch den Arzt, in der Form, wie es der Gesetzgeber in § 630e BGB vorgesehen hat, wurde im Impfzentrum durch keinen der täglich wechselnden Ärzte, mit denen ich zusammenarbeitete, durchgeführt. Ein Hinweis, dass der Impfstoff nur eine Notzulassung durch die europäische Arzneimittelbehörde hat, erfolgte nicht. Der Arzt teilte dem Impf-

ling dann mit: »So jetzt haben Sie die zweite Impfung und in zwei Wochen haben Sie Vollschutz.«

Ursprünglich war der Impfstoff zur Lagerung tiefgekühlt, wurde auf Zimmertemperatur erwärmt, hatte dann nur noch eine begrenzte Haltbarkeit und musste bald verimpft werden. Jeden Tag musste der jeweilige Bestand verbraucht werden. Wie ich hörte, waren bei einem Spätdienst noch etwa 10 bis 20 Impfdosen übrig und es waren keine geladenen Impflinge mehr da. Es wurde bei der Polizei angerufen und dann kamen einige Polizisten, um sich impfen zu lassen. Die haben sich darüber gefreut, dass sie so schon viel früher zu ihren Impfungen gekommen sind! Diese Geschichte wurde häufig erzählt und machte die Runde.

Gab es Fälle wo der Arzt aufgrund Vorerkrankungen von einer Impfung abgeraten hat?

Jens: Nein, einen solchen Fall habe ich nicht erlebt. Es gab Fälle, wo ein Impfling nicht mit diesem, sondern mit einem anderen Impfstoff geimpft werden wollte. Merkwürdig war für mich, dass, was am Vortag noch möglich war, ein Wechsel des Impfstoffes, am folgenden Tag nicht mehr ging. Diese Anweisungen kamen von oben, wohl vom RKI, und wurden uns vom Leiter des Impfzentrums mitgeteilt. Medizinisch erläutert wurden diese Wechsel nicht. Diesbezüglich hat der jeweilige Leiter des Impfzentrums allerdings gesagt und gezeigt, dass auch er über die medizinische Begründung nicht aufgeklärt wurde und in der Besprechung war seine Irritation über diese Anordnung offenkundig.

Hast du dich selbst impfen lassen?

Jens: Nein. Ich bin kein Impfgegner und habe wahrscheinlich mehr Impfungen als der Großteil der Bevölkerung, weil ich nach dem Bürgerkrieg in Ruanda in Afrika in den Flüchtlingslagern in Ost-Zaire gearbeitet und mich 2015 freiwillig für den Ebola-Einsatz in Liberia gemeldet habe: Cholera, Meningitis, Typhus, Gelbfieber etc. In diesem Fall ist das anders: Es handelt sich um eine Not- bzw. Ersatzzulassung, d. h. der Impfstoff ist nicht wie bei Medikamenten üblich über viele Jahre und klinische Phasen hinweg geprüft worden. Die mittel- und langfristigen Folgen kann niemand kennen. Grundsätzlich bin ich skeptisch gegenüber Studien, die von der Pharma-Industrie selbst angefertigt sind. Natürlich hat der Hersteller und Verkäufer großes Interesse seinen Impfstoff auf den Markt zu bringen. Außerdem kann ich meine Reaktionen

und Nebenwirkungen auf den Impfstoff nicht abschätzen. Welche kurz- oder langfristigen Folgen könnte dieser bei mir haben?

War es für dich ein Widerspruch, dich nicht impfen zu lassen, aber andere zu impfen?

Jens: Es mag als Widerspruch erscheinen, dass ich mich nicht impfen lassen werde, aber bereit bin andere Menschen zu impfen oder dabei zu unterstützen. Ob man sich impfen lassen will oder nicht, ist eine Entscheidung, die jeder für sich selber trifft. Jeder hat die Freiheit für sich selbst zu entscheiden. Wenn die Menschen sagen, ich will geimpft werden, ist mein Handeln für mich kein Widerspruch. Es ist noch keine Zwangsmedikation, die es, z. B. in deutschen psychiatrischen Kliniken, gibt, sondern eine freiwillige medizinische Maßnahme. Wenn die Menschen, die extra dafür einen Termin beantragt haben und ins Impfzentrum gekommen sind, das wollen und es ihr freier Wille ist, dann ist das in Ordnung für mich. Ein Beispiel: Als Nichtraucher schreibe ich Rauchern nicht vor, damit aufzuhören oder weise sie auf die Schädlichkeit ihres Verhaltens hin. Für viele Menschen scheint es kein Widerspruch zu sein, Zigaretten zu verschenken oder zu verkaufen, obwohl sie wissen, dass Rauchen für die Beschenkten oder Käufer ihrer Zigaretten gesundheitsschädlich ist. Und was die Raucher selber angeht: Ist es nicht ihr freier Wille, zu rauchen?

Hast du eine Erklärung, warum sich so viele Ärzte impfen lassen?

Jens: Das ist richtig, sehr viele Ärzte lassen sich impfen. Diesbezüglich sind sie nicht anders als der Durchschnitt der Bevölkerung. Ärzte sind nicht intelligenter oder schlauer. Alle unterliegen der staatlich organisierten Propaganda bzw. Manipulation und viele lassen sich impfen. Ich bin in den letzten Monaten sowohl auf den Intensivstationen als auch von meinem Arbeitgeber angesprochen worden, ob ich geimpft sei. Meine Antwort war: »Nein. Ich bin nicht geimpft und werde mich auch nicht impfen lassen.« Mein Arbeitgeber hat darauf nichts gesagt und das zur Kenntnis genommen und ich werde wohl die Konsequenzen zu tragen haben. Dabei geht laut einer Studie der Cambridge University¹ der Infektionsweg nicht vom Personal zum Patienten, sondern umgekehrt vom Patienten zum (Pflege)personal. Das Ziel der Studie war, mehr über die Infektionsketten herausfinden, insbesondere bei den asymptomatischen Personen.

Gibt es in den Kliniken Druck sich impfen zu lassen?

Jens: Ja, ganz klar. Eine Freundin, die in einer Klinik arbeitet und sich ebenfalls nicht impfen lässt, wurde von ihrem Arbeitgeber massiv unter Druck gesetzt. Daraufhin hat sie gekündigt. Auf der Intensivstation meiner Freundin, einer stellvertretenden Leiterin auf einer Intensivstation, wurde von der leitenden Stationschwester die Liste der Nicht-Geimpften öffentlich ausgehängt: Das ist eine Verletzung des Datenschutzes und noch dazu sensibler medizinischer Daten. Ich hoffe, dass das noch Konsequenzen haben wird. Meine Freundin ist auf der Liste entsprechend als »nicht geimpft« markiert, muss sich regelmäßig testen lassen und gegenüber ihren Kollegen moralisch rechtfertigen. Sie möchte erst mal abwarten, aber wenn sie sich impfen lassen will, so ist das ganz allein ihre Entscheidung und ihr freier Wille. Sie kennt meine Meinung. Wer bin ich, dass ich mir anmaße, anderen Menschen meinen Willen aufzuzwingen zu wollen?

Was meinst du, wie viel Prozent lassen sich vom Pflegepersonal nicht impfen?

Jens: Etwa zehn Prozent.

ANMERKUNGEN

¹ Secondary attack rates from asymptomatic and symptomatic influenza virus shedders in hospitals: Results from the TransFLUas influenza transmission study, vom 06. Mai 2021. Besprechung auf Deutsch unter: »Grippe-Studie: Spitalmitarbeitende steckten keine Patienten an« www.infosperber.ch/gesundheit/public-health/grippe-studie-spitalmitarbeitende-steckten-keine-patienten-an/, 8. August 2021

MALLORCA – VERARMTER BALLERMANN

Die Boom-Regionen des Tourismus waren vom Reisestillstand ab März 2020 besonders betroffen. Da viele Deutsche auf Mallorca leben, war in Deutschland über die dortige Situation besonders viel bekannt, aber es sollte nicht vergessen werden, dass dies nur ein Beispiel unter vielen ist. Die wenigen Berichte aus afrikanischen Regionen mit Safari-Tourismus, z. B. aus Uganda, Ruanda, Kenia, lassen ahnen, dass die Folgen für die dortigen Menschen mindestens ebenso hart sind. Hier gibt es keine staatlichen Sicherungssysteme.

Wer auf Mallorca von den Touristen lebte, war als Angestellter arbeitslos und als Selbstständiger ohne Einnahmen. In den nächsten Wochen und Monaten resultierte daraus für viele Obdachlosigkeit und Hunger. Bereits im November 2020 schickten die »Barber Angels« (www.b-a-b.club), eine 2016 von Friseuren gegründete gemeinnützige Hilfsorganisation, die im Oktober 2020 vor Ort gewesen waren, einen »40-Tonner-Sattelzug mit Lebensmitteln«; eine Spedition hatte die Kosten für Lagerung, Fähre und Fahrer übernommen. Die Lieferung wurde in »Cala Millor von den dortigen Mitgliedern von SOS Mamas, einer Hilfsorganisation, die schon seit Jahren in Palma aktiv ist, und den Barber Angels in Empfang genommen.«¹ Ein zweiter »Transport der Hoffnung« aus Sachsen-Anhalt erreichte Cala Millor Ende März 2021.²

In der Dokumentation »Arm auf Mallorca«³ wurde im März 2021 von »ARTE RE« auch kurz über die alleinerziehende Mutter Nieves Massa Sastre berichtet. Sie verlor erst ihr Einkommen, dann ihre Wohnung, musste ihre Möbel verkaufen und ihre Wertsachen verpfänden, um sich und ihre fünfjährige Tochter Miriam zu versorgen. Während eines Mallorca-Besuches nahm eine Bekannte Kontakt auf und traf die beiden in »einer fast fensterlosen Mini-Behausung. Sie erzählte mir, dass sie im ersten harten Lockdown von Mitte März bis Mitte Mai 2020 ohne Einkommen und ohne Heizung oder Internet auf 30 qm quasi gefangen waren. Als der Vater von Nieves im letzten Jahr plötzlich verstarb und ihr Mann sie und die Insel verließ, erkrankte sie an einer stressbedingten Depression mit Folgeschäden.«⁴ Vom spanischen Staat gab es keine Unterstützung.

Der im Mai 2020 von Heimke Mansfeld, Jasmin Nordiek und Sonja Willner gegründete Verein »HOPE Mal-

lorca« bekämpft mit der kostenlosen Ausgabe von Lebensmitteln den Hunger auf der Insel. Entstanden ist eine Hilfsorganisation, die heute viele Tausend Menschen unterstützt, darunter auch mit »Familien-Patenschaften«⁵: »Von der Pandemie betroffene HOPE Familien sollen neben der wöchentlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln durch monatliche finanzielle Zuwendungen von ‚Paten‘ unterstützt werden. Die Familien werden während des gesamten Prozesses auch psychologisch von einem HOPE Sozialarbeiter betreut und begleitet. Dabei werden gemeinsam Pläne und Maßnahmen zur Schaffung einer stabilen Zukunft erarbeitet und umgesetzt.«⁶

Wer Nieves und ihre Tochter Miriam oder eine andere Familie mit einer »Familien-Patenschaft« monatlich finanziell unterstützen möchte, kann dies durch in Deutschland absetzbare Spenden tun. Der Spender erhält eine Quittung und wird regelmäßig per E-Mail informiert.

ANMERKUNGEN

Spendenkonto – HOPE Mallorca e. V.

Verwendungszweck: Nieves Massa Sastre, Es Coll d'en Rabassa (wichtige Angabe)
Bank Cajamar Santanyí
IBAN: ES96 3058 4516 4327 2000 8258
BIC: CCRIES2AXXX

1 www.mallorcama.com/nachrichten/lokales/2020/11/29/85793/barber-angels-spenden-tonnenweise-lebensmittel-fur-mallorca.html (vom 29. November 2020), 10. Juli 2021

2 www.mallorcazeitung.es/boulevard/2021/04/01/erneut-grosse-hilfs-gueter-ladung-fuer-54050072.html (vom 1. April 2021), 28. Juli 2021

3 »Arm auf Mallorca«, ARTE RE vom 8. März 2021 www.arte.tv/de/videos/100300-005-A/re-arm-auf-mallorca/, 10. Juli 2021

4 Privates Dokument von R. O. vom 21. Juni 2021

5 HOPE Mallorca Familien-Patenschaft www.hope-mallorca.org/2021/04/29/hope-mallorca-familien-patenschaft/

6 Privates Dokument von R. O. vom 21. Juni 2021

dieBASIS – SPRICHT UND SCHREIBT *Basis schreibt*

In diesem Teil des Heftes finden sich drei Interviews mit und vier Texte von *Basis*-Mitgliedern sowie zwei Artikel zum Thema »nur bedingt konsensierbar«.

Interviews

Der selbstständige Unternehmer Uwe Fleischer, Kreisverband Bad Segeberg, ist Bundestagskandidat auf der Landesliste Schleswig-Holstein. Susanne Moritz ist Rechtsanwältin und Schulbegleiterin von Kindern und Jugendlichen und im Vorstand des Kreisverbandes Nordfriesland (Schleswig-Holstein). Jörg Huckenbeck, Musikstudio-Betreiber und Handwerker, war von 2012 bis September 2020 Mitglied der Partei »Die Linke« und ist heute Mitglied im Kreisverband Goslar-Salzgitter-Seesen (Landesverband Niedersachsen).

Texte

In ihrem Text zum »Wie und Warum« einer Parteigründung in der »neuen Normalität« berichten Ayda Kaya und Herbert Hartum über die Entstehung des Kreisverbandes Starnberg-Ammersee (Landesverband Bayern) am 7. August 2020. Den Aufruf »Basisdemokratie wagen« hat Stefan Habermann, Handwerksmeister, als Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag in Rendsburg am 11. April 2021 gehalten. Er ist Bundestagskandidat Schleswig-Holstein und im Kreisverband Steinburg aktiv. Niko Zinke, Vorstandsmitglied des Bezirksverbandes Pankow (Berlin) und Kandidat für das Abgeordnetenhaus Ber-

lin schreibt in seinem Text »Friedensgespräche in der Schwitzhütte« über die ausgeglichene Kommunikation in der Sauna eines Fitness-Centers. Der Beitrag von Norbert Haering »Missverständnisse über Demokratie – aus Anlass des Parteitags von dieBasis« war Anlass für einen Leserbrief von Andreas Schlothauer, Bezirksverband Pankow (Berlin), um auf einige Missverständnisse Haerings einzugehen.

Nur bedingt Konsensierbar

Das Konsensieren geht von dem Prinzip aus, dass Minderheiten nicht übergangen und starke Widerstände Einzelner nicht überstimmt oder übergangen werden. Nur bedingt konsensierbar ist in diesem Sinne, selbst wenn die inhaltliche Kritik gerechtfertigt sein mag, die Art des persönlichen Angriffs von Mitgliedern des Corona-Ausschusses auf einige Mitglieder des *dieBasis*-Bundeschwerdendes. Wer medial über eine große Reichweite verfügt, übernimmt hiermit eine Verantwortung, die sich in der Sprache auswirken sollte.

Jeder distanziert sich etwas, wenn ein Mitmensch anders handelt, als man dies selbst tun würde. Ist die Abweichung zu groß, dann wird eine rote Linie gezogen und aus der Abgrenzung wird die Ausgrenzung der Person. Als persönliche Entscheidung ist dies akzeptabel, aber in Gruppen dann gefährlich, wenn durch heimliche Hetze und Intrigen soziale Ächtung betrieben wird. Historische Beispiele zeigen, dass der Intrige häufig ein Tribunal folgte, dann die Abspaltung und dann der Pogrom.



UWE FLEISCHER, BUNDESTAGSKANDIDAT KREISVERBAND BAD SEGEBERG (SCHLESWIG-HOLSTEIN)

INTERVIEW AM 24. APRIL 2021



»Basisdemokratie ist Politik für die Gesellschaft, für die Allgemeinheit. Das sind dann nicht nur die Mitglieder unserer Partei, sondern alle Menschen im Lande.«

UWE FLEISCHER

(* 1967), selbstständiger Unternehmer in Berlin und Hamburg im Bereich Krankentransporte; verheiratet und zwei schulpflichtige Töchter (16 bzw. 18 Jahre alt) sowie eine erwachsene Tochter; Mitglied des Kreisverbandes Bad Segeberg und Kandidat für den Bundestag auf der Landesliste Schleswig-Holstein; hat nach dem Abitur die Studiengänge Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre zu Gunsten der ersten Unternehmensgründung mit 24 Jahren abgebrochen. Dieses Unternehmen führt er heute noch und weitere sind hinzugekommen, insgesamt sind es ca. 120 Mitarbeitende.

Seit wann bist du in der Basis?

Uwe: Seit März 2021.

Was waren die Gründe für deinen Beitritt?

Uwe: Ich habe über das Internet von der *Basis* erfahren. Obwohl es kein Programm gab, habe ich mich dort sofort wiedergefunden. Von den vier Säulen war ich

sehr angetan und von dem Ansatz, dass man die Menschen mitnehmen möchte bei der Frage, wie unser Leben, wie unsere Gesellschaft zukünftig aussehen soll.

Der Auslöser für meinen Beitritt war das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit. Die Einschränkungen der Grundrechte und die Beschneidung von Freiheiten waren – aus meiner Sicht – nicht ausreichend begründet. Die Medien lieferten eine einseitige Propaganda und die Politiker übernahmen die Rolle der Vollstrecker. Das kann ich nicht allein ändern und da sagte ich mir: *»Ok, da wirst du jetzt noch mal politisch aktiv und suchst nach Gleichgesinnten, denen es ebenso geht.«* Ich suchte nach Leuten, die nicht nur wegen der Corona-Krise mal kurz aufschreien, sondern dauerhaft was bewegen wollen, denn es gibt ein Problem mit unserem System.

Bisher habe ich die Leute in der Basis als sehr offen für Gespräche und für Kontakte erlebt. Das war für mich erst etwas befremdlich, weil ich das so nicht gewohnt bin. Für mich sind diese Kontakte eine Neuausrichtung und ein völlig neuer Glaube an die Menschheit. Ich war schon ein wenig verzweifelt.

Warst du früher in einer Partei?

Uwe: Ich war vor etwa zehn Jahren einige Jahre in der FDP. Ausgetreten bin ich damals wegen dem Geschacher um Listenplätze. Seit etwa 14 Jahren bin ich auch Präsident eines Unternehmerverbandes, also ehrenamtlich in einem Fachverband tätig.

Wie hast du persönlich die Zeit ab März 2020 erlebt?

Uwe: In unserem Unternehmen waren wir anfangs stark betroffen, denn es gab für kurze Zeit einen erschreckenden Arbeitsrückgang. Das hat sich dann aber relativ schnell wieder normalisiert. Wir machen keine Notfallrettung sondern qualifizierten Krankentransport. Aktuell fahren wir Dauerpatienten zur Dialyse, zur Chemotherapie, zur Behandlung etc., aber auch SARS-CoV-2 positiv Getestete in die häusliche Quarantäne oder Menschen zum Impfen.

Natürlich haben wir im Februar und März gedacht: *»Ok, bei dem neuen Virus, da müssen wir uns aufwas einstellen. Da kommt was auf uns zu.«* Aber schnell war das für uns nur ein Virus mehr. Grundsätzlich müssen unsere Leute immer beim Patienten Handschuhe tragen. Unsere Fahrer tragen häufiger Vollschutz und anschließend wird das Auto desinfiziert, nicht nur bei SARS-CoV-2. Seit 2020

war OP-Mundschutz grundsätzlich vorgeschrieben, was später auf FFP2-Masken aktualisiert wurde. Diese tragen unsere Leute aber nur in dem Moment, wo sie Patientenkontakt haben. Vor 2020 gab es diese Masken nur, wenn es tatsächlich notwendig war. Handschuhe ja, aber Mundschutz nicht zwangsläufig.

Wir haben einen Hygiene-Plan, da ist genau dargelegt, welche Schutzkleidung bei welchen Viruserkrankungen anzulegen ist. Bei den Krankentransporten galten also auch vorher schon Hygieneregeln, die strikt einzuhalten sind. Gefährliche Bakterien, Keime und Viren gibt es ja seit langem. Unsere Vorbereitung verlief dann ab März 2020 entsprechend professionell. Klar waren wir anfangs besorgt und haben uns entsprechend vorbereitet, denn die Kranken mussten ja weiterhin transportiert werden.

Etwa ab Mai erschien mir etliches merkwürdig, was dazu führte, dass ich vieles hinterfragte. Wieso, weshalb und warum so viel Alarmismus. Wir haben ja jede Menge Vergleiche in unserem Arbeitsbereich. So sterben jedes Jahr geschätzte 20.000 bis 30.000 Menschen durch multi-resistente Krankenhauskeime. Das ist seit vielen, vielen Jahren bekannt und die Maßnahmen der Regierenden waren bisher kaum wahrnehmbar. Und mit SARS-CoV-2 soll dann alles ganz dramatisch sein?

Wie war es in deinem persönlichen Umfeld?

Uwe: Im August war ich mit einem Freund auf der Demo in Berlin. Für mich fühlte sich das an wie die größte Friedensbewegung seit Woodstock. Da war eine tolle Stimmung und ich habe danach ein gemeinsames Foto mit Robert F. Kennedy, welchen ich zufällig nach seiner Rede dort getroffen habe und kurz sprechen konnte, in eine WhatsApp-Familiengruppe reingestellt. Da kam dann der Vorwurf, ich würde gemeinsam mit *»Querdenkern, Rechten bzw. Reichsbürgern«* laufen. Da habe ich gefragt: *»Glaubt ihr, was euch die Medien da gerade erzählen? Ihr hättet mal nach Berlin fahren und euch das selbst ansehen sollen.«* Natürlich gab es da auch ein paar Verirrte, die mit einer Reichsflagge rumgelaufen sind. Bei so einer großen Veranstaltung lässt sich das nicht verhindern. Es gibt ja keine Einlasskontrolle bei einer Demonstration und es ist auch nicht die Aufgabe eines Organisators, sich von vornherein gegen alles mögliche zu distanzieren. Eindeutig distanzieren kann ich mich immer von Gewalt, die lehne ich, egal aus welcher Ecke sie kommt, ab.

Meine Mutter ist Krankenschwester und genauso kri-

tisch wie meine Frau und ich. Meine 16-Jährige Tochter nervt zur Zeit, dass sie nicht zur Schule kann, sie hat die Haltung: »Naja, ist halt so.« Meine 18-Jährige Tochter ist arg betroffen und leidet unter den Einschränkungen ihrer Freiheit: Dass sie sich mit Freunden nicht einfach so treffen kann und dass sie nicht hinfahren kann, wo sie möchte. Sie hat einen ganz starken Gerechtigkeitsinn und ist da sehr sensibel. »Das kann doch nicht wahr sein, was Menschen mit Menschen hier machen.« Da muss ich sie schon manchmal beruhigen. In meinem engeren persönlichen Umfeld sind wir uns also einig.

Jetzt soll demnächst der Wechselunterricht in den Schulen starten und das wöchentliche Testen der Schüler soll beginnen. Gegen die Maskenpflicht und die Testerei wird man vor dem Verwaltungsgericht keine Chance haben, aber alle geltenden Rechte und Gesetze müssen bei der Durchführung eingehalten werden. Ein Nasenabstrich darf nur von medizinisch geschultem Personal durchgeführt werden, also bleibt nur ein Spuck- oder Lolly-Test. Außerdem gilt der Datenschutz mit strengen Auflagen. Schon im Vorfeld bin ich mit einem Rechtsanwalt auf die Schule zugegangen und kommenden Montag erhalten die den ersten Brief. Die Schulen müssen bezüglich der Tests ihrer Verantwortung nachkommen und müssen z. B. auch belegen, dass sie alle 14 Tage die Daten wieder löschen. Wir können den Unfug nicht verhindern, aber wir können das Ausmaß beeinflussen.

Natürlich kenne ich auch einige ältere Menschen, die ängstlich sind, weil sie sich den ganzen Tag von den Medien berieseln lassen. Das Vertrauen in die Politik und in die Medien ist in diesem Land noch erstaunlich groß.

Welche politischen Ziele hast du für das Jahr 2021?

Uwe: Mein oberstes Ziel ist *die Basis* weiter zu etablieren, die 5 % zu schaffen und in den Bundestag zu kommen. Damit verbunden ist meine ganz große Hoffnung, dass sich in der politischen Landschaft etwas verändert. Ich erinnere mich, als damals die Grünen in den Bundestag eingezogen waren. Damit war auch das Thema Umweltschutz in der Politik angekommen und hat zu einem Umdenken bei den etablierten Parteien geführt.

Mich erschreckt der heutige Umgang der Politiker miteinander, z. B. im Parlament. Die Parlamentarier wissen, dass Publikum im Saal ist und die Sitzung im Fernsehen übertragen wird: Und was tun sie? Sie datteln mit ihren Handys. Das Mindestmaß an Höflichkeit und Anstand gebietet, dass ich zuhöre. Dabei ist egal von wel-

cher Partei der Redner ist. Denn, wenn ich nicht zuhöre, dann kann ich mich auch nicht mit den Problemen und Fragen auseinandersetzen: Dann verfolge ich nur noch eigene Ideologien. Hier zeigt sich die Missachtung der Anderen. Das Verhalten der Politiker zeigt ihre Respektlosigkeit. Ich würde als erstes die Geschäftsordnung ändern und ein Handy-Verbot durchsetzen. Auch das Rumlaufen und Quatschen, das gehört sich einfach nicht. Es muss ja nicht jeder Abgeordnete bei jeder Debatte dabei sein, aber wenn der dann hingehört, dann muss er sich auch dem Thema widmen, das gerade behandelt wird. Die Auseinandersetzung mit anderen Gedanken und Kritik findet überhaupt nicht mehr statt. Das stört mich am meisten. Nur wenn ich alle Seiten wahrnehme und ernsthaft diskutiere, kann ich die besten Lösungen für die Gesellschaft herausfiltern. Nicht zuhören zu können, scheint das größte Problem von Politikern zu sein.

Welches sind deine langfristigen Ideen?

Uwe: Momentan ist *dieBasis* eine Partei, die sich klar gegen die Corona-Maßnahmen positioniert, aber in Zukunft wird die Umsetzung der Basisdemokratie wichtiger werden. Dann muss man sich der Realpolitik stellen, damit wir am Ende keine Corona-Eintagsfliege sind. Von allen derzeitigen Parteien hat *dieBasis* die größten Chancen einen basisdemokratischen Wandel hinzubekommen. Natürlich können wir noch kein fertiges Parteiprogramm haben, aber neben den vier Säulen brauchen wir schon noch etwas mehr. Wofür stehen wir noch? Was sind unsere Inhalte? Ich kenne die Lösungen für unsere gegenwärtigen und zukünftigen Probleme nicht, aber es gibt in diesem Land einen Haufen Menschen, die dazu beitragen können, dass wir gute Lösungen finden. In der Politik muss das einseitige Denken aufgeweicht werden, dafür brauchen wir möglichst viele, die aktiv mitwirken und ihre Vorstellungen äußern. Wissen muss aus der breiten Masse kommen, von ganz vielen Menschen. Da kommt es nicht drauf an, ob jemand studiert hat oder nicht. Auch wer seine Ausbildung abgebrochen hat, kann etwas werden und machen. Das habe ich an Deutschland geschätzt. Aber es wird immer schwieriger Nischen zu finden, denn die Regelungen nehmen überhand. Zertifikate, Titel und Stempel sind in diesem Land viel zu wichtig geworden und auch den allzu großen Respekt vor Menschen, die Titel tragen oder Ämter besetzen, halte ich für falsch.

Ein langfristiges Ziel ist es, das Vertrauen in Politik

wieder zu beleben. Die derzeitige Entfremdung der Politiker von den Bürgern ist maximal. Wie schnell das Parteiensystem aufgelöst werden kann, wird man sehen. In den Parteien gibt es den verhängnisvollen Trend die falschen Anführer zu wählen. Die führenden Politiker tragen ja nicht nur Verantwortung, sie sind auch privilegiert, aber sie müssen für nichts gerade stehen. Es wird nötig sein, dass die Politiker in Zukunft für ihr Handeln auch haftbar gemacht werden können. Der Schaden, der seit 2020 angerichtet wird, der schreit danach, dass die Verantwortlichen auch zur finanziellen Verantwortung gezogen werden. Der Systemfehler liegt – aus meiner Sicht – in der Kontrolle der Politiker und in den Menschen, die in Parteien nach oben gelangen. Wir müssen uns unbedingt auch mit dem Einfluss von Wirtschaft auf Politik beschäftigen, beide Bereiche müssen entflochten werden.

Gibt es noch etwas, was du sagen möchtest?

Uwe: Noch eine Bemerkung zur Säule Machtbegrenzung. Das Wort Macht ist immer so negativ behaftet. Macht kommt von machen und so üben wir alle auf unterschiedliche Weise Macht aus. Die Frage ist, ob wir diese missbrauchen. Vielleicht wäre Machtmissbrauch das bessere Wort gewesen. Wenn jemand die Macht hat Menschen zu heilen, würde ich den nicht begrenzen. Wenn jemand Geld verdient und die Macht hat damit Gutes zu tun, dann will ich das auch nicht begrenzen. Auch wenn sich Menschen in Positionen hervortun, dann ist ein Grundsatz Machtbegrenzung fragwürdig. Jetzt ist das Bestreben etwas zu unterstützen noch sehr groß, aber man wird in ein paar Jahren sehen, wie viel davon noch übrig ist. Bei allen Vereinen und Parteien, die ich kenne, besteht das Problem darin, die wenigen aktiven Mitglieder bei der Stange zu halten. Ich mache seit über 20 Jahren Vereinsarbeit und weiss wovon ich rede.

SUSANNE MORITZ KREISVERBAND NORDFRIESLAND (SCHLESWIG-HOLSTEIN)

INTERVIEW AM 29. JUNI 2021



»dieBasis muss auch als Bürgerbewegung bekannter werden.«

SUSANNE MORITZ

(* 1959) war zehn Jahre lang selbstständige Rechtsanwältin und Fachanwältin für Ehe- und Familienrecht mit eigenem Büro und arbeitet seit über sieben Jahren als Schulbegleiterin mit Kindern und Jugendlichen, derzeit an einer Gemeinschaftsschule. Sie ist außerdem ausgebildete Tischlerin und Buchhändlerin.

Seit wann bist du Mitglied der Basis?

Susanne: Ich bin seit dem 25. April 2021 Mitglied, also seit der Gründung der Basis im Kreis Nordfriesland.

Wie hast du von der Basis erfahren?

Susanne: Im Jahr 2020 habe ich das Hin und Her mit den Parteigründungsversuchen *Widerstand 2020* und *WIR* verfolgt. Ich hatte vorher über eine Freundin, die bereits Basis-Mitglied war, eine Menge gehört und sie hat mich dann auch zu dem Gründungstreffen bei uns im Kreis mitgenommen. Ich hatte ohnehin vor, Mitglied zu werden. Dass es dann so schnell ging und ich dann auch gleich in den Kreisvorstand gewählt wurde, hatte ich mir nicht vorgestellt, aber so ist das dann manchmal.

Was waren die Gründe für deinen Beitritt?

Susanne: Ich kann mit dem Säulen-Modell viel anfangen, denn durch dieses ergibt sich vieles ganz automatisch und es können Fehlentwicklungen vermieden werden. Die Säulen stellen Grundwerte dar, die meiner Meinung nach Maßstab in allen Lebensbereichen sein müssen. Außerdem stehe ich hinter der Idee der Basisdemokratie, die nichts anders bedeutet, als dass jeder Verantwortung für sich selbst übernimmt. Daran mangelt es in unserem bisherigen System erheblich, weil die meisten Menschen darauf warten, dass es irgendjemand für sie richten wird. Wohin das führt, das sehen wir jetzt, aber die Entwicklung dahin hat schon lange vor Corona eingesetzt. Ich bin skeptisch, ob wir letztlich mit dem derzeitigen Parteiensystem weiterkommen, aber die Idee der Basisdemokratie kann auch ohne dasselbe verwirklicht werden und leben.

Erinnerst du dich an deine Gedanken im März 2020?

Susanne: Am Anfang war ich schockiert. Wenn ein Notarztwagen vorbeifuhr, dachte ich schon automatisch an Corona. Ich beschäftigte mich mit exponentiellem Wachstum, das in aller Munde war, und begann auszurechnen, wann wir wie viele Tote haben würden. Dieser Zustand hat etwa drei Wochen angedauert, aber dann fielen mir immer mehr die Ungereimtheiten auf und ich merkte, dass so viel in der Berichterstattung der üblichen Medien einfach nicht plausibel war. Ich habe viel gelesen und mich mit ebenfalls kritischen Freunden unterhalten. Glücklicherweise hatte ich einige Menschen mit ähnlicher Entwicklung in meinem näheren Umfeld. Uns

ist aufgefallen, dass wir im Fernsehen und in den Tageszeitungen nicht umfassend und wahrheitsgemäß informiert werden und haben andere Informationsquellen aufgetan.

Wo hast du dich damals informiert?

Susanne: Hauptsächlich im Internet, z. B. auf den Kanälen von Bodo Schiffmann, Markus Haintz und bei Rubikon. Ich habe mich aber auch fast von Anfang an mit Original-Quellen beschäftigt, z.B. mit den Zahlen und Statistiken des Robert-Koch-Instituts. Da wurde dann klar, dass selbst diese Informationen nicht in Deckung zu bringen waren mit dem, was in den Medien verlautbart wurde. Immer mehr Widersprüche tauchten auf. Von einigen Informationsquellen habe ich mich mittlerweile wieder verabschiedet und andere sind dazu gekommen, z. B. der Kanal von Wolfgang Wodarg, Gunnar Kaiser, Corona-Transition. An gute vertrauenswürdige Informationen zu kommen finde ich nach wie vor mühsam, arbeitsintensiv und zeitraubend. Aber es ist nach meinem Eindruck möglich und es ist sehr wichtig.

Ein einschneidendes Erlebnis auch zum Thema Berichterstattung durch die üblichen Medien war für mich die Demonstration in Berlin am 1. August 2020, an der ich teilgenommen habe. Da wurde die Diskrepanz zwischen der Berichterstattung und dem, was tatsächlich stattgefunden hat, überdeutlich. Der absolute Tiefpunkt war für mich erreicht, als die SPD-Vorsitzende Saskia Esken Hunderttausende von Demonstrationsteilnehmern aus der Mitte der Gesellschaft als »Covidioten« abqualifiziert hat und die Medien darüber ohne Widerspruch und unreflektiert berichteten.

Wie hast du die Demonstration am 1. August erlebt?

Susanne: Wir kamen etwas zu spät und waren gegen 11:30 Uhr am Bahnhof Friedrichstrasse ausgestiegen. Etwa eine Viertelstunde später kam der Demonstrationzug auf uns zu. Die Stimmung war toll, es war bunt und friedlich. Ich habe nur ganz vereinzelt mal schwarz-weiß-rote Fahnen gesehen. Gemeinsam mit dem Freund, mit dem ich dort war, haben wir uns öfter an den Straßenrand gestellt, um Pause zu machen. Wir haben an dem ganzen Tag nie das Ende des Zuges gesehen. Das war beeindruckend. Die offiziellen Zahlen, die dann berichtet wurden, hatten mit der Realität nichts zu tun. Als ich dann später in den »Husumer Nachrichten« den Artikel über die-

se Demo las, habe ich mein Zeitungs-Abo gekündigt: Eine Zeitung, die mich so falsch informiert, werde ich nicht weiter lesen und finanzieren. Auf meinen ausführlichen Brief, in dem ich auf verschiedene Aspekte der Falschberichterstattung eingegangen bin, habe ich nie eine Antwort erhalten.

Liest du heute noch Zeitung oder siehst fern?

Susanne: Ja. Das mache ich, um zu verstehen und darüber im Bild zu sein, was hier geschieht. Dafür brauche ich die offizielle Darstellung in den Mainstreammedien und dazu brauche ich die Hintergrundinformationen, die ich anderen Medien und Quellen entnehme. Es gibt hin und wieder Beiträge im Fernsehen oder in Printmedien, die ertrage ich nicht, weil sie ganz offensichtlich keinen anderen Zweck haben, als die Menschen zu manipulieren. Dann schalte ich aus oder lese nicht weiter. Es entsetzt mich, wie unverhohlenen Menschen manipuliert werden sollen.

Was habt ihr im Kreisverband Nordfriesland seit der Gründung gemacht?

Susanne: Wir sind dabei, Strukturen aufzubauen und die anfallenden Aufgaben im Vorstand zu verteilen. Ich bin Säulenbeauftragte für Machbegrenzung und Kommunikationsbeauftragte. Mir geht es darum möglichst viele Mitglieder zu gewinnen und für die Mitarbeit zu begeistern. Einige erhoffen sich vielleicht, dass es die Basis schon irgendwie richten wird und dann ist alles wieder gut. Aber das ist nicht so. Basisdemokratie bedeutet Mit- und Zusammenarbeit von möglichst vielen. Über die Stammtische und regelmäßige Treffen erhoffen wir uns die Aktivierung möglichst vieler Mitglieder, die sich dann auch untereinander vernetzen. Im nördlichen und südlichen Nordfriesland haben wir jeweils regelmäßige Stammtische.

Weiterhin vernetzen wir uns mit den anderen Kreisverbänden und dem Landesverband. Es läuft so viel Interessantes, aber es ist nicht möglich, an jedem Zoom und an jeder Veranstaltung teilzunehmen. Außerdem sind wir – bei begrenzten finanziellen Mitteln – damit beschäftigt, verschiedene Wahlaktivitäten zu organisieren und umzusetzen. Wir erstellen Listen, wer, was, wann und wo macht: Info-Stände betreuen, Flyer verteilen, Wahlplakate hängen und noch einige andere kreative Aktionen etc. Das hat im Moment Vorrang, denn der Termin für die Bundestagswahl naht. Wir freuen uns aber auf die Zeit danach, wo endlich mehr Zeit für inhaltliche Diskussionen ist und die kreative Umsetzung gesellschaftlicher Veränderungen begonnen werden kann.

Was ist für dich am wichtigsten?

Susanne: Für mich ist zweitrangig, dass die Basis eine weitere Partei ist, die in den Bundestag einziehen will. Ich frage mich, ob wir in ein paar Jahren dieses Parteiensystem überhaupt noch haben werden. Im Moment steht die Wahl an, die möglichst gut gewuppt werden muss. Aber das meine ich nicht in dem Sinne, dass wir 5 % + erreichen, sondern in dem Sinne, dass *dieBasis* auch als Bürgerbewegung bekannter werden muss. Beides schließt sich nicht aus. Ich persönlich gehe nicht davon aus, dass *dieBasis* in den Bundestag einzieht und wäre darüber auch gar nicht so traurig, weil ich das zumindest für zu früh halte. Über Vieles muss noch nachgedacht werden und es muss noch so viel diskutiert und ausgearbeitet und gestaltet werden. Das ist ein Prozess, der Zeit braucht und der viele tatkräftige, begeisterungsfähige, verschiedene Menschen braucht. Wegen der Wahlaktivitäten haben wir im Moment zu wenig Zeit für die inhaltliche Arbeit. Wir müssen nach der Wahl verstärkt die Mitglieder ermuntern, an der inhaltlichen Arbeit und an deren Umsetzung im Alltag teilzunehmen und sich dafür einzusetzen.

JÖRG HUCKENBECK KREISVERBAND GOSLAR-SALZGITTER-SEESSEN, NIEDERSACHSEN INTERVIEW AM 27. MÄRZ 2021



»Wenn öffentlich konsensiert wird, dann gibt es andere Ergebnisse und Verhaltensweisen als bei Ja-Nein Abstimmungen.«

JÖRG HUCKENBECK

(* 1962) in Breitscheid bei Düsseldorf, zwei erwachsene Kinder; war zuerst Seemann und Elektriker, dann 20 Jahre IT-Unternehmer und bis März 2020 mit eigenem Musik-Studio in der Event-Branche tätig.

Seit wann bist du Mitglied der Basis?

Jörg: Seit dem 7. November 2020, ich bin kurz vor dem außerordentlichen Bundesparteitag in Thüringen eingetreten. Vorher war ich Mitglied der Partei »Die Linke«.

Wann bist du aus der Partei »Die Linke« ausgetreten?

Jörg: Ich bin offiziell am 19. September 2020 während der Querdenker-Demo in Hamburg ausgetreten. Da habe ich eine etwa zwölfminütige Rede gehalten (mit dem Kündi-

gungstext unten). Nur zehn Meter neben der Bühne war ein Briefkasten. Dort wurde nach der Rede mein Kündigungsschreiben eingeworfen. Ich bin als »Linker« auf die Bühne gegangen – so wurde ich auch angekündigt –, habe diese als Nicht-Linker verlassen und unter Polizeischutz hat jemand, dem ich den Brief von der Bühne aus übergab, diesen dort eingeworfen. Davon gibt es sogar Fotos- und Filmmaterial. Das war schon komisch.

Wann bist du der »Linken« beigetreten?

Jörg: Links war ich seit meinem 20. Lebensjahr. Damals war in meiner alten Heimatstadt, Wülfrath, die DKP sehr stark. Ich war zwar kein Mitglied, habe aber offen-siv mitgemacht. Später war ich mal bei den Grünen, bin dort aber wieder ausgetreten und dann über die »Wahl-alternative Soziale Gerechtigkeit« (WASG) zur »Linken« gekommen. Damals rief mich ein alter Kumpel an: »Jetzt lohnt es sich. Der Oskar Lafontaine steigt mit ein, wenn wir in Nordrhein-Westfalen über 2 % der Stimmen bekommen.« Ein weiterer Kumpel, der bei VW arbeitete, hatte sich eben-falls gemeldet: »Mit der WASG, da lässt sich was reißen.« So war ich eines der Gründungsmitglieder der WASG im Landkreis Aurich (Ostfriesland). Wir waren dort inner-halb eines Jahres etwa 120 Mitglieder und beteiligten uns bei den Landtagswahlen 2008. Bei diesen Wahlen hatten wir hier oben in mehreren Kreisen über 10 %, das hat »Die Linke« nie wieder geschafft. Zu dieser Zeit war ich eine Zeitlang WASG-Vorsitzender des Kreisverbandes Au-richt/Emden. Der Zusammenschluss von WASG und PDS fand im Jahr 2007 auf dem Parteitag in Dortmund statt.

In Ostfriesland habe ich 10 Jahre gelebt, bis 2012, dann kamen ein paar unstete Jahre und durch die Umzieherei war ich aus dem politischen Leben etwas draußen. In Cuxhaven habe ich mich ab 2016 wieder engagiert und hier in Seesen dann ab 2018.

Gab es schon vor deinem Austritt eine innerliche Distanzierung?

Jörg: Ja. Ende Februar fand eine zweitägige »Strategie-Konferenz« mit 800 Teilnehmern in Kassel statt. Die Ver-anstaltung richtete sich an Mitglieder ohne Parteifunk-tion, also an diejenigen, die kein Mandat ausüben oder in einen Vorstand gewählt sind: Man will ja basisdemo-kratisch sein und es sollen sich viele Mitglieder beteiligen können. Die Veranstaltung war – böse gesagt – dazu da, um diejenigen zu beruhigen, die keine Mandate haben oder als Vorstände arbeiten: Wer die Zettel verteilt und die Plakate hängt, der muss auch etwas beitragen dür-fen. Die Themen der Arbeitsgruppen reichten von Sozial-system, bedingungsloses Grundeinkommen, Einsatz von Militär bis zu Wirtschaft und Ökologie. Ein paar Leute zogen sich ca. zwei Stunden zurück, diskutierten, fassten zusammen und dann wurde das Ergebnis auf der Bühne vorgestellt.

Am zweiten Tag kamen dann einige Amtsträger und zum Abschluss gab es Reden von den damaligen Linken-

Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, wei-terhin von Bodo Ramelow, von Dietmar Bartsch und von Susanne Henning-Wellsow (jetzige Vorsitzende). Hier wurde dann nur noch von einem »Green New Deal« ge-sprochen, mit dem wir als »Die Linke« bei den kommen-den Wahlen antreten wollen. Wir, die wir zwei Tage mit-einander diskutiert hatten, guckten uns an: »Das ist doch nicht das, was wir die letzten zwei Tage hier ausgearbeitet ha-ben.« Das Gesamtergebnis aus unseren Arbeitsgruppen hatte nichts mit dem zu tun, was der Vorstand oder so ein Ministerpräsident aus Thüringen da vorn erzählte. Das war eine ganz große Schieflage. Es ging natürlich hinter-gründig schon um die nächste Bundestagswahl im Herbst 2021: Man wollte sich unter allen Umständen als regie-rungsfähig anbieten.

Unangenehm aufgefallen ist mir aber auch das Ge-schacher um die Besetzung von Posten. Im Westen gibt es nicht viele Abgeordnete und »Die Linke« hat nicht viel Geld. Da geht es um Halbtags- und Viertelstellen. Da kommt es dann gern zu Schiebereien hinter den Kulis-sen. Als die PDS und die WASG verschmolzen sind, gin-gen überproportional viele Posten an ehemalige PDS-Mitglieder. Vieles von dem liegt schon 12 bis 15 Jahre zurück und zu Corona-Zeiten stellte ich fest: »Hier stimmt irgendwas nicht.«

Wie war die Diskussion zu den Corona-Maßnahmen bei »Die Linke« im Jahr 2020?

Jörg: Erstmals habe ich versucht die Pandemiegeschich-te bei einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes Goslar im Februar 2020 zu thematisieren. Die Stimmung war: »Da kommen wir schon irgendwie durch, da wird schon nichts passieren.«

Katja Kipping kenne ich seit dem Jahr 2006, aus der Bundesarbeitsgemeinschaft »Bedingungsloses Grund-einkommen«. Bei der Strategie-Konferenz im Februar 2020 hatte ich sie in einem privaten Gespräch auf das Thema Corona angesprochen. Da hat sie wegge-guckt. Es hatte schon eine Veränderung stattgefunden. Gesehen hatte ich sie ein Jahr vorher auf dem Fest der Linken in Berlin. Da war noch alles herzlich und mit Umarmung.

Es gab weiterhin ein paar Vorstandssitzungen auf Kreisebene im Jahr 2020, in denen darüber diskutiert wurde und es sollte auch eine Kreismitgliederversamm-lung geben, die dann wegen Corona abgesagt wurde. Da kamen bei mir damals Stimmen an: »Guck mal Jörg, hier läuft etwas komplett schief. Warum gehen wir nicht zu diesen

Querdenker-Demos.« Die Parteilinie der Linken war genau wie die der Grünen, der SPD, der CDU und CSU. Kein bischen Contra. Auch die Sahra Wagenknecht hat sich damals nicht positioniert. Das ganze Feld war komplett abgegeben. »Die Linke« hätte auch für andere Maßnahmen kämpfen können, ich hatte z. B. einen Antrag gestellt, dass man die alten Menschen in den Altenheimen schützt, ohne sie zu isolieren. Dass hier die meisten sterben könnten, war ja schon zu Beginn im März 2020 klar. Mein Vorschlag war, HEPA-Filteranlagen in den Altenheimen einzubauen, also die Systeme, die auch in OP-Sälen die Luft filtern. Darüber wurde nicht einmal eine Minute diskutiert, immerhin durfte ich ohne Unterbrechung zu Ende reden. Mir schien, dass eine eigene Strategie gar nicht gewollt war, um bei den Bundestagswahlen mit irgendjemand eine Koalition bilden zu können.

Am 31. August 2020 war unser Linken-Bundestagsabgeordneter Viktor Perly wegen eines Termins mit Verdi-Vertretern der Asklepios-Klinik in Seesen. Es bestand der Verdacht, dass Asklepios die Klinik aufgeben möchte. Wir hatten hier etwa 6.000 Unterschriften für den Klinikertag und zur Bekundung unserer Solidarität mit den Mitarbeitern gesammelt; bei einer 20.000-Einwohner Stadt eine ganze Menge.

Abends gab es dann eine Kreismitgliederversammlung und ich hatte vorher angekündigt, es kann sein, dass ich an dem Abend austrete. Auch das Thema Corona kam kurzfristig auf unsere Tagesordnung. Da wurde es richtig ekelhaft gegenüber den anderen Mitgliedern seitens der Kreisvorstände. Perly war der Meinung: »Die Maßnahmen der Regierung sind alle korrekt und müssen genau so sein.« Davon ist er keinen Millimeter abgewichen.

Zu bedenken ist, dass es am 29. August diese Szenen am Reichstag gegeben hatte. Das war noch ganz aktuell. Die vielen Hunderttausend Teilnehmer der verschiedenen Demos an diesem Tag wurden einheitlich verunglimpft: »Das sind doch alles nur Verschwörungstheoretiker, man kann sich doch nicht mit Neo-Nazis in ein Boot setzen.« Es wurde an dem Tag richtig laut und ich bin nicht zurückgetreten. Ich habe mich dann mit mehreren Parteimitgliedern in den Tagen darauf getroffen, um zu überlegen, was man machen könnte. Anschließend habe ich mich entschieden. Ein Grund für meinen Parteiaustritt war die Diskriminierung als »Verschwörungstheoretiker«, »Neo-Nazi«, »Faschist«, etc. ich habe damals eine Liste geführt, da standen am Ende 15 Begriffe drauf. Ich wurde innerhalb der Partei diskriminiert und ausgegrenzt.

Dein Eindruck war, dass die Funktionsträger über dieses Thema nicht reden wollten?

Jörg: Unser Landesvorsitzender, hier in Niedersachsen, war Diether Dehm. Der wollte mit dem Thema überhaupt nichts zu tun haben. Wer in Bezug auf Corona kritisch aufgetreten ist, kam an die Spitze nicht mehr ran. Die wurden geschnitten und gelangten in kein Abgeordnetenbüro mehr. Das begann schon auf Kreisverbandsebene.

Mein Eindruck war, dass Listen der Kritiker geführt wurden. Zwei Freunde von mir wurden angerufen und gefragt, wo der jeweils andere in der Frage steht. Natürlich haben sie sich untereinander von den Anrufen erzählt.

Glaubst du, dass es hier Absprachen der Mandats- und Funktionsträger gab?

Jörg: Ja, das kam von oben. Ich vermute, das waren zwei bis drei Leute im Bundesvorstand und die haben die Richtung vorgegeben. Vielleicht war Angst das Motiv? Wir haben ja mindestens unterschwellig alle in Angst gelebt. Am Anfang habe ich überlegt, muss ich jetzt Gummihandschuhe tragen und den Einkaufswagen desinfizieren? Meine Frau hat Masken genäht und ich habe mitgeholfen. Vielleicht war Angst ausschlaggebend. Wenn sich im Vorstand ein paar angst-gesteuerte Meinungsmacher befinden, dann sind alle ganz schnell eingenordet. Von dieser Geschichte dann wieder abzuweichen, ist für eine Partei ganz schwer. »Die Linke« ist an der richtigen Stelle einfach falsch abgebogen und seitdem fährt sie einen ganz falschen Kurs. Dass die Deutungshoheit zu Corona bereits Anfang des Jahres 2020 abgegeben wurde, war – aus meiner Sicht – ein Fehler. Das wäre ein Impuls gewesen um richtig Stimmen zu gewinnen. Dann würde es die Basis gar nicht geben und »Die Linke« wäre zweifelhaft. Die haben sich hier falsch aufgestellt und der Hintergrund ist für mich nicht nachvollziehbar. Es wurde nicht diskutiert. Was ist da abgelaufen?

Wie kam es zu deinem Beitritt zur Basis?

Jörg: Das begann am 19. September 2020 mit meiner Rede auf einer Querdenken-Demo in Hamburg. Damals habe ich mir gesagt: »Partei will ich nicht mehr, aber ich stehe gern der Querdenken-Bewegung als Redner zur Verfügung.« An dem Tag hielt auch David Siber eine Rede und der ist dann extra in Hamburg geblieben. Wir haben uns noch etwas unterhalten. Am 3. Oktober 2020 war ich mit meiner Frau in

Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Hamburg, 19. September 2021

Hallo Genossinnen und Genossen,

mit diesem Schreiben erkläre ich meinen sofortigen Austritt aus der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE hat ihre historische Chance, spätestens im März verpaßt und die Deutungshoheit in der Coronakrise anderen überlassen, immer die mögliche Regierungsbeteiligung im Auge (was z. Zt. eine rein rechnerische Unmöglichkeit ist) um dann in vorsehendem Gehorsam die Menschen aus dem Blick zu verlieren.

Es werden kritische Parteimitglieder, Freunde von mir und ganz normale Bürger pauschal als Neoliberale, Rechtsextreme, Faschisten, Nazis, Antisemiten, Esoteriker, Covidioten, rücksichtslose Ignoranten, Verschwörungstheoretiker, Coronaleugner, Qanon-Anhänger, Rassisten, Islamfeinde, Holocaustleugner sowie als extreme Rechte von AfD, NPD bis hin zu Reichsbürgern, III. Weg und Nazihoos pauschal diffamiert.

Von einer Partei der Aufklärung erwarte ich jedoch den Diskurs zu suchen und die Beweggründe der Demonstrierenden zu erkunden. Eine Regierung die ein Panikstrategiepapier verfaßt, Zensur betreibt, über die öffentlich-rechtlichen Medien einseitige Informationen betreibt, unappetitive Coronakinderspiele mit hohem Gewaltpotential sponsert, den kompletten Kulturbetrieb lahm legt, die Wirtschaft zerstört, alten Menschen den würdigen Abschied aus ihrem Leben nimmt, Menschen mit einem Maskenzwang drangsaliert und der Würde beraubt, ist absolut nicht vertrauenswürdig.

Statt fragwürdige und pauschal diskriminierende Anti-Demos mit gewaltbereiten AntiFa Schlägern zu organisieren wäre es doch angebracht, im Sinne der linken Werte eine Aufklärungskampagne mit unterschiedlichen Fachleuten zur Corona-Problematik einzuladen und einen zielführenden Diskurs mitzugehen. Kritische Fragen, in der Öffentlichkeit und im Bundestag, zur Beurteilung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite, zur Aushebelung der Grundrechte und zu den überzogenen Maßnahmen, z. B. der unsinnigen Maskenpflicht für fast ‚Alle‘, werden nicht gestellt.

Politisch begibt sich die Linke damit unaufhaltbar ins Abseits und ich frage mich ernsthaft warum sie Veranstaltungen wie »linke Argumente gegen rechte Parolen« macht, statt nach Lösungen zu suchen, die für alle gelten können. Mit dem Finger auf andere zeigen lenkt von der eigenen Verantwortung und der eigenen Hilflosigkeit ab und ist zugleich diskriminierend.

Nur gemeinsam, in der Auseinandersetzung und im Austausch mit anderen Meinungen kann sich eine neue, der eigenen Verantwortung, eines jeden Einzelnen, bewusste, Gesellschaft entwickeln.

Ich bitte um Bestätigung meines Austritts und einen Diskurs zu den oben genannten Punkten.

Liebe Grüße
Jörg Huckenbeck

Austritt: Brief von Jörg Huckenbeck

Konstanz. Zufällig trafen wir dort David und seine Frau. Nach einem Gespräch fragte er mich: *»Habt ihr nicht Lust heute Abend mit uns Essen zu gehen?«* Wir waren dann eine Gruppe von 14 bis 15 Leuten, da waren auch ein paar Kinder und Jugendliche dabei. In dem Gespräch äußerte David die Idee: *»Ich spreche jetzt mal mit einigen kleinen Parteien und gucke, ob da irgendwas dabei ist.«* Erst damals ist er bei den Grünen ausgetreten. Ich meinte nur: *»Na dann geh mal auf die Suche.«* Etwa zwei Wochen später rief er

mich an und meinte: *»Ich hab jetzt mit allen gesprochen. Erst scheint alles gut zu sein und dann packt wieder irgendeiner seine narzisstische Störung auf den Tisch.«* Doch drei Tage später kam ein erneuter Anruf von ihm, diesmal begeistert: *»Jetzt habe ich was gefunden. Die Basis, die haben sogar schon ein Logo. Die Leute sind gut drauf und sind schon beim Bundeswahlleiter angemeldet.«* Etwas später schrieb er mir: *»Wir haben jetzt außerordentlichen Bundesparteitag in Thüringen, nicht weit weg, hast du nicht Lust vorbeizukommen?«* Da nur

Parteimitglieder teilnehmen konnten, bin ich eingetreten und habe bei einer kurzen Rede mitgeteilt: »Wie einige von euch wissen, war ich vorher bei den Linken, ich werde in der Basis mitarbeiten und möchte mich im Bereich Machtbegrenzung einsetzen. Ich habe in anderen Parteien gesehen, wie schnell zentrale Strukturen wachsen, die dann hinterher nicht mehr zu verändern sind. Ich werde weder einen Vorstandsposten übernehmen, noch für die Bundestagswahl kandidieren.«

Warum bist du der Basis beigetreten?

Jörg: Da waren zunächst die vier Säulen, vor allem die Machtbegrenzung. Das bedeutet für mich vor allem: Keine Ämterhäufung. Im Vorstand eines Kreis-, Landes- oder Bundesverbandes und als Abgeordneter im Landtag oder Bundestag – das geht nicht. Es sollte möglich sein zwischen Positionen zu wechseln, aber jedes Amt sollte zeitlich begrenzt sein. An zweiter Stelle steht für mich Achtsamkeit und das Konsensieren. Wenn öffentlich konsensiert wird, dann gibt es andere Ergebnisse und Verhaltensweisen als bei Ja-Nein Abstimmungen.

Bei diesen muss ich mich positionieren, habe mich damit geoutet und werde damit irgendeinem Lager zugeordnet, in das ich gar nicht gehöre. Dann hebe ich meine Hand vielleicht schon, damit ich nicht in dieses Lager reinrutsche. Beim konsensieren entgehe ich dieser Entweder-Oder Zwickmühle.

Welche Wünsche und Ziele hast du für deine politische Arbeit in 2021?

Jörg: Ich möchte, dass *dieBasis* unbedingt in den Bundestag reinkommt, am besten zweistellig, und ich würde gern als *dieBasis*-Vertreter im Stadtrat von Seesen mitarbeiten. Ansonsten setze ich mich hier im südlichen Niedersachsen dafür ein, dass Kreisverbände entstehen und habe hier etliche Gründungen begleitet.

Auf Bundesebene wünsche ich mir eine Vernetzung unter den Kreisverbänden um die guten Ideen und politischen Kampagnen schnell in die Fläche zu bekommen und somit in den Blick der Öffentlichkeit kommt.

AYDA KAYA, HERBERT HARTUM (KREISVERBAND STARNBERG-AMMERSEE)

ÜBER DAS »WIE UND WARUM« EINER PARTEIGRÜNDUNG IN DER »NEUEN NORMALITÄT«

EINE NEUE PARTEI WEGEN CORONA?

Unzufriedenheit über die Arbeit der Regierungsparteien in Zusammenhang mit Corona war nur der Anlass für die Gründung des Kreisverbandes »*dieBasis* Starnberg Ammersee« im Landesverband Bayern der Basisdemokratischen Partei Deutschlands am Abend des 7. August 2020 in Herrsching. Fast alle Gründungsmitglieder waren niemals vorher in ihrem Leben politisch aktiv und schon länger enttäuscht vom respektlosen Umgang miteinander in Zusammenhang mit politischen Themen in den Medien und den zunehmend rücksichtslosen Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik.

Wer versucht, diese Strukturen kritisch zu hinterfragen, wird jedoch sehr schnell ausgegrenzt. Dabei sollten die negativen Auswirkungen von Ausgrenzung, die in der sozialpsychologischen Forschung zum sogenannten »An-

dorra-Effekt« führen, eigentlich bekannt sein: »Wenn sich Menschen ausgegrenzt fühlen, werden sie sich immer mehr den Vorurteilen gemäß verhalten, die über sie im Umlauf sind.« So verstärkt sich etwa auch Radikalismus quasi von selbst. Dies kann aber nicht im Interesse eines friedlichen, demokratischen Zusammenlebens sein. Eine Lösung wäre hier, zu versuchen, sich in den anderen hineinzusetzen – auch wenn es manchmal schwer fällt. Miteinander reden statt übereinander. Nur so kann Empathie entstehen!

In Corona-Zeiten hieße das, z. B. Menschen mit Angst vor dem Verlust bürgerlicher Grundrechte genauso ernst zu nehmen wie die Angst anderer vor einer Pandemie. Tatsächlich ist es jedoch immer noch sehr schwierig, die negativen Auswirkungen der neuen »Fürsorge-Politik« in



öffentlichen Diskussionen zu thematisieren ohne sofort ins Abseits argumentiert zu werden.

Dabei gehört zu den Freiheitsrechten einer demokratischen Gesellschaft nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern auch die Meinungsäußerungsfreiheit. Diese wurde jedoch von Kritikern innerhalb der Regierungsparteien und selbst von den Oppositionsparteien nicht beansprucht, als Deutschlands Grundrechte in den Tiefschlaf geschickt wurden. Ob aus Angst vor Ausgrenzung oder anderen Gründen sollte jedoch sehr kritisch hinterfragt werden.

Dafür will sich *dieBasis* jedenfalls an erster Stelle politisch zu Wort melden und sieht sich dabei eher als Bürgerbewegung denn als Partei. Ein Parteiprogramm zu anderen politischen und sozialen Fragen soll unter Mitwirkung von Betroffenen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie-Schäden, Mitgliedern und Interessierten in nächster Zeit basisdemokratisch formuliert werden.

Die wichtigsten Eckpunkte sind jedoch schon gesetzt: Die Freiheit für uns alle bewahren durch Selbstverantwortung und achtsamen Umgang miteinander, sowie Machtstrukturen besser und basisdemokratischer zu kontrollieren – anstatt zu spalten und sich gegenseitig auszugrenzen.

Eine Verschwörungstheorie? Nein – *dieBasis* des »Vier-Säulen«-Prinzips, das als Leitfaden für politisches Handeln der Parteimitglieder so in die Praxis umgesetzt wird.

Im Übrigen sollte nicht unerwähnt bleiben, dass hier in diesem Landkreis aus einer ziemlich bunten Sammelbewegung schon einmal eine Partei entstanden ist – mit dem Anspruch der politischen Erneuerung und gesellschaftlichem Umdenken. Sie wurde lange nicht ernst genommen, ist heute dennoch politisch sehr erfolgreich. Diese Gründung liegt jedoch nun auch schon wieder 40 Jahre zurück.

Manchmal braucht es eben nur den richtigen Impuls, um etwas Neues zur richtigen Zeit voran zu bringen – zusammen mit der Unterstützung von vielen!



BASISDEMOKRATIE WAGEN

BEWERBUNGSREDE AUF DEM LANDESPARTEITAG IN RENDSBURG AM 11. APRIL 2021

»Wir wollen mehr Demokratie wagen.« So umriss Bundeskanzler Willy Brandt vor über 50 Jahren sein politisches Programm. Er prägte damit den Zeitgeist der damaligen Bundesrepublik. Seine großen Worte haben nichts von ihrer grundlegenden Bedeutung eingebüßt. Und so wurde in den Jahren nach Brandts Regierungserklärung kräftig gewagt, allerdings oft genug gegen die Regierungen in Stadt, Land und Bund, in den aufkeimenden Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre: Frauenbewegung, Umweltbewegung, Anti-Atomkraftbewegung, Friedensbewegung, Geschichtswerkstätten, Hausbesetzer, Initiativen zur Aufarbeitung der immer noch verdrängten Nazi-Verbrechen. Und, und, und...

Nie zuvor sprossen in deutschen Landen derart viele Initiativen und Bewegungen aus dem Boden wie in den Jahren, nachdem Brandt zurückgetreten war. Sie wagten mehr Demokratie.

Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Politisierung: Auch international entstanden in den unruhigen 1960- und 1970er-Jahren neue Kraftfelder zivilgesellschaftlicher Politik. Und mit den Grünen zog 1983 schließlich eine Partei in den Bundestag ein, die viele dieser Initiativen bündelte, und überdies die neue bürgerliche Widerspenstigkeit in ihrem Habitus und ihren Reden verkörperte.

Mehr Demokratie – auf der anderen Seite der Mauer war es wirklich ein Wagnis, und mehr und mehr Bürger in der DDR gingen es ein, in Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen, oft unter dem Dach der Kirche. Und dann erlebten wir nach dem Zusammenfallen des SED-Staates ein paar Monate voller demokratisch-anarchischer Aufbrüche, bis die westdeutschen Parteien im Frühjahr 1990 diese Feldversuche ostdeutscher Demokratisierung abbrachen und die weitere Entwicklung, die Abwicklung des zweiten deutschen Staates, in ihre Hände nahmen – eher der alten CDU-Parole aus der Adenauer-Zeit, »Keine Experimente«, als dem Brandtschen Demokratie-Applaud folgend.

Mehr Demokratie wagen, das kann auf viele Arten geschehen. Demonstrationen werden nicht reichen. Petitionen auch nicht. Auch nicht, dass Parlamente sich den Rat

von Bürgerforen holen, wie in Irland geschehen und wie es nun die freundlichen Radikalen von Extinction Rebellion vorschlagen: Nebenparlamente von aufgeklärten Bürgern, die einschneidende Maßnahmen erörtern und der Regierung vorschlagen, ohne dem Konkurrenzdruck und dem Opportunismus der parlamentarischen Parteien unterworfen zu sein. Denn für so etwas müssten sich die Parlamente zuallererst einmal darauf einlassen.

Basisdemokratie ist die neue Kraft, die in die Parlamente gehört, ich werde nach Kräften helfen die Basisdemokratie im Bundestag zu etablieren. Mit bröckelnden Brücken und viel zu wenig Schulen, Turnhallen, Gleisen und Stromleitungen, einer Investitionslücke in der Infrastruktur von 75 Milliarden Euro jährlich. In unserem, dem reichsten Land Europas, fehlen 80.000 Pflegekräfte, 30.000 Grundschullehrer, 100.000 Erzieher – und 2 Millionen Wohnungen in den großen Städten. Es lebt ein Viertel der Arbeitenden von Niedriglöhnen, braucht ein Zehntel der Arbeitnehmer staatliche Leistungen, um durchzukommen. Ölkrise, Wald- und Artensterben, Energiekrise, Klimawandel, Währungs-, Finanz- und Schuldenkrisen, und nun seit über einem Jahr Corona-Krise.

Die deutsche Politik ist eine Baustelle.

Auf jeder Baustelle erfüllen Fachleute in ihrem Spezialgebiet Aufgaben und übernehmen Garantien und Haftung. Fachleute sucht man in der Führungsriege der aktuellen Regierung umsonst, Garantien und Haftung übernimmt schon gar keiner.

Die deutsche Politik ist eine Baustelle.

Ich bin Stefan Habermann, Handwerksmeister, und ich bin Spezialist für Baustellen. Ich bewerbe mich Mitglied einer starken Truppe zu werden und auf der Baustelle Deutschland endlich aufzuräumen und zu renovieren.

Vielleicht fangen wir ja überhaupt mit der Demokratie erst jetzt wirklich richtig an.

Lasst uns gemeinsam den Erben und Nachfolgern Willy Brandts zeigen, wie mehr Demokratie tatsächlich geht.

MEHR INFORMATIONEN ZU STEFAN HABERMANN

www1.wdr.de/kandidatencheck/2021/ndr-bundestagswahl/video/video-stefan-habermann-diebasis-steinburg--dithmarschen-sued-bundestagswahl-100.html

www.abgeordnetennetenwatch.de/profile/stefan-habermann

FRIEDENSGESPRÄCHE IN DER SCHWITZHÜTTE

Einer bekannten Legende zufolge haben schon Helmut Kohl und Boris Jelzin in den 1990er-Jahren wichtige Verhandlungen in einer Sauna abgehalten. Eine Art Friedenspfeife, zwar ohne Pfeife aber mit Aufguss. Ein paar Nummern kleiner habe ich nun auch schon mehrfach die Erfahrung gemacht: In der Sauna kommt man sich tatsächlich näher – nein, nicht so wie man denken könnte. Ganz gesittet.

Ich spreche von der Sauna in meinem Sportstudio, das ich nach gefühlten (und leider tatsächlichen) sieben Monaten Lockdown mittlerweile wieder besuchen „darf“ – und klar, nur mit Test. Meiner korrumpierten Testseele wider-Willen zum Trotz wollte ich mir dann doch mal wieder einen körperlichen Ausgleich zum Schreibtisch gönnen – bis zum nächsten bereits jetzt lancierten shutdown im Herbst. Wer jetzt aber denkt, alles sei darüber hinaus „normal“ – mitnichten. Man wird ja nicht nur mit der Testpflicht, sondern auch noch mit der Maskenpflicht traktiert – ok, während man dann an den Hanteln und Geräten turnt, darf man sie kurz abnehmen, sehr großzügig. Wer sich nach diesen sportlichen Strapazen dann endlich entspannen will, hat sogar mit etwas Glück die Gelegenheit, die Sauna aufzusuchen. Glücklicherweise kann sich nämlich nur jemand schätzen, der zufällig einen der zwei (!) raren Plätze in der geräumigen Sauna ergattert. Mindestabstand versteht sich. Wäre ja schlimm, wenn bei 90 Grad Celsius Lufttemperatur, in dem wohl kaum eine Mikrobe überlebt, man sich zu dicht auf die Pelle rücken würde!

Spätestens hier trennt sich aber die Spreu vom Weizen. Die Absurditäten, denen wir trotz kaum messbarer sogenannter „Inzidenzen“ tagtäglich ausgesetzt sind, werden hier auch von solchen Menschen nicht mehr vollständig übersehen, die ansonsten viel braver sind als die angeblich so bösen Corona-Kritiker. So kommt es doch erstaunlich oft vor, dass draußen vor der Saunatur leicht verschämt geschaut wird, ob die Höchstgrenze von zwei Personen bereits überschritten wurde und man ja eigentlich nicht hinein darf. Wenn ich allerdings drin bin, können sie sicher sein, dass ich ein Zeichen gebe: Herein! Wo noch Platz ist – und meist ist viel Platz (gefühlte passen mindestens 15 Leute hinein!) – solle sich doch bitte jemand dem Schwitzen hingeben und die kleinen oder gro-

ßen Sorgen des Alltagswahnsinns wenigstens für eine Viertelstunde hinter sich lassen. Und das ist dann auch im wahrsten Sinne einen Door-Opener – auch für die Seele. Schon hat man ein Thema – die übertriebenen Corona-Maßnahmen werden hier allzu deutlich. So eröffnen mir manche, sie seien doch schon „zweifach“ geimpft, was für ein Blödsinn das dann sei mit diesem Abstand. Ich verberge dann auch nichts und sage, was ich denke. Schließlich ist man ja nackt – ich hab nichts zu verbergen. Ich stoße wiederum auf erstaunlich offene Ohren – mit meist wildfremden Leuten. Es findet sogar regelrecht ein „Diskurs“ statt; man spricht über die Widersprüche, Zweifel und ich stoße auf erstaunlich viel Toleranz; man tauscht seine Perspektiven aus und respektiert sich gegenseitig. Es ist wenig von dem sonstigen hasserfüllten, von Intoleranz und Rechthaberei geprägten gesellschaftlichen Klima zu spüren ...

Liegt es an der Sauna? Ich frage mich als Psychologin, ob das tatsächlich einen Effekt hat. Wer einen einigermaßen gesunden Bezug zu seinem Körper hat, der spürt sich, nimmt sich wahr. Die Seele ist in einer körperlich extremen Situation, der Hitze, in besonderem Maße mit dem Körper verbunden und bildet eine intensivere Einheit als es sonst der Fall wäre. Befriedet es die Menschen? Ich hab dazu weder geforscht oder näher recherchiert. Es ist lediglich meine Alltagsbeobachtung und bleibt Spekulation.

Vielleicht sollte Herr Drost mal mit Herrn Wodarg in die Schwitzhütte? Eine befremdliche Vorstellung. Und dennoch denke ich: Es könnte der Beginn einer besseren Zeit werden.



LESERBRIEF ZU

NORBERT HAERING MISSVERSTÄNDNISSE ÜBER DEMOKRATIE – AUS ANLASS DES PARTEITAGS VON DIEBASIS

WWW.NORBERTHAERING.DE/NEWS/DIEBASIS/

Am 15. März 2021 erschien von Norbert Haering der Beitrag, auf welchen der folgende Leserbrief vom 16. März eingeht.

Lieber Herr Haering,

vielen Dank für Ihren Beitrag *»Missverständnisse über Demokratie – aus Anlass des Parteitags von dieBasis«*.

Die Sicht von außen war schon immer eine andere, als die von innen. In der Ethnologie wurde bereits im 19. Jahrhundert die Methode der teilnehmende Beobachtung formuliert. Ich bin seit 1. Januar 2021 ein *dieBasis*-Mitglied und kann bislang meine durchaus speziellen Erfahrungen einbringen; besser als in der SPD, deren langjähriges Mitglied ich vorher war.

Die am 4. Juli 2020 von 45 Personen gegründete Partei hat vor allem seit Oktober 2020 ein starke Beitrittschwelle zu verzeichnen und liegt derzeit knapp unterhalb der 11.000 Mitglieder-Marke. Daher ist der Aufbau von Strukturen die wesentliche und Energien bindende Aufgabe. In allen 16 Bundesländern gibt es inzwischen Landesverbände und beinahe wöchentlich werden irgendwo Bezirks- und Kreisverbände gegründet. Weiterhin sind Wahllisten aufzustellen und die interne Kommunikation zu organisieren. Ohne diesen Aufbau ist eine Teilnahme an den diesjährigen Wahlen sinnlos.

Nur ein Teil der internen Absprachen findet digital statt, ein wesentlicher Teil – für mich der wichtigste – sind die persönlichen Versammlungen von bis zu 100 Personen. Diese sind – wie Sie wissen – eher nicht öffentlich möglich und, da sie für die Parteibildung notwendig sind, finden sie quasi-konspirativ statt. Nur ein Teil der vielen kleinen Arbeitsgruppen widmet sich dem Wahlprogramm. Es ist also weniger der bewusst gewählte Verzicht auf dasselbe, sondern die Kürze der Zeit, dass dieses

noch nicht erarbeitet werden konnte. Allerdings wird eine Verabschiedung – aus meiner Sicht – wegen der Vielfalt der Mitglieder auch viele Diskussionen erfordern.

Von außen betrachtet, meinen Sie eine Ideologie ausmachen zu können. Sie schreiben: *»Mir bereitet ein grundlegendes Missverständnis von echter Demokratie Sorgen, das bei dieBasis vorzuherrschen scheint, vielleicht, weil sie so stark von den frühen Piraten durchsetzt und inspiriert ist.«*

dieBasis vereint neben der großen Mehrheit, die sich erstmals in einer Partei organisieren, ehemalige Mitglieder der SPD, der Grünen, der Linken, der FDP, der CDU/CSU, der Piraten, der Freien Wähler und vereinzelt auch der AfD. Darüberhinaus treffen hier – wie in jeder Partei – Angestellte, Handwerker, Beamte, Selbstständige und Unternehmer aufeinander; außerdem Vermieter und Mieter, Digitalfreaks, Telefonierer, Chatter und Briefeschreiber; übrigens sind es derzeit etwa zur Hälfte Frauen und Männer. Bei so viel unterschiedlichen Hintergründen erscheinen mir ihre »Sorgen« über eine gemeinsame Ideologie nicht nur voreilig und einseitig, vielmehr ist diese eindeutig falsch. Aber Sie haben Recht, mit Sicherheit wird es unter all den *dieBasis*-Mitgliedern auch ehemalige Piraten mit libertär anmutender Ideologie geben, die Sie mit ihrer Befürchtung meinen: *»Schade, dass deren Politikverständnis demjenigen der Mächtigen-Technokratenherrscher aus dem Silicon Valley so ähnlich ist.«*

Weiter führen Sie aus: *»Dieser Ideologie zufolge kommt es vor allem darauf an, alle zu vernetzen und ihnen eine möglichst gleichmäßige Mitwirkungsmöglichkeit am Programm zu geben. Was immer dabei dann herauskommt ist basisdemokratisch legitimiert und umzusetzen. Ich nenne die Ideologie die hier durchscheint, libertär, weil sie von der Annahme eines mit autonomen Präferenzen ausgestatteten einzelnen Menschen ausgeht. Diese fest gefügten Präferenzen sind durch eine geeignete digitale Technologie möglichst unverfälscht zu einem Ge-*

samtwillen zusammenzufügen.«

Derzeit findet ein wesentlicher Teil der Vernetzung in kleinen, regional organisierten Gruppen statt, deren Teilnehmer sich – wie in früheren Zeiten der Einschränkung – zu Spaziergängen, in Büros und in Wohnungen treffen. Gern auch ohne Handy oder Smartphone, denn spätestens seit Ed Snowden ist bekannt, dass alles Digitale kontrollierbar ist. Zur Kontrolle des realen Lebens müssen erst wieder entsprechende Mannschaften aufgebaut werden.

Der Versuch, Abstimmungen auch digital durchzuführen, ist aus meiner Sicht eine Möglichkeit, deren Effizienz sich erst noch erweisen muss. Das Verfahren kann geeignet sein, wenn es darum geht Stimmungsbilder zu erhalten. Die Formulierung eines Gesamtwillens erfordert jedoch Diskussionen, die schriftlich, online per Video und vor allem in Treffen stattfinden.

Mein bisheriger Eindruck des wichtigsten Unterschiedes zu anderen Parteien (und auch zu großen Teilen der Gesellschaft) ist das deutliche Bestreben (fast) aller anders miteinander umzugehen. Das liegt an einem Prinzip, das etwas versteckt formuliert ist und sich in ihrem Passus nicht findet: *»Programmatische Aussagen von dieBasis lauten, dass Grundlage der Parteiarbeit die ‚vier Säulen Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz‘ sind. Es gehe vor allem darum, ‚möglichst offen zu diskutieren und transparent zu entscheiden‘ und das Ziel sei, ‚die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen zu verteidigen und zu ermöglichen‘. Schwarmintelligenz sei ‚die Suche nach objektiven Fakten durch Mitwirkung eines jeden Einzelnen, der etwas Konstruktives beizutragen hat‘.«*

Das sogenannte Konsensieren geht von dem Prinzip aus, dass Minderheiten nicht übergangen und starke Widerstände Einzelner nicht einfach überstimmt werden. Bei Gruppenentscheidungen kommt es also nicht nur auf die Mehrheit an, sondern auch auf das Verhalten der Minderheiten. Widerspruch wird nicht als etwas Störendes, sondern als etwas Wichtiges betrachtet. Das Konsensieren entspricht daher meinem persönlichen Motto: *»Wenn elf sich einig sind, dann suche den Zwölften (oder sei der Zwölfte), der allen widerspricht.«* Wenn sich stets alle einig sind oder dies zu sein vorgeben, sind die Diskussionen keine

mehr und die Demokratie hat sich selbst abgeschafft.

»Die Hoffnung von dieBasis ‚objektive Fakten‘ aus Schwarmintelligenz ziehen zu können, deutet eine naiv-technokratische Grundhaltung an, derzufolge es in der Politik nicht so sehr um Interessengegensätze und unterschiedliche Werte geht, sondern um objektive Fakten.«

Wenn viele mitdenken und -arbeiten, wird das Ergebnis besser. Diese einfache Erfahrung versteckt sich in dem etwas sperrigen Wort »Schwarmintelligenz«. Es wäre ein Fehler die unterschiedlichen Interessen und Werte nicht zu berücksichtigen. Objektive Fakten und letzte Wahrheiten werden »Schwärme« sicher nicht finden, aber die Suche danach ist möglicherweise vielfältiger und offener.

»Das gleiche Problem tritt auf, wenn eine Partei versucht, ihren Willensbildungsprozess zu organisieren wie eine Sozial-Media-Plattform, nur dass nicht so klar ist, wer hier alles die Lenkung und Beeinflussung in welchem Ausmaß übernimmt.«

Nach meinen bisherigen Beobachtungen formen und verstärken die »sozialen Medien« das asoziale Verhalten von Menschen. Das Formulieren knapper Wortfolgen und kurzer Sätze (Twitter, SMS) in Echtzeit simulierenden Chats stört das innehaltende Nachdenken und das abwägende Einbeziehen möglicher Alternativen. Die jeweils aktuelle Emotion dominiert über ein (selbst)kritisches Denken, das Zeit benötigt, um sich zu entwickeln. Youtube, Facebook und Instagram streicheln unsere Eitelkeiten und fördern die Tendenz zum selbstgefälligen Schwafeln. Wer täglich auf Zweidimensionales starrt, kommuniziert mehr und mehr mit den eigenen Wahrnehmungen, Vorlieben, Gefühlen und Charakterdefiziten (und den programmierten Rückkopplungsschleifen), aber immer weniger mit realen Menschen. Interessant ist dabei, dass dieses Gift niemandem von Außen aufgezungen wurde. Die Opfer des Digitalwahns lassen zu, dass es sich von Innen ausbreiten konnte. Allerdings hat jeder von uns, jederzeit, die Wahl des Verzichts auf die tägliche digitale Dosis. Wer Artikel und Bücher liest, schreibt und Gespräche führt, bleibt Mensch: Sozialkontakte sind derzeit die unsichtbare Währung von dieBasis. Wir treffen uns, während sich viel zu viele in digitalen Sphären isolieren.



NUR BEDINGT KONSENSIERBAR: »CORONA-AUSSCHUSS« UND »BUNDESVORSTAND«

Es handelt sich nicht um den gesamten Corona-Ausschuss und nicht um den gesamten Bundesvorstand, daher sind diese in Anführungszeichen gesetzt.

Das Konsensieren geht von dem Prinzip aus, dass Minderheiten nicht übergangen und starke Widerstände Einzelner nicht überstimmt werden oder unbeachtet bleiben.

Der Autor dieser Zeilen war einer von knapp 20 Teilnehmern des Zooms »Workshop Außendarstellungs-Strategie für dieBasis« am 19. April 2021, mit dem eine bundesweite Koordination der Wahlkampagne beabsichtigt war. Damals fielen die Worte »Demokratie-Kampagne« und wohl auch »Lüneburger Modell«. Viel blieb nicht hängen, lediglich, dass Markus Bönig (dieBasis Niedersachsen) eine große gemeinsame Kampagne befürwortete und alle Parteimitglieder schulen wollte. Die Verbreitung von Ideen durch eine Art Strukturvertrieb, der sonst beim Verkauf, z. B. von Versicherungen und Immobilien, zu finden ist?

An den Ausarbeitungen einer »Außendarstellungs-Strategie« hat sich der Autor seit April 2021 nicht weiter beteiligt. Anfang Juni 2021 wurde die »Demokratie-Kampagne« bundesweit präsentiert und am 20. Juli 2021 wendeten sich Reiner Füllmich, Viviane Fischer, Martin Schwab und Wolfgang Wodarg mit einem Schreiben »an den Schwarm der Partei die Basis«. Inhaltlich bezieht sich dieses auf zwei Projekte – die »Demokratie-Kampagne« und das Konzept für einen Werbefilm – sowie die Antisemitismus-Vorwürfe gegen Sucharit Bhakti in den öffentlichen Medien.

»Demokratie-Kampagne« bzw. »Lüneburger Modell«

Am 30. Juni 2021 hatte Viviane Fischer, im Namen der »AG Klartext«, dem Bundesvorstand einen fünfseitigen Text mit 25 Fragen zur »Demokratie-Kampagne« bzw. dem »Lüneburger Modell« geschickt, die sich auf die Beteiligten, den Inhaber der Domain, den Datenschutz, die Finanzierung etc. bezogen. Der Kreisverband Karlsruhe hatte dem Bundesvorstand zwischen dem 25. und dem 29. Juni ähnliche Fragen gestellt. Hinterfragt wurde auch die Rolle und das Auftreten von Markus Bönig, einem der

wesentlichen Initiatoren der Kampagne; auf der Internetseite (www.die-basis-stimmt-ab.de) ist er im Impressum als Betreiber genannt.

Dort heißt es, dass die Idee vom Kreisverband Lüchow-Dannenberg – Lüneburg stamme, um »Demokratie anhand von konkreten, regionalen Themen praktisch erlebbar zu machen. Jeder Bürger soll direkt zu den Themen online abstimmen können und sehen, wie alle anderen Bürger entschieden haben. So wird schnell deutlich, dass Bürger- und Politiker-Wille häufig stark voneinander abweichen.« Ein erster Gedanke war: »Ok, eine Kampagne um z. B. über das Infektionsschutzgesetz, die Lockdowns, die Masken- und Testpflicht abzustimmen.« So weit reicht es dann allerdings nicht, obwohl der erste Punkt »Einseitige Berichterstattung« durchaus in diese Richtung weist und mit der Frage endet: »Wünschen Sie sich, dass Wissenschaftler, die der Lockdown-Politik kritisch gegenüberstehen gleichermaßen gehört werden?«

Was dann kommt, ist harmlos und entspricht nicht der gesellschaftlichen Dramatik im Sommer 2021: Dem Impfen von Kindern unter 18 Jahren und der Diffamierung und Ausgrenzung von Bürgern, die es ablehnen sich einen Cocktail unbekannter Zusammensetzung und Wirkung spritzen zu lassen. Es geht um »Privatisierte Gesundheitsdatenbank«, »Mitbestimmung«, »Krankenhäuser in Investorenhand«, »Gendersprache« und »Tempolimit 130 auf Autobahnen«. Bis März 2020 wichtige Themen, die aber seither in ihrer Priorität überholt wurden. Die Videos (»Werbefilm«, »Erklärungsfilm«) zeugen von »hochprofessionellem Marketing-Knowhow«, wie der Kreisverband Karlsruhe richtig feststellt. Sie sind glatt und erinnern in ihrer audio-visuellen Ästhetik bestenfalls an Verkaufs- und Werbefilme beliebiger Produkte und schlimmstenfalls an einen der US-amerikanischen evangelikalen Erlöse-mit-uns-die-Welt Filme.

Der nicht gedrehte Werbefilm

Weiterhin geht es in dem Brief vom 20. Juli um einen Werbefilm, der öffentlich-rechtlichen Sendern verfügbar gemacht werden sollte und dessen Konzept (Powerpoint) zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen abgestimmt wurde. Erarbeitet wurde das Konzept von der »AG Demokratie-Kampagne« und der »AG Marketing«. Diese schreiben in einer gemeinsamen Stellungnahme am 11.[?] August: Der »Spot hätte unser Anliegen am besten transportiert, hätte Menschen überzeugt und wäre mit Sicherheit zur Ausstrahlung gekommen, denn Spots für die TV-Anstalten werden sowohl auf technische Anforderungen, als auch von Justizaren auf Inhalte und Aussagen überprüft. Man kann also nicht ein beliebiges Video einreichen, es muss den Anforderungen entsprechen, sonst wird es eben nicht gesendet.«

Der Filmemacher stellte am 28. Juni in einem Zoom sein Konzept vor und am 17. Juli gab es den Vorstandsbeschluss zur Auftragsvergabe. Damals waren es noch etwa vier Wochen bis zum ersten Sendetermin am 15. August. Die Produktion des Films hätte 48.000 € gekostet, allerdings ist der Beitrag nicht produziert und der Betrag nicht bezahlt worden, denn der Filmemacher hat sich nach Telefonaten mit Viviane Fischer zurückgezogen.

Die Kritik der »AG Klartext«

Im Schreiben von Viviane Fischer und in dem des Kreisverbandes Karlsruhe ist der Ton sachlich, die gestellten Fragen sind nachvollziehbar und berechtigt. Der Bundesvorstand beantwortete diese nicht schriftlich, stattdessen gab es zwei Zoom-Gespräche am 29. Juni und 2. Juli. Teilnehmer waren – laut dem Schreiben vom 20. Juli – »Wolfgang Wodarg, Viviane Fischer, Stephan Kohn und ich [Reiner Füllmich] sowie Markus Bönig, Andreas Baum, David Siber und andere«. (S. 3) Aus Sicht der Schreibenden waren die Gespräche sehr unbefriedigend: »Unsere Fragen wurden entweder gar nicht, oder nur ausweichend oder gar falsch beantwortet«. (S. 3) Bemängelt wurde in einem Schreiben der »AG Klartext vom 4. Juli 2021, zu der u.a. Sucharit Bhakdi, Reiner Füllmich, Ulrike Kämmerer, Franz Ruppert, Wolfgang Wodarg gehören«, dass sie als dieBasis-Bundestagskandidaten »von dieser Kampagne erst am 24. Juni 2021 erfahren« hätten.¹ In dem Schreiben vom 20. Juli heißt es: »Das inzwischen berüchtigte Lüneburger Modell ist inhaltlich parteischädlich, und zwar insbesondere, weil es vorsieht, den Wahlkampf nicht mit dem Kampf gegen die Corona-Maßnahmen als

maßgeblichem Alleinstellungsmerkmal gegenüber den gleichgeschalteten Altparteien zu führen.« (S. 1)

Und zum geplanten Werbefilm steht dort: »Soeben haben die fraglichen Protagonisten im Vorstand einen Beschluss erwirkt, ein Allerwelts-Friede-Freude-Eierkuchen-Video von 90 Sekunden Länge für einen Betrag von brutto € 48.000,-- (!) zu beauftragen und dabei völlig ignoriert, dass der [...] Dokumentarfilmer [...] Robert Cibis ein[...] Video für lediglich brutto € 4.800 [...] umsetzen [...] kann.« (S. 4) Es hätten vom Bundesvorstand »weitere Offerten eingeholt werden müssen«, außerdem sei das »Konzept null mit dem Schwarm abgestimmt«. (S. 4)

Diffamierung – »Ich schätze diese Gruppe als hochgefährlich ein.«

Dann folgen Vorwürfe anderer Qualität: »Verantwortlich dafür ist nach unserer Überzeugung die Gruppe, welche das hochumstrittene Lüneburger Modell in Szene gesetzt hat, nämlich David Claudio Siber, welcher nach Bekunden von Markus Bönig [...] eben diesen Markus Bönig in die Partei gebracht hat. Involviert sind auch Andreas Baum und Diana Osterhage, die die Aktion maßgeblich und blind gegen aufgezeigte Probleme unterstützen sowie diverse Unterstützer, die sich diese Gruppe gut verteilt u.a. in anderen Bundesländern hält. Ich schätze diese Gruppe als hochgefährlich ein. Es spielt kaum eine Rolle, ob diese unverbesserlichen Individuen allein zum Zwecke der Zersetzung und Destabilisierung in die Partei eingeschleust wurden und als controlled opposition einzuschätzen sind oder ihre zerstörerische Wirkung aus Naivität entfalten.« (S. 1)

STELLUNGNAHME »AG DEMOKRATIE-KAMPAGNE« VOM 30. JULI 2021

In ihrem Schreiben erklären vier dieBasis-Mitglieder der »AG Demokratie-Kampagne«, dass »David Siber zu keinem Zeitpunkt Mitglied« derselben war. Er habe an keinem Zoom der AG teilgenommen und war auch kein »Mitglied des Chat der Kampagnen-Leitung«. »Er wurde sporadisch von einzelnen Mitgliedern der AG [...] über den Ablauf informiert, ohne dabei Einfluss zu nehmen oder überhaupt nehmen zu können.«²

Der obige Abschnitt basiert auf einer »Überzeugung« und enthält mehrere Behauptungen, für die weder Hinweise noch Belege genannt sind:

- David Claudio Siber, Markus Bönig, Andreas Baum und Diana Osterhage wären eine »Gruppe, welche das hochumstrittene Lüneburger Modell in Szene gesetzt hat«;



- David Claudio Siber habe »Markus Bönig in die Partei gebracht«;
- Andreas Baum und Diana Osterhage seien involviert, weil sie »die Aktion maßgeblich und blind gegen aufgezeigte Probleme unterstützen«;
- Die Gruppe halte »sich diverse Unterstützer [...] gut verteilt u.a. in anderen Bundesländern«.

Den von der AG Klartext nicht belegten Behauptungen folgt die sprachliche Vernichtung der genannten Personen: »Ich schätze diese Gruppe als hochgefährlich ein.« Sie werden als »unverbesserliche Individuen« bezeichnet und für ihr Handeln lediglich drei Motive zugelassen:

- a. »allein zum Zwecke der Zersetzung und Destabilisierung in die Partei eingeschleust«;
- b. »als controlled opposition einzuschätzen«;
- c. »ihre zerstörerische Wirkung aus Naivität entfalten.«

Ausgebaut wird dann der Vorwurf der kontrollierten Opposition. In einem Zoom-Gespräch sei vor etwa 14 Tagen bemerkt worden, dass »Gespräche mit den Hauptakteuren hinter dem Lüneburger Modell vollkommen sinnlos sind, weil sie exakt genauso vorgehen wie die Protagonisten des Corona-Skandals (eben wie controlled opposition)«. (S. 3) Diese Analogie wird an zwei Stellen wiederholt: »Trotz mehrfacher ausdrücklicher Zusicherung [...] das [Lüneburger] Modell zu stoppen [...] wird es mit aller Macht (ganz entsprechend dem parallelen Vorgehen der Corona-Maßnahmen-Verantwortlichen) in Szene gesetzt.« (S. 3) Und: »Das Lüneburger Modell ist ebenso wie die Corona-Politik der Regierung nicht alternativlos.« (S. 5) Hängen bleibt für den oberflächlichen Leser des Schreibens vom 20. Juli, dass drei namentlich benannte Personen des im März 2021 gewählten Bundesvorstands »unverbesserliche Individuen« bzw. eine »hochgefährliche Gruppe sind«, die wie die »Corona-Maßnahmen-Verantwortlichen vorgehen«. Der Begriff »controlled opposition« schürt außerdem Ängste vor Unterwanderung und Bspitzelung.

Der Antisemitismus-Vorwurf gegen Sucharit Bhakdi

Es gab noch einen weiteren Vorwurf, der auf eine Anfrage von Wulf Rohwedder, »Tagesschau Investigativ«, vom 14. Juli 2021 zurückgeht.

»Sehr geehrte Damen und Herren,
aktuell recherchiere ich zu den Äußerungen ihres Bundestagskandidaten Sucharit Bhakdi:

,Das Volk das geflüchtet ist aus diesem Land, wo das Erzböse war, haben ihr eigenes Land in etwas ver-

wandelt, was noch schlimmer ist als Deutschland war. Die Juden haben ihr Land in etwas verwandelt was noch schlimmer ist, als Deutschland damals war. Das ist das Schlimme an den Juden. Sie lernen gut. Aber sie haben das Böse jetzt gelernt.'

Zu diesen Aussagen habe ich die folgenden Fragen: Distanzieren sie sich von diesen Äußerungen? Wird es irgendwelche Konsequenzen von Seiten Ihrer Partei geben? Wird Sucharit Bhakdi weiterhin Bundestagskandidat Ihrer Partei bleiben? Für eine schnelle Antwort wäre ich Ihnen dankbar.«

Die zitierten Sätze hatte Sucharit Bhakdi im April 2021 in einem Interview mit Kai Stucht gesagt.³ Die vollständige Textpassage lautet: »Und jetzt machen sie das. Das Volk, das geflüchtet ist aus diesem Land, aus diesem Land, wo das Erzböse war, und haben ihr Land gefunden, haben ihr eigenes Land verwandelt in etwas, was noch schlimmer ist als Deutschland war. So unfassbar. Und dann habe ich den Amerikanern gesagt: Das ist das Schlimme an den Juden: Sie lernen – gut. Es gibt kein Volk, das besser lernt als sie. Aber sie haben das Böse jetzt [...] gelernt [...] und umgesetzt. Und deswegen ist Israel jetzt ‚living hell‘. Die lebende Hölle. Und ich habe den Amerikanern gesagt: Und wenn ihr nicht aufpasst, wird Amerika auch die lebende Hölle sein. Und ich sage euch jetzt: Euer Land wird verwandelt in die lebende Hölle, wenn ihr nicht bald aufsteht.« (S. 2)⁴

Die ARD-Presseanfrage traf »über das Ticketsystem« am 14. Juli um 10:14 Uhr bei der »Redaktion Bund« ein, erreichte aber – so deren Stellungnahme vom 25.[?] Juli – wegen der »für uns schwierigen Bedienung dieses Systems« die zuständigen Personen »erst etwas später«. Um »18:47 Uhr wandte sich David Siber mit zwei Sprachnachrichten« an die Redaktionsbeteiligten. In der ersten erklärte er, dass in dieser Angelegenheit »bitte nur gemeinsam [...] an die Öffentlichkeit gegangen werden« solle. Weiterhin »sagte er, dass Herr Rohwedder am kommenden Tag um 10:00 Uhr erreichbar sei und er mit ihm persönlich sprechen wolle. In der zweiten Nachricht sprach er [...] über die Inhalte, die er Herrn Rohwedder zur Kenntnis bringen wolle, und bat um unsere Meinung. Daraufhin sprachen wir uns ab, dass David Siber es übernimmt, zunächst Prof. Bhakdi zu kontaktieren. [...] Er bemühte sich, über X und Y⁵ den telefonischen Kontakt zu [diesem] herzustellen [...]. Mehrere, auch nächtliche, Versuche blieben erfolglos. Am kommenden Tag [15. Juli 2021] teilte uns David Siber mit: ‚Liebe AG, meine Pressearbeit zum Thema Prof. Dr. Bhakdi wurde aktiv verhindert durch X und Y. Der Schaden, der für die Partei entstanden ist, kann nun nicht durch mich abgefangen werden und entfaltet sich willkürlich. Es war für mich höchst

wichtig, vorab mit Prof. Dr. Bhakdi zu sprechen, auch zu seinem Schutz. Das Zeitfenster schließt sich nun, eine Kontaktaufnahme durch mich wurde verhindert, auch unter Zuhilfenahme einer Umgehung des Datenschutzes im Gründungsrat. Ich bedauere dies sehr und bete dafür, dass diese Aussage von Prof. Dr. Bhakdi nicht zu einer Welle der Gewalt gegen unsere Mitglieder mündet.« [Hervorhebung in der Stellungnahme]«

Auf den letzten Satz bezieht sich der folgende Absatz im Schreiben der AG Klartext vom 20. Juli: »Schlimmer noch: Inzwischen greifen Vertreter dieser [hochgefährlichen] Gruppe z.B. Sucharit Bhakdi auf perfide Art und Weise an: Er gab im April ein Interview [...] David Siber hatte nichts Besseres zu tun, als öffentlich zu posten, dass er dafür ‚bete‘, dass nun keine Parteimitglieder wegen des angeblichen Antisemitismus von Sucharit Bhakdi angegriffen würden. Mit dieser öffentlichen Äußerung liefert David Siber doch erst eine ‚Pseudo-Rechtfertigung‘ von Angriffen auf uns alle!« (S. 3)

Damit war der Satz von David Siber aus dem Zusammenhang verstümmelt und eine kompliziert zu erzählende Geschichte durch einen Schuldigen ersetzt. Wichtig ist, dass es sich – nach Darstellung der »Redaktion Bund« – nicht um eine »öffentliche Äußerung« – wie im Schreiben vom 20. Juli behauptet – gehandelt hat: »Sibers Mitteilung wurde, entgegen der Darstellung im Brief, nicht öffentlich gepostet, sondern lediglich intern in die AGs Öffentlichkeitsarbeit bzw. in seinen Heimatverband. Im Chat der AG Landesprecher wurde der Post ebenfalls diskutiert.« (S. 5 f.)

In der Stellungnahme der »Redaktion Bund« heißt es weiter: »Unsere Verstörung und Enttäuschung ist sicher nachzuvollziehen. [...] Nach offensichtlicher Behinderung der Arbeit eines gewählten Vorstandsmitglieds für Kommunikation durch zwei Parteimitglieder, die sich nicht in der Funktion desselben befinden, kam es dazu, dass David Siber sich wünschte, es möge nicht zu aggressiven Entladungen gegen die Mitglieder der Partei wegen aus dem Zusammenhang gerissener Aussagen Prof. Bhakdis kommen. Gegen deren Dekontextualisierung und perfide Absolutsetzung hatte er ja gerade infolge der Behinderung seiner Arbeit nicht protestieren können! Dass es solche Angriffe allein wegen der Mitgliedschaft gibt, ist jedem klar. David Sibers Wunsch ist also mehr als verständlich. Aus unserer Sicht äußert er sich an keiner Stelle so, als erkenne er irgendeine Form von ‚Antisemitismus‘ durch Prof. Bhakdi an, so dass die vermeintliche Schlussfolgerung der vier Verfasser des Briefes [vom 20. Juli], David Siber liefere mit ‚dieser öffentlichen Äußerung ... doch erst eine `Pseudo- Rechtfertigung` von Angriffen auf uns alle!‘, aus unserer Sicht den Charakter einer Unterstellung

trägt.« (S. 5)

Im weiteren Verlauf wollte Sucharit Bhakdi »mit einem Videostatement reagieren«. Als es zu diesem bis zum 17. Juli nicht gekommen war, einigte sich die »Redaktion Bund«, dass »im Nachgang für die Presse und Homepage eine vorerst abschließende Stellungnahme zu erarbeiten sei.« (S. 6) Eine erste Vorlage wurde zur Konsensierung an verschiedene Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit verschickt. Es zeigte sich, dass es erhebliche Auffassungsunterschiede und dadurch »neue, überarbeitete und ganz eigene Vorschläge Einzelner« gab. »Wir bemühten uns, sie zu berücksichtigen, allerdings dauerte dieser Prozess mehrere Tage, ehe am 20.07. ein Ergebnis verschickt bzw. auf der Homepage veröffentlicht werden konnte.«⁵ (S. 6)

Der Bundesvorstand nach vier Monaten

Zur Erinnerung: Der Bundesvorstand wurde am 21. März 2021 während des zweitägigen Bundesparteitags in Hannover in geheimer Wahl bestimmt. Zunächst wurde zu jedem Kandidierenden ein Stimmungsbild eingeholt, bei dem auch die nicht-anwesenden Parteimitglieder per Internet einbezogen waren; anschließend wurde im Saal gewählt. Stimmungsbild und Wahl wichen jeweils kaum voneinander ab. Damals wurde das Ergebnis von niemandem angezweifelt, vielmehr jubelnd begrüßt, allerdings wurde später die eingesetzte Wahltechnik vom Bundeswahlleiter als nicht zulässig eingestuft.

Darauf bezieht sich der Satz im Schreiben vom 20. Juli: »Vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse trifft es sich gut, dass der Bundeswahlleiter uns darauf hingewiesen hat, dass die Wahl des neuen Vorstandes aus formaltechnischen Gründen unwirksam war.« (S. 4) Der nun folgende Versuch eine eigene Personalpolitik zu betreiben, ist mit basisdemokratischen Gedanken eher nicht vereinbar: »Der Gründungsvorstand ist damit weiterhin im Amt und wird zeitnah seine Geschäfte aufnehmen, so dass die Partei wieder professionell arbeiten kann. Zu den vorgenannten Vorgängen wird es einen Untersuchungsausschuss geben.« (S. 4) Könnte hier der Eindruck entstehen, dass vier graue Eminenzen die Basis aus dem Hintergrund steuern?

Aber auch die Mitglieder des Vorstandes verhalten sich etwas anders, als es sich ihre Wähler im März 2021 wünschten. Dass sich ein – möglicherweise zu großer – Vorstand in untereinander zerstrittene Fraktionen gliedert, ist auch bei anderen Organisationen feststellbar, doch die Geschwindigkeit mit der unsere gewählten Ver-



treter zurücktreten, ist – im Vergleich mit anderen Parteien – rekordverdächtig. Wenn ein Vorstandsmitglied in ein Amt gelangt, dann ist das in erster Linie eine Verpflichtung gegenüber den Wählern und es ist – im Falle des Rücktritts – eine Frage des Anstands, den Wählern bzw. den Parteimitgliedern diesen Schritt schriftlich zu begründen und dies spätestens mit der Entscheidung zu veröffentlichen. Die meisten Parteimitglieder erfuhren von den Rücktritten aus dem Schreiben vom 20. Juli: *»Am Samstag, den 18.7.2021, ist unsere Schatzmeisterin Sabine Langer nun zurückgetreten, u. a. weil sie die Risiken des Lüneburger Modells nicht mehr verantworten konnte. Aus den gleichen Gründen ist heute auch unser Visionär im Vorstand Holger Thiesen zurückgetreten.«* (S. 4)

Im Rücktrittsschreiben von Sabine Langer, einer Mail an den Bundesvorstand, kommt das Wort »Lüneburger Modell« nicht vor, aber an zwei Stellen »Demokratiekampagne«. *»Von Anfang an haben wir uns mehr um uns als um die Dinge gekümmert, so konnten [diese] an uns vorbei ziehen ohne, dass wir irgendwelche Maßnahmen ergriffen haben.«* Bei der zweiten Stelle ist die »Demokratiekampagne« ein Beispiel unter mehreren, dass in Parteien bei Spenden gewisse Formalien einzuhalten sind. Es geht also um das allgemeine Problem basisdemokratischer Disziplinlosigkeit. Das kurze Rücktrittsschreiben von Holger Thiesen nennt weder das »Lüneburger Modell« noch die »Demokratiekampagne«.

Berichtet werden dann weitere Vorstandsinterna: *»Zwischenzeitlich sind von innen und außen Rücktrittsforderungen gegen Andreas Baum und Diana Osterhage erhoben worden – u.a. von Alexander Harm, Vicky Richter, Franz Ruppert, Holger Thiesen.«* (S. 4) Warum haben die genannten Personen ihre Kritik nicht selbst formuliert und verbreitet? Statt Rücktrittsforderungen zu erheben oder zurückzutreten, könnten alle Vorstände bis zum nächsten Bundesparteitag im Amt bleiben. Mit dieser Hoffnung wurden sie gewählt.

Bürgerbewegung oder Partei?

In dem Schreiben vom 20. Juli heißt es: *»Die Basis gibt es überhaupt nur wegen des Corona-Skandals. [...] Ausschließlich und allein vor diesem Hintergrund des Kampfes gegen die Maßnahmen sind wir Spitzenkandidaten, der Partei beigetreten und haben dies auch bei unserem Eintritt klar und deutlich formuliert. [...] Denn alle anderen Gedanken und Pläne, mit denen wir alle eine bessere Welt bauen wollen, können erst greifen, wenn*

die Maßnahmen beendet sind.« (S. 2)

Sicher sind die Verhältnisse seit März 2020 der Anlass, aber es war für eine unbekannte Anzahl von Parteimitgliedern nur der überfällige Auslöser aktiv zu werden. Der erste Satz stimmt für diese, aber der letzte nicht. Immer wenn die Gesellschaft und der Staat versagt, entstehen parallele Strukturen. Das Geschehen seit März 2020 kann als Bankrott des Staates und der demokratischen Gesellschaft betrachtet werden. Die Schlussfolgerung der »Spitzenkandidaten« ist der »Kampf gegen die Maßnahmen«, doch eine weitere Reaktion ist seit Monaten der Aufbau einer parallelen Gesellschaft, welche die alte ergänzt und teilweise ersetzt. Wer von der Mehrheit ausgeschlossen wird, benötigt eigene Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Arztpraxen, Läden, Restaurants, Cafés, Kulturveranstaltungen, Chöre, usw. Ob geimpft oder ungeimpft, getestet oder nicht, ängstlich oder stabil: Dort wird niemand ausgeschlossen. Die Basis ist ein beliebig erweiterbares Netz von Menschen, das durch die direkten Begegnungen in den Bezirks- und Kreisverbänden entsteht und durch die Landesvorstände und den Bundesvorstand unterstützt wird. Im Schreiben von Füllmich, Fischer, Schwab und Wodarg heißt es weiterhin: *»Erst wenn der demokratische Rechtsstaat wiederhergestellt ist, kann echte Basisdemokratie stattfinden, die die Bedürfnisse der Menschen vertritt.«* (S. 2) Wird auch die brutale Sprache im Schreiben vom 20. Juli 2021 Bestandteil einer »echten Basisdemokratie« sein? Werden dann auch Gegner und Kontrahenten *»zur hochgefährlichen Bande«* erklärt? Ein Sprichwort der Senufo (Mali, Côte d'Ivoire) besagt: *»In der Mittagshitze sitzen wir alle unter dem gleichen Baum, der uns Schatten spendet.«* Wer die Hitze Afrikas und die geringe Anzahl Schatten spendender Bäume in dieser Region kennt, weiss, was damit gesagt wird: Lass dich nicht zu einem Streit hinreißen, denn du müsstest den Schatten verlassen. Es ist ein Aufruf zur Ruhe und Mäßigung, zur Selbstdisziplin und zum Respekt. Die Jahre 2020/21 brachten die Corona-Maßnahmen und hysterische öffentliche Debatten, aber die Unruhe und der giftige Umgang miteinander, der ist nicht neu: Es ist ein falsches Ideal in dieser Gesellschaft. In einigen Kreisen gilt das spontan Emotionale als besonders authentisch, in anderen Regionen der Welt ist Erstaunen und Verwunderung die Reaktion auf dieses europäische Verhalten. Dort gilt es als ungehörig.

Was wäre geschehen, wenn vier unbekannte Parteimitglieder einen ähnlichen Brief geschrieben hätten?

Nicht viel. Was ist, wenn Mitglieder des Corona-Ausschusses diesen schreiben? Erstaunlich viel. Was wir erlebt haben, war die Macht des großen Verteilers: Viele Leser bzw. Zuschauer erhöhen den Einfluss der Schreibenden bzw. Sprechenden. Wer sich öffentlich äußern kann, hat vor allem eines: Verantwortung. Diese betrifft die Gründlichkeit der Recherche, die Kooperation vor der Veröffentlichung von Texten und die Sachlichkeit der eigenen Sprache.

dieBasis ist eine Sammlungsbewegung der Normalen, die sich ohne Virus-Angst umarmen. Ob sie auch eine Bewegung der Freien ist, die keine Anführer und keine Spitzenkandidaten brauchen, muss sich erst noch zeigen.

Fazit

In dem Schreiben vom 20. Juli heißt es: »Es gibt Gerüchte, daß die Basis vor einer Zerreißprobe stehe.« (S. 1) Von unten betrachtet, scheint es eher einer der üblichen Machtkämpfe von Menschen zu sein, die glauben, dass Organisationen von oben nach unten lenkbar seien. Eine basisdemokratische Bewegung kann jedoch nicht geführt werden und wenn wir das Prinzip der Konsensierung ernst nehmen, dann sind bei Konflikten die Minderheiten respektvoll zu integrieren.

Die inhaltliche Kritik am Lüneburger Modell wurde von Viviane Fischer bzw. der AG Klartext am 30. Juni sachlich und nachvollziehbar vorgetragen. Bei der Kritik an dem geplanten Werbefilm ging es zum einen um die Qualität und zum anderen um den Preis. Außerdem beanstandeten die Spitzenkandidaten, dass sie bei der Erarbeitung des Konzepts nicht einbezogen waren. Produziert oder gar bezahlt wurde der Film nicht. Und auch die Demokratie-Kampagne ist im basisdemokratischen Schredder gelandet. Ob der Partei ein finanzieller Schaden entstanden ist, wäre noch zu untersuchen.

Was bleibt, ist die Diffamierung bzw. sprachliche Vernichtung von vier namentlich benannte Personen. Wie heutzutage üblich reichten die digitalen Reaktionen in den sozialen Medien von Hass-Mails bis hin zu Morddrohungen – vor allem gegen David Siber und Andreas Baum.

Mit der Behauptung, dass sich die »hochgefährliche Gruppe diverse Unterstützer [...] gut verteilt u.a. in anderen Bundesländern« halte, kann jeder, auch der Autor dieser Zeilen, zum Feind erklärt werden. Wie hat es der unsägliche George W. Bush (Junior) damals ausgedrückt, als er die »Achse des Bösen« definierte: »Wer nicht für mich ist,

der ist gegen mich.«

Wo lag noch einmal der Unterschied zwischen *dieBasis*-Mitgliedern und den Mitbürgern, die uns Dissidenten diffamieren? Richtig, eine unserer Säulen ist die Achtsamkeit. Wer nicht achtsam sein kann oder möchte, der kann seinem Mitmenschen wenigstens mit Respekt begegnen.

ANMERKUNGEN

- 1 Schreiben Viviane Fischer/AG Klartext vom 4. Juli 2021. Trotz der Zoom-Gespräche sind – laut dem Schreiben vom 20. Juli – die Fragen »bis heute« nicht beantwortet. (S. 2)
- 2 Schreiben vom Team der AG Demokratie-Kampagne vom 30. Juli 2021 mit vier Unterschriften.
- 3 www.kai-stuht.com/de/alle-videos/im-interview/die-impfung-die-ho-lle-auf-erden-prof-bhakdi, 16. August 2021
- 4 Die Transkription findet sich in einer 7-seitigen Stellungnahme der »Redaktion Bund« vom 25. [?] Juli 2021, die von neun Personen unterzeichnet ist. Die Seiten sind nicht nummeriert, zur besseren Orientierung wurden vom Autor Zahlen vergeben.
- 5 In der Stellungnahme sind beide Namen genannt. Da dem Autor keine Antwort der beiden Personen vorliegt sind diese nicht genannt.
- 6 www.diebasis-partei.de/2021/07/die-behauptungen-auf-tagesschau-de-ueber-prof-dr-bhakdi/, 16. August 2021

QUELLEN (in chronologischer Abfolge)

- Fischer**, Viviane und **AG Klartext**: 25 Fragen zum Lüneburger Modell, 1. Juli 2021
- Kreisverband Karlsruhe**: Zur Demokratie-Kampagne, 2. Juli 2021
- Fischer**, Viviane und **AG Klartext**: Zum Lüneburger Modell, 4. Juli 2021
- Langer, Sabine**: Mail an alle Bundesvorstandsmitglieder, 18. Juli 2021
- Corona-Ausschuss**: An den Schwarm der Partei die Basis, 20. Juli 2021
- Schlutz**, Oliver: Erklärung zur Ankündigung meines Rücktrittes, 23. Juli 2021
- Baum**, Andreas und Diana Osterhaage: Stellungnahme der Doppelspitze, 26. Juli 2021
- Redaktion Bund**: Stellungnahme zu einem Vorwurf von Reiner Füllmich, Viviane Fischer, Martin Schwab und Wolfgang Wodarg gegen David Claudio Siber im Brief vom 20.07.2021, 30. Juli 2021
- Brief AG Demokratie-Kampagne**: David Claudio Siber und die Demokratie-Kampagne, 20. Juli 2021
- Stellungnahme Sebastian Bolte**, Säulenbeauftragter für Machtbegrenzung im Vorstand von dieBasis (ohne Datum, August 2021)
- Corona-Ausschuss**: Video »Aussprechen, was ist«, (www.youtube.com/watch?v=HVdOOo7vASK), 6. August 2021
- »**Corona-Ausschuss**«: Mail an alle dieBasis-Mitglieder, 6. August 2021
- Stellungnahme der AG Demokratie-Kampagne und der AG Marketing** zum Projekt Fernseh-Spot (ohne Datum, 11 [?]. August 2021)
- Baum, Andreas**: Bundesvorstand auf telegram, 12. August 2021



Ein Kontaktabbruch, z. B. wenn eine gefühlte rote Linie überschritten wurde, ist für die meisten Menschen die härtest denkbare Bestrafung. In früheren Epochen lagen die Ursachen von Brüchen häufig in den Bereichen Religion und Glaube, Verteilung von Geld und Erbschaft, Diebstahl, Anwendung von Gewalt und sexuelle Untreue. Durch Unversöhnlichkeit wurden Familien gespalten, es entstanden Gräben zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Kriege. Seit dem März 2020 ist SARS-CoV-2 als neuer Spalter dazugekommen. Natürlich ist es nicht der Virus, sondern es sind die unterschiedlichen Ängste, Befürchtungen und Wahrnehmungen der Menschen. Befeuert wurde die Spaltung durch eine ungewöhnlich gleich lautende mediale Berichterstattung und eine staatliche Einheitsstrategie, die – in einem rigorosen Diktat – willkürlich ausgesuchte Maßnahmen als wirkungsvoll deklarierte. Umgesetzt (oder auch nicht) wurden und werden diese von jedem einzelnen Menschen.

Maßnahmen und Gehorsam

Das als »Lockdown« bezeichnete Geselligkeits- bzw. Veranstaltungs- bzw. Kulturverbot war für Millionen ein Berufsverbot und führte viele in Pleite und Not. Die Durchsetzung des Zwanges Gesichtslappen tragen zu müssen, die verordneten Massentests, die Impfstrategie mit der Tendenz zur Nötigung und das Verbot von Demonstrationen brachte einen überwunden geglaubten Volkskörper zum einheitlichen Schwingen gegen Minderheiten, welche diese Maßnahmen aus unterschiedlichen Motiven nicht mittragen wollten.

Wer mit den Maßnahmen einverstanden war, formulierte gern zwei Sätze: »Nur wenn sich alle an die Regeln halten, bekommen wir die Pandemie in den Griff.« bzw. »Das ist gesetzlich vorgeschrieben.«

Wer auf die im Grundgesetz garantierten Grundrechte verwies, wurde als Feind gebrandmarkt und galt als nicht solidarisch. In den Medien wurden die Aufbegehrenden pauschal als »Corona-Leugner«, als »Faschisten«, »Rechtsextreme« und »Nazis« bezeichnet. Das war staatlich orchestrierte Diffamierung – bisweilen sogar Hass – auf vielen Kanälen und wer besonnen-sachlich hinterfragte, galt als Sympathisant.

Durchgesetzt wurden die »Maßnahmen« nicht nur von oben nach unten, sondern auch indem jeder Berufene die Möglichkeit erhielt zum Aufpasser und Polizisten zu werden. Die seit März 2020 eingeführten Verordnungen waren so formuliert, dass immer die Letzten in den Befehlsketten deren Einhaltung überwachten: Die Kontrolle lag in den Händen von Verkäuferinnen, Lehrern, Arzthelferinnen, Polizisten und Service-Kräften. Und natürlich durfte auch jeder jeden befehlen. Immer wenn Regeln unklar formuliert sind, werden diese individuell ausgelegt – was bei unsicheren Menschen zur Übererfüllung führt. Der gehorsame Mensch strebt danach keine Fehler zu machen und nimmt den immer vorhandenen Entscheidungsspielraum nicht wahr. In hierarchischen Systemen spielt auch die Angst vor Strafen durch die Vorgesetzten eine Rolle. Dies verschärft die Überwachung.

Trotz der antiautoritären, grün-links-alternativen Bewegung ab den 1960er-Jahren hat es diese Gesellschaft nicht vermocht hat, Hierarchie und Gehorsam abzuschaffen. Jeder Mensch entscheidet Tag für Tag, ob sein Mitgefühl oder eine staatliche Regel im Umgang mit einem Mitmenschen dominiert. Insofern erleben wir weniger eine Krise des Staates, sondern eine Krise des Individuums, der Obrigkeitshörigkeit und des Gehorsams. Es könnte anders sein: Wenn Regeln dazu führen, dass ein Mitmensch leiden muss, dann ignoriere diese. Da sich die meisten für ‚die Regel‘ entscheiden, sind wir dort, wo wir heute stehen.

Eine klare Mehrheit in Deutschland wählte die Injektion, obwohl deren Zusammensetzung und die mittel- und langfristigen Folgen unbekannt sind, teilweise um sich selbst vor schwerem Krankheitsverlauf bzw. Ansteckung zu schützen und teilweise in der Hoffnung die Pandemie so beenden zu können. Der Status »Geimpft« kann als eine Art Bekenntnis für die Regierungsmaßnahmen aufgefasst werden und ist individueller Ausdruck von Vertrauen in die Obrigkeit. So ist nur ein Teil von dem, was seit März 2020 geschieht, durch Zwang und Gehorsam erklärbar. Beteiligt sind die unterschiedlichsten Ängste und Hoffnungen, aber es ist auch eine Ökonomie mit eigener Logik entstanden.

Die Test- und Impfökonomie

Die staatliche Strategie »Testen&Impfen« ließ in ganz Deutschland Zehn- vielleicht Hunderttausende von kurzfristigen Arbeitsplätzen entstehen. Vor allem in den Räumen von Clubs, Bars, Cafés und Restaurants etablierten sich ab Frühjahr 2021 Testzentren. Der hinterrücks stillgelegte Veranstaltungsbereich hatte nicht nur wegen der leerstehenden Räume erhebliche Kosten angehäuft: Einnahmen wurden dringend benötigt. Auch die vielen Studierenden, die dort früher als Bedienung und Hilfskraft gearbeitet hatten, verdienten nun wieder.

Dass in einigen (meist staatlichen) Konzert- und Sporthallen Impfzentren eingerichtet wurden, war an Kilometerlangen Schlangen von Taxis, Absperrungen und Ordnern sichtbar. Nicht zu übersehen waren in den Strassen die Plakate, welche die staatliche Propaganda und Impfstrategie verbreiten sollten. In Radio und Fernsehen gab es – für die verbliebenen Konsumenten dieser Medien – Werbespots. Die ökonomische Mitarbeit an der Durchimpfungsstrategie der Regierung war und ist vielfältig möglich: z. B. als Ordner vor einem Impfzentrum, als Taxifahrer oder Fahrer eines Krankentransports, als in ihrer Praxis impfende Ärztin, als in Impfzentren die Dosen in Spritzen aufziehende Apotheker, als im Impfzentrum arbeitender Krankenpfleger, als organisierende Beamte in Ministerien, als Texter von Werbespots.

Der berufliche Alltag, sprich die Routine, wird automatisch erledigt und selten hinterfragt, wodurch heute die Verantwortung auf sehr viele Schultern verteilt ist. Es ist davon auszugehen, dass auch *dieBasis*-Mitglieder in der Test- und Impfökonomie involviert sind, z. B. als Ordner, Kranken- oder Taxifahrer, Ärztin, Krankenpfleger, Ministerialbeamter, Polizist, Web-Designer. Wenn dies im jeweiligen Kreis- oder Landesverband öffentlich wird, können die Diskussionen sehr heftig und emotional sein.

Das Spektrum roter Linien

Teilweise sind seit März 2020 alte Freundschaften zerbrochen und Lebenspartner haben sich getrennt. Aber eine zunehmende Anzahl von Menschen hat festgestellt, dass die vorhergehenden gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse eine ausreichende Bindung waren; in diesen Fällen folgte wieder Annäherung und Versöhnung. Allerdings entstehen durch die staatliche Impfnötigung neue Konflikte.

Die Radikalen der einen Seite verstossen diejenigen, die sich nicht impfen lassen, während die Radikalen der anderen Seite, all diejenigen ausschliessen, die im Bereich Testen&Impfen tätig waren und sind. Wer sich entschieden hat, nicht an dem weltweit größten Experiment teilzunehmen und die unterschiedlichen Maßnahmen kritisch sieht, ist heute in seinem Land Teil einer Minderheit. Der Druck der Mehrheit und die täglichen Benachteiligungen sind spürbar. Wer in seinem Bekannten- und Freundeskreis oder seiner Familie eine rote Linie zieht, wenn sich die betreffende Person impfen lässt, könnte bereits recht einsam sein. Ordner bzw. Taxifahrer als Hilfskräfte der Impfökonomie zu akzeptieren, könnte für die meisten noch akzeptabel sein, der vor einer Schule spritzende Arzt ist es aber wohl für viele nicht mehr. Und wie würdest du damit umgehen, wenn ein *dieBasis*-Bundestagskandidat in einem Impfzentrum gearbeitet hat?

Die verschiedensten Haltungen sind denkbar. Die folgenden wurden in einem Rollenspiel von sechs verschiedenen Personen formuliert.

DIE RADIKALE

»Du findest den Impffjob völlig okay und zeigst keinerlei Reue. Ich bitte dich daher, nicht mehr mit mir zu reden oder anders zu kommunizieren. Gehst du nicht, werden auch andere die Partei verlassen wegen dir. A, B, C und weitere sind über meinen Gewissenskonflikt dir gegenüber informiert. Vielleicht hast du ja noch so viel Ehre im Leib uns freiwillig zu verlassen, bevor ich deinen Ausschluss anregen werde. Ich möchte hierauf keine Antwort haben und keine Diskussionen. Für mich bist du unten durch. Bitte lösche auch meinen Kontakt aus deinem Adressbuch und respektiere die Kontaktsperre. Ich rege außerdem ein Parteiausschlussverfahren an.«

DIE KÜHLE

»Charakterlich hast du dich aus meiner Sicht und nach meinem Gespür so disqualifiziert, dass ich mit dir nicht mehr gut Freund sein kann bzw. mag. Ich fordere nicht deinen Ausschluss aus unserer Partei, nein, doch mein Vertrauen hast du nicht mehr und ich werde zusehen, dass ich mit dir nicht mehr als nötig zu tun habe - und das Nötige zumindest meinerseits mit Anstand und Korrektheit.«

DIE SACHLICHE

»Menschen sind verschieden. Auch ich finde, dass du das schön vergeigt hast und ich kann deine Beweggründe trotz deiner Bemühungen, sie zu erklären, nicht nachvollziehen. Trotzdem



aber mag ich dich und bin dir da nicht gram, das ist auch nicht mein Naturell. Natürlich ist es sehr ärgerlich und eigentlich auch unverzeihlich, dass wir jetzt keinen Kandidaten mehr haben. Das bringt ja viel Frust in all unser Engagement und ich verstehe alle, die damit nicht klarkommen und verärgert sind.»

DIE WARNENDE

»Die Gemüter sind hier aus meiner Sicht in einem zu hohem Maße hochgekocht. Wir sollten hier kein Scherbengericht aufmachen. Gleichwohl finde ich, dass du schwere Fehler gemacht hast und auch sehr unglücklich nach dem Bekanntwerden des Sachverhalts agiert hast. Beide Aspekte sollten hier gesehen werden!

Was wäre durch ein ‚rausekeln‘ gewonnen? Ich will das nicht-ich finde das ätzend und das ist nicht mein Menschenbild, sorry! Es würde im Zweifel zwar kurzfristig das Gefühl der Genugtuung bei einigen verschaffen, aber andere stösst es hingegen ab. Die Kommunikation abzubrechen, sollte immer erst das allerletzte Mittel sein. Daher finde ich diese cancel culture nicht zielführend, es verhärtet die Fronten.«

DIE MITFÜHLENDE

»Ich bin sehr erschüttert über diese, wie ich finde, dogmatische Überreaktion [in der radikalen Haltung]. Ich mag mich dieser Vehemenz nicht anschließen; wir fanden doch gerade deswegen zusammen, weil wir uns durch die herrschende Politik ausgestoßen und diffamiert fühlten und Stärke in der Systemkritik, aber auch in mitfühlender, achtsamer Verbindung suchten. Dazu gehört auch, uns gegenseitig zu vergeben, wenn wir inkonsequent sind oder Fehler begehen.

Der Ton der Auseinandersetzung beschäftigt mich nachhallig und stimmt mich sehr traurig. Was der Anlass war, diesen [Impf-]Einsatz nicht abzulehnen, wissen wir alle nicht, aber wir sollten die Entscheidung akzeptieren und nicht in einem Tribunal aburteilen. Nicht jeder Mensch kann immer kompromisslos und mutig sein, diese Erwartung lässt sich leichter an andere stellen, als an sich selbst. Mein Gefühl sagt mir nur, dass selbst, wenn ein Fehler gemacht wurde, es sehr unachtsam ist, ihn jetzt wie von manchen gefordert, praktisch in unserer Gemeinschaft sozial zu vernichten. Das tut mir jetzt viel mehr weh, als ein vermeintlicher Verrat.«

DIE ANTWORT AUF DIE RADIKALE HALTUNG

»Das Fazit ist: Wenn Du nicht aus der Partei austrittst, dann gehe ich und und weitere.

Ist das Erpressung? Die Reaktionen, die wir als Partei von außen erleben und verurteilen, sind u.a. Diskriminierung und Missachtung. Was wir derzeit in der Gesellschaft als Partei erleben, erlebe ich jetzt als Einzelperson innerhalb unserer Partei. Einige Mitglieder wollen mir nicht mehr die Hand geben, mich nicht mehr anschauen oder grüßen, schauen an mir vorbei. Das uns alle verbindende Glied heißt Toleranz gegenüber der Meinung des anderen, gerade dann, wenn diese der eigenen nicht entspricht.«

Fazit

Das Handeln eines anderen Menschen in einem persönlichen Statement zu beurteilen, ist die eine Sache. Die spontane Reaktion gilt heute in Teilen der Gesellschaft als authentisch und erhält dadurch den Lack einer besonderen Gültigkeit: *»Ist mein Gefühl, meine Moral, meine Ethik nur stark genug, dann sind meine Gedanken richtig.«* Analysen haben im Vergleich mit emotionalen Stellungnahmen und moralischer Empörung einen Vorteil: Das Verstehen des Anderen hat mehr Raum sich zu entwickeln, die Motive und Handlungsumstände werden berücksichtigt.

Empörte Menschen neigen in Gesprächen und Treffen dazu, andere auf ihre Seite ziehen zu wollen, um aus eigenen Haltungen gefühlte Mehrheiten zu bilden und eine gemeinsame Gruppenschwingung zu erzeugen. Die lauten Stimmen dominieren schnell und die nachdenklichen Charaktere können sich zu wenig entfalten. Es beginnen Intrigen gegen die Personen, welche die Diskussion beruhigen wollen. Und schon sind wir mitten in einem Tribunal, mit den Folgen der Vorverurteilung, der sozialen Ächtung, der sprachlichen Vernichtung und der Ausgrenzung. Ich bin kein Christ, folge aber der dort entwickelten Philosophie, in der das Verstehen, das Mitgefühl und die Verweigerung zu verurteilen oder zu verstossen im Vordergrund steht: *»Wer von euch ohne Sünde ist, werfe als Erster einen Stein aufsie.«*

Rote Linien zieht jeder für sich und jeder muss sich empören dürfen. Wenn einige aus dieser individuellen Emotion eine gemeinsame Haltung entstehen sehen wollen, dann führt dies unweigerlich zur Abspaltung von Minderheiten.

In »Red Zone« ist eine Reise im September 2020 von Berlin nach Brüssel, Paris, Basel, Zürich, Zug, Sankt Gallen und über Österreich, Bayern, Thüringen, Berlin zurück nach Schleswig-Holstein beschrieben. Damals wurde in Paris und Brüssel eine Vorschrift eingeführt, dass im öffentlichen Raum Halbgemisichtsabdeckungen zu tragen seien. Weiterhin war der Reise- und Berufsverkehr innerhalb Europas durch die Simulation großer Gefahr behindert. Wer im Dickicht aufpoppernder Regelungen keinen Fehler begehen wollte oder Angst hatte, blieb dort, wo es scheinbar am sichersten ist: zu Hause.

Der zweite Beitrag, ein Interview, befasst sich mit der »Bananisierung Europas«. Dabei geht es um ein Erlebnis bei der Rückreise von Schweden nach Dänemark im August 2021: Die Rückweisung an der Grenze. Während in Schweden seit März 2020 die Selbstverantwortung der Bürger galt, es gab weder Lockdown, noch Masken- oder Impfpflicht, sah sich das Nachbarland Dänemark – trotz bewundernswerter demokratischer Tradition – verpflichtet, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien zu imitieren. Nach dem Motto: Wenn alle das Gleiche tun, kann es nur richtig sein, da es ja alle tun. Drüben Demokratie, dort der Abschied von derselben und staatlicher Maternalismus. Dänemark fand den schwedischen Weg doof und führte deshalb Grenzkontrollen ein: Auch Staaten können bisweilen kleinlich sein.

Schon im Februar 2020 erkannten die ersten findigen Beobachter einen entstehenden Markt: Es gab zu wenig medizinische Masken. Da die staatlichen Einrichtungen wegen einer Formalie den Einkauf im Ausland nicht selbst tätigen konnten, wurden Zwischenhändler benö-

tigt. Die Nachfrage war gigantisch und schnell herrschte Goldgräberstimmung. Das Problem bestand darin die Ware zu beschaffen. Zur Herstellung medizinischer Masken werden spezielle Stoffe benötigt. Waren diese nicht verfügbar, wurde einfach ähnlich Aussehendes verwendet. Auch die notwendigen Zertifikate und Stempel wurden gefälscht. Es war eine Jagd nach Millionen und in der Summe nach Milliarden. In dem Beitrag »Maskengold – der Handel mit Masken zwischen Februar und Juni 2020« schildert eine Beteiligte – der Name wurde geändert – ihre Sicht auf diese Zeit. Das Interview ist ein historisches Dokument, keine investigative Recherche auf der Suche nach Nutznießern, Beteiligten oder Verantwortlichen.

Jeder Plan ist nur so gut wie diejenigen, die diesen ausführen. Die Erfahrung zeigt: Wenn zu viele beteiligt sind, kann auch viel schief gehen. Die Interpretation der aktuellen Situation verweist auf Elemente, welche einen von oben initiierten Plan möglich erscheinen lassen. Allerdings waren und sind bei der Durchführung die Bevölkerungen zahlreicher Länder beteiligt. Somit stellt sich die Frage, ob es planbar war, dass die Umsetzung auf weitgehende Zustimmung und nicht auf Widerstand oder einfach Desinteresse stossen würde? Das Konzept »von oben nach unten umgesetzter Plan« berücksichtigt möglicherweise den Zustand der Bevölkerung in den alten Industrieländern zu wenig. Was ist, wenn die Menschen eine Art »Sehnsucht nach Katastrophe« hatten? Die heute in den Schulen Betroffenen werden sich spätestens in zehn Jahren auch schreibend zu Wort melden und könnten die heutige Gegenwart – mit mehr Hintergrundwissen – als Geschichte anders beurteilen.

RED ZONE

SEPTEMBER 2020: VON BERLIN NACH BRÜSSEL, PARIS, BASEL, ZÜRICH, ZUG, SANKT GALLEN UND ÜBER ÖSTERREICH, BAYERN, THÜRINGEN, BERLIN ZURÜCK NACH SCHLESWIG-HOLSTEIN

Berufliche Auslandsaufenthalte führten den Ethnologen Andreas Schlothauer in den letzten zwei Jahrzehnten vor allem nach Brasilien, Uganda, Sri Lanka, Surinam, Marokko und Nordnorwegen. Bei ihrer Arbeit sind Ethnologen Gäste im Alltag anderer, sie sind teilnehmende Beobachter. In der mehr als 100-jährigen Geschichte der Feldforschung hat sich dabei eine Haltung des Verstehens und Beschreibens etabliert, die auch die Innenschau des eigenen Erlebens und der persönlichen Veränderung umfassen kann. Die Kritik und Bewertung des Handelns der Gastgeber gehört nicht dazu. Das gilt selbst dann, wenn die eigene europäische immer mehr zur fremden Kultur wird.

Ende August fanden sich Reisewarnungen für die Städte Brüssel und Paris auf der Internetseite des deutschen Auswärtigen Amtes. Es seien die Zahlen der Neuinfizierten beziehungsweise der positiv Getesteten gestiegen, wobei nicht von einer Zunahme der in Krankenhäuser eingelieferten Personen oder einem Ansteigen der Todesfälle die Rede war. »Für alle Einreisen aus Gebieten mit hohem Infektionsrisiko innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, Schengen-Staaten und Großbritannien (= Rote Zone) gilt eine 14-tägige Quarantänepflicht und die Verpflichtung, einen COVID-19-Test durchzuführen.«¹ Betont wurde aber auch, dass »Reisen zwischen Deutschland und Belgien grundsätzlich möglich« sind. Aus beruflichen Gründen konnte ich meine Reise weder absagen noch verschieben.

Am 27. August verständigten sich 15 Bundesländer in einer »Videoschaltkonferenz mit Teilen der Bundesregierung und den Ministerpräsidentinnen der Länder darauf, ein Mindestbußgeld von 50 Euro festzulegen«. Die deutsche Bundeskanzlerin sagte in der anschließenden Pressekonferenz: »Wenn wir die Quarantäne besser überwachen können, werden wir die Rückkehrer aus Risikogebieten möglichst ab etwa 1. Oktober auffordern, sich in Selbstisolation, also Quarantäne, zu begeben. [...] Für den nächsten Monat, für den September, bleibt alles, wie es ist.« Und der bayrische Ministerpräsident sprach: »Wenn vorher lange angekündigt wird – „Das ist ein Risikogebiet“ – und Leute dorthin fahren, dann ist [es] auch ein Stück Eigenverantwortung.«²

In der zugehörigen Pressemitteilung appellierten »Bund und Länder mit Nachdruck an alle Reiserückkehrer, ihre Quarantänepflicht einzuhalten und damit ihrer Verantwortung« für ihre Mitmenschen nachzukommen. In diesem Appell ist die Nachricht enthalten, dass eine lückenlose Kontrolle nicht möglich ist, und so folgte eine Drohung: »Die Länder werden dafür Sorge tragen, dass die Kontrolle der Quarantänepflichten vor Ort intensiv wahrgenommen wird und bei Pflichtverstößen empfindliche Bußgelder verhängt werden.«³ Damit war auch gesagt, dass Ende August die Verordnungen noch nicht existierten und mit diesen erst ab Mitte September zu rechnen sein würde.

Mindestens bis dahin würde ich also noch eigenverantwortlich handeln dürfen.

Brüssel – Anfang September 2020

»Vor nicht notwendigen, touristischen Reisen in die Hauptstadt Brüssel wird aufgrund hoher Infektionszahlen derzeit gewarnt.«⁴

Für Brüssel meldete das deutsche Auswärtige Amt in einer Reisewarnung: »Belgien ist von COVID-19 im europäischen Vergleich weiterhin relativ stark betroffen. Die Zahl der Neuinfektionen liegt in der Hauptstadt Brüssel bei über 50 Fällen pro 100.000 Einwohner auf sieben Tage, weshalb die Hauptstadtregion weiterhin als Risikogebiet eingestuft ist.« Neben der »Abstandsregel von 1,50 Meter« gilt in Brüssel »seit 12. August 2020 eine Maskenpflicht im gesamten öffentlichen Raum«. Weiterhin müssen seit dem 1. August 2020 »alle nach Belgien Einreisenden 48 Stunden vor ihrer Einreise das Passenger Locator Formular ausfüllen und online absenden. Ausnahmen gelten für mit dem Auto reisende Personen, die weniger als 48 Stunden in Belgien bleiben wollen.« Es wird auf eine »Geldbuße in Höhe von bis zu 250 Euro« verwiesen.⁵

Das Ausfüllen des Formulars war Ende August zwar möglich, aber das Absenden nicht. Auf meine Bitte hin versuchte es eine französische Kollegin – ebenfalls erfolglos. Eine weitere Möglichkeit sollte laut Internetseite darin bestehen, dasselbe auszudrucken, auszufüllen und in

Brüssel bei sich zu tragen: Es sei bei möglichen Kontrollen den Polizeibeamten vorzulegen. Doch auch das Drucken dieses PDF-Dokuments gelang weder mir noch der Kollegin in Frankreich. Also schrieb ich das Formular ab und nahm das Provisorium mit. Da ich ohnehin wegen der zu transportierenden Zeitschriften mit dem Auto fahren musste, beschloss ich, die »48 Stunden« einzuhalten. Somit plante ich eine Durchreise nach Paris. Das war ein Unterschied, denn: *»Die Durchreise durch Belgien ist grundsätzlich wieder ohne Grenzkontrollen möglich. Stichprobenartig kontrolliert die belgische Polizei an den Landgrenzen, ob das Public Health Passenger Locator Formular ausgefüllt wurde. Für Durchreisende, die sich weniger als 48 Stunden in Belgien aufhalten, ist das Formular nicht verpflichtend.«*⁶

Die Wälder und Dörfer neben der Autobahn auf dem Weg von Berlin nach Brüssel waren wie immer. Kühe grasen friedlich, Milan und Bussard kreisten, Traktoren kreuzten in den Äckern und vereinzelt waren Fahrradfahrer zu sehen. Auch an der deutsch-belgischen Grenze war alles Standard: keine Kontrollen. Beim Einchecken in mein Hotel fragte niemand nach dem Formular. Ein erster Erkundungsspaziergang zeigte eine unveränderte Brüsseler Altstadt mit den schönen alten Häusern in der Umgebung des Grand Sablon und des Grand-Place. Und doch war das Straßenbild etwas anders als sonst: Männer und Frauen, ja selbst einige Kinder, verhüllten die untere Gesichtshälfte – nach den teilweise emotional geführten Verschleierungsdebatten der letzten Jahre ein Bild, das mich innerlich grinsen ließ. Viele trugen die aktuell massenhaft produzierten Modelle, aber auch Selbstgeschneidertes war häufig zu sehen. Seltener war das Modell, das ich vor der Reise erworben hatte: ein praktisches Stretch-Halsband, das um den Hals getragen diesen wärmt, und nach oben gezogen in beliebiger Höhe das Gesicht bedecken kann. Wenn es sein muss, sogar bis zur Stirn.

Nur selten war jemand »ohne« zu sehen, durchaus häufiger fand sich dagegen die Variante, nur den Mund zu verstecken, aber die Nase frei zu lassen. Verständlich, denn den eigenen Atem bei ständigem Tragen wieder einzuatmen, ist unangenehm und mit Sicherheit auf Dauer ungesund. Einige der aktuell verkauften Varianten sollen irgendwelche Schadstoffe enthalten. Ob das stimmt, konnte ich nicht feststellen, allerdings behauptet derzeit auch niemand, dass für alle diese Produkte europäische Gesundheitsstandards eingehalten werden. Dicht ist keine dieser Abdeckungen, die Atemluft entweicht links und rechts, oben und unten.

Versuchsweise folgte ich den Sitten des Landes. Allerdings wurde bereits nach wenigen Minuten Fußmarsch das Atmen unangenehm und das Bedürfnis nach Sauerstoff stieg. Die Cafés und Restaurants um den Grand Sablon waren bei strahlender Sonne gut gefüllt. Dort waren alle »ohne«. Wer an den Tischen Platz nahm, entfernte seine Mund- und Nasenbedeckung. Eigenartig, denn hier saßen die Menschen viel enger, als sie sich auf der Straße begegnen würden. Da ich etwas Abstand bevorzugte, suchte ich mir einen freien Tisch.

Mein zu wässriger Espresso war wie stets Anlass, über die Brüsseler Fähigkeit, Kaffeebohnen zu ertränken, zu philosophieren. Nebenbei konnte ich das Gehen und Stehen beobachten. Selbst bei Unterhaltungen auf der Straße trugen die Menschen die »Masken« und auch beim Betreten von Läden wurden diese nicht abgenommen. Selbst einige Fahrradfahrer radelten »mit«. Ganz »ohne« waren die in kleinen Grüppchen stehenden, sich unterhaltenden Raucher und diejenigen, die im Gehen etwas tranken und aßen, zum Beispiel einen Apfel. Aber auch das Telefonieren schien »ohne« erlaubt zu sein. Das gleiche Bild auf Stufen und Bänken: Wer saß, enthüllte sich. Entweder baumelten die Bedeckungen dann elegant an einem Ohr oder sie wurden als Kinnhalter getragen. Das Virus schien also von gehenden und stehenden Menschen verbreitet zu werden? Waren Sitzende nicht ansteckend?

Da ich kein Raucher bin, versuchte ich es ab jetzt im Gehen mit den anderen drei Varianten – essen, trinken, telefonieren. Etwaige mahnende Kontrollblicke blieben aus und so experimentierte ich auf leeren Straßenabschnitten mit der Variante »Tuch unter dem Kinn«. Ablehnende Reaktionen gab es auch damit nicht und so bewegte ich mich auf den halb leeren Straßen weitgehend frei atmend. Wenn mir auf dem Bürgersteig mal kleinere Gruppen entgegenkamen, wechselte ich die Straßenseite und beim Anblick von Polizei zog ich mein Tuch für kurze Zeit über die Nase.

Der Zweck meiner Reise, eine Art Messe, hatte sichtlich durch die Reisewarnungen gelitten. Wenn früher etwa 35 bis 40 Aussteller anwesend waren, so waren es dieses Mal deutlich weniger als die Hälfte. Verständlich, denn die Mehrzahl der Kunden kommt aus Frankreich, Deutschland, Nordamerika und Skandinavien. Wer zum Beispiel aus Paris einreisen würde, müsste in Brüssel eine zweiwöchige Quarantäne einhalten. Das wäre wenig sinnvoll, denn dann ist die Veranstaltung bereits vorbei.

Die meisten Rückkehrer müssten im eigenen Land eine zweiwöchige Selbstisolierung einhalten, auch dieser Umstand dürfte sehr viele abgehalten haben.

Paris – zwei Tage später

»In zahlreichen französischen Städten gehen die örtlichen Behörden dazu über, die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske in der Öffentlichkeit auch auf sonstige öffentliche Plätze, Straßen oder Anlagen mit dichtem Publikumsverkehr zu erweitern. Unter anderem in Paris [...] sowie in Marseille, Toulouse und Straßburg gilt Maskenpflicht im gesamten Stadtgebiet.«⁵

Gleichzeitig meldete das deutsche Auswärtige Amt für Frankreich: *»Die Einreise aus Deutschland sowie aus allen EU-Staaten [...] ist uneingeschränkt möglich«* (5). Die Fahrt von Brüssel nach Paris war durch keine – auffindbare – Verordnung verboten und es war keine Quarantäne einzuhalten. Wie oben bereits erwähnt, galt das umgekehrt nicht; nach Brüssel einreisende Pariser hätten eine zweiwöchige Quarantäne beachten müssen. Bei einem Zwischenhalt in einer Kleinstadt etwa 70 Kilometer vor Paris zeigte sich, dass es den dortigen Einwohnern erlaubt war, sich auf den Straßen ohne Gesichtsbedeckung zu bewegen. Der Glaube, dass sich das Virus durch starke Winde über das ganze Land verbreiten würde, scheint also nicht vorhanden zu sein.

In Paris erwartete mich das von Brüssel her bekannte Straßenbild. Es dominierten die billigen Wegwerfprodukte vor Mund und Nase, Selbstgeschneidertes war seltener zu sehen. Etliche Fahrradfahrer waren »mit« unterwegs. Auch hier war – wie in Brüssel – Rauchen, Essen und Trinken erlaubt, sich demaskiert zu bewegen und zu stehen. Bei bestem Wetter waren die Cafés und Restaurants mehr als gut gefüllt, sodass die Abstände zwischen den unverhüllt Sitzenden hier so gering waren wie in alten Zeiten.

Mein anfangs noch hochgezogenes Halstuch bewegte sich bereits in den ersten Minuten wieder unter die Nase, denn die Straßen im beschaulichen Altstadtviertel Saint-Germain-des-Prés waren weitgehend leer. Trotzdem trugen die wenigen Passanten Gesichtsbekleidung. Entgegenkommenden wickelte ich mich aus und niemand sprach mich in den folgenden drei Tagen auf der Straße auf meine nachlässige Entblößung an. Beim Betreten von Läden und Geschäften zog ich dann jeweils hoch und musste feststellen, dass, was in Deutschland und Belgien als »Maske« akzeptiert ist, hier nicht überall geduldet war. In

zwei Geschäften wurden mir freundlich, aber bestimmt zwei Industrieprodukte geschenkt. Dankend legte ich diese an und zog sie auf der Straße wieder aus. Als Souvenir nahm ich eines der Objekte mit nach Hause, denn ich schließe nicht aus, dass die Nachwelt diese typischen Zeugnisse des Jahres 2020 sehr speziell finden könnte. Während in den nächsten Jahren alle ihren »Mund-Nasen-Schutz« entsorgen, wird mein Exemplar in einer Vitrine überlebt haben, um in einem Museum ausgestellt zu werden.

Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet in der Stadt der Revolution von 1789 die Menschen sich so bereitwillig Regeln unterwerfen, ohne empirische Nachweise zu fordern, dass diese eine entsprechende Wirkung haben. Die in der Zeit der industriellen Revolution gewachsene Ratio scheint im Computerzeitalter erneut dem Glauben zu weichen. Die Propaganda verbreitet: Wer eine Gesichtsmaske trägt, schützt andere. Wer dies nicht tue, sei respektlos und zeige damit, dass ihm/ihr die Gesundheit der Mitmenschen unwichtig sei. Doch wen könnten die Fahrradfahrer und die auf leeren Straßen und in Parks wandernden Fußgänger schützen? Welcher Unterschied besteht für ein Virus zwischen einer Unterhaltung/Begegnung im Stehen und einer im Sitzen? Vielleicht glauben die Pariser, die gefühlte Elite Frankreichs, so dem Rest des Landes ihre Opferbereitschaft zu zeigen?

Die Regierenden appellieren an Fürsorgeinstinkte und installieren so die Basis für obrigkeitliche Folgsamkeit. Wer einen totalitären Staat erschaffen möchte, kann hier und heute studieren, wie es gehen könnte. Es reicht, wenn jeder den anderen kontrolliert und die Menschen gegenseitig das propagierte Verhalten anmahnen. Es reicht, wenn die wenigen Aufrührer durch die Androhung von Geldstrafen entmutigt werden, und wenn von der staatlichen Propaganda verbreitet wird, dass bereits mehrfach Bußgelder verhängt und eingetrieben wurden. Falls überhaupt noch nötig, sind die besonders Renitenen öffentlich und hart zu bestrafen. Dann noch gelegentlich polizeiliche Präsenz auf den Straßen und alle folgen den Vorgaben. Es wäre spannend, zu untersuchen, wie sich die im Lande als aufsässig geltenden Menschen in Marseille verhalten. Dort hat die Pariser Zentralregierung die gleichen Maßnahmen verhängen lassen.

Erst beim Verfassen dieses Textes stelle ich fest, dass das Auswärtige Amt auch vor der Kleinkriminalität in Paris warnt. Pech gehabt, da war mein Auto schon ausgeräumt. Zwei ältere Fotoapparate und ein neuerer sowie

meine Dose mit Kleingeld sind weg. Kleider, Schuhe, meine Lebensmittelvorräte und meine Gitarre haben sie mir gelassen. Die wirklich wichtigen Dinge waren ohnehin im Hotel. Immerhin: Das Fenster meines Autos wurde so nach unten gehebelt, dass nichts beschädigt ist. Alles wurde systematisch durchsucht, jedoch nichts unnötig zerstört. Alle Achtung, ich schätze professionelle Arbeit: Die Diebe hätte ich gern auf eine Tasse Tee eingeladen.

Basel, Sankt Gallen, Zug – drei Tage später

Von Paris ging es weiter nach Basel. Die Internetseite des Schweizer Bundesamtes für Gesundheit enthält für Reisende aus »Risikogebieten« folgenden Hinweis: »Sie müssen sich während 10 Tagen nach Ihrer Einreise in die Schweiz ständig in Ihrem Zuhause oder einer anderen geeigneten Unterkunft aufhalten.«⁶ In der Schweiz ist das Virus also nur 10 Tage übertragbar, in Deutschland sind es 14 Tage. Allerdings sind hier die Strafen höher, die »Übertretung« kann »mit einer Busse von bis zu CHF 10.000 bestraft werden.« Zuständig »für den Vollzug und die Überwachung der Einhaltung der Quarantänemaßnahmen« sind in der Schweiz die kantonalen Behörden. Sie »führen Stichprobenkontrollen durch und erhalten dazu Kontaktdaten der quarantänepflichtigen Personen, die in die Schweiz eingereist sind. Diese Kontaktdaten stammen von wöchentlich zufällig ausgewählten Flügen beziehungsweise Busreisen.«⁶ Und wie werden zum Beispiel Fußgänger, Radler, Motorrad- und Autofahrer an den Grenzen kontrolliert? Das wird schwierig sein, denn »aktuell sind Grenzgängerinnen und Grenzgänger von der Quarantänepflicht ausgenommen.«⁶

Ein schlechtes Gewissen muss ich allerdings nicht haben, denn ich bin ganz legal eingereist. Auf der besagten Internetseite heißt es: »Seit dem 7. September 2020 nicht mehr auf der Liste: Belgien.«⁶ Paris und weitere Regionen Frankreichs sind ebenfalls nicht vermerkt. Dies sollte sich knapp zehn Tage später ändern: Ab dem 18. September erschien die Region »Ile de France« auf der »Liste der Gebiete der Nachbarstaaten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko.«⁶

Das Dreiländereck bei Basel würde sich hervorragend für empirische Feldstudien zum Vergleich der Effizienz von Corona-Maßnahmen eignen. Allen drei Ländern ist gemeinsam, dass in den öffentlichen Verkehrsmitteln die Gesichtsbedeckungen zu tragen sind. Dann beginnen die Unterschiede. In Saint Louis – Frankreich – ist es wie in Paris, auch auf den Straßen dominieren die Maskenträ-

ger. In Weil am Rhein – Deutschland – bedecken sich die Menschen nur beim Betreten von Geschäften und Gebäuden, während in Basel – Schweiz – auch beim Einkaufen etliche Freigesichtige zu sehen sind. Grenzübertritte gehören in der Region zum täglichen Leben: zum Essen nach Frankreich, dort gibt es die besseren Restaurants; zum Einkaufen nach Deutschland, hier ist es billiger; ins Museum und zum Baden nach Basel, dort ist das Kultur- und Freizeitangebot am vielfältigsten. Da sich alle täglich mischen, müsste das Virus folglich gleichmäßig verteilt sein. Was bringt die verschärfte Maskenpflicht im nahen Grenzgebiet Frankreichs? Ist dadurch auch die Zahl der positiv Getesteten am niedrigsten? Sterben hier noch weniger Menschen?

Von den etwa 288.000 Einwohnern des Kantons Baselland waren bis zum 10. September insgesamt 1.123 Personen positiv getestet worden. Von diesen waren 36 verstorben, davon 30 bis Ende April. Auf der Intensivstation lag aktuell niemand.⁷

Es folgten kurze Aufenthalte in den Kantonen Sankt Gallen und Zug. Überrascht stellte ich fest, dass hier selbst beim Betreten von Innenräumen das Bedecken von Mund und Nase nicht vorgeschrieben war. Also fast alles wie gewohnt. Auch bei größeren Gruppen bis zu 100 Personen waren keine Masken verpflichtend. Meine Nachfrage ergab, dass dies immer dann möglich sei, wenn die Personen – auch in Räumen – die Abstandsflächen von 1,50 Meter einhalten konnten. Auf der Internetseite des Kantons Zug konnte ich dies später nachlesen. Bis zum 12. September waren von den circa 127.000 Bewohnern des Kantons knapp 400 positiv getestet worden. Insgesamt neun verstarben, davon acht im Zeitraum bis Ende April.⁸

Ähnliche Maßnahmen galten auch im Kanton Sankt Gallen. Hier waren von den rund 511.000 Einwohnern bis zum 12. September knapp 1.400 Personen positiv getestet worden, von denen insgesamt 40 verstarben.⁹ Die Statistik war hier weniger exakt und die zeitliche Verteilung der Todesfälle nicht auffindbar. Verstarb auch hier die Mehrzahl in den Monaten März und April?

Beim abendlichen Besuch in Zürich hing an der Tür des Thai-Restaurants ein Hinweis auf die »Maskenpflicht« und ich zog mein Halstuch über Mund und Nase. Hier reichte das jedoch nicht: Die nette Bedienung schenkte mir einen der industriell gefertigten Überzieher, den ich für etwa fünf Sekunden bis zum Tisch anzog. Sobald ich saß, durfte ich diesen wieder ablegen.

Berlin – 15. September 2020

Über Österreich kam ich nach Deutschland zurück. Beide Grenzen – von der Schweiz nach Österreich und von Österreich nach Deutschland – waren offen und es gab keine durch Kontrollen bedingte Staus. Vor meiner Einreise hatte ich noch einmal die Internetseite des Auswärtigen Amtes konsultiert und dabei einen wesentlichen Satz entdeckt: »Einreisende, die sich in den vergangenen 14 Tagen in einem durch das Robert Koch-Institut ausgewiesenen Risikogebiet aufgehalten haben, sind zur Durchführung eines Covid-19-Tests innerhalb von 14 Tagen nach Einreise nach Deutschland zur häuslichen Quarantäne und zur Meldung beim zuständigen Gesundheitsamt verpflichtet. Transitreisende sind von dieser Regelung ausgenommen.«¹⁰

Nach einer Übernachtung in Gera erreichte ich Berlin am späten Abend des 15. September. Jetzt wurde es schwierig. Mit Hilfe meines Kalenders rekonstruierte ich. Mein Aufenthalt in Brüssel war bereits 14 Tage her, außerdem war ich dort nur auf der Durchreise – weniger als 48 Stunden. Da auch Paris als Risikogebiet gilt, begann meine theoretisch anzunehmende Quarantänepflicht am 6. September. Da war ich in der Schweiz und musste entsprechend der dort geltenden Regeln keine machen. Auch der Transit durch Österreich und die Übernachtung in Gera war korrekt. Würden für mich die Schweizer Regeln gelten, dann hätte in der Nacht vom 15. auf den 16. September die 10-tägige Quarantäne geendet. Hier in Deutschland sind es jedoch 14 Tage. Wenn ich allerdings weniger als 48 Stunden in Berlin bleiben würde, dann wäre ich hier »Transitreisender« und nach zwei weiteren Reisetagen, zum Beispiel im Bundesland Sachsen, hätte ich bei meiner Ankunft in Schleswig-Holstein – Wohnort – die 14-tägige Quarantäne beendet.

Am nächsten Tag studierte ich die vom Berliner Senat erlassenen Regelungen mit dem etwas sperrigen Namen »Bußgeldkatalog zur Ahndung von Verstößen gegen die SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung in Berlin«.¹¹ Unter »§ 8 Häusliche Quarantäne für Ein- und Rückreisende; Beobachtung« ist zunächst der erste Satz beruhigend: »Diese allgemeine Anweisung tritt am 16. September 2020 in Kraft« (1). Konnte diese für mich, der ich am 15. angekommen war, gelten?

Theoretisch betrachtet, sind es drei Verstöße, wobei sich die Frage stellt, ob die Bußgelder kumulativ angewendet werden können. Wenn ja, dann ergäbe sich eine maximal mögliche Spannbreite zwischen 800 bis 7.500

Euro. Doch wovon hängt das ab? Wann ist zum Beispiel der Mindestsatz von 150 Euro und wann der Höchstsatz von 3.000 Euro fällig? Gibt es hierzu weitere Richtlinien oder ist dies dem Gutdünken einzelner Kontrollierender überlassen?

»Verstoß: Nichteinhaltung der Pflicht, sich unverzüglich auf direktem Weg in die eigene Häuslichkeit oder eine andere Unterkunft zu begeben, soweit keine Ausnahme nach § 9 Abs. 1 bis 4 vorliegt

SARS-CoV-2-InfektionsschutzV § 8 Abs. 1 Satz 1
Adressat des Bußgeldbescheids Ein- und Rückreisende/r
Bußgeldrahmen in Euro 150 bis 3.000

Verstoß: Nichteinhaltung der häuslichen Absonderung, soweit keine Ausnahme nach § 9 Abs. 1 bis 4 vorliegt

SARS-CoV-2-InfektionsschutzV § 8 Abs. 1 Satz 1
Adressat des Bußgeldbescheids Ein- und Rückreisende/r
Bußgeldrahmen in Euro 500 bis 2.500

Verstoß gegen die Pflicht zur Kontaktaufnahme mit der Behörde nach der Einreise und gegen die Pflicht, auf das Vorliegen der Verpflichtung zur Absonderung hinzuweisen, soweit keine Ausnahme nach § 9 Abs. 6 vorliegt

SARS-CoV-2-InfektionsschutzV § 8 Abs. 2 Satz 1
Adressat des Bußgeldbescheids Ein- und Rückreisende/r
Bußgeldrahmen in Euro 150 bis 2.000«

In Zukunft dürfte die Kontrolle, und damit die Durchsetzung der Bußgelder, mindestens bei Auto- und Motorradfahrern schwierig sein. Eine Gleichbehandlung aller Reisenden ist gar nicht möglich, denn hierfür müssten wieder Grenzkontrollen eingeführt werden. Aber auch bei den Flug-, Bus- und Bahnreisenden wird das Land Berlin vor einer übergroßen Aufgabe stehen. Vor allem die Berliner Zeitung berichtet regelmäßig über die unzureichende Personalausstattung der örtlichen Behörden. Vielleicht ist die Absicht, dass der größere Teil der Bürger aus Angst, einen Fehler zu begehen, dort bleibt, wo es scheinbar am sichersten ist: zu Hause.

Fazit

Während meiner Autofahrt – die Niederlande und Österreich eingeschlossen – hielt ich mich innerhalb von 14 Tagen in insgesamt sechs europäischen Ländern auf. Gegen belgische Verordnungen habe ich bei meiner Fahrt

nach Brüssel nicht verstoßen, auch nicht gegen französische bei der anschließenden Fahrt nach Paris oder gegen Schweizer Regeln bei der Weiterreise nach Basel. Dort war bei meiner Einreise Brüssel gerade kein Risikogebiet mehr und Paris war es noch nicht. In der Schweiz galt für mich daher keine Quarantänepflicht. Bei meinem Aufenthalt konnte ich feststellen, dass die Regeln in den vier Schweizer Kantonen Basel, Sankt Gallen, Zürich und Zug recht unterschiedlich waren. Mein dortiger Aufenthalt war bei meiner Rückkehr anzurechnen und so hatte ich bei meiner Ankunft in Deutschland 10 Tage Quarantäne hinter mir. In der Schweiz wäre ich somit nicht mehr ansteckend gewesen, in Deutschland aber schon noch. Bei meinen Zwischenstopps in Gera und in Berlin war ich »Transitreisender« auf dem Weg nach Schleswig-Holstein. Als ich in Berlin am 15. September eintraf, war die Verordnung mit den angedrohten Strafen dort noch nicht in Kraft. Diese galt dann ab dem 16. September, konnte mich aber nicht mehr erreichen, da ich am 17. die Stadt verließ und zwei Tage nach Sachsen fuhr.

Beim Verfassen dieses Artikels habe ich drei Wochen lang nach weiteren Informationen gesucht und versucht, das Gewirr unterschiedlicher Regeln zu verstehen. Trotz-

dem ist zu erwarten, dass ich Fehler gemacht und gegen geltende Verordnungen verstoßen habe. Fakt ist, dass ich wie bei allen meinen Reisen sehr vorsichtig war, denn Krankheitssymptome zeigten und zeigen sich nicht. Auch ist seitdem keine von mir getroffene Person erkrankt. Angesichts des komplexen, grenzüberschreitenden Verordnungsgeflechtes bat ich einen befreundeten Rechtsanwalt um Rat, der leider bislang keine eindeutige Antwort geben konnte.

Die Aufgabe von Regierungen ist es, das Gemeinschaftsleben durch einfache und verständliche Verordnungen und Gesetze zu regeln. Die Bürger in Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben es schwer, wenn die Regelungen beinahe monatlich wechseln. Nur wer seine Wohnung nicht mehr verlässt, kann sicher sein, keinen Fehler zu begehen. Wer arbeiten muss, trägt das Risiko. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass bei solchen Maßnahmen Teile der Wirtschaft kollabieren und dann die sozialen Probleme eine schwer kontrollierbare Welle erzeugen. Dies scheint mir die reale Gefahr zu sein. Erkennen dies die Politiker und die Menschen, welche die sogenannten Corona-Maßnahmen befürworten?

QUELLEN UND ANMERKUNGEN:

- 1 Deutschland, Reisewarnung des Auswärtigen Amtes zu Belgien: www.bruessel.diplo.de/be-de/-/2318032?openAccordionId=item-2320472-7-panel
- 2 Deutschland, Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel nach der Videokonferenz mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder, 27. August 2020: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-mit-den-regierungschefinnen-und-chefs-der-laender-1780690
- 3 Deutschland, PM 296/2020 zur Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 27. August 2020: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/telefonschaltko...finnen-und-regierungschefs-der-laender-am-27-august-2020-1780566
- 4 Deutschland, Reisewarnung des Auswärtigen Amtes zu Belgien (13. September 2020): www.bruessel.diplo.de/be-de/-/2318032?openAccordionId=item-2320472-7-panel Belgien (13. September 2020): [www.dofi.ibz.be/sites/dvzoe/EN/Documents/BELGIUM_PassengerLocatorForm_ENG.pdf](https://dofi.ibz.be/sites/dvzoe/EN/Documents/BELGIUM_PassengerLocatorForm_ENG.pdf)
- 5 Deutschland, Reisewarnung des Auswärtigen Amtes zu Frankreich www.gouvernement.fr/info-coronavirus/carte-et-donnees
- 6 Schweiz, Bundesamt für Gesundheit, 18. September 2020: www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/news/news-11-09-2020-2.html

- Deutschland, Auswärtiges Amt zur Schweiz (13. September 2020): www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/schweiz-node/schweizsicherheit/206208
- 7 Schweiz, Corona-Statistik Baselland vom 23. September 2020: www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/volkswirtschafts-und-gesundheitsdirektion/amt-fur-gesundheit/medizinische-dienste/kantonsarztlicher-dienst/aktuelles/covid-19-faelle-kanton-basel-landschaft
- 8 Schweiz, Corona-Statistik Kanton Zug vom 23. September 2020: www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/gesundheits/corona? www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/amt-fuer-gesundheit/corona
- 9 Schweiz, Corona-Statistik St. Gallen vom 23. September 2020: www.sg.ch/ueber-den-kanton-st-gallen/statistik/covid-19.html
- 10 Deutschland, Reisewarnung des Auswärtigen Amtes zu Belgien (13. September 2020): www.bruessel.diplo.de/be-de/-/2318032?openAccordionId=item-2320472-7-panel
- 11 Deutschland, Bußgeldkatalog zur Ahndung von Verstößen gegen die SARS-CoV-2- Infektionsschutzverordnung in Berlin (18. September 2020): www.berlin.de/corona/massnahmen/verordnung/bussgeldkatalog/

Belgien (13. September 2020)

https://dofi.ibz.be/sites/dvzoe/EN/Documents/BELGIUM_PassengerLocatorForm_ENG.pdf

Frankreich (13. September 2020)

www.gouvernement.fr/info-coronavirus/carte-et-donnees

Deutschland

Auswärtiges Amt zu Belgien (13. September 2020)

www.bruessel.diplo.de/be-de/-/2318032?openAccordionId=item-2320472-7-panel

Auswärtiges Amt zu Frankreich (13. September 2020)

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/frankreich-node/frankreichsicherheit/209524>

Auswärtiges Amt zur Schweiz (13. September 2020)

www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/schweiz-node/schweizsicherheit/206208

Bußgeldkatalog zur Ahndung von Verstößen gegen die SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung in Berlin (18. September 2020)

<https://www.berlin.de/corona/massnahmen/verordnung/bussgeldkatalog/>

Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel nach der Videokonferenz mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder, 27. August 2020 (28. August 2020)

<https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-mit-den-regierungschefinnen-und-chefs-der-laender-1780690>

PM 296/2020 zur Telefonschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 27. August 2020

(29. August 2020)

www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/telefonschaltko...finnen-und-regierungschefs-der-laender-am-27-august-2020-1780566

Schweiz

Bundesamt für Gesundheit (18. September 2020)

www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/news/news-11-09-2020-2.html

Corona-Statistik Baselland (23. September 2020)

www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/volkswirtschafts-und-gesundheitsdirektion/amt-fur-gesundheit/medizinische-dienste/kantonsarztlicher-dienst/aktuelles/covid-19-faelle-kanton-basel-landschaft

Corona-Statistik St. Gallen (23. September 2020)

www.sg.ch/ueber-den-kanton-st-gallen/statistik/covid-19.html

Corona-Virus Kanton Zug (23. September 2020)

www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/amt-fuer-gesundheit/corona

Corona-Statistik Kanton Zug (23. September 2020)

www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/statistikfachstelle/themen/gesundheits/corona?

REISE VON SCHWEDEN NACH DÄNEMARK – DIE BANANISIERUNG EUROPAS

Interview mit Andreas Schlothauer am 20. August 2021 (die Fragen stellte Silke Grünberg)

Wir waren gemeinsam im August in Schweden, wie war das für dich?

Andreas: Es gab keine Maskenpflicht, keine Test- oder Impfpasskontrolle, keine erzieherischen Maßnahmen, die Menschen leben entspannt bis fröhlich: Das Ergebnis individueller Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft. Hatten wir in Deutschland auch mal.

Klar, da gibt es auch freundliche Hinweisschilder, mit der Empfehlung etwas Abstand zu halten. In der Fußgängerzone in Malmö waren mehrere Schnelltest-Läden bzw. mobile Zelte und ich habe einen Impf-Shop gesehen, da konntest du zwischen Kleider-, Schuh- und Parfümeinkauf mal eben deinen Schuss abholen. Wer über 18 Jahre alt ist, entscheidet das eigenverantwortlich und

kann sich vorher über die Unsicherheiten und Risiken informieren. Vereinzelt gab es auch Menschen mit Halbgeichtsabdeckung. Oft stellte sich heraus, dass das deutsche oder französische Touristen waren – Gewohnheiten werden auch im Ausland gern beibehalten. Warum nicht.

Du hattest im Hotel ein Gespräch mit einem dänischen Ehepaar. Möchtest du das zusammenfassen?

Sinngemäß erzählten sie: »In unserer Familie sind alle geimpft. Wir beide, unsere Kinder und auch unsere 13-jährige Enkelin. Die zweite ist 11 Jahre und sobald sie 12 ist, bekommt sie auch ihre Impfung. Bei uns in Dänemark sind sich alle Wissenschaftler einig: Lockdown, Masken tragen, Impfen. Unsere

Regierung hat alles genau richtig gemacht.«

Als ich das hörte, war ich echt beeindruckt von der dänischen Propaganda: Das klang wie runtergebetet. Allerdings muss zu Dänemark gesagt werden, dass die Schulen und Kindergärten ab Mai 2020 durchgehend offen waren und die Kinder dort auch keine Masken tragen mussten. So schreckliche Fehler wie in den Schulen Deutschlands wurden in Dänemark nicht gemacht. Auf der anderen Seite, Kinder ab 12 zu impfen, – das ist irre. Ich hoffe, dass da nichts schief geht. Über die mittel- und langfristigen Nebenwirkungen können ja weder die herstellenden Pharmaunternehmen, noch die Regierungen Erfahrungen vorlegen.

Gab es Probleme beim Grenzübertritt?

Andreas: Bei der Einreise nach Dänemark am 12. August gab es eine Art Gesichtskontrolle und bei der Einreise nach Schweden gar nichts, das war wie immer; anders bei der Rückreise von Schweden nach Dänemark. Ich hatte von Freunden gehört, dass in Dänemark die Maßnahmen abgeschafft seien und mich deshalb nicht weiter informiert. Nachträglich habe ich dann festgestellt, dass das erst ab dem 1. September gilt. Als wir am 16. August so gegen 14.00 über die beeindruckend hohe Brücke über den Belt fuhren und auf der Insel zwischen Schweden und Dänemark auf dänischem Staatsgebiet ankamen, war die zweispurige Autobahn auf eine Spur reduziert. Ein Polizist sortierte: Die einen durften weiterfahren und andere, darunter wir, wurden nach rechts auf einen Parkplatz abgeleitet. Dort gab es eine mobile Polizeistation mit Schranke. Der nette junge Polizist fragte: »Geimpft.« Ich antwortete: »Nein.« Polizist: »Getestet.« Ich: »Nein.« Polizist: »Dann können Sie nicht weiterfahren.« Ich war etwas fassungslos: »Können wir nicht ohne zu halten nach Deutschland durchfahren?« Das verneinte er freundlich und auch sein älterer Kollege. Ich kenne die Dänen, ich bin seit 1995 Teil der dänischen Minderheit in Deutschland. Wenn der Staat etwas vorgibt, dann sind die Staatsbediensteten nett und verbindlich, aber stur. Nichts zu machen. Ich fand das in dem Moment interessant, das war wie Reisen in Afrika.

Wieso dieser Vergleich?

Andreas: In afrikanischen Ländern gibt es auch alle möglichen Kontrollen, nicht nur, wenn du Landesgrenzen passieren möchtest. Wenn die Polizisten, Soldaten oder Zöllner noch kein Frühstück oder Mittagessen hatten,

dann wirst du gern mal angehalten. Irgendeinen Grund einen Betrag zu fordern, gibt es immer. Es fehlt ein Stempel im Pass, eine Erlaubnis, der Sicherheitsgurt funktioniert nicht, usw. Vor allem bei den Musungu, den Weißen, macht man das gern. Das hat nichts mit Rassismus zu tun, die Wahrscheinlichkeit, dass die noch etwas Geld haben, ist einfach größer. Gefordert wird zuerst ein hoher Betrag. Wer die Verhältnisse kennt, der einigt sich dann schnell – mit Humor und Lachen – auf einen niedrigeren Betrag, der einem guten Essen entspricht. Dann sind Weiterfahrt bzw. Essen gesichert. Man verabschiedet sich wie alte Freunde und beim nächsten Treffen lädst du den Grenzer gleich zum Essen ein.

Wie ging es dann weiter?

Andreas: Ein Testzelt gab es an der Grenze nicht. Das wäre natürlich ein guter Service gewesen, aber die Dänen machen es dir nicht leicht, wenn du gegen ihre Regeln verstossen hast. Das ist didaktisch, du sollst daraus lernen. Ein sehr pädagogisch orientiertes Land, die sind ganz toll mit den Kindern und Jugendlichen, leider endet die Erziehung nie, selbst wenn du über 90 Jahr alt bist. Ansonsten war alles gut vorbereitet. Wir erhielten ein ausgefülltes Formular (auf Deutsch), dass wir an der Grenze abgewiesen worden waren sowie mündlich eine Adresse des nächsten Test-Centers in Malmö. Es ging knapp vier Kilometer zurück, wieder über die Brücke. Die Überfahrt ist mautpflichtig und so erhielten wir bei der Kassenfrau in Schweden einen Zettel mit einem Scan-Code, damit wir bei der erneuten Rückfahrt nicht noch einmal bezahlen mussten. Die waren auch gut vorbereitet und alles prima organisiert. Ich habe sie gefragt: Die haben täglich Dutzende bis Hunderte Fälle, das ging schon seit Monaten so. Die Dänen haben da wohl in der ganzen Zeit Zigtausende zurückgeschickt. Die Kassenfrau verdrehte ihre Augen und meinte: »Ich bin froh, wenn das bald vorbei ist.«

Dann kam dein erster Test?

Andreas: Das Test-Center war so eine Art Drive-In, wir konnten alles vom Autofenster aus erledigen. Zuerst anmelden. Da ich kein Smartphone besitze, konnte ich meinen Laptop benutzen. Die hatten sogar ein eigenes WLAN über Handy. Dann habe ich mir erstmal erklären lassen, wie getestet wird. Kein Spucktest oder Halsabstrich, sondern aus der Nase. Allerdings nur ca. zwei Zentimeter tief. Das war der erste »Corona-Test« in meinem Leben, also mal abwarten. Der Typ hat das Stäbchen ein

paar Mal in jedem Nasenloch gedreht und die angegebene Tiefe eingehalten. Das ging. Unangenehm war danach ein stechender Geruch, ich habe erstmal ausgeschnupft. Wir haben zwanzig Minuten gewartet, dann bin ich mit meinem Laptop ins Zelt und habe die beiden Ergebnisse heruntergeladen. Ich sag jetzt mal nicht, ob die positiv oder negativ waren.

Wir fuhren wieder unsere vier Kilometer über die beeindruckend hohe Brücke und kamen auf die Insel – es war etwa 15:30 Uhr. Die zweispurige Autobahn war auf eine Spur reduziert. Es bildete sich ein kleiner Stopp von fünf bis sechs Autos, die langsam rollten und wir erreichten die Stelle, an der bis vor kurzem ein Polizist gestanden hatte. Da war aber keiner mehr und die Ableitung nach rechts wurde gerade mit einer Schranke geschlossen. Wir fuhren ohne jede Kontrolle nach Dänemark. Nehmen wir mal an, ein Test wäre positiv gewesen?

Was waren deine Gedanken in dem Moment?

Andreas: Die ganze Situation fand ich absurd. Grenzkontrollen in Europa? Mir erscheint das zufällige Sortieren an Grenzen mit der Begründung »Viruskontrolle« schon ziemlich sinnlos und dann arbeitet die Polizei nur bis 15:30 Uhr und macht Feierabend? Leute, der Virus schläft nicht, da müsst ihr 24-Stunden auf Draht sein. Hier wurde ganz offensichtlich die schwedische Demokratie abgestraft und die dänische Regierung zeigte sich als ultra-autoritär. Im eigenen Land gönnte man sich nichts: Maskentragpflicht, Lockdown und Impf-Druck. Und da waren da drüben, nur wenige Kilometer entfernt, die blöden Schweden, die einfach eigenverantwortliches Handeln für ihre Bürger umsetzten. In Dänemark das Modell Untertan und in Schweden das Modell Bürger. Das hat denen nicht gepasst und das sollte jeder spüren, der da rüber machte und dann die Frechheit hatte zurückzukommen: Auch Staaten können extrem kleinlich handeln.

Innerlich habe ich gelacht und mir fielen nur die Worte »Die Bananisierung Europas« ein. Das ist alles so hochgradig dämlich, nur mit sehr großer Anstrengung kann ich das ernst nehmen. Man sollte nicht vergessen, dass von dänischer Seite diese Art Kontrollen ohnehin ab 10. September, also drei Wochen später, abgeschafft werden sollen. Na mal sehen, ob das wirklich umgesetzt wird, vielleicht wird es nach einigen Wochen wieder eingeführt. Auch so ein Aspekt der Bananisierung: Heute so, morgen so. Dass wir gerade diese Elemente afrikanisch-

autokratischer Herrschaft in Europa einführen, ist schon lustig. Die meisten Afrikaner, die ich kenne, lachen sehr gern. Vielleicht lernen wir in Europa unter autokratischer Herrschaft auch mehr zu lachen.

Wie war es dann in Dänemark?

Andreas: Wir waren eigentlich auf der Durchfahrt nach Nordfriesland und haben in Dänemark dann doch noch Freunde getroffen; sie ist Ärztin und er ist Ingenieur. Beide sind nicht geimpft, haben aber von ihrem Arbeitgeber wenig Druck verspürt. Da sind die Dänen anders als die Deutschen. Klar wird gern gesehen, wenn du machst, was die Regierung möchte und eine Mehrheit macht, aber du wirst als Minderheit nicht ausgegrenzt. Das war einer der Gründe, warum ich damals in das dänische Minderheitsgebiet gezogen bin und die Nähe zu Dänemark gesucht habe. Ich wollte immer am Rand von Deutschland mit einer Grenze im Rücken leben, weil ich den Deutschen schon immer misstraut habe. Wir erleben gerade, wie in Deutschland eine Minderheit geächtet und sanktioniert wird: *»Lass dich halt impfen. Hab ich doch auch gemacht. Wir grenzen dich nicht aus, du bist doch selber Schuld.«* Vor einigen Jahrhunderten hieß das Zwangstaufe. Entweder Christ oder Nachtteile, staatliche Gewalt und Vertreibung. Diese Rückkehr des Glaubens ist schon verblüffend. Die Inquisition arbeitet ja auch schon seit April 2020: Wer sich als öffentliche Figur kritisch äußert, wird verdammt und medial hingerichtet. Hätte ich ein Land, wäre es mir peinlich.

MASKENGOLD – DER HANDEL MIT MASKEN

ZWISCHEN FEBRUAR UND JUNI 2020

INTERVIEW MIT BEATE* AM 19. MÄRZ 2021

»Das war die Zeit, da haben die alle irgendwas gekauft, um eine Maske zu haben.«

Wann hast du mit diesem Handel begonnen?

Beate: Im Februar 2020 habe ich mir die Telefonnummer des Gesundheitsministeriums rausgesucht und dort angerufen. Am anderen Ende der Leitung war eine nette Frau, die mir eine Email gab: poststelle@gesundheitsministerium.de. Dorthin habe ich meine Angebote, die ich von einem dänischen Partner hatte, geschickt. Der konnte Masken aus Indien und aus Spanien besorgen. Über mein Netzwerk, das sind verschiedene Anwälte mit engen Kontakte zum Unternehmerverband, hatte ich herausgefunden, dass hier in Deutschland jeder eine Maske brauchen wird. Das war damals noch nicht offiziell in den Medien, dass hier Millionen Masken gebraucht werden würden. Ich habe ein sehr gutes Angebot per Mail an das Gesundheitsministerium geschickt: »Hiermit biete ich Ihnen dreilagige OP-Masken an.« Keine zwei Wochen später erhielt ich, mit meiner englischen Firma, einer »Limited« mit 1 € Haftungskapital, vom Verteidigungsministerium aus Koblenz einen Vertrag, der war nur eine Seite lang – jedes Kind hätte den verfassen können. Darin hieß es: »Hiermit beauftragen wir Sie 40 Millionen Stück Masken zum Preis von 30 Millionen € zu besorgen.« Der Stückpreis war also 75 Cent.

Von heute aus gesehen war das sehr teuer, aber damals gab es keine Masken und die anderen Anbieter waren noch teurer. Ich hatte also einen Partner, der liefern konnte und einen Abnehmer, das Verteidigungsministerium. Dadurch war ich bereits Anfang März 2020 dabei. Eigentlich bin ich seit langem im Immobilienbereich tätig und nur durch meine Kontakte da so reingerutscht.

Die anderen Anbieter waren nicht so schnell, z. B. VW und Lufthansa kamen erst ein paar Monate später. Die sind auch alle nur als Zwischenhändler aufgetreten. Die großen Konzerne mit Zweigstellen in China oder Indien hatten es natürlich leichter als andere. Auch der Gutachterausschuss DEKRA, die letztendlich die Ware prüfen, soll Masken über eine Schweizer Firma geliefert haben.

Konntest du gleich die Lieferung der Masken organisieren?

Beate: Meinen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium habe ich befristet an meinen Partner abgetreten. Der hatte das Geld, um den Letter of Credit (siehe Kasten) zu eröffnen. Erst konnte ich den Vertrag mit der Bundeswehr nicht erfüllen, weil die Lieferanten in Indien und Spanien nicht mehr liefern konnten. Von denen kamen nur 240.000 Stück. In meinem Vertrag stand zwar ein Liefertermin, aber es war keine Verbindlichkeit festgelegt und der wurde einfach verlängert. Es gab keinen Schadensersatz bei Nichtlieferung. Anfangs fehlte auch ein Stempel, den habe ich mir erst danach geholt.

Wir brauchten dringend zuverlässige Lieferanten. Ich habe ein paar Russen kontaktiert und einen gefunden, der versuchte die Masken über China zu besorgen. Der hatte auch Finanziars, später haben wir erfahren, dass er Tschetschene war. In der Zeit stiegen auch die Transportkosten. Vorher kostete eine voll ausgelastete Frachtmaschine Boing 747 von China nach Leipzig und zurück zwischen 240.000 und 300.000 €. Die Kosten lagen dann bei über 900.000 €. Das Problem war auch die Ware nach Deutschland zu bekommen, denn im April 2020 konntest du nicht einfach zu den Lieferanten fliegen. Wir haben damals mit der Bundeswehr gesprochen, ob wir da eine Maschine kriegen. Da bist du dann wieder hinterhergerannt. Das war wie ein Sprint, wer der erste ist. Das war ein Wettrennen. Das war wie die Jagd nach Gold. Das alles war nur möglich, weil die Masken aus dem Ausland kamen und die Lieferanten in Europa in dieser Stückzahl nicht liefern konnten.

* Der Name wurde geändert. Auch alle weiteren im Interview genannten Namen von Beteiligten sind entweder gelöscht oder geändert.

LETTER OF CREDIT (AKKREDITIV)

Der »letter of credit« ist ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem abstrakten Schuldversprechen eines Kreditinstituts. Es gibt drei Akteure: den Auftraggeber, das Kreditinstitut und den Zahlungsempfänger. Der Auftraggeber hinterlegt einen vereinbarten Geldbetrag und weist die Bank an, nach Vorlage von bestimmten Dokumenten innerhalb eines festgelegten Zeitraumes an den Zahlungsempfänger auszuzahlen.

Beate: Letter of Credit ist Zug um Zug, das ist das fairste Geschäft der Welt. Du eröffnest ein Konto bei deiner Bank und hinterlegst dein Geld. Die Lieferbedingungen wurden vorher festgelegt: Die Verschiffung und wer die Transportversicherung bezahlt. Im Hafen oder am Ort der Lieferung wurde die Ware begutachtet. Dann gehen die Unterlagen, die du bei der Lieferung bekommen hast, zur Bank und die prüft auch noch mal. Alles nur auf dem Papier bzw. digital. Fast jeder Hersteller von Masken hatte in Deutschland eine Bank, mit der er zusammenarbeitete.

Mit wem hast du zusammengearbeitet?

Beate: Ich hatte meine Lieferverträge jeweils mit einer deutschen Regierungsstelle und habe die Rechte daraus an den Partner abgetreten, der das Geschäft vorfinanzierte. Dieser hatte bei einer Bank einen Teil des Geldes zu hinterlegen, im Gegenzug habe ich dann im Liefervertrag dessen Kontonummer eingetragen. Das hat die jeweilige Behörde alles mitgemacht.

Ich hatte da mit Typen zu tun, das ist eine Story für sich, mit welchen Verbrechern du da Bekanntschaft machen konntest. Ein Investor hat einen falschen Letter of Credit eröffnet, wie ich ein paar Monate später feststellte. Der wollte einfach nur meinen Auftrag weiter verkaufen. Dann gab es so Anrufe: »Kommt mal eben nach Bremen. Da haben wir ne Lagerhalle voll mit Masken und bringt einen Koffer mit drei Millionen Bargeld mit.« Da habe ich am Telefon schon gemerkt, alles nur Spinner.

Wie sah deine Arbeit aus?

Beate: Ich musste die ganzen Unterlagen besorgen, das waren verschiedene Zertifikate, darunter die Konformitätserklärung, mit welcher der Hersteller erklärt, dass die Ware gemäß EU-Verordnung hergestellt ist. Die CE-Nummer laut EU-Richtlinie muss auf jeder Maske stehen; bei uns war das z. B. »CE-NB2169«. Die Nummer steht für einen bestimmten zertifizierten Prüfer. Die werden in der NANDO-Datenbank der EU (www.ec.europa.eu/growth/tools-databases/nando/) geführt und von dem erhältst du dann ein Prüfzertifikat. Ich hatte in dem Fall einen türkischen Prüfer. Das alles musstest du vorher bringen, um überhaupt mitmachen zu können.

Da hat sich schon die Spreu vom Weizen getrennt, weil die meisten das gar nicht bringen konnten.

Alle Unterlagen wurden digital verschickt und bei meinem ersten Auftrag mit der Bundeswehr saß dort ein Gutachter, der die Unterlagen prüfte; sie hatten auch einen Apotheker. Es wurde sogar von einem Labor ein Materialtest gemacht und du musstest nachweisen, woher der Stoff kommt. Du brauchtest ein Zertifikat von dem Stoffhersteller, denn die echten Masken sind aus Spezialstoffen hergestellt. Am Ende des Prüfungsprozesses hast du eine Freistellung erhalten und es konnte geliefert werden. Wir haben dann eine erste Teillieferung zur Bundeswehrkaserne geschickt. Stichprobenartig hat ein Prüfer die Masken angesehen. Wenn diese in Ordnung waren, wurde die Rechnung hingeschickt und es wurde überwiesen.

Gab es Fälschungen?

Beate: Es wurde unglaublich viel gefälscht und ich würde mal behaupten, dass in der Anfangszeit nicht eine Maske echt war, also den beiliegenden Papieren entsprach. Die Dinger kamen aus Vietnam, China, Türkei, Indien, usw., sogar hier in Deutschland haben die Vietnamesen nähen lassen. Nicht nur die FFP2- und FFP3-Masken, auch Schutzanzüge und Handschuhe. Da wurde eine regelrechte Flut produziert, mit Etiketten, und du konntest das Original von einer Kopie nicht unterscheiden. Das geht nur im Labor, wenn die Stoffe geprüft werden. Diese sind lizenziert, es ist ein bestimmter Stoff, aus dem die Masken hergestellt werden, und da gibt es nur bestimmte Produzenten. Es waren weitaus mehr Masken im Umlauf als die weltweite Produktion der Spezialstoffe erlaubt hätte. Also wurde irgendwas verwendet. Manchmal riechst du das, diesen chemischen Geruch. Hier sind solche gefälschten Masken, die waren immer in 50er-Packs. Hier fehlt z. B. der CE-Zertifikats Stempel. Auf jeder Maske muss so ein CE-Zeichen abgedruckt sein.

Natürlich gab es Masken mit gefälschten CE-Aufdrucken und auch die Prüfprotokolle wurden gefälscht. Auf die Feinheiten hat uns ein prüfender Kriminalkommissar in Brandenburg aufmerksam gemacht. Im Internet kann man so Prüfprotokolle finden. Die wurden kopiert und digital bearbeitet. Teilweise wurde richtig stümperhaft gefälscht. Das Prüfprotokoll von einer chinesischen Firma und die Lieferbestätigung von einer indischen. Da passten dann die Formatierungen nicht. Am Anfang hatten alle Hersteller ihre Prüfzertifikate im Netz, die konn-

test du runterladen. Das haben viele gemacht und entsprechend kopiert, wie sie es brauchten.

Bei den zuverlässigen Lieferanten, bei den Chinesen, musstest du dich bewerben und hast dann nur diese Prüfsertifikate bekommen, wenn du dort auch dein Akkreditiv und alles angeleiert hast und die Lieferung bestätigt war, dann hast du datiert nur für diese Lieferung deine Papiere bekommen.

Wie teuer war damals eine Maske im Einkauf?

Beate: Wenn du direkt in China kaufen konntest, dann lag der Preis zwischen 20 und 40 Cent pro Stück; in Russland soll eine Maske nur 5 Cent gekostet haben.

Wie viel Gewinn wurde da pro Stück gemacht?

Beate: Bei meinem ersten Geschäft mit dem Verteidigungsministerium lag der Verkaufspreis bei 75 Cent. Abzuziehen sind die Kosten des Letter of Credit, die Bank nimmt da bis zu 10 %. Die Bankgebühren richten sich nach dem Umsatz, das waren etwa 10 bis 20 Cent pro Maske. Bei dem Auftrag hatten wir etwa 48 bis 50 Cent Kosten pro Stück, inklusive Flugkosten und allem. Das war schon teuer damals. Bei dem Deal waren an alle Beteiligten etwa 10 Millionen Euro Gewinn vor Steuer zu verteilen.

Später lag die Gewinnspanne auch höher. Teilweise soll das Gesundheitsministerium sogar Stückpreise von 6 €, z. B. an die Apotheken bezahlt haben. Die hatten teilweise bei Preisen von 1 bis 2 € eingekauft und dann sanken die Preise; das war für die ein Geschenk und sie konnten ihre Lager leeren.

Warum hat der Staat die Masken nicht direkt bei den Fabriken gekauft?

Beate: Eigentlich hätte die Regierung das alles selber machen können, dann wäre es viel günstiger gewesen. Darüber habe ich mich mit dem Bundeswehrmitarbeiter unterhalten, der bei uns für den Ankauf zuständig war. Ich habe dem gesagt: *»Ihr seid doch alle völlig bescheuert, ihr braucht doch nur einen Letter of Credit machen und dann könnt ihr selbst beim Hersteller direkt beziehen, ohne den ganzen Zwischenhandel.«*

Er antwortete: *»Da gibt es eine rechtliche Lücke, das haben die nicht beschlossen.«*

Natürlich gibt es beim Staat sehr fähige Leute, da gibt es richtig gute Einkäufer, aber die machen die Klappe nicht auf. Warum haben die nicht gesagt: *»Mensch, das können*

wir doch selber.« Mein Vertrag hätte auch von einer Regierungsstelle mit jeder chinesischen oder indischen Firma, also den Herstellern, abgeschlossen werden können. Das Problem war die Vorfinanzierung und damit die Haftung für eine ordnungsgemäße Lieferung. Das Risiko übernahm der Zwischenhandel und ging in Vorleistung: Die Masken wurden von denen beim Hersteller im Ausland bezahlt und dann in Deutschland verkauft. Das konnten staatliche Stellen nicht. Das war die Lücke im System. Das war bekannt, aber geändert wurde es nicht. Man hätte sich Milliarden Euro sparen können.

Gab es internationale Konkurrenz?

Beate: Bei den Handschuhen und den Masken gab es die Konkurrenz mit den Amis und den Franzosen. Die sind da mit ihren eigenen Maschinen und Koffern voll Geld hingeflogen und haben Cash bezahlt. Die haben Flugzeuge in China gestoppt, ich weiß nicht, wie viel der Zoll in China dabei verdient hat. Die italienische Regierung hatte eine Riesenladung aus China bestellt und bezahlt, das weiß ich von Quellen meines Netzwerks, die wurde aus dem Zoll raus an die Amis verkauft. Die sind hingeflogen und haben mehr geboten.

Unserem Gesundheitsminister soll das auch passiert sein. Die standen auf dem Flughafen in Leipzig und haben auf die Ware gewartet. Kam nicht. Da hatten wir schon über einen russischen Kontakt erfahren, dass die nicht ankommen wird. Ein oder zwei Tage später, war das dann in den Nachrichten.

Wir haben in der Zeit mit ganz vielen Menschen kooperiert und die wenigsten sprachen Deutsch ohne Akzent. Da waren Dänen, Niederländer, Polen, Türken, Russen, Tschetschenen, Inder, Chinesen und Leute aus dem arabischen Raum. Mit einem Pharmaunternehmen in Dubai sind wir immer noch in Kontakt.

Hast du noch weitere Regierungsstellen beliefert?

Beate: Über mein Netzwerk bekam ich damals die benötigten Informationen über Politik und Wirtschaft. Über diesen Kanal habe ich die Anfragen erhalten, welche Ware wo gewünscht wird. Im Mai 2020 hatte ich einen zweiten Auftrag, der kam vom Bayerischen Gesundheitsministerium. Den hätte ich schon eher haben können, aber ich konnte die passende Ware nicht liefern. Über einen älteren Türken kam ich in Kontakt mit Russen bzw. Tschetschenen. Die sitzen hier in Mitte, gegenüber von Gazprom. Die haben für Gazprom und Siemens Ausrüs-

tung für Russland gekauft und fahren auch Maybach, da war sichtbar Kohle dahinter. Die habe ich gefragt, könnt ihr mir helfen, ich hab hier einen Vertrag über 10 Millionen €, da können wir uns alle dumm und dämlich verdienen. Letztlich konnten wir in der Türkei FFP3-Masken besorgen, das sind die mit dem Filter an der Seite.

Für 5,48 € das Stück haben wir die an die Behörde verkauft und der Einkauf lag bei etwas über 3 €. In unserem Notarvertrag war genau festgehalten, wer welchen Anteil vom Gewinn erhält. Da war ein kroatischer Finanzierer beteiligt und die Zertifikate kamen von einem türkischen Großhändler mit deutschem Firmennamen wie Meyer, Müller oder Hofmann; die hatten ein Spielkasino. Im März hatten die ein Gewerbe angemeldet, für drei Monate Bilanzen erstellt und 300.000 € eingezahlt. Die wollten offiziell mitmischen und sie haben sich bei vielen Verfahren beworben, obwohl die vorher noch nie mit Masken zu tun hatten. So schnell sind die.

Als ich bei denen ankam, haben die mir erst mal ihr Lager gezeigt. Das war so groß wie hier die ganze Strasse, abgesichert mit Zaun und Security: Nur Kartons voll mit Masken. Mir haben sie erzählt: »Schau mal, wir haben alles. Wir können liefern.« Da wusste ich die Hintergründe noch nicht, die habe ich dann später recherchiert. Mit Fragen und immer wieder Fragen. Warum steht die Ware da immer noch? Bis ich herausgefunden habe, warum sie die nicht losgeworden sind: Zum Teil waren es Pfuschmasken, also von schlechter Qualität, und zum Teil offensichtlich »fake«. Damals haben sich auch viele verkalkuliert und sind auf ihrem Ramsch sitzen geblieben.

Als alles klar war, habe ich dem Gesundheitsministerium gemeldet, dass ich liefern kann. Da hatte ich innerhalb eines Tages eine Antwort und ein einseitiges Formular zu bearbeiten. Den Vertrag hab ich ausgefüllt, unterschrieben, ein Lieferdatum eingesetzt und über meinen Anwalt direkt an das Ministerium geschickt. Innerhalb von zwei Tagen haben die per Email das Angebot bestätigt: »Bitte liefern Sie.« Zusammen mit dem Türken bin ich dann ins Ruhrgebiet gefahren und habe da den Finanzierer, den Kroaten, getroffen, der mir einen Kontoauszug mit 4 Millionen € zeigte. Das reichte, der Auftrag ging über 10 Millionen.

Das Problem war dann, die Ware von der Türkei in die EU zu bekommen. Wir mussten den Umweg über Luxemburg nehmen. Der Importeur hat die Ware dorthin bestellt und mit LKWs aus Polen kam die dann nach Deutschland. Die haben kaum was gekostet, eine Fuhre vielleicht

ein paar Hundert Euro. Jede Teillieferung lag zwischen 180.000 und 240.000 Stück, das hing vom LKW ab. Bei jeder Fahrt waren es insgesamt 400.000 Stück, also zwei gefüllte LKWs. Unsere türkischen Geschäftspartner waren so um die 30 Jahre alt, die hatten verschiedene Shisha-Bars. Da diese durch den Lockdown zu waren, hatten sie viel Zeit. Die haben mich dann auch nach Düsseldorf in eine Shisha-Bar eingeladen: Nur Ferraris vor der Tür, die größten Motorräder, alles vom feinsten, zwei Uhren am Handgelenk. Und was machen die? Die haben Buchhalter, die haben Anwälte, die haben alles. Also Deutschland gehört uns schon lange nicht mehr. Das ist in türkischer, arabischer und kroatischer Hand. Diese Parallelwelt existiert, ich hab das erlebt. Das war schon aufregend und hat Spaß gemacht.

Unsere Türken begleiteten dann jede LKW-Fuhre mit dem Auto von Luxemburg bis München. Bei der ersten Fahrt sind die mit einem Bentley in das Lager bei Garching, in der Nähe von München, gefahren. Ich dachte, ich explodiere. Dort arbeiteten Freiwillige, ehrenamtliche Studenten, und unsere Jungtürken fuhren auf dem Hof im Kreis, um zu zeigen, dass das Verdeck auch während der Fahrt bei 50 bis 60 km/h rauf und runter geht. Besonders geeignet war die Halle dort übrigens nicht. Die Masken haben nur eine gewisse Haltbarkeit und sollen bei Temperaturen um die 18 Grad und staubfrei gelagert werden. Wenn es in dem Lager zu heiß oder zu kalt ist, dann verändert sich der Stoff. Vielleicht liegen die Masken immer noch in dem Lager und vergammeln?

Wir haben im Juni und Juli in vier Teillieferungen, alle 14 Tage, die Masken nach Garching geliefert, am 23. Juli die letzte Fuhre. Fünf Tage später waren die Prüfungen abgeschlossen, sie haben uns die Freistellung gegeben und ich durfte meine Rechnung stellen. Innerhalb von zwei Tagen wurde auf ein Notaranderkonto überwiesen und dann hat jeder seinen Anteil bekommen.

Uns wurde damals gesagt die Masken wären für Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser. Aber die Krankenhäuser bestellen selber, die brauchen niemanden, die haben ihre eigenen Einkäufer, richtige Profis. Warum hat das Gesundheitsministerium nicht über die bestellt?

Wann endete diese Art von Maskenhandel?

Beate: Ende Juni 2020 war alles vorbei. China hat im Sommer die Masken herstellenden Werke verstaatlicht und die Ausfuhr durch private Unternehmen war verboten. Es gab nur noch vier staatliche Firmen, die die-

se Masken aus China verkaufen durften. Schlagartig hat sich der wilde Markt beruhigt. Die Zertifizierung der chinesischen Masken wurde am Flughafen vom TÜV Rheinland gemacht, Dokumente und Ware wurde geprüft und in Deutschland ein Zertifikat ausgestellt. Fremdfirmen haben für den TÜV einzelne Stücke verschiedene Prüfungen gemacht: Druck, Durchlässigkeit, Feuchtigkeitssperre, Befestigungsbänder.

Gab es z. B. bei Schutzanzügen und Handschuhen ähnliche Verhältnisse?

Beate: Bei Schutzanzügen und Handschuhen war zu wenig Geld zu verdienen. Die Schutzanzüge kosteten schon im Einkauf 8 bis 10 € und die Behörden wollten nicht viel ausgeben. Bei den Handschuhen war das ähnlich.

Gab es auch Probleme mit den Abnehmern?

Beate: Am 23. Juli 2020 hatten wir die letzte Charge an das Bayerische Gesundheitsministerium geliefert und eine Woche später wurde, nach Prüfung, die letzte Rate bezahlt. Damit war der Auftrag abgewickelt. Die Gewährleistung endete drei Monate später im Oktober. Ende November bzw. Anfang Dezember 2020 kam ein formloses Schreiben, dass wir die Masken innerhalb von zehn Tagen abholen sollen, die würden alle nichts taugen. Das war Blödsinn: Der Hersteller in der Türkei war eine zertifizierte Firma, die Masken waren geprüft worden, wir hatten die Plausibilitätserklärung vom Abnehmer, d. h. die Bestätigung »diese Maske entspricht genau den Anforderungen des gewünschten Produkts«, und außerdem war die Gewährleistung abgelaufen. Weiterhin fehlte der Nachweis, dass es sich um die von uns gelieferten Masken handelte, denn auf unseren Kartons waren keine Nummern.

Uns wurde bei der zweiten und dritten Lieferung erzählt: »Schön, dass ihr liefert, wir haben die Masken schon weitergegeben.« Und plötzlich sollten die noch da sein? Es kamen noch zwei oder drei Briefe, aber außer Drohungen war da nichts. Nur ein Anruf vom Finanzamt für Körperschaften, dass das versteuert werden muss. Das war ohnehin klar, bei einem Geschäft mit dem Staat. Das war ein ziemlich dämlicher Versuch. Ich habe mal versucht die angegebene Nummer anzurufen, aber da war niemand. Die Leute waren nur für ein bis drei Monate für den Job eingesetzt. Die ganze für den Einkauf zuständige Gruppe im Gesundheitsministerium wurde zum 30. Juni 2020 aufgelöst.

Was ist unter »open-house Verfahren« zu verstehen?

Beate: Das »open-house Verfahren« war eine Ausschreibung des Gesundheitsministeriums im Mai 2020. Wer sich beteiligen wollte, hat einen etwa 20-seitigen Vertrag mit denen geschlossen und seine Ware an das Lager eines großen deutschen Logistikunternehmens bei Erfurt geliefert. Dabei wurde ein großer Fehler gemacht: Die haben wie eine Spedition gearbeitet und die Ware angenommen, reingestellt und den Eingang bestätigt – »So viel Kartons, auf den Paletten, von dem und dem Unternehmen«. Erst etwa einen Monat später wurde festgestellt, dass die gelieferten Masken nicht ausreichend geprüft worden waren. In das Lager sollen mehr als 100 Millionen Masken geliefert worden sein und vieles davon war Pfusch. Das Gesundheitsministerium war der Auftraggeber und eine Unternehmensberatung sollte alles prüfen und organisieren. Das Ministerium hat dann die Zahlungen gesperrt. Die Unternehmer die bei open-house lieferten, hatten dann keinen Ansprechpartner mehr. Viele von denen haben sich Frankfurter Rechtsanwälte genommen und werden sich wohl irgendwann mit der Regierung auf Summe X einigen. Ich hatte da Einblick, weil wir über eine Cottbuser Firma in Kontakt mit dem Ministerium waren. Die haben geliefert und in dem Fall ist eine tschechische Firma geschädigt worden, die haben bis heute nicht ihre Kohle. Da habe ich glücklicherweise keinen Auftrag gehabt.

Gab es noch Handel ab Ende Juni 2020?

Beate: Die Frau eines Ministerpräsidenten soll im Sommer 2020, im Juli, eine Firma mit ihrem Bruder gegründet haben. Über unser Netzwerk habe ich eine WhatsApp-Nachricht gekriegt, in der stand, dass die für 760 Millionen € Masken bestellt hätten. Wer hat die beauftragt in dieser Größenordnung zu bestellen? Die hat die Masken dann am Markt offeriert, aber es gab wohl zu wenig Interesse. Die war zu spät dran und saß auf der Ware. Komischerweise kam dann ein paar Monate später die Idee aus dem Süden, dass wir alle FFP2-Masken aufsetzen müssen. Was völliger Schwachsinn ist. Eine OP-Maske ist steril verpackt und nur für den Einmalgebrauch geeignet. Die hält natürlich den Schleim und alles möglich ab. Aber die wurden vorher nie gegen Viren eingesetzt. Das stand auch auf den Gebrauchsanweisungen der Masken.

2020 BIS 2022: DIE SEHNSUCHT NACH DER KATASTROPHE – EIN RÜCKBLICK

Als im März 2020 alles anfang, besuchte ich die 6. Klasse eines Berliner Gymnasiums und meine kleine Schwester war in der 4. Klasse einer Grundschule. Schon seit Januar 2020 hatten meine Eltern aufmerksam die Meldungen aus der chinesischen Millionenstadt Wuhan verfolgt. Dort sei eine neue Virusvariante aufgetaucht, hieß es. Im Februar lagen nach Altersgruppen gegliederte Statistiken der dortigen Verstorbenen vor und mein Vater erklärte uns, dass dieser Virus für uns Kinder, und auch für sie selbst, nicht besonders gefährlich sei. SARS-CoV-2 sei nicht vergleichbar mit den Risiken tropischer Krankheiten, wie z. B. Malaria, Dengue-Fieber, Chagas, von denen sie uns bei unseren Aufenthalten in Mali und Ecuador erzählt hatten. Diese Risikoeinschätzung teilten damals auch die allermeisten Regierungen, wie der weltweite Flug- und Reiseverkehr zeigte: Es gab in den ersten drei Monaten des Jahres kaum Reaktionen.

Ab Anfang März waren meine Eltern alarmiert. Sie hatten keine Angst vor dem Virus, sondern vor den Maßnahmen der Regierenden. In China waren neun Millionen Menschen der Großstadt Wuhan in ihren Wohnungen fast drei Monate eingesperrt worden. Ähnliches erzählten sie von Nord-Italien, wo in manchen Gegenden das Militär die Straßen überwachte. Das sollten wir nicht erdulden müssen und so verließen wir Berlin am 15. März, eine Woche bevor die damalige Regierung einen *shutdown* für das ganze Land verkündete und verbrachten die folgenden Monate bei meinen Großeltern in einem kleinen Dorf in Schleswig-Holstein, dem ersten Wohnsitz meiner Eltern. Schwabstedt liegt inmitten von Feldern an einem Fluss und ein Wald ist zu Fuß erreichbar. Mein Vater meinte, dass dort noch nie viel los gewesen sei und wir hier von den Folgen der kommenden Fehlentscheidungen nicht viel merken würden. Diese seien in der Stadt deutlicher zu spüren. Es sei ja nicht die Natur, die in Unordnung geraten sei, sondern das Denken und Fühlen der Menschen.

Einen Fernseher gab es bei uns zu Hause nicht, auch keine Tageszeitungen und kein Radio. In unserem Fami-

lienleben stand das gedruckte Buch oder das gesprochene Wort an erster Stelle. Ich hatte zwar ein Handy, konnte damit aber nur telefonieren, denn es war ein altes Modell. Seit meinem dritten Schuljahr nutzte ich einen eigenen Laptop und meine Mutter zeigte mir, wie ich gezielt im Internet suchen konnte. Eine ihrer Regeln war: *»Wenn viele das Gleiche sagen oder schreiben, dann suche nach den Lücken und Widersprüchen. Eigene Antworten findest du, wenn du scheinbar allgemein gültiges infragestellst.«* Sie ging davon aus, dass in den Bereichen Politik, Geschichte und Gesellschaft vieles zu hinterfragen sei. Die Menschen seien unsicher und würden sich daher gern an der veröffentlichten Meinung einer eingebildeten Mehrheit orientieren. *»Allein gegen Alle«* sei für die meisten eine unangenehme Vorstellung und erzeuge Angst, die wiederum das Denken verhindere. Da helfe aufmerksames Lesen. Alles habe eine Vorgeschichte und die Zusammenhänge seien zu recherchieren: *»Letztlich muss jede Behauptung auf Argumenten basieren, die sich auf prüfbare Quellen beziehen.«*

Meine Eltern hielten die Mehrzahl ihrer Zeitgenossen für leicht beeinflussbar und sahen in der digitalen Welt mehr Gefahren und Risiken als Segen. Was helfe die Schnelligkeit einer Datenübermittlung, wenn die Information falsch, eine Lüge oder Propaganda sei? Was solle das ganze Getue mit Echtzeit, wenn sich die Welt viel langsamer verändere als die Meldungen über sie? *»Es wird viel schneller gesprochen und geschrieben als gründlich nachgedacht«*, sagte mein Vater häufig verärgert. Der Mythos der Aktualität fördere die hysterischen Neigungen in den Menschen und mache sie nervös. Wer anderen nahe sein möchte, solle nicht ständig auf Bildschirme starren und Worte tippen, sondern sich mit ihnen treffen. Er betrachtete es als Problem, dass sich die Texte auf Internetseiten undokumentiert veränderten. Es habe zweifellos Vorteile etwas schnell aktualisieren zu können, aber dies sei auch ein Einfallstor für Zensur und Manipulation. Das digitale Wort habe ein sofortiges Verfallsdatum, das gedruckte Wort sei immerhin solange stabil wie das Papier. Aus diesem Grund suchte er im Internet überwiegend nach Bü-

chern oder nach Artikeln, die in Fachzeitschriften erschienen waren. Er war Wissenschaftsjournalist, las gern und viel, und in den Regalen seines Arbeitszimmers stapelten sich die unterschiedlichsten Druckerzeugnisse. In seinen Artikeln bezog er sich auf die mediale Berichterstattung und suchte besonders gern nach den dort enthaltenen Fehlern, Auslassungen und Lügen.

Ich erinnere mich, dass wir in der ersten Woche in Schwabstedt unsere Großeltern nicht trafen, weil wir alle erkältet waren. Der Anruf meines Vaters beim örtlichen Gesundheitsamt erbrachte die Auskunft: »Bleiben Sie zuhause und kommen sie erst dann, wenn es ihnen schlechter geht.« Aus seinen Aufzeichnungen ist ersichtlich, dass er ab dem 16. März bei sich Symptome einer SARS-CoV-2 Infektion feststellte, was später bestätigt wurde. Zuerst war es nur »leichtes Halskratzen, das in den folgenden zwei Tagen zunahm und die Speiseröhre abwärts wanderte. Tagsüber erhöhtes Ruhebedürfnis.« Am unangenehmsten war die Nacht vom 23. auf den 24. März: »Gegen 4:30 Uhr schlagartig hellwach. Das Gefühl, dass trotz normalem Atmens die Sauerstoffversorgung nicht ausreicht. Aufgestanden und auf den Balkon. Die frische Luft half. Leichter Schwindel. Bei geöffneter Balkontür wieder eingeschlafen.« Dieses Phänomen wiederholte sich abgeschwächt zwei Nächte später. Außerdem heißt es für die Nächte zwischen dem 19. März und dem 2. April: »Das Schlafanzugoberteil war jede Nacht so nass geschwitzt, dass ich es wechseln musste. Fast jede Nacht ab 23. März zwischen 1:00 bis 3:00 schlagartig hellwach. Periodisch wiederkehrendes Fieber wie bei leichter Malaria. Jede Nacht Alpdrücke. Die Tage selbst waren ok. Großes Bedürfnis nach Tee aus frischer Pfefferminze und nach frisch gepresstem Orangensaft.« Bis Mitte April hatte er noch drückende, teilweise krampfartige Schmerzen im Übergang Speiseröhre zu Magen.

In einer Mail vom 1. April an einen befreundeten Bundestagsabgeordneten erwähnte mein Vater seine Erkrankung und schrieb: »vielen Dank für Deinen Newsletter vom März. Ich bin nicht grundsätzlich gegen die aktuellen Maßnahmen. Bei den weiteren Entscheidungen muss aber auch die Alternative bedacht werden, dass diese nicht der tatsächlichen Gefahr entsprechen könnten. Wenn die Zahl der Infizierten sehr viel höher liegt, was sehr wahrscheinlich ist, dann könnte der Verlauf der Pandemie in Deutschland falsch eingeschätzt sein.

Wenn die jetzigen Maßnahmen länger als vier Wochen durchgesetzt werden, ist das für viele junge Einkommensschwache (trotz staatlicher Unterstützung) kaum zu ertragen. Die vielen Selbstständigen, Kleinunternehmer, Künstler, Musiker usw. leiden am meisten unter den wirtschaftlichen Folgen. Sie werden

vielleicht noch weitere vier Wochen durchstehen. Das bezweifle ich jedoch bei den Kindern und Jugendlichen. In spätestens zwei Wochen wird sich die allgemeine Erkenntnis durchgesetzt haben, dass eine Quarantäne für alle verordnet wurde, wo doch eine klar identifizierbare Gruppe ein erhöhtes Risiko hat. Es ist absehbar, dass dann die Zahl der unkontrollierbaren Verstöße zunehmen wird.

Es sind drei Wochen Zeit um einen Strategiewechsel zu organisieren: Die Alten- und Pflegeheime sind noch effektiver zu schützen und sichere Rückzugsbereiche für Gefährdete zu schaffen. Wir sollten unsere Kräfte auf diejenigen konzentrieren, für die eine Ansteckung lebensgefährlich sein kann, statt sie in der Breite zu verschwenden.

Mit weiter geltenden Hygiene- und Verhaltensregeln sollte eine Öffnung der kleinen Geschäfte und Cafés/Restaurants nach Ostern wieder möglich sein. In letzteren könnte die Zahl der Tische reduziert werden und ein Teil des Betriebes auf die Straße verlagert werden.

Die meisten Menschen brauchen eine klare zeitliche Perspektive für die Zeit nach Ostern. Dieses Bedürfnis steht im wachsenden Widerspruch zur aktuellen Politik. Eine Strategie der Lockerung öffentlich zu planen, bedeutet nicht die jetzigen Maßnahmen in Frage zu stellen. Es heißt auch nicht, dass nach Ostern mit einsichtiger Begründung keine Verlängerung der Quarantäne möglich wäre. Der Umsichtige hat stets mehrere Szenarien.«

Aus beruflichen Gründen musste mein Vater am 6. April nach Berlin und erzählte nach seiner Rückkehr von leeren Strassen. Nur wenige Autos und Fahrradfahrer seien unterwegs gewesen. Fußgänger habe er kaum gesehen und kein einziges spielendes Kind. Die Baustellen seien die lebendigsten Orte gewesen. Die Handwerker schienen gegen die ausgerufene Krisenstimmung immun zu sein. Harte körperliche Arbeit sei wohl ein Schutz. Unangenehm aufgefallen war ihm, dass der Spielplatz vor unserem Haus abgesperrt war und dass in den Parks das Sitzen und Ausruhen vom Ordnungsamt bestraft werden konnte. Bei seinen Spaziergängen hatte ihn allerdings niemand angesprochen. Angenehm fand er wiederum, dass die sonst so aggressiven Autofahrer in der Stadt und auf der Autobahn auf demütige Art rücksichtsvoll gewesen seien. Überhaupt sei eine Veränderung nur in der Stadt wahrnehmbar, das Landschaftsbild sei wie immer. Die Traktoren pflügten die Äcker, die Tiere weideten, die ersten Störche und Kraniche seien zurück und die Bäume zeigten die ersten Spuren des kommenden Frühlings.

Ich folgte diesen Erzählungen damals nur mit halber Aufmerksamkeit, denn für uns Kinder waren die vier Monate auf dem Land eine Zeit der Freiheit. Es war ein milder Frühling mit viel Sonne. Wir sollten online an einer Art Schulunterricht teilnehmen. Doch meine Mutter meldete uns mit der Begründung vom Präsenzunterricht ab, dass das Internet zu langsam sei und ließ sich stattdessen von den Lehrern die Arbeitsbögen per Mail schicken, die wir dann mit ihr gemeinsam bearbeiteten. Diese Art Unterricht lag mir mehr als der schulische, denn ich konnte meinen eigenen Fragen nachgehen. Anfangs vermisste ich meine Freunde, dann fuhr ich mit dem Fahrrad in den Wald, lief abseits der Wege, beobachtete Tiere und kletterte in den Bäumen. Da meine Großeltern dort ihren Mittagsspaziergang machten, verabredeten wir uns häufig. Auf einem Nachbarstück spielten bei gutem Wetter drei etwa gleichaltrige Kinder mit denen wir uns – zunächst über den Zaun hinweg – anfreundeten. Ihre Eltern mussten zu Hause arbeiten und waren froh, wenn sie sich selbst beschäftigten. Mir gelang es zwei Latten des Gartenzauns zu lockern und so konnten wir jederzeit unbemerkt die Seiten wechseln. Dem milden Frühling folgte ein noch schönerer Sommer und wir kehrten erst im August nach Berlin zurück.

Äußerlich hatte sich kaum etwas verändert. Die Häuser standen, die Bäume waren grün und die Strassen waren voller gesunder Menschen. Neu war, dass in den Strassenbahnen und beim Betreten von Geschäften Halbgesichtsabdeckungen zu tragen waren. Da es zu wenig industriell gefertigte Masken für alle gab, war auch Selbstgeschneidertes erlaubt, was den Gesichtern unterschiedliche Farben verlieh. Ich suchte gern nach den Motiven, die mir am besten gefielen. Meine Mutter und mein Vater lehnten das Tragen dieser Masken als Beleidigung des freien Geistes ab, sie sagten: *»Die Befolgung sinnloser Vorschriften der Regierenden ist der erste Schritt vom Bürger zum Untertan.«* Mein Vater hatte tagelang gesucht, aber keine vor März 2020 erschienene wissenschaftliche Studie gefunden, in der nachgewiesen worden war, dass die Verbreitung von Viren durch das Tragen derartiger Gesichtsabdeckungen verhindert werden konnte. Wenn aber der Nutzen wissenschaftlich nicht nachweisbar sei, kann eine Regierung das Tragen nicht verbindlich für alle vorschreiben, sagte er. Vielmehr hätten die Regierenden die Pflicht den eindeutigen Nachweis eines Nutzens zu erbringen, bevor sie eine solche Vorschrift einführen. Für mich klang das logisch und es entsprach dem, was wir im

letzten Jahr über naturwissenschaftliches Arbeiten bzw. Demokratie in der Schule gelernt hatten.

Da in der Strassenbahn das Tragen von Masken verpflichtend war, fuhren wir meist mit dem Fahrrad oder mit dem Auto. Der Unterricht hatte wieder begonnen, aber in der Schule war es nicht so unbeschwert wie früher. In den Gängen und auf dem Weg zum Sitzplatz hatten wir das Gesicht zu bedecken, nur wenn wir saßen, war dies nicht notwendig. Es war eigenartig nur noch die Augen zu sehen und ich erkannte, wie viel der Mund und seine Umgebung ausdrücken. Zwei meiner Mitschüler durften, da sie Asthma hatten, keine Masken tragen – sie hatten ein Attest. Von den meisten Lehrern wurden sie wie Aussätzige behandelt und ganz hinten in einer Ecke platziert, was einige Mitschüler veranlasste sie mit Beleidigungen wie z. B. *»Virenschleuder«*, *»Omamörder«* zu traktieren. Noch im Jahr 2019 hatte eine Lehrerin ähnliches Verhalten als *»mobbing«* bezeichnet und wir hatten in kleinen Gruppen gelernt, wie es sich anfühlt, derart ausgeschlossen und angegriffen zu werden. Seit Sommer 2020 war genau dieses Verhalten erlaubt und wurde von den Lehrern gefördert, jedenfalls nicht unterbunden. Da ich es unerträglich fand, schloss ich mich den beiden an. Wir drei bildeten für einige Monate eine kleine Gruppe in der Klasse. Die Übergriffe unserer Mitschüler waren erst leichter zu ertragen, wurden dann weniger und verschwanden schließlich ganz. Da ich bis März 2020 Leistungssport betrieben hatte, respektierten mich meine Klassenkameraden. Ich war den meisten körperlich überlegen. Trotzdem vermied ich Konfrontationen, blieb freundlich und versuchte in Gesprächen den durch Dummheit erzeugten Abstand zu verringern. Damals entstand meine innere Distanz zu dem Jahrhundert, in das ich geboren wurde.

Es war eigenartig mit zwölf Jahren das veränderte Verhalten vieler Mitmenschen zu erleben. Das Anpöbeln von Personen, die keine Maske trugen, war von der Obrigkeit erlaubt. Einmal sah ich in der Strassenbahn wie ein Mann einer Frau Schläge androhte, wenn sie nicht sofort eine Maske anlegen würde. Nur ein Mann aus dem Irak setzte sich für die Frau ein, alle anderen schwiegen. Beim Einkaufen im Bio Markt belehrte ein junger Mann meine Mutter unfreundlich, dass sie hier nur mit Gesichtsabdeckung einkaufen dürfe. Ich hörte wie sich eine etwa 40-jährige Frau beim Ladeninhaber beklagte: *»Die da trägt keine Maske.«* Auf dem Spielplatz tobende Kinder wurden von einer Nachbarin denunziert und das Ord-

nungsamt erteilte »netterweise« nur eine Ermahnung und drohten mit einer »hohen Geldstrafe für eure Eltern«. Bei einer Klassenkameradin hatte die Polizei geklingelt, weil sich ihr Vater mit drei Freunden zum Kartenspielen getroffen hatte. Der Denunziant war ein junger Student im zweiten Stock gewesen. Nahezu wöchentlich änderten sich die Vorschriften. Meine Mitschüler verstanden nicht, was erlaubt und was nicht erlaubt war und so machten viele gar nichts mehr, in der Angst etwas Verbotenes zu tun. Wir wenigen Rebellen trafen uns, abseits von Strassen, an geheimen Orten mit mehreren Fluchtwegen und lernten, dass immer einer Schmiere stehen muss.

Im November wurde vom Berliner Bürgermeister verkündet, dass ab jetzt nur noch industriell gefertigte, sogenannte »FFP2- und FFP3-Masken« erlaubt seien. Diese waren nun überall in der Schule zu tragen, also auch während des Sitzens und des Sportunterrichts. Meine Eltern lasen gemeinsam die Verordnung und wir hörten ihre Diskussionen in der Küche, während meine Schwester und ich im Nebenzimmer saßen und lernten. Nach einer Weile riefen sie uns und erklärten die neuen Regeln. Mein Vater hatte zwei Masken besorgt. Wir durften diese anlegen und sollten selbst entscheiden. Meine Schwester fand das zunächst schick und rannte zum Spiegel. Ich fand den chemischen Geruch abstoßend und riß mir nach kurzer Zeit das Ding vom Gesicht um tief Luft zu holen. So was sollte ich mehrere Stunden tragen? Niemals, teilte ich meinen Eltern mit und auch meine Schwester war inzwischen atemlos.

Wir wurden krank gemeldet und gingen nicht zur Schule, blieben aber zunächst in Berlin. Den Unterricht teilten sich meine Eltern, was in unserer zu kleinen Wohnung immer wieder zu Streit und Spannungen führte. Mir fehlte mein Sport und die tägliche Bewegung, denn die Vereine und Sportplätze waren ebenfalls zu. Da sich bereits Ende November abzeichnete, dass alle Schulen geschlossen werden würden, verkündeten meine Eltern ihren Beschluss: »Wir fahren in die Berge.« Das würde einige Wochen auf einem Südtiroler Bauernhof bedeuten, wo wir schon mehrmals Ferien verbracht hatten, und war auf jeden Fall schöner als ein beginnender Winter im tristen Berlin. Unsere Abreise muss um den 10. Dezember gewesen sein, denn ich erinnere mich, dass wir am 14. Dezember meinen Geburtstag dort feierten.

Die Aufzeichnungen meines Vaters zeigten mir später, wie genau er die damals geltenden Verordnungen in

Deutschland, Österreich, Schweiz und Italien studiert hatte. Er schrieb: »Die Verordnungen der Regierenden sind Drohungen aber keine nachvollziehbar formulierten Gesetze. Sie sind wie ein Schweizer Käse: Voller Löcher. In Deutschland sind Urlaubsreisen zwar verboten, Geschäftsreisen aber erlaubt. Ein Verbot, die Familie zu geschäftlichen Terminen mitzunehmen, gibt es nicht; juristisch nachvollziehbare Definitionen von ‚Urlaubs-‘ bzw. ‚Geschäftsreise‘ fehlen ebenfalls. Die Einreise nach Österreich ist nicht möglich, jedoch eine Durchreise in die Schweiz. In Süd-Tirol ist ein Aufenthalt nur aus beruflichen Gründen erlaubt und jeder Ankommende, der länger als 48 Stunden bleibt, muss sich beim Gesundheitsamt anmelden und sich testen lassen. Also begeben wir uns in freiwillige Quarantäne und bleiben oben auf dem Hof ohne Kontakte.« Falls in Deutschland eine Kontrolle sein würde, war die Antwort: »Wir sind auf Geschäftsreise in die Schweiz. Da die Schule geschlossen ist, müssen die Kinder mitkommen.« Auch für die österreichischen und italienischen Grenzer galt der Satz: »Wir sind auf Durchreise in die Schweiz.«

Die lange Fahrt von Berlin über München zog sich wie ein ausgeleierter Gummi. Bis Garmisch-Partenkirchen erschien mir die Autobahn so voll wie immer, erst Richtung österreichischer Grenze war es dann beunruhigend leer. Kein Auto fuhr in unsere Richtung, aber immerhin kamen uns einige entgegen. Vermutlich waren meine Eltern etwas angespannt. Wir Kinder bemerkten jedoch davon nichts und alberten in Vorfreude auf die kommenden Wochen. Die bayrische Grenze war unbewacht und nach wenigen Kilometern in Österreich gab es einen Kontrollpunkt. Mein Vater stoppte und sagte brav seinen Satz. Der Grenzbeamte meinte nur – »Bitte nicht anhalten« – und wir wurden durchgewinkt. Da meine Schwester und ich jedoch mal mussten, kam es dann doch zu einem Verstoß gegen dieses Gebot. An der Grenze zwischen Österreich und Italien gab es keinerlei Kontrolle. Im Süd-Tiroler Dreiländereck wählte mein Vater dann die Bergstrasse, die sich oberhalb des Tales entlang schlängelte. Die Wahrscheinlichkeit war gering, dass hier eine Polizeikontrolle stehen würde und so fuhren wir die letzten 20 Kilometer mit wunderbarer Aussicht.

Wir blieben über Weihnachten und feierten das neue Jahr 2021. Es gab außergewöhnlich viel Schnee und wir mussten unsere Wege am Berghang selbst finden. Das war nur mit Schneeschuhen möglich, denn die weiche Schicht trug nicht. Das war anstrengend und wir schwitzten, wenn wir den Tierspuren folgten. Meine Eltern unterrichteten uns abwechselnd und als die zwei Wochen

vorbei waren, spielten wir mit den beiden Söhnen des Bergbauern. Mein Vater war oft stundenlang allein in der Bergwäldern unterwegs. »Es war wieder so still, dass ich die Schneeflocken fallen hören konnte«, sagte er und wir ließen uns erzählen, welchen Tieren er dieses Mal begegnet war. Meist war es ein Hase, ein Reh oder ein Hirsch gewesen, seltener ein Marder oder Fuchs. Ständige Begleiter waren die Krähen und die Eichelhäher. Im Sommer vor einigen Jahren war ihm bei einer einsamen Wanderung dort oben ein Braunbär begegnet. Auch ich begann damals abseits der Wege meinen eigenen Pfad zu suchen. Wer ganz auf sich allein gestellt ist, kann jeder spontanen Regung folgen. Viele Wege sind möglich. Nichts ist vorgegeben und jeder Schritt ein bewusstes Abwägen, denn an steilen Abhängen kann Unachtsamkeit schnell unangenehme Folgen haben. Diese Konzentration auf die Gegenwart ist auch heute ein Geschenk, das lange nachhallt, wenn ich mich anschließend wieder eine zeitlang in einer Stadt aufhalte.

Erst Ende Februar 2021 kehrten wir damals nach Deutschland zurück. Schon vor der Abfahrt hatten uns die Eltern instruiert, was wir, wenn wir gefragt werden sollten, zu sagen hätten: »Wir kommen aus der Schweiz.« Etwa 20 Kilometer vor der österreichischen Grenze gab es dann in Italien tatsächlich eine Kontrolle.

Der Polizist: »Wo wollen Sie hin?«

Mein Vater: »Nach Deutschland.«

Der Polizist: »Wo kommen Sie her?«

Mein Vater: »Aus der Schweiz.«

Der Polizist: »Bitte weiterfahren.«

Das klang so überzeugend, dass ich selbst für einen Moment glaubte, dass wir die letzten Wochen auf einem Schweizer Bergbauernhof verbracht hatten.

Im März 2021 wurde die sogenannte Maskenpflicht in den Schulen verschärft und es waren nur noch FFP2-Masken erlaubt. Außerdem sollten mehrmals wöchentlich alle Schüler getestet werden. Nun reichte es meinen Eltern und sie organisierten den Unterricht gemeinsam mit Gleichgesinnten: »Wenn der Staat versagt, dann schaffen wir neue Strukturen«. Wir waren zwölf Kinder und wurden von drei Lehrern in den Räumen einer Musikschule unterrichtet. Um nicht aufzufallen, kamen wir zeitversetzt und betraten das Gebäude von drei verschiedenen Seiten. Auch in anderen Lebensbereichen eröffneten sich Möglichkeiten. Da war die Friseurin, die uns allen in ihrer Wohnung die Haare schnitt. Eine befreundete Buchhändlerin und ein kleiner Bioladen ermöglichten das Ein-

kaufen ohne Maske. Meine neue Gitarre konnte ich im Hinterzimmer eines Musikladens ausprobieren und den Geburtstag meiner Schwester feierten wir mit einigen ihrer Freundinnen im Hinterzimmer einer Pizzeria. Anschließend gab es sogar eine Theateraufführung.

Wir lernten damals uns unauffällig zu verhalten und entdeckten alte Reime neu: »Der größte Feind im ganzen Land, das ist der Denunziant.« Wir erlebten, dass es die eigenen Nachbarn sein konnten, welche durch anonyme Hinweise dafür sorgten, dass harmlose Treffen mit Freundinnen, Familienfeiern und Ballspiele in Parks von der Polizei aufgelöst wurden. Auch ältere Jugendliche und junge Erwachsenen betätigten sich als Denunzianten. Im Park vor unserer Wohnung spielte und sang eine Gruppe Musiker eine deutsche Version des französischen Liedes »danser encore«. Es war ein sonniger Tag und einige Zuhörer fingen an zu tanzen. Nach etwa zehn Minuten erschien ein Polizeifahrzeug und hielt auf der Strasse vor dem Platz. Gemeinsam mit meinem Vater beobachtete ich, wie sich ein junger Fahrradfahrer mit FFP2-Maske dem Wagen näherte und mit den Beamten sprach. Als er mit seinem Fahrrad zurückkehrte, fragte ihn mein Vater freundlich: »Na, wie fühlt man sich als Denunziant?« Der Angesprochene erwiderte mit gepresster Stimme »Haltet euch an die Auflagen« und keifte dann wenig später mit überschnapper Stimme: »Verpiss dich«. Die kalten grau-blauen Augen des etwa 40-jährigen Mannes erschreckten mich und ich erkannte zum ersten Mal die Gefahr, die von diesen hasserfüllten Menschen ausgehen würde. Meine Vater erklärte mir auf dem Rückweg, dass er durch seine Provokation feststellen wollte, in wessen Auftrag der Mann handelte. Wäre es ein Polizist in Zivil oder ein bezahlter Informant gewesen, dann hätte er sich nicht so leicht erregen lassen. Das sei ein Überzeugungstäter gewesen.

Das Strassenbild veränderte sich mit den ersten warmen Tagen im April und Mai. Die Parks waren voller Menschen, die Kinder spielten wieder auf den Plätzen und der Sommer war greifbar nahe. Nur vereinzelt waren Fahrradfahrer und Fußgänger mit Halbgesichtsabdeckungen unterwegs; alles schien sich zu normalisieren. Meine Schwester und ich gingen täglich in die neue Schule. Bereits im Mai waren wir so viele, dass zwei Klassen gebildet wurden. In meiner Altersgruppe waren wir zu fünft und so entstand für mich ein neuer Freundeskreis. Wir trafen uns jeden Tag und ich war dadurch meist erst spät zu Hause. Als sich die Ferienzeit Ende Juni näherte, bedau-

erten wir sehr, dass wir uns so lange nicht sehen würden. Die meisten von uns verbrachten die Ferien mit ihren Eltern außerhalb Berlins.

Wir fuhren in diesem Jahr nach Schweden. Auf dem Weg dorthin verbrachten wir einige Tage in Schwabstedt. Es war sehr warm und wir badeten mehrmals täglich in der Treene. Im Norden sind dies die schönsten Tage im Jahr mit kurzen Nächten und dem besonderen Licht in den Abendstunden, das einen nicht müde werden lässt. Dann ging es weiter nach Dänemark, Richtung Kopenhagen. Während der Fahrt erklärte uns meine Mutter, dass in Schweden die Schulen und Kindergärten nie geschlossen gewesen waren. Es gab auch keine Pflicht Halbtagesabdeckungen zu tragen und so auch keine unfreundlichen Erziehungsmaßnahmen fremder Menschen oder ein Denunziantentum. Das hätten zurückkehrende Schwedenreisende berichtet und meine Eltern wollten sich selbst ein Bild machen. Als wir die lange Brücke über die Meerenge zwischen Dänemark und Schweden erreichten, war das Wetter klar und wir hatten einen unglaublichen Blick über das Meer. In Malmö saßen die Menschen dichtgedrängt in den Cafés und Restaurants der Innenstadt. Die Kinder spielten Fußball auf einem nahegelegenen Sportplatz und kleine Gruppen von Eltern standen sich angeregt unterhaltend am Rand. Hier gab es keine Masken und keine Abstände zwischen den Menschen. Das Auto stellten wir auf einen öffentlichen Parkplatz unweit der Innenstadt und suchten ein italienisches Restaurant, da wir alle gern Nudeln, Salat und Piza aßen.

Innerhalb weniger Stunden verflüchtigte sich eine Anspannung, die unseren Alltag unterschwellig geprägt hatte. Diese war nur zum Teil durch das alltäglich Erlebte hervorgerufen, beunruhigender war die Frage, was die Regierenden morgen erlassen könnten. Im Tagebuch meiner Mutter fand ich später die folgenden Sätze, die sie an diesem Tag notiert hatte: *»Das Virus ist eine Gefahr für einige, aber die Regierenden sind eine Bedrohung für alle. Früher waren wir Bürger und jeder von uns entschied selbst über seinen Alltag. Heute sind wir Untertanen und die Regierenden versuchen durch Propaganda das eigene Denken zu verbiegen und zu verhindern. Wer öffentlich Fragen stellt, abweichende Gedanken vorträgt oder Diskussionen einfordert, wird diffamiert, beschimpft und beleidigt. Das zeigt, wie bewusst den Regierenden ihre begangenen Fehler sind. Sie kämpfen mit dem Rücken zur Wand, voller Panik, dass die Bürger Rechenschaft fordern. Und das werden wir.«*

Da meine Eltern die weitere Entwicklung in Deutschland skeptisch sahen, beschlossen sie im Juli, dass wir ein Schuljahr in Schweden verbringen werden. Nur mein Vater würde zum Arbeiten regelmäßig nach Berlin fahren. Meine Schwester und ich waren anfangs gar nicht einverstanden. Wir vermissten einerseits unsere Freunde, hatten aber andererseits keine Lust mehr auf den kinderfeindlichen Schulalltag in Deutschland. Nach langen Gesprächen arrangierten wir uns mit dem Gedanken ein Jahr zu bleiben und bezogen eine Wohnung in der Kleinstadt Ystad. Anfang September begann die Schule und die ersten Wochen mit der fremden Sprache waren hart. Doch bevor der Winter kam, hatten wir neue Freunde gefunden, denn ab Oktober zogen weitere Familien aus Deutschland nach Ystad, darunter auch mehrere Jugendliche in meinem Alter. Es bildete sich eine schwedisch-deutsche Clique und wenn wir Deutschen über unsere Erlebnisse sprachen, hörten unsere schwedischen Freunde ungläubig zu. Der Winter war dunkel und zog sich bis in den April. Statt uns zu langweiligen, lasen wir gemeinsam Bücher wie »Generation Maske«, »Angst und Macht«, »Warum schweigen die Lämmer?«, »Corona Protokolle«, »Corona Fehlalarm«. Wir diskutierten viel und wollten verstehen, was in den Jahren 2020 und 2021 geschehen war: Wie konnte eine Gesellschaft angesichts einer so minimalen Gefahr so falsch reagieren und die Folgen so wenig bedenken? Damals entschied ich mich Wissenschaftler zu werden und im Jahr 2027 begann ich mit dem Studium der Biologie, Medizin und Geschichte.

Rückblickend war es das seltsamste Jahr meines Lebens und ich bin heute meinen Eltern dankbar, dass es ihnen so wirkungsvoll gelang uns zu schützen. Sie hatten keine Angst, gerieten nicht in Panik und vermieden offene Konfrontationen mit einem übermächtigen Staat. In den wichtigen Momenten ahnten sie, was passieren würde und trafen die richtigen Entscheidungen. Sie konnten dies, weil sie durch ihre Berufe unabhängiger waren als andere und auch, weil meine Großeltern Freigeister und ihnen eine Stütze waren. Mein Großvater mütterlicherseits schrieb mir damals: *»Europa ist ein Geschenk. So sicher, behütet und gut ernährt, leben nur wenige Menschen auf der Welt. Deine Großmutter und ich, wir wissen das, weil wir lange in anderen Ländern gelebt haben, aber die meisten Europäer ahnen das nicht einmal. Ihnen erscheint alles selbstverständlich.«*

Ich habe mich mit meiner Schwester oft über diese Zeit unterhalten und wir waren uns einig, dass die Mehrzahl der Kinder unserer Generation vom Versagen ihrer

Eltern und der Gesellschaft verunsichert, verletzt und teilweise traumatisiert wurden. Die Schulen waren eine tägliche Arena der Virus-Panik und die Kinder zählten zu den am stärksten Betroffenen. Sie mussten jeden Tag Mund und Nase bedecken. Wenn sie über Kopfschmerzen, Luftmangel oder Übelkeit klagten, erlebten sie, dass nicht einmal die eigene Mutter oder der Vater dies ernst nahm. Angeblich war das Virus gefährlicher: »Möchtest du Schuld sein, wenn Opa oder Oma sterben?« Es gab niemand, der sie aufklärte, dass ein Lappen vor dem Gesicht eine Virusübertragung nicht verhindern kann. Niemand sprach über die gesundheitlichen Folgen des regelmäßigen, stundenlangen Tragens. Niemand stützte sie bei ihren körperlichen und seelischen Problemen und verteidigte sie in ihrer Schwäche. Sie mussten erleben, dass ihre Eltern ängstlich-orientierungslos waren und brav der Obrigkeit folgten. Geopfert wurden auf dem Altar des Mitläufertums das Mitgefühl und die Mitmenschlichkeit. Einige Kinder verzweifelten und begingen Selbstmord, der Drogenmissbrauch stieg deutlich, doch die meisten passten sich an. Eine Generation lernte Kadavergehorsam.

Als Kind ist es besonders schwer sich gegen alle zu stellen. Wer hat schon die innere Distanz zu den eigenen Eltern und zu den Lehrern, wer ist unabhängig von den Mitschülern? Wer anders denkt und fühlt, ertrinkt als an sich Zweifelnder in der Menschenmasse. Wer aber versteht, dass die Mehrheit der Mitmenschen ihr falsches Verhalten vor allem damit rechtfertigt, dass »es alle tun«, der schwimmt wie ein Fisch in der irrenden Masse. Ein weiteres Problem war für uns, dass sich die Regeln so häufig änderten, dass niemand mehr genau wusste, was nun richtig oder falsch war. Meine Generation lernte sich an der Masse zu orientieren und es reichte meist, wenn jemand behauptete: »Das ist aber nicht erlaubt.« Wer am lautesten und bestimmtesten auftrat, hatte recht. Die Angepassten beherrschten den Alltag und waren das Sprachrohr einer verunsicherten Gesellschaft. Für einige meiner damaligen Mitschüler und Freundinnen waren es furchtbare Monate, die schlimmsten in ihrem Leben. Aus stromlinienförmigen und teilweise gebrochenen Kindern und Jugendlichen wurden ebensolche Erwachsene, aber auch die Rebellen formten sich in dieser Zeit. Ab Ende der 2020er-Jahre wurden aus ihnen Erwachsene und tausende junge Wissenschaftler suchten nach Antworten. Die meist gestellte Frage an die Generation der Eltern war: »Wie konntet ihr derart dumm sein? Wie konntet ihr das zulassen?«

Die Einsicht, dass die eigenen Eltern Mitläufer gewesen waren, führte zu einem Bruch zwischen den Generationen und zu einer Neuausrichtung der Gesellschaft.

In meiner Erinnerung verbindet sich mit dieser Zeit das Entstehen meiner Unabhängigkeit. Ich sah mich damals in meinen Träumen vor dem Schlaf inmitten einer Herde von Schafen und blickte in ängstliche Augen. In mein Tagebuch schrieb ich damals: »Wenn die Herde in Panik in eine Richtung läuft, dann bewege dich mit, bis du an den Rand gelangst. Dann bleibe stehen und beobachte.«

Die Wahlen im September 2021 erbrachten kein eindeutiges Ergebnis und es folgten monatelange Verhandlungen um die Koalitionsmöglichkeiten auszuloten. So verblieb die alte Regierung den Winter 2021/22 kommissarisch im Amt. Mit der Begründung einer dritten bzw. vierten Welle folgte ein weiterer Lockdown, der von Oktober 2021 bis März 2022 dauerte. Die wirtschaftlichen Probleme waren erdrückend und durch weitere staatliche Geldgeschenke nicht mehr aufzufangen. Mehrere Branchen waren nahezu ausgelöscht und viele Millionen Menschen nun schon im zweiten Jahr arbeitslos. Die Preise stiegen und in den Städten gehörte Armut zum Strassenbild. Die öffentliche Diskussion fand weiterhin im Panik-Modus statt. Die Stimmen von Aktivistinnen und Faktencheckern dominierten. Die debattierten Konzepte waren kaum durchdacht und wesentliche Argumente wurden missachtet – wissenschaftliches Denken verkümmerte. So waren die Ergebnisse keine Medizin, sondern ein Gift, welches das Land verödete. Wo Eigeninitiative den Aufbau ermöglicht hätte, wurde die Illusion der staatlichen Vollversorgung gepflegt. So vervielfachten sich lediglich die Schulden des Staates, eine Kehrtwende war damit nicht zu erreichen. Da die Kanzlerin weiterhin auf Durchhalteparolen setzte, wurde die Propaganda immer schriller und die Demokratiebewegung der Dissidenten bzw. die Ungeimpften zu Feinden. Die Verunsicherung führte zu einer unbemerkten Abwanderung und schließlich zu einer Auswanderungswelle. Hunderttausende gut ausgebildete Menschen verließen das Land.

Erst mit der Bildung einer grün-schwarzen Minderheitsregierung endete im Februar 2022 die Zeit der Kanzlerin. Um den dramatischen Schuldenzuwachs kurzfristig abzuwenden, erhöhte die neue Regierung die Mehrwert- und die Einkommenssteuer. Die Mittelschicht wurde durch steigende Unternehmenssteuern, noch mehr Bürokratie und Abgaben weiter belastet. An der Frage der Gewerbe- und Körperschaftssteuer sowie an der konträ-

ren Diskussion zur Einführung einer Vermögenssteuer, zerbrach im Jahr 2022 die Koalition. Die Neuwahlen ergaben 2023 eine grün-linke Regierung. Übereilt eingeführte Klimasteuern führten zu einem deutlichen Anstieg der Energiekosten, die letztlich von den privaten Verbrauchern zu tragen waren. Um die brisante Situation in einigen Großstädten zu befrieden, wurde eine bundesweite Deckelung der Mieten beschlossen. Kursverluste des Euro hatten zur Folge, dass für Anleger der asiatische Raum, Australien und Nordamerika attraktiver wurde. Der Druck auf den Euro wurde nach und nach so stark, dass Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden mussten. Die Importe aus dem asiatischen Raum und Nordamerika verteuerten sich, sodass viele Waren für normale Einkommen nicht mehr erschwinglich waren. Eine Generation verarmte. Europa war wirtschaftlich angeschlagen und die Demokratie nur noch eine ausgehöhlte Ruine, denn die grün-linke Regierung verlängerte Jahr für Jahr den Ausnahmezustand.

Dazu kamen die zunehmenden Erkrankungen als Folge der mRNA- und DNA-Injektionen. Bereits ab Frühjahr 2021 war erkennbar, dass vereinzelt seltene Autoimmunreaktionen unter den Geimpften auftraten. Diese Probleme konnten etliche Monate vertuscht werden, indem die so Erkrankten in den – ohnehin fehlerhaft und peinlich ungenau geführten – Statistiken den »Corona-Fällen« zugerechnet und wissenschaftliche Studien nicht beachtet wurden. Im Februar 2022 kam dieser Betrug durch einen anonymen Whistleblower an die Öffentlichkeit. Mehrere unabhängige Journalisten berichteten und da Ihre Beiträge inzwischen millionenfach gelesen wurden, waren schließlich sogar die öffentlich-rechtlichen Medien gezwungen die Probleme zu erwähnen. Auch wenn nur wenige Prozent betroffen waren, verbreitete sich unter den Geimpften Unbehagen und teilweise Angst. Zur Betreuung der verschiedenen Nebenwirkungen und der psychischen Belastungen wurden eigene Einrichtungen aufgebaut, in welchen sich diese Personen in eine Art Dauerisolation begaben, da jeder Virus für sie gefährlich sein konnte. Teilweise waren auch Jüngere betroffen und so rächte sich nun, dass in vielen Ländern 50 bis 70 % der jungen Bevölkerung geimpft worden war. Der Anteil der Arbeitsunfähigen stieg von Jahr zu Jahr, blieb aber in einem Bereich, der es erlaubte, die betreuende Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Diejenigen Länder, in denen vor allem die Alten geimpft worden waren, stabilisierten sich schneller und es begann eine Einwanderungswelle in die-

se. Die Solidarität in Europa zerfiel und jedes Land versuchte sich selbst zu retten.

Zwanzig Jahre später stellen sich viele Menschen die Frage, warum SARS-CoV-2 so überschätzt wurde, da doch bereits Anfang März 2020 chinesische Statistiken zeigten, dass der Krankheitsverlauf für Menschen unter 50 Jahren nur sehr selten schwer und in ganz wenigen Fällen tödlich war. Warum waren damals so wenige Menschen in der Lage sachlich abzuwägen? Warum waren so viele verunsichert, voller Angst, geradezu panisch? Mein Vater vertrat die Ansicht, dass die Ursache eine große Müdigkeit der Europäer gewesen sei: Eine Sehnsucht nach der Katastrophe. Die Globalisierung überholte ihre Erzeuger.

Das Jahrtausend hatte mit der Ankündigung begonnen, dass wegen eines Programmierfehlers womöglich die Computer weltweit versagen könnten, und im Jahr 2008 kam es zu einer folgenreichen Bankenkrise. Das System kollabierte nur deshalb nicht, weil die Regierungen die Risiken übernahmen. Damit wurde aus den Fehlern privater Spekulation eine Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte. Die Staaten mussten sparen, Stellen wurden abgebaut und Infrastrukturinvestitionen unterblieben. In einigen Ländern war die Arbeitslosigkeit dramatisch hoch und sank in den folgenden zehn Jahren viel zu langsam. Gleichzeitig kam es zu einer langen Niedrig- bzw. Nullzinsphase. Geld für die Zukunft auf Bankkonten zu legen, wurde durch die Inflation zum Verlustgeschäft. Das war der Offenbarungseid des Kapitalismus. Die Zuwanderung des Jahres 2015, überwiegend von Menschen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und afrikanischen Ländern, verunsicherte einen Teil der Gesellschaft. Die starre Haltung der Kanzlerin führte im eigenen Land zu einer Spaltung und zur Lagerbildung der europäischen Länder. Der Brexit, das Ausscheiden Groß-Britanniens aus der Europäischen Gemeinschaft, war die sichtbarste Folge und der Beginn der Auflösung des europäischen Bündnisses. Im Jahr 2018 wurde durch den Diesel-Skandal, eine Manipulation der Abgaswerte durch mehrere Autohersteller, die Zukunft der deutschen Autoindustrie erschüttert. Statt die verursachenden Manager vor Gericht zu stellen, kam es zu einem öffentlichen Angriff auf die Firmen und damit auf die Arbeitsplätze. Die wichtigste Branche Deutschlands schien gefährdet und Politiker diskutierten, dass schon bald Diesel-Fahrzeuge aus deutschen Städten zu verbannen seien. Millionen autofahrende Arbeitnehmer waren verunsichert. Im besonders hei-

ßen Sommer des Jahres 2019 eskalierte in den Medien das Thema »Klimakatastrophe«. Viele glaubten damals, dass diese kaum noch abzuwenden sei und Kinder demonstrierten jeden Freitag mit dem Argument, dass es für sie keine Zukunft mehr gebe. Warum noch zur Schule gehen und lernen? Die Bevölkerung befand sich in Krisenstimmung und die medialen Diskussionen fanden in einem Klima ungesunder Übertreibung statt: Panische Aktivistinnen und eitle Wichtigtuer dominierten in den Talkshows.

Möglicherweise war die Krise der Jahre 2020/21 das Ergebnis eines Jahrzehnte langen technischen und wirtschaftlichen Wettlaufs: War eine gesellschaftliche Erschöpfung mit dem Wunsch nach Stillstand eingetreten? Oder erwarteten die Menschen nach 75 Jahren Frieden und Wohlstand die Zerstörung, weil es in der Vergangenheit in jedem Jahrhundert Kriege und andere Katastrophen gegeben hatte? Oder lag es daran, dass die traditionellen Werte zwar seit den 1960er-Jahren angezweifelt und beseitigt worden waren, sich jedoch ein individueller innerer Kompass nur in wenigen Einzelnen herausgebildet hatte? Die postmoderne Debatte hatte Wahrheit, Gerechtigkeit, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit zerstört. Die wissenschaftlichen Ideale der Aufklärung erschienen als überflüssige Relikte. Da jede Meinung gleiches Gewicht hatte, waren die Diskurse endlos und die gemeinsam gefundenen Erkenntnisse erhoben sich nicht über das Niveau von Glaubensbekenntnissen. Vor allem die Sozial- und Kulturwissenschaften zogen die jungen Studierenden in den Strudel der Haltlosigkeit. Alles war beliebig und individuell, und nichts mehr verbindlich. Da es keine objektiv erkennbare Wahrheit mehr gab, war auch die schmerzhafteste, anstrengende Suche nach dieser überflüssig. Die Menschen folgten dem alltäglichen Geplapper und Gezwitz der digitalen Medien, sie orientierten sich an Gruppenideologien, an den veröffentlichten Meinungen oder an den Vorgaben der Obrigkeit.

Die Kanzlerin ließ sich gern als Wissenschaftlerin hofieren, doch waren ihr die wesentlichen Essenzen wissenschaftlicher Arbeit fremd. Sie war nicht bereit die Thesen, auf denen ihr Handeln basierte, öffentlich zu diskutieren und die Kritiker einzubeziehen. Es fehlte ihr das Verständnis, dass die eigenen Argumente und Verordnungen durch empirische Studien zu begründen sind. Statt die Argumente und Thesen von Kritikern losgelöst von der Person zu betrachten, die sie äußert, wurden diese diffamiert, verunglimpft und verfolgt. Der Andersden-

kende, der Dissident, wurde zum Feind und ein demokratischer Austausch mit diesem zum Verrat. Eine aktive Suche der Regierenden nach Kritik war gar nicht erkennbar. Obwohl sich damals die meisten Menschen als gebildet, aufgeklärt und gut informiert betrachteten, folgten Politik und Gesellschaft in den Jahren 2020/21 nicht den Errungenschaften wissenschaftlichen Denkens. Das Prinzip der Herrschaft war wieder: »Glaube und folge mir.« Die öffentliche Diskussion durfte nicht frei und vielfältig sein. Amt und Würden waren wichtiger als Argumente.

Die Politik erwählte ihre Wissenschaftler, damit sie die getroffenen oder beabsichtigten Entscheidungen selig sprechen mögen. Viel zu viele erlagen der Versuchung und folgten brav den politischen Vorgaben, teilweise war es aber auch nur die Anpassung an die Zahlenden. Die Meute jagte dem Köder nach – in diesem Fall dem Geld. Ausgeblendet wurde die Erfahrung, dass in der Vergangenheit Einzelne mit ihren Thesen verlacht, geächtet oder verfolgt wurden und deren Argumente sich später zumindest als richtiger erwiesen als die Dummheiten der jeweiligen Mehrheit. Der Zeitgeist ist selten beständig und sein Verfallsdatum eng mit der Amtsdauer seiner Vertreter verbunden.

In ihren letzten zwei Amtsjahren gelang der Kanzlerin, dass die politischen Strukturen im Gleichschritt marschierten. Die Exekutive wurde zur beherrschenden Kraft, das Parlament entmachtete sich selbst und die Richterschaft wurde durch massive öffentliche Angriffe und Bedrohung entmutigt. Die Harmonie zwischen Regierung und den öffentlich-rechtlichen bzw. den meisten privaten Medien wurde im Rückblick von Historikern als staatlich orchestriert beschrieben. Zwei Jahre hatte ein Thema alles dominiert und der Gleichklang der Medien war nicht mehr von Propaganda zu unterscheiden gewesen. Millionen von Menschen hatten sich für immer von dieser Art der Berichterstattung abgewandt. So hatte sich deren Reichweite bereits damals dramatisch verringert, bevor die meisten Tages- und Wochenzeitungen in den 2020er-Jahre wirtschaftlich am Ende waren. Die öffentlich-rechtlichen Medien wurden nach den Erfahrungen dieser Jahre von politischer Einflussnahme entkoppelt, sodass sich in den 2030er-Jahren journalistische Vielfalt wieder entwickeln konnte.

Die gravierenden politischen Fehlentscheidungen wurden damals von der Kanzlerin mit einer geradezu unheimlichen Sturheit durchgesetzt, sie war überzeugt das Richtige zu tun. Ihre nervliche Krise blieb zwar nicht un-

erkannt, wurde aber von ihrer Umgebung stillschweigend übergangen: Die Abhängigkeiten waren zu groß. Bereits in der Zeit der schwarz-grünen Regierung begann ab Frühjahr 2022 eine Absetzbewegung in der Partei der Kanzlerin. Der angerichtete Schaden war so gewaltig, dass die Nachfolgeregierung eine Schuldige benötigte, um vom eigenen Mitläufertum ablenken zu können. Im Jahr 2024 stürzte die grün-linke Regierung nach der Veröffentlichung eines Insiders, der in den Jahren 2020 bis 2022 im Kanzleramt gearbeitet hatte und der die Beteiligung grüner und linker Spitzenpolitiker offenlegte. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingerichtet und mit der öffentlichen Aufarbeitung begonnen. Unvergessen bleibt ein Satz der Kanzlerin während einer Anhörung im Jahr 2026: *»Aber ich habe es doch für euch alle getan.«* Damals war bereits bekannt, dass sie an einer zerebralen Erkrankung litt, was sich mindernd auf ihre Schuldfähigkeit auswirkte. Die Minister und die ausführende Bürokratie der Jahre 2020 bis 2022 wurden ab dem Jahr 2028 darauf verpflichtet auf einen Teil ihrer Altersbezüge zu verzichten. Die Staats-

schulden waren zu hoch. Für die meisten Mitläufer war die Aufarbeitung schmerzvoll und dauerte Jahre. Ihre Hauptargumente waren: *»Es haben doch alle getan, weltweit.«* – *»Wir konnten nicht anders.«*

In den heutigen Geschichtsbüchern sind die Namen dieser Politiker mit staatlichem Versagen und einer Beinaheabschaffung der Demokratie verbunden. Was die Generation unserer Eltern in der Mehrheit nicht geschafft hat, konnte meine Generation leisten. Es entstanden neue Strukturen und die Gesetze wurden geändert. Es begann eine Abwendung vom Zentralismus und der Föderalismus wurde gestärkt. Die Mitsprache der Bevölkerung auf allen Ebenen zeigt sich heute besonders in der Vielfalt der Schulen und der Medien. Es bleibt zu hoffen, dass Europa die Lektion verstanden hat und keine weiteren notwendig sein werden:

Gebot statt Verbot.

Empfehlung statt Befehl.

Wir sind Bürger, keine Untertanen.

Es lebe die Freiheit – der Andersdenkenden.

IMPRESSUM

BasisGedanken 1. Jahrgang, 2021

Herausgeber

Andreas Schlothauer,
Westerende 7a, 25876 Schwabstedt

Chefredaktion

Andreas Schlothauer (V.i.S.d.P.)
drschlot@web.de

Redaktionelle Mitarbeit

Marco Caimi, Prisca Wuergler

Grafik, Gestaltung

André O.

Abonnements sind auch ohne
Parteimitgliedschaft möglich
drschlot@web.de

Erscheint drei Mal pro Jahr

Auflage: 1.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Auffassung des Verfassers wieder und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Verantwortlich für die Richtigkeit der Textinhalte sind die jeweiligen Autoren. Für unverlangt eingesandte Texte übernehmen Redaktion und Herausgeber keine Haftung. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Redaktion hat sich um die Wahrung sämtlicher Bildrechte bemüht; sollten gleichwohl nachweisbare Rechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.

ANGELA MERKEL ZU PCR-WERT, INZIDENZ, SARS-COV-19 UND IMPFEN

Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 235. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 23. Juni 2021, Plenarprotokoll 19/235: 30424 f.
www.dserver.bundestag.de/btp/19/19235.pdf; www.youtube.com/watch?v=cB8MZ8TfXKE

„Ich glaube, dass auch gute wissenschaftliche Antworten, die ich hier nicht wiedergeben kann – zum Beispiel von Herrn Professor Drosten in seinem letzten Podcast –, gegeben wurden. Ich will nur ganz allgemein sagen. Schauen Sie, wenn Sie sich den **PCR-Wert** eines Erkrankten anschauen, dann baut der sich auf und dann baut er sich nach einem Höhepunkt auch wieder ab. Das heißt, man hat im Verlaufe der Krankheit, wenn man jetzt jeden Tag einen PCR-Test machen würde, immer eine bestimmte Verlaufskurve. Und da sind Teile davon unterhalb von 25, und Teile davon sind über 25, mal ist man mehr ansteckend, mal kommt man in den Ansteckungsbereich, und dann ist man wieder gar nicht mehr ansteckend. Und die einzige Frage ist, haben wir – und wir hatten ja nur eine endliche Zahl von PCR-Tests zur Verfügung – vielleicht manchen Menschen drei oder vier Tage zu lange Quarantäne gesagt?

Sie können aber mit einem PCR-Test, bei dem Sie zu 100 Prozent rauskriegen, ob jemand die Krankheit hat, nicht sagen, ist der auf dem aufsteigenden Ast des PCR-Wertes, auf dem absteigenden Ast des PCR-Wertes, (macht Handbewegungen) also weil das gerade anders herum geht, das sind meine Handbewegungen, die müssen Sie sich anders herum denken. Aber ist der genau, also in welchem Stadium der Infektion ist der? Und deshalb glaube ich, dass wir im Großen und Ganzen im Blick auf die Verfügbarkeit von PCR-Tests verantwortlich gehandelt haben und man natürlich, wenn man unendlich viele solcher Tests hat, könnte man die Quarantänezeit hinten und vorne noch ein bißchen abschneiden, aber das wäre nicht verantwortlich, da man für das Individuum ja auch gar nicht weiß, wie sich die **PCR-Konzentration** dann verändert. Das kann beim einen schnell gehen, beim anderen langsam gehen, wir können ja nicht stündlich testen und fragen, ist der jetzt über 25 oder unter 25 und darf ich den noch auf die Straße lassen? So. Und deshalb ist das nach bestem Wissen und Gewissen gut gemacht.

Also, dass verschiedene Varianten auftauchen können, damit müssen wir rechnen, solange nicht die gesamte Weltbevölkerung geimpft ist und jetzt will ich noch mal versuchen, zu ordnen, was Sie jetzt hier gesagt haben.

Ein PCR-Test ist positiv, dann hat der Mensch **SARS-**

CoV-19. Zweitens. Mit einem PCR-Test ist ein **Ct-Wert** verbunden, irgendeine Konzentration in Abhängigkeit von der Zeit und dieser Ct-Wert kann über oder unter 25 sein. Ist er über 25, ist der Mensch ansteckend, ist er unter 25, ist er nicht ansteckend. Sie wissen aber nicht, in welchem Moment des Krankheitsverlaufes sie diese Messung machen, also hat er morgen einen höheren Ct-Wert oder einen niedrigeren Ct-Wert. Und davon hängt ab, ob er morgen noch ansteckend ist oder nicht. Das heißt also, im Grundsatz ist der PCR-Test immer ein hervorragender Indikator für die Frage, ob jemand krank ist, und wenn ich mir den Zeitverlauf von Ct angucke, kann ich auch sagen, wann ist er mit großer Wahrscheinlichkeit ansteckend und wann nicht.

Jetzt fragen Sie nach der **Inzidenz**. Die ist ja was ganz anderes. Die Inzidenz ist die Zahl der Menschen, die einen positiven PCR-Test hatten, pro Hunderttausend Einwohner in sieben Tagen. Und diese Inzidenz, da haben wir eine Evidenz gehabt, dass bei den bisherigen Varianten – ich hole die Zeit bei der nächsten Frage wieder rein – die Krankenhaushäufigkeit soundso viel hoch ist und die schweren Erkrankungsverläufe soundso hoch sind und Long Covid vielleicht soundso hoch sind.

(Energisch) Durch das Impfen wird sich das ändern. Das heißt, dass, was wir im letzten Winter hatten, dass die Inzidenz in dieser und jener Weise mit der Zahl der belegten Intensivbetten verbunden ist, das wird nicht mehr 1:1 so gelten. Wie das gilt, wie die einzelnen Impfstoffe auf schwere Verläufe wirken, auf die Ansteckbarkeit anderer Menschen, selbst wenn ich selber nicht schwer erkrankte, das hängt von der Impfquote ab, wie viel Menschen lassen sich impfen, je mehr sich impfen lassen, umso leichter ham wirs, aber es wird sich durch das impfen verändern und deshalb kann ich ihnen für den Herbst diesen Jahres noch keine Aussage machen.“

QUIZ

- Wer entdeckt die Fehler?
- Wer findet die Abweichungen zum „Stenografischen Bericht“?

